



Bundesamt
für die Sicherheit
der nuklearen Entsorgung

**BASE – FORSCHUNGSBERICHTE ZUR
SICHERHEIT DER NUKLEAREN ENTSORGUNG**

Endlagersuche in Deutschland: Wissen, Einstellungen und Bedarfe (EWident II)

Zwischenbericht zu den Ergebnissen der Erhebung 2024

Vorhaben 4723Foo201

AUFTRAGNEHMER:IN
aproxima
Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung
Weimar mbH

Sebastian Götte, Dr. Yvonne Ludewig

Endlagersuche in Deutschland: Wissen, Einstellungen und Bedarfe (EWident II)

Zwischenbericht zu den Ergebnissen der Erhebung 2024

Dieser Band enthält einen Ergebnisbericht eines vom Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung in Auftrag gegebenen Untersuchungsvorhabens. Verantwortlich für den Inhalt sind allein die Autor:innen. Das BASE übernimmt keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie die Beachtung privater Rechte Dritter. Der Auftraggeber behält sich alle Rechte vor. Insbesondere darf dieser Bericht nur mit seiner Zustimmung ganz oder teilweise vervielfältigt werden.

Der Bericht gibt die Auffassung und Meinung der Auftragnehmer:in wieder und muss nicht mit der des BASE übereinstimmen.

BASE-004/25

Bitte beziehen Sie sich beim Zitieren dieses Dokumentes immer auf folgende URN:
urn:nbn:de:0221-2025020550244

Berlin, Februar 2025

Impressum

**Bundesamt
für die Sicherheit
der nuklearen Entsorgung
(BASE)**

**BASE – FORSCHUNGSBERICHTE ZUR
SICHERHEIT DER NUKLEAREN ENTSORGUNG**

Auftragnehmer:in
aproxima Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung Weimar mbH

Sebastian Götte, Dr. Yvonne Ludewig

030 18432-0
www.base.bund.de

Stand: Februar 2025

GZ: F 2 – BASE – BASE62120/4723F00201#07

SEBASTIAN GÓTTE, DR. YVONNE LUDEWIG
(APROXIMA)

Endlagersuche in Deutschland: Wissen, Einstellungen und Bedarfe (EWident II)

Zwischenbericht zu den Ergebnissen der Erhebung 2024

Weimar, den 19. Februar 2025

Inhalt

E inleitung	3
1 Zehn Dinge, die man sich merken sollte	4
2 English Summary	6
3 Studiendesign und Stichprobenstruktur	8
3.1 Methodischer Überblick	8
3.2 Struktur der Stichprobe	9
3.3 Darstellung der Ergebnisse und Vergleichbarkeit im Zeitverlauf	20
4 Einstellungen zur Endlagersuche	22
5 Informiertheit und Wissen über die Endlagersuche	39
5.1 Informiertheit und Informationsaktivität	39
5.2 Wissen zum Endlager und zur Standortsuche	47
6 Akteure der Endlagersuche	54
7 Akzeptanz und Teilhabe	61
7.1 Vertretungsgefühl und Teilhabe	61
7.2 Akzeptanz eines potenziellen Endlagerstandorts	71
8 Ergebnisse bei den 14- bis 29-Jährigen	79
8.1 Einstellungen zur Endlagersuche	80
8.2 Wissen und Informiertheit	85
8.3 Akteure der Endlagersuche	89
8.4 Teilhabe und Akzeptanz	91
8.5 Zusammenfassung	94
9 Prüfung der Vorab-Hypothesen	96
9.1 Überprüfung der Hypothesen im Kontext	96
9.2 Überprüfung der Hypothesen in einzelnen Subgruppen	99
9.3 Überprüfung der Hypothesen in der Jugendstichprobe	104
10 Handlungsempfehlungen für das BASE	106

11 Methodenbericht.....	108
11.1 Design und Struktur der Stichproben	108
11.2 Durchführung der Interviews und Ausschöpfungsstatistik	112
11.3 Studiendokumentation gemäß der ADM-TransparenzStandards	115
12 Verzeichnisse und Anhänge	118
12.1 Abbildungsverzeichnis.....	118
12.2 Literaturverzeichnis	122
12.3 Fragebogen.....	123

E inleitung

Deutschland und die Atomkraft – das ist seit vielen Jahrzehnten eine komplizierte Beziehung. Mittlerweile wurde die Trennung endgültig vollzogen, zumindest was die Nutzung als Energiequelle betrifft. Was bleibt, ist der Müll vor der Tür. Einen sicheren Ort dafür zu finden, ist die Aufgabe der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), beaufsichtigt vom Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) und begleitet vom Nationalen Begleitgremium (NBG). Und es ist – weil es nun mal recht hartnäckiger Müll ist – die wahrscheinlich anspruchsvollste Aufgabe, die derzeit in Deutschland zu vergeben ist.

Neben den technischen Aspekten der sicheren Lagerung der hochradioaktiven Abfälle umfasst die Aufgabe auch, die Bevölkerung möglichst transparent und umfassend mitzunehmen auf dem Weg zu einem Endlager. Aus verschiedenen psychologisch nachvollziehbaren Gründen ist Radioaktivität mit einem überdurchschnittlich hohen Risikogefühl verbunden. Diesem Gefühl soll durch Aufklärung und Beteiligungsmöglichkeiten entgegengewirkt werden. „Das letzte Kapitel schreiben wir gemeinsam“ ist Versprechen und Anspruch, den „Atommüll“ dereinst an einem Ort zu verwahren, der nach wissenschaftlichen Kriterien der sicherste ist und in einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen wird.

Das Begleitforschungsvorhaben EWident hat sich zum Ziel gesetzt, die kommunikative und partizipative Arbeit des BASE zu unterstützen, indem es Einstellungen, Wissen und Beteiligungsbedürfnisse der Bevölkerung Deutschlands mit Blick auf die Endlagerung der hochradioaktiven Abfälle regelmäßig misst. Die aktuelle zweite Phase des Projekts umfasst die dritte und vierte repräsentative Bevölkerungsbefragung in den Jahren 2024 und 2026. Außerdem sind für 2026 regionale Spezialerhebungen geplant. Die Ergebnisse aus allen Erhebungen werden wissenschaftlich aufgearbeitet, eingeordnet und für die Arbeit des BASE fruchtbar gemacht.

In diesem Bericht stellen wir die Ergebnisse der dritten Erhebung dar (Mai bis Juli 2024) und setzen sie – wo möglich – ins Verhältnis zu den Ergebnissen der beiden Erhebungen der ersten Projektphase. Daneben wurden – wie in den ersten beiden Wellen – Jugendliche zwischen 14 und 29 Jahren als Schwerpunktgruppe befragt.

Wir wünschen eine anregende Lektüre und stehen als Adressat*innen für Anmerkungen oder Rückfragen gern zur Verfügung!

Weimar im Februar 2025
Yvonne Ludewig und Sebastian Götte

1

Zehn Dinge, die man sich merken sollte

1. GENERELLE EINSTELLUNG ZUR SUCHE: Die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle in Deutschland wird nach wie vor von der Mehrheit der Menschen (70 Prozent) befürwortet. Die Zustimmung ist jedoch seit unserer letzten Befragung im Jahr 2022 um 10 Prozentpunkte gesunken.
2. CHANCEN UND RISIKEN: Nach wie vor hält allerdings gut die Hälfte der Befragten das Endlager für eine riskante Sache. 57 Prozent sehen in ihm ein ziemlich oder sehr hohes Risiko für Mensch und Umwelt in der Region. Besonders skeptisch sind Frauen (68 Prozent). Damit verbunden hält eine große Mehrheit (87 Prozent) Unruhen oder Proteste in der betroffenen Region für sehr oder eher wahrscheinlich. Auch finanzielle Einbußen für Immobilienbesitzer*innen und Landwirt*innen befürchten viele Befragte. Die Schaffung von Arbeitsplätzen erwartet rund die Hälfte der Befragten, positive Effekte für Wirtschaft oder Infrastruktur hingegen nur eine Minderheit.
3. INFORMIERTHEIT: Nach einer Hochphase nach der Veröffentlichung des Zwischenberichts Teilgebiete hat sich das Informationsgefühl der Bevölkerung wieder auf dem ursprünglichen Zustand der ersten Befragung 2020 eingependelt. 29 Prozent der Befragten fühlen sich eher oder sehr gut informiert. In gleicher Größenordnung bewegen sich die Anteile derjenigen, die in den letzten 12 Monaten etwas über das Thema Endlager gehört oder gelesen haben und die sich aktiv auf Informationssuche begeben haben.
4. WISSEN: Dass die Endlagersuche notwendig ist und dass sie stattfindet, weiß jeweils eine gute Mehrheit der Befragten (70 bzw. 58 Prozent). Über die verantwortlichen Akteure herrscht aber – wie auch in den ersten beiden Befragungen – eher Unkenntnis. Nur ein knappes Drittel der Befragten entschieden sich für die richtige Antwort, ähnlich viele hielten einen Expertenstab aus unabhängigen Wissenschaftler*innen und Ingenieur*innen für verantwortlich. Auf die Wissensfragen konnten uns vor allem Personen mit einer hohen politischen Partizipation, Männer, ältere Befragte und Personen mit (Fach-)Hochschulreife korrekt antworten.
5. AKTEURE: Auch die Bekanntheit der beteiligten Institutionen ist seit 2022 leicht gesunken, bei der BGE sogar deutlich von 43 auf 26 Prozent. Stabil ist hingegen das in sie gesetzte Vertrauen. Unter allen abgefragten Akteur*innen rund um das Thema Endlagersuche – von Wissenschaftler*innen bis zu politischem Personal und Bürger*innen – stehen BASE, BGE und NBG auf den vorderen Rängen. 59 Prozent vertrauen dem BASE sehr oder eher stark, 51 Prozent der BGE und 43 Prozent dem NBG.
6. TEILHABE: 65 Prozent der Befragten finden es für das Gelingen der Endlagersuche eher oder sehr wichtig, dass die Bevölkerung intensiv beteiligt wird. Im Jahr 2022 sagten das (bei etwas anderer Fragenformulierung) 58 Prozent, 2020 51 Prozent. Sich selbst in irgendeiner Form beteiligen möchten sich 43 Prozent, der Großteil davon allerdings nur, wenn die eigene Region ein

potenzieller Standort wäre. Bei den gefragtesten Beteiligungsformen handelt es sich um Informationskanäle, Online-Abstimmungen und Bürgerversammlungen. Das Gefühl, die eigenen Interessen seien im Suchprozess gut vertreten, ist gegenüber 2022 gesunken. Aktuell sagen dies 26 Prozent der Befragten.

7. AKZEPTANZ: 40 Prozent der Befragten würden eher oder voll anerkennen, wenn ihre eigene Region als potenzielle Standortregion ausgewählt würde. Ähnlich viele würden dies (eher) ablehnen, 20 Prozent sind indifferent oder unentschlossen. Die häufigsten Aktionen politischer Partizipation wären die Berücksichtigung der eigenen Position bei Wahlentscheidungen, die Beteiligung an Unterschriftensammlungen (beides überdurchschnittlich bei ablehnenden Personen) und das Werben im eigenen Umfeld für den Standpunkt (überdurchschnittlich bei anerkennenden Personen).
8. JUNGE GENERATION: Zusammenfassend zeigt sich, dass die Jugendlichen zwischen 14 und 29 Jahren in der Tendenz ähnliche Einstellungen zur Endlagersuche besitzen wie ihre älteren Mitmenschen. In einigen Punkten weichen Sie jedoch davon ab: Sie fühlen sich etwas weniger über das Thema der Endlagersuche informiert, haben nach eigenen Angaben seltener Kontakt mit diesbezüglichen Informationen und suchen auch seltener danach. Dementsprechend sind auch bestimmte Wissensbestände geringer. Die Befürwortung der Endlagersuche ist vor allem bei den 14-17-Jährigen deutlich geringer als bei allen anderen. Viele Befragte waren hier unentschieden. Die Risikoeinschätzung mit Blick auf das Endlager ist bei allen Jugendlichen seit 2020 jedoch kontinuierlich gesunken. Das Vertretungsgefühl im Prozess ist bei allen Jugendlichen deutlich höher als bei ihren älteren Mitmenschen. Das konkrete Teilhabeinteresse ist bei großen Teilen der Jugendlichen ähnlich ausgeprägt wie bei Personen ab dem 30. Lebensjahr. Zwischen 18 und 24 Jahren ist es in unserer Befragung jedoch deutlich höher.
9. GRUPPENUNTERSCHIEDE: Über viele Fragen hinweg zeigt sich nach wie vor, dass Menschen der Endlagersuche näher sind, wenn sie über eine höhere Bildung verfügen, einen höheren subjektiven gesellschaftlichen Status besitzen und stärker politisch partizipieren. Diese Personen kommen häufiger mit Informationen zur Endlagersuche in Kontakt, haben eine geringere Risikoeinschätzung in Bezug auf das Endlager und würden demnach einen Endlagerstandort in ihrer Region auch eher akzeptieren. Darüber hinaus sind sie partizipationsbereiter.
10. ZEITVERLAUF: Gegenüber der letzten Befragung im Jahr 2022 gibt es sowohl stabile Ergebnisse als auch Veränderungen. Die Befürwortung der Endlagersuche sank leicht, allerdings blieb die Risikoeinschätzung in Bezug auf ein Endlager in der eigenen Region weitgehend gleich. Die meisten Informations- und Wissensparameter waren 2022 besser ausgeprägt - offenbar hatte die Veröffentlichung des Zwischenberichts Teilgebiete im Jahr 2020 hier eine temporär positive Auswirkung. Deutlich gesunken ist seit 2022 auch das Gefühl, dass die eigenen Interessen im Suchprozess vertreten werden. Dafür sind aktuell mehr Personen daran interessiert, sich selbst aktiv einzubringen, vor allem, wenn ihre eigene Region eine Standortregion würde.

2

English Summary

1. GENERAL ATTITUDE TOWARDS THE SEARCH: The search for a repository for highly radioactive waste in Germany is still supported by the majority of people (70 percent). However, approval has decreased by 10 percentage points since our last survey in 2022.
2. OPPORTUNITIES AND RISKS: Still, more than half of the respondents consider the repository to be a risky undertaking. Fifty-seven percent see it as posing a fairly or very high risk to people and the environment in the region. Women, in particular, are skeptical (68 percent). In this context, a large majority (87 percent) believes that unrest or protests in the affected region are very or somewhat likely. Many respondents also fear financial losses for property owners and farmers. Around half of the respondents expect the creation of jobs, but only a minority anticipates positive effects on the economy or infrastructure.
3. INFORMATION LEVEL: After a peak following the publication of the Zwischenbericht Teilgebiete, the public's sense of being informed has returned to the original level observed during the first survey in 2020. Twenty-nine percent of respondents feel somewhat or very well-informed. A similar proportion of people reported hearing or reading about the topic in the past 12 months or actively seeking information about it.
4. KNOWLEDGE: A solid majority of respondents (70 and 58 percent, respectively) are aware that the search for the repository is necessary and that it is taking place. However, there remains a lack of knowledge about the responsible parties, as seen in the first two surveys. Only about one-third of respondents selected the correct answer, while a similar proportion believed an expert panel of independent scientists and engineers to be responsible. Those who performed best on the knowledge questions were individuals with high political participation, men, older respondents, and people with a university or technical college degree.
5. INSTITUTIONS: The awareness of the involved institutions has slightly declined since 2022, with a significant drop in awareness of the BGE from 43 to 26 percent. However, the trust placed in these institutions has remained stable. Among all actors involved in the repository search – from scientists to political personnel and citizens – BASE, BGE, and NBG rank the highest in terms of trust. Fifty-nine percent trust BASE very much or somewhat, 51 percent trust BGE, and 43 percent trust NBG.
6. PARTICIPATION: Sixty-five percent of the respondents consider it somewhat or very important for the success of the repository search that the public is actively involved. In 2022, this figure was 58 percent (with a slightly different wording of the question), and in 2020 it was 51 percent. Forty-three percent would like to participate in some way, although the majority of these would only do so if their own region were a potential site. The most preferred forms of participation are information channels, online voting, and citizens' assemblies. The feeling that one's own interests are well represented in the search process has declined compared to 2022. Currently, 26 percent of respondents express this sentiment.

7. ACCEPTANCE: Forty percent of respondents would somewhat or fully accept if their own region was selected as a potential site. A similar proportion would (somewhat) reject it, while 20 percent are indifferent or undecided. The most common forms of political participation would be taking one's position into account in voting decisions, signing petitions (both above average among those rejecting the site), and advocating for one's standpoint in personal circles (above average among those accepting the site).
8. YOUTH: In summary, young people aged 14 to 29 tend to share similar attitudes toward the search for a repository as their older counterparts. However, there are some differences: they feel slightly less informed about the repository search, report less frequent contact with related information, and are less likely to actively seek it out. Accordingly, their knowledge on certain aspects is lower. Support for the repository search is significantly lower among 14- to 17-year-olds compared to all other age groups, with many respondents in this group remaining undecided. However, the perception of risks associated with the repository has continuously decreased among all young people since 2020. Youths feel significantly more represented in the process than their older counterparts. Their interest in active participation is similar to that of individuals aged 30 and older, though it is noticeably higher among respondents aged 18 to 24 in this survey.
9. GROUP DIFFERENCES: Across many questions, it remains evident that people are more engaged with the repository search if they have a higher level of education, perceive themselves as having a higher social status, and participate more actively in society. These individuals encounter information about the repository search more frequently, have a lower perception of risks associated with the repository, and are therefore more likely to accept a repository site in their region. Additionally, they are more willing to participate in the process.
10. DEVELOPMENT OVER TIME: Compared to the last survey in 2022, there are both consistent findings and notable changes. Support for the repository search has slightly decreased, although the perception of risks associated with a repository in one's own region has remained largely unchanged. Most informational and knowledge-related parameters were better in 2022 – apparently, the publication of the Zwischenbericht Teilgebiete had a temporarily positive impact. However, the feeling that one's own interests are being represented in the search process has significantly declined since 2022. On the other hand, more people are currently interested in actively participating, particularly if their own region were to become a potential site.

3

Studiendesign und Stichprobenstruktur

3.1 Methodischer Überblick

Die Ergebnisse in diesem Bericht beziehen sich auf die dritte Befragungswelle im Projekt EWident. Diese fand im (Früh-)Sommer 2024 statt (13.05. bis 23.07.2024). Wie in den beiden ersten Wellen 2020 und 2022 sollte sie ein gesichertes Wissens- und Einstellungsbild zur Endlagersuche in der bundesdeutschen Bevölkerung ab dem 14. Lebensjahr liefern.

Im Vorfeld der Befragung haben wir wieder auf Basis des aktuellen Forschungsstandes abgewogen, welcher Erhebungsmodus für diese Zwecke aktuell am geeignetsten ist. Der Abwägungsprozess und dessen Ergebnisse sind detailliert im Kapitel „Methodisches Gesamtkonzept“ des „Zwischenberichts zum aktuellen wissenschaftlichen Stand und zum methodischen Gesamtkonzept“ dargestellt (vgl. GÖTTE/LUDEWIG 2024, 46ff.).

Basis der Erhebung war eine bevölkerungsrepräsentative Mixed-Mode-Befragung (Telefon/Online) von N=2.500 Einwohner*innen Deutschlands ab dem 14. Lebensjahr. Die Aufteilung der Stichprobe auf die beiden Befragungsmodi erfolgte im Verhältnis 50:50. Die Stichprobe für die Telefonbefragung wurde auf Basis des ADM-Auswahlrahmens inklusive Mobilfunkrufnummern („ADM Dual Frame“) gezogen. Für die Onlinebefragung wurden repräsentativ quotierte Teilnehmer*innen aus dem Online-Access-Panel der Bilendi & respondi GmbH rekrutiert. Die Haupterhebung wurde ergänzt durch eine repräsentative Onlinebefragung von Einwohner*innen Deutschlands zwischen 14 und 29 Jahren (Boost N=500). Auch dafür bezogen wir die Teilnehmer*innen aus dem Online-Access-Panel der Bilendi & respondi GmbH.

Die Telefon- und die Onlinestichprobe wurden nach der Erhebung und Bereinigung mittels des „Blended Calibration“-Verfahrens zusammengeführt und gewichtet. Das Verfahren versucht den potenziellen Bias der Onlinestichprobe zu minimieren, indem sie diese mittels geeigneter Parameter an der Telefonbefragung kalibriert. Außerdem führt es eine Strukturgewichtung durch, welche eventuelle Abweichungen von der repräsentativen Bevölkerungsstruktur ausgleicht. Näheres zu diesem Verfahren haben wir in Götte/Ludewig 2024, 48f. ausgeführt. Nach der Zusammenführung und Gewichtung mittels „Blended Calibration“ ist die Gesamtstichprobe repräsentativ für die Bevölkerung Deutschlands ab dem 14. Lebensjahr in Bezug auf die Parameter Alter, Geschlecht, Bildungsgrad, Bundesland und Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2021. Für die gesonderte Betrachtung der Jugendlichen (Abschnitt 8) nutzen wir die Fälle von 14- bis 29-Jährigen aus der Onlinebefragung (inkl. Boost) und der Telefonbefragung.

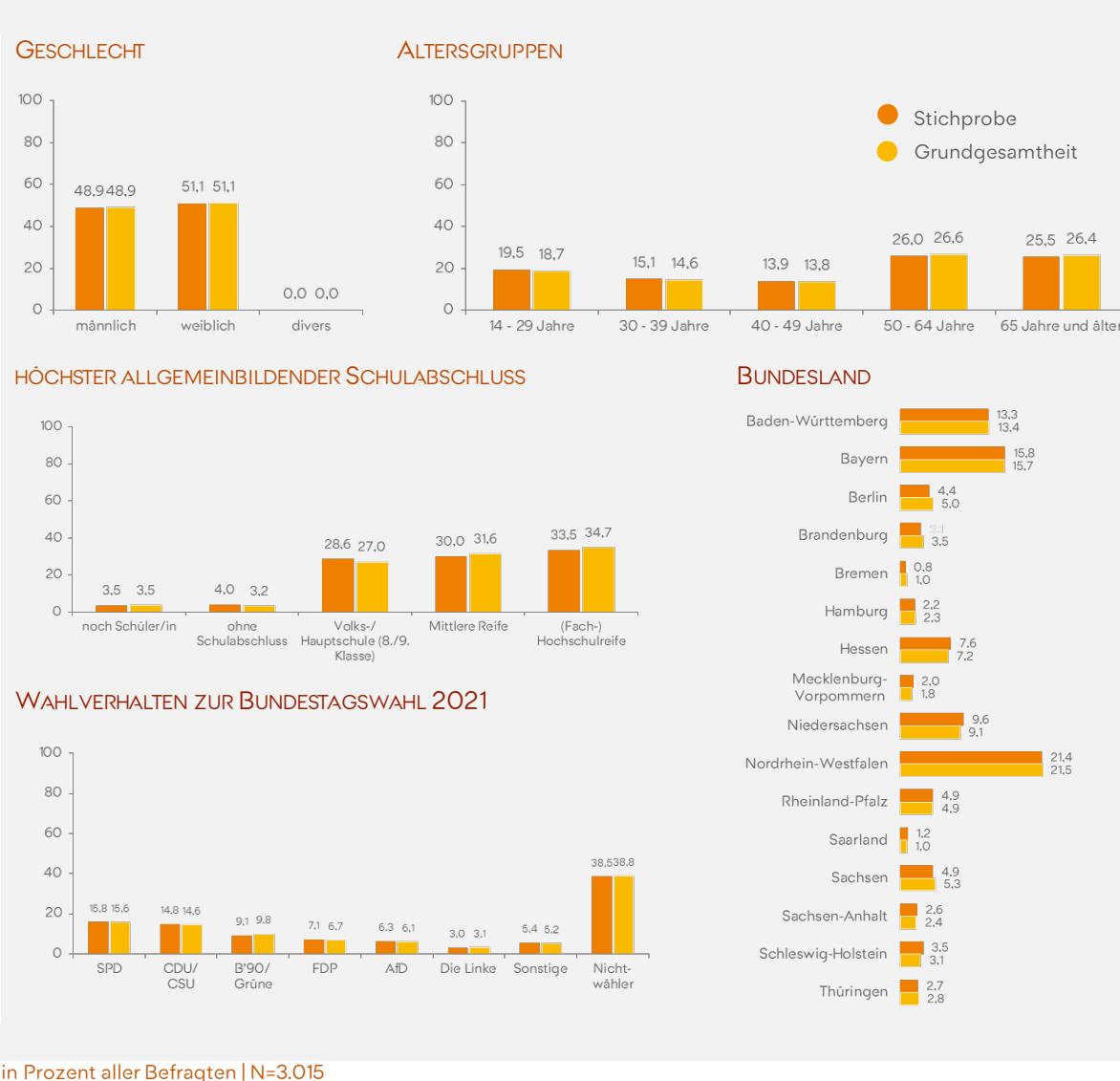
Detaillierte Informationen zu den Parametern der Datenerhebung stellen wir in Abschnitt 10 „Methodenbericht“ bereit.

3.2 Struktur der Stichprobe

Demographische Struktur

Die meisten in diesem Bericht dargestellten Ergebnisse basieren auf der Grundgesamtheit der deutschen Wohnbevölkerung ab dem 14. Lebensjahr. Abbildung 3.1 zeigt die gewichtete Verteilung der wichtigsten demographischen Variablen in der Stichprobe.

ABBILDUNG 3.1: DEMOGRAPHISCHE STRUKTUR DER HAUPTSTICHPROBE



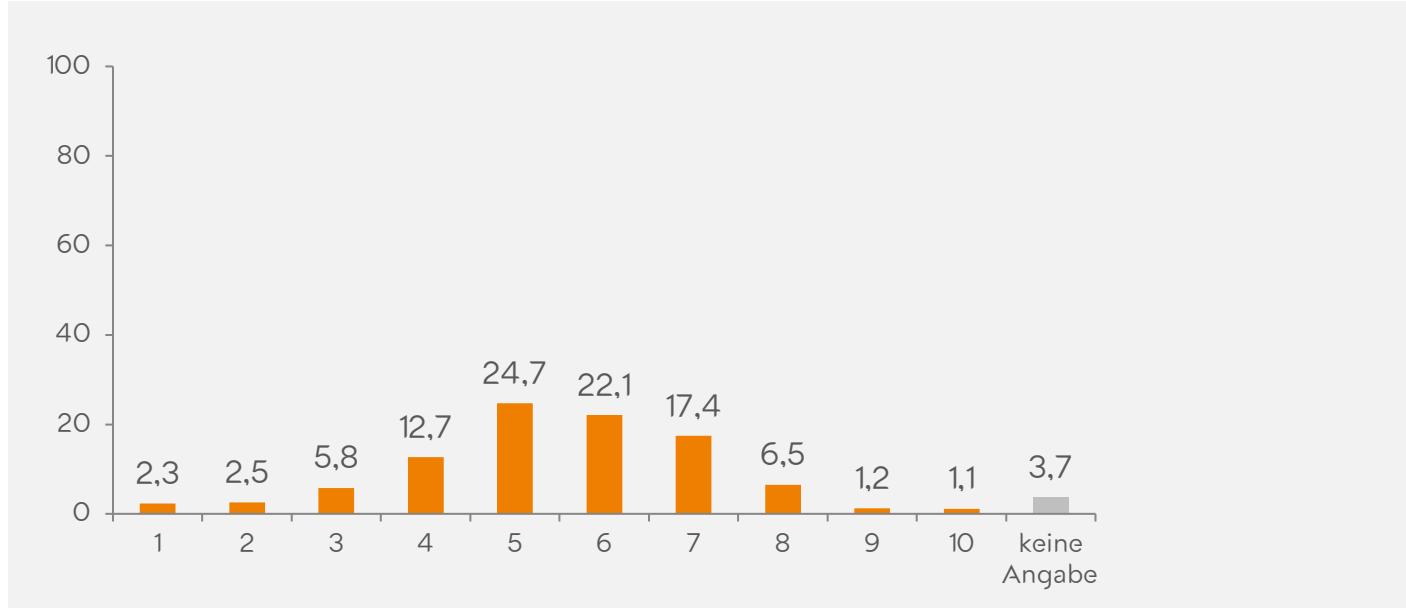
Im Bericht werden die Ergebnisse häufig auch nach dem subjektiven sozialen Status der Befragten dargestellt. Um diesen in Erfahrung zu bringen, haben wir folgende Frage gestellt:

Stellen Sie sich bitte eine Leiter mit 10 Sprossen vor, die zeigen soll, wo die Menschen in Deutschland stehen. Ganz oben – auf Sprosse 10 – stehen die Menschen mit dem meisten Geld, der höchsten Bildung und den besten Jobs. Ganz unten – auf Sprosse 1 – stehen diejenigen mit dem wenigsten Geld, der niedrigsten Bildung und den schlechtesten Jobs oder ohne Job. Je höher man auf der Leiter steht, desto näher ist man den Personen ganz oben, je niedriger, desto näher den Personen

ganz unten. Wo würden Sie sich auf der Leiter platzieren? Bitte sagen Sie mir, auf welcher Stufe – von 1 bis 10 – Sie Ihrer Meinung nach in Ihrer aktuellen Lebensphase im Verhältnis zu anderen Menschen in Deutschland stehen.

Abbildung 3.2 zeigt die Verteilung über die 10 Stufen, erwartungsgemäß in der Form einer Gauß-Kurve. Die meisten Befragten ordnen sich in der Mitte der Skala ein, nur wenige auf den Stufen 1 und 2 sowie 9 und 10. Für die Verwendung als Erklärungsvariable haben wir den subjektiven sozialen Status in drei Gruppen geteilt: Die Skalenpunkte 1 bis 3 bezeichnen das „untere Drittel“, die Punkte 4 bis 7 das „mittlere Drittel“ und die Punkte 8 bis 10 das „obere Drittel“.

ABILDUNG 3.2: SUBJEKTIVER SOZIALER STATUS



in Prozent aller Befragten | N=3.015 | „keine Angabe“ beinhaltet die Nennungen „weiß nicht“ und „Angabe verweigert“

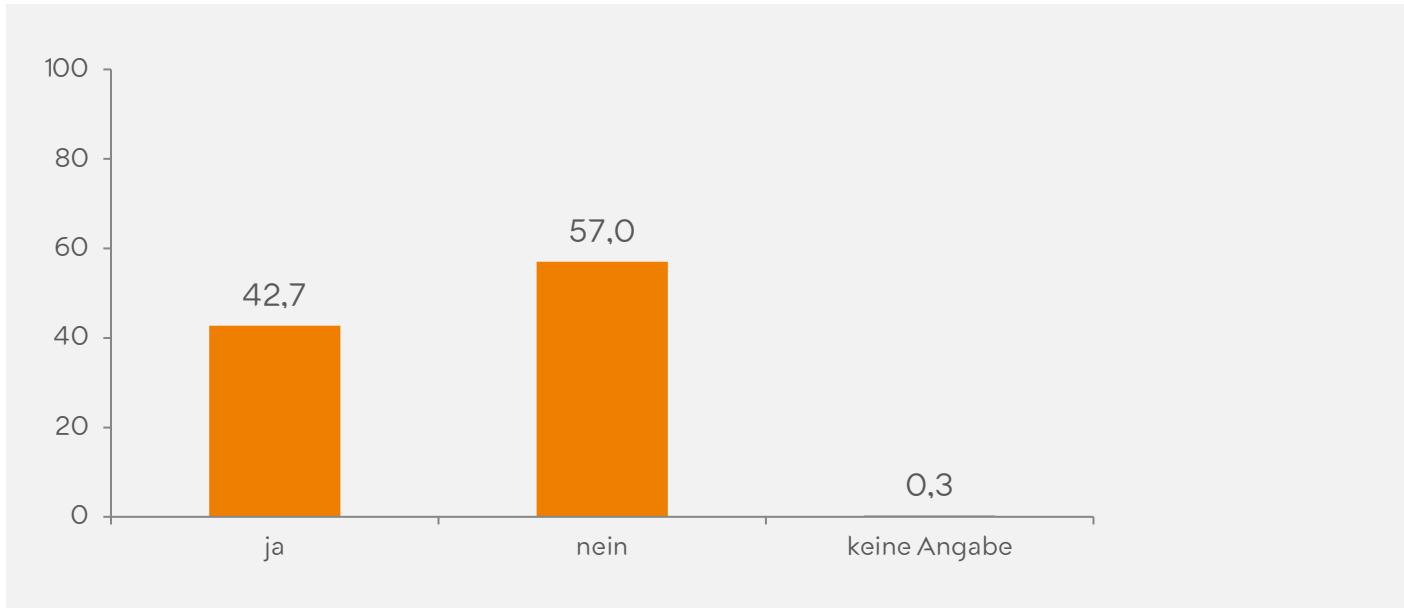
Zentrale Prädiktoren

Neben der Darstellung der Ergebnisse für die Gesamtbevölkerung und der Differenzierung nach demographischen Gruppen ist es häufig auch interessant, bestimmte Grundeinstellungen der Menschen als Differenzierungsvariablen zu verwenden. Dies haben wir an den Stellen getan, wo es statistisch bedeutsam und inhaltlich sinnvoll ist. Damit beim Lesen des Berichtes klar ist, wobei es sich bei diesen Prädiktoren handelt und wie ihre Verteilung in der Gesamtbevölkerung aussieht, stellen wir sie hier kurz dar.

Weitere demographische Faktoren

Neben den bereits in der demographischen Struktur dargestellten Faktoren verwenden wir für Subgruppenvergleiche die Frage, ob eine Person Kinder besitzt oder nicht. Dies könnte zum Beispiel Auswirkungen auf die Einschätzung von Sicherheitsaspekten bei der Endlagersuche haben. Abbildung 3.3 zeigt, dass 43 Prozent der Befragten angeben, mindestens ein Kind zu haben (unabhängig vom Alter oder ob es noch mit im Haushalt wohnt), 57 Prozent haben keine Kinder.

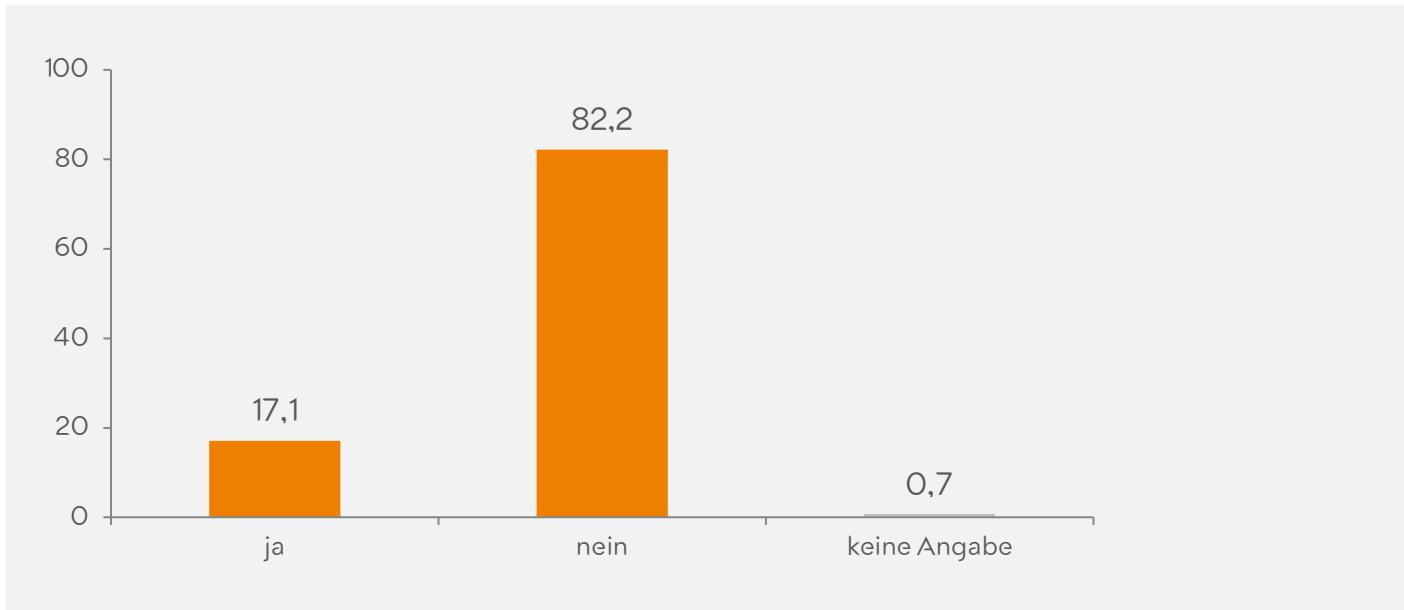
ABBILDUNG 3.3: HABEN SIE KINDER?



in Prozent aller Befragten | N=3.015

Außerdem haben wir die Antworten von Personen mit und ohne Migrationshintergrund verglichen, um eventuell unterschiedliche kulturelle oder Teilhabe-Einflüsse zu ermitteln. Der Migrationshintergrund wurde über folgende zwei Fragen ermittelt: 1) Sind Sie in Deutschland geboren? und 2) Sind Ihre beiden Elternteile in Deutschland geboren? Wurde mindestens eine der beiden Fragen mit „nein“ beantwortet, besitzt die Person für uns einen Migrationshintergrund. Wie in Abbildung 3.4 zu sehen ist, trifft dies auf 17 Prozent unserer Gesamtstichprobe zu, auf 82 Prozent nicht.

ABBILDUNG 3.4: MIGRATIONSHINTERGRUND



in Prozent aller Befragten | N=3.015

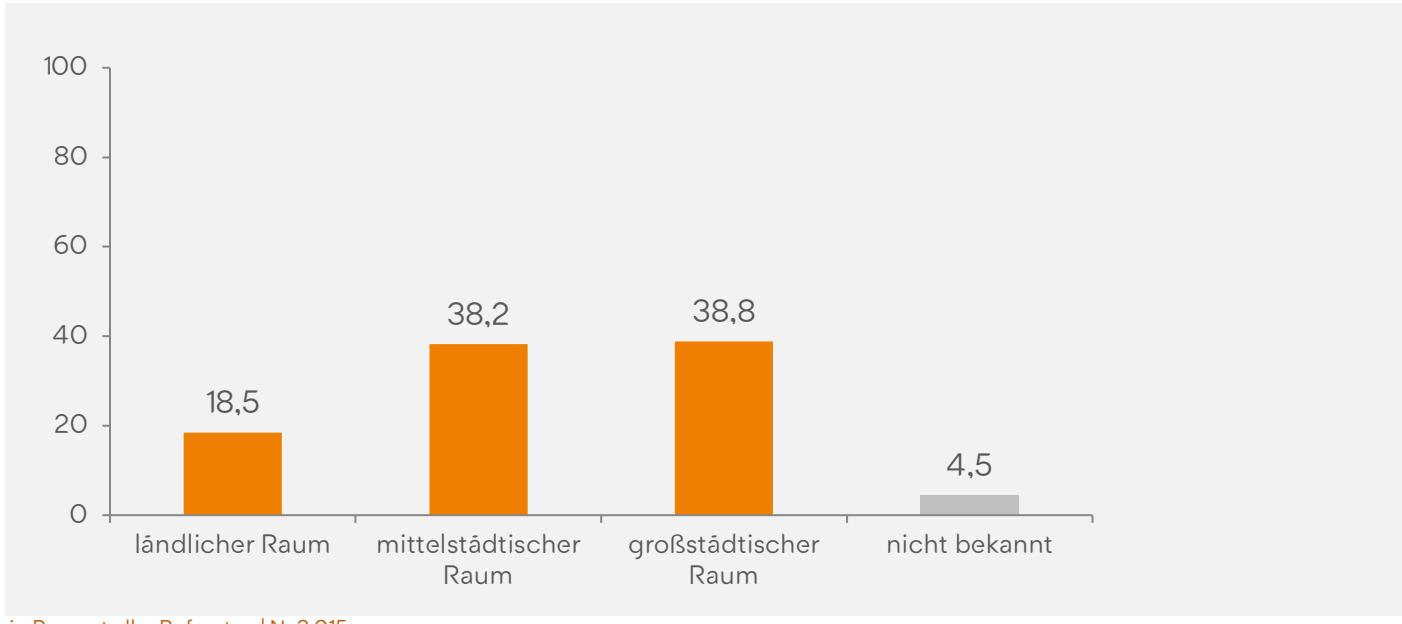
Regionale Faktoren

Einfluss auf einige Antworten der Befragten könnte auch haben, in welchen regionalen Verhältnissen sie leben. Dabei interessierte uns zunächst der Urbanisierungsgrad ihres Wohnortes, also ob sie in eher ländlichen, mittel- oder großstädtischen Verhältnissen wohnen. Den Urbanisierungsgrad haben wir über die so genannte BIK-Klassifizierung der Wohnorte gebildet. Diese berücksichtigt sowohl die Einwohnerzahl einer Gemeinde als auch die Tatsache, ob sie im Verflechtungsgebiet eines Ballungsraumes oder einer Stadtregion liegen. Die drei Kategorien des Urbanisierungsgrades haben wir wie folgt definiert:

- ländlicher Raum: Gemeinden bis 50.000 Einwohner, die nicht im Einzugsgebiet eines Ballungsraumes oder einer Stadtregion liegen
- mittelstädtischer Raum: Gemeinden zwischen 50.000 und 500.000 Einwohner oder solche, die im Verflechtungsgebiet einer solchen Gemeinde liegen
- großstädtischer Raum: Gemeinden ab 500.000 Einwohner oder solche, die im Verflechtungsgebiet einer solchen Gemeinde liegen

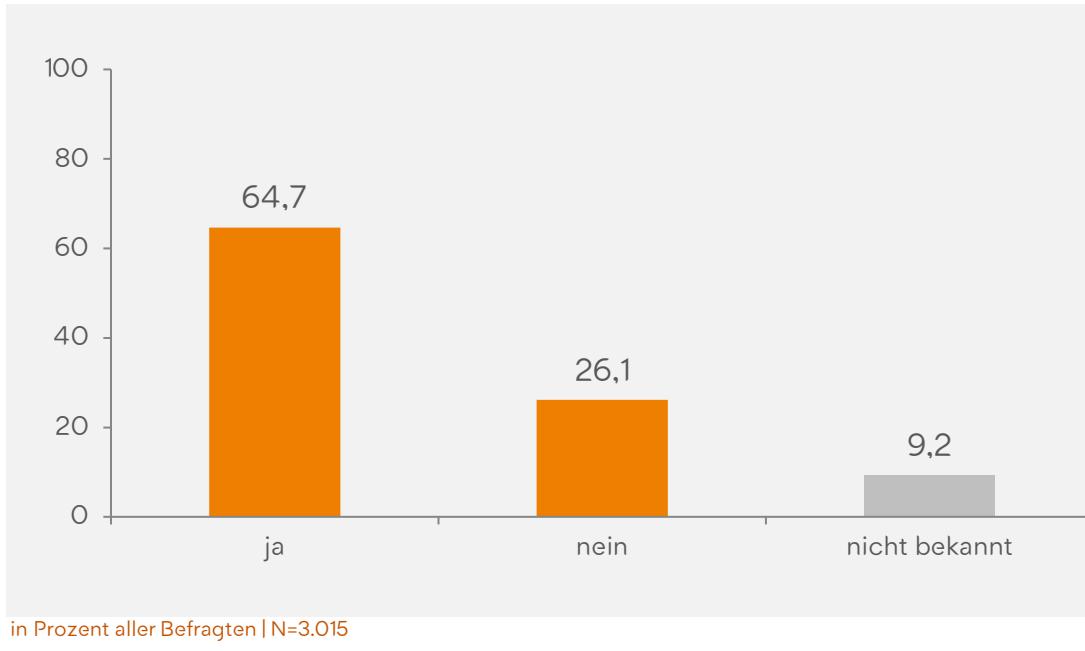
Abbildung 3.5 zeigt, dass der größte Teil der Stichprobe im mittel- oder großstädtischen Raum lebt (38 bzw. 39 Prozent), nur 19 Prozent im ländlichen Raum. Bei rund 5 Prozent der Befragten konnten wir keine Zuordnung treffen, weil der Wohnort nicht bekannt war.

ABBILDUNG 3.5: URBANISIERUNGSGRAD



Interessant, wenn auch eher schwer zu interpretieren kann auch ein Vergleich zwischen jenen Befragten sein, die in einem der im „Zwischenbericht Teilgebiete“ der BGE ausgewiesenen Teilgebiete leben und jenen, die das nicht tun. Wir haben hier die Zuordnung aufgrund des angegebenen Wohnortes selber vorgenommen. Dadurch wissen wir nicht, ob die Befragten auch Kenntnis davon haben, ob sie in einem ausgewiesenen Teilgebiet wohnen oder nicht. Deshalb gehen wir mit den gefundenen statistischen Zusammenhängen auch vorsichtig um. Gemäß unserer Zuordnung leben 65 Prozent der Befragten in einem Landkreis, der sich zumindest teilweise in einem Teilgebiet befindet, 26 Prozent tun dies nicht. Bei 9 Prozent der Befragten war eine Zuordnung nicht möglich.

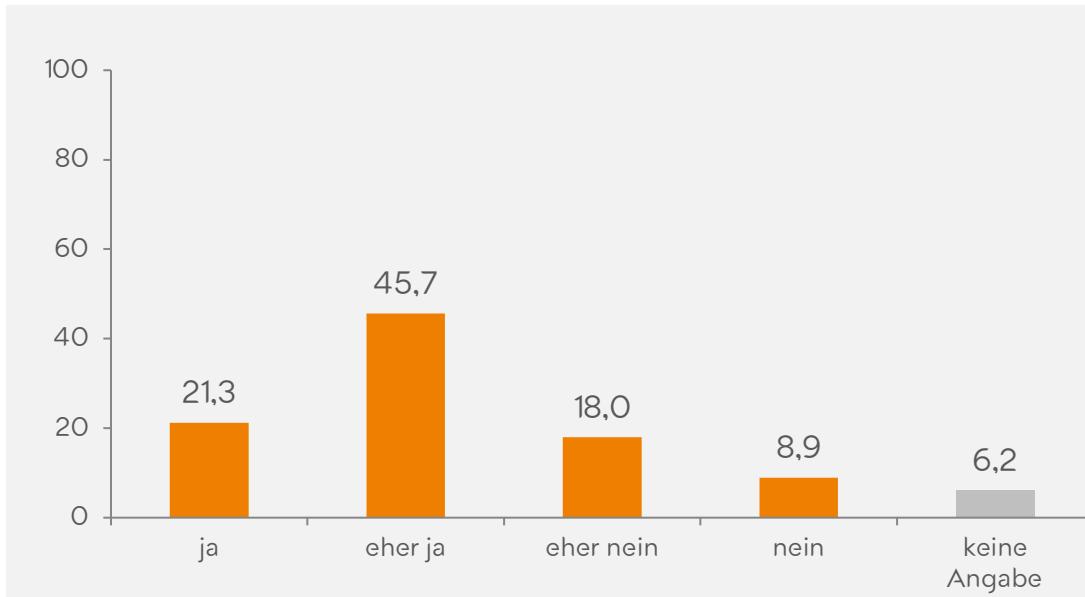
ABBILDUNG 3.6: BEFINDET SICH DER LANDKREIS ZUMINDEST TEILWEISE IN EINEM TEILGEBIET?



Grundlegende Einstellungen zu Umweltschutz und Generationengerechtigkeit

Atomenergie und die Endlagersuche sind in gesellschaftlichen Diskursen eng mit dem Themenfeld Umweltschutz verknüpft. Dabei wird sowohl argumentiert, dass die Nutzung von Atomenergie gut für den Umweltschutz sei als auch, dass sie Umwelt und Mensch gefährde. Es ist vorstellbar, dass die Einstellungen der Bevölkerung zum Endlager für hochradioaktive Abfälle und zum Standortsuchprozess auch von diesen Diskursen beeinflusst werden. Deshalb nutzen wir als einen möglichen Prädiktor die Frage, ob der Schutz der Umwelt und unserer natürlichen Lebensgrundlagen ein vorrangiges Ziel für die Befragten ist (Werthaltung Umweltschutz). Abbildung 3.7 zeigt die Verteilung des Prädiktors in der Gesamtstichprobe.

ABBILDUNG 3.7: WERTHALTUNG UMWELTSCHUTZ



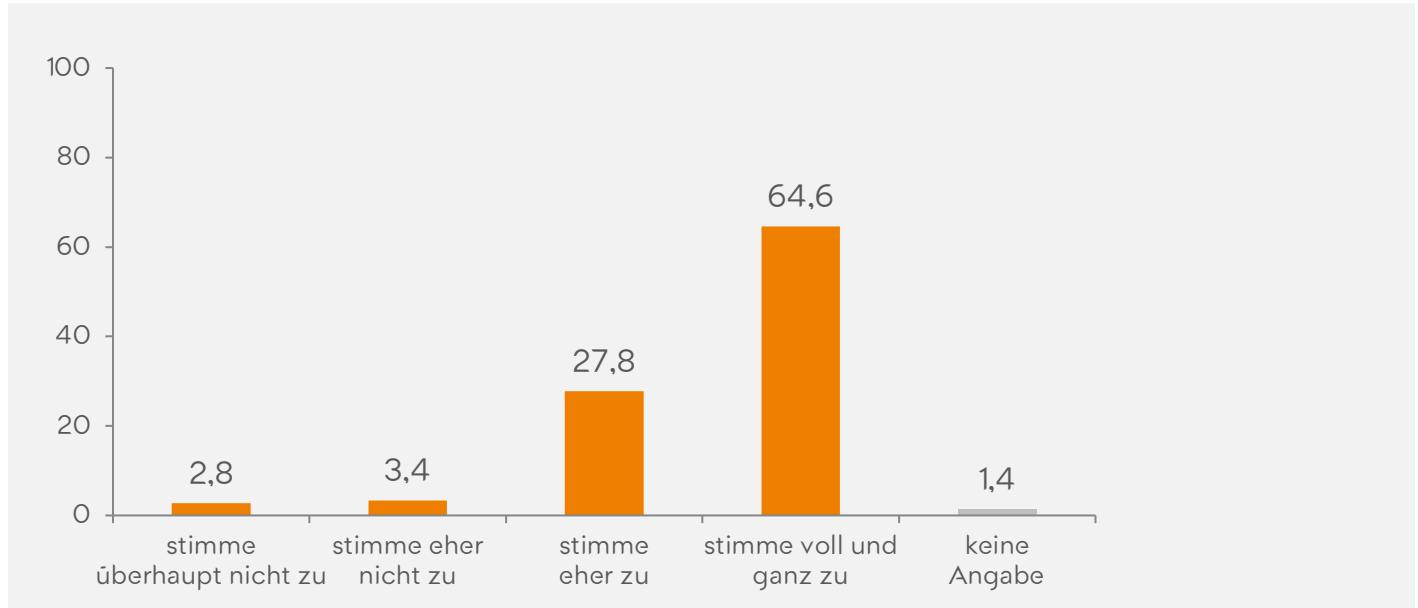
in Prozent aller Befragten | N=3.015 | „keine Angabe“ beinhaltet die Nennungen „weiß nicht“ und „Angabe verweigert“
Fragestellung: Was finden Sie, sollte der Schutz der Umwelt und unserer natürlichen Lebensgrundlagen immer den Vorrang haben gegenüber anderen gesellschaftlichen Zielen?

Demnach stimmt die überwiegende Mehrheit der Befragten zu, dass der Schutz der Umwelt und unserer natürlichen Lebensgrundlagen immer Vorrang gegenüber anderen gesellschaftlichen Zielen haben sollte. 21 Prozent sagen das uneingeschränkt, 46 Prozent mit Einschränkungen. Nur für 27 Prozent der Befragten sollte das (eher) nicht so sein. Für den Prädiktor „Werthaltung Umweltschutz“ haben wir die zustimmenden Skalenpunkte als „Umweltschutz hat Vorrang“ und die ablehnenden Skalenpunkte als „andere Ziele haben Vorrang“ codiert.

Die Einstellung ist relativ stabil über die demographischen Gruppen. Es zeigt sich lediglich ein leichter Alterseffekt: In den Altersgruppen ab dem 50. Lebensjahr gewinnt diese Werthaltung leicht an Bedeutung. In der Altersgruppe 65+ stimmen der Frage 29 Prozent der Befragten uneingeschränkt zu.

Eng mit dem Umweltschutzgedanken verbunden ist das Thema der Generationengerechtigkeit. Es spielt außerdem sehr augenfällig gerade bei der Endlagerung unserer radioaktiven Hinterlassenschaften eine zentrale Rolle. Wir haben deshalb bei den Befragten auch die Werthaltung zu diesem Thema erhoben. Wie Abbildung 3.8 zeigt, stimmen fast zwei Drittel von ihnen der Aussage voll und ganz zu, dass wir nachfolgenden Generationen unter allen Umständen eine lebenswerte Welt hinterlassen müssen. Weitere 28 Prozent stimmen eher zu, nur 6 Prozent lehnen diese Aussage eher oder voll und ganz ab. Die Werthaltung ist also sehr homogen und eignet sich deshalb nicht gut als Prädiktor. Wir haben sie aus diesem Grund nicht als solchen verwendet.

ABBILDUNG 3.8: EINSTELLUNG GENERATIONENGERECHTIGKEIT



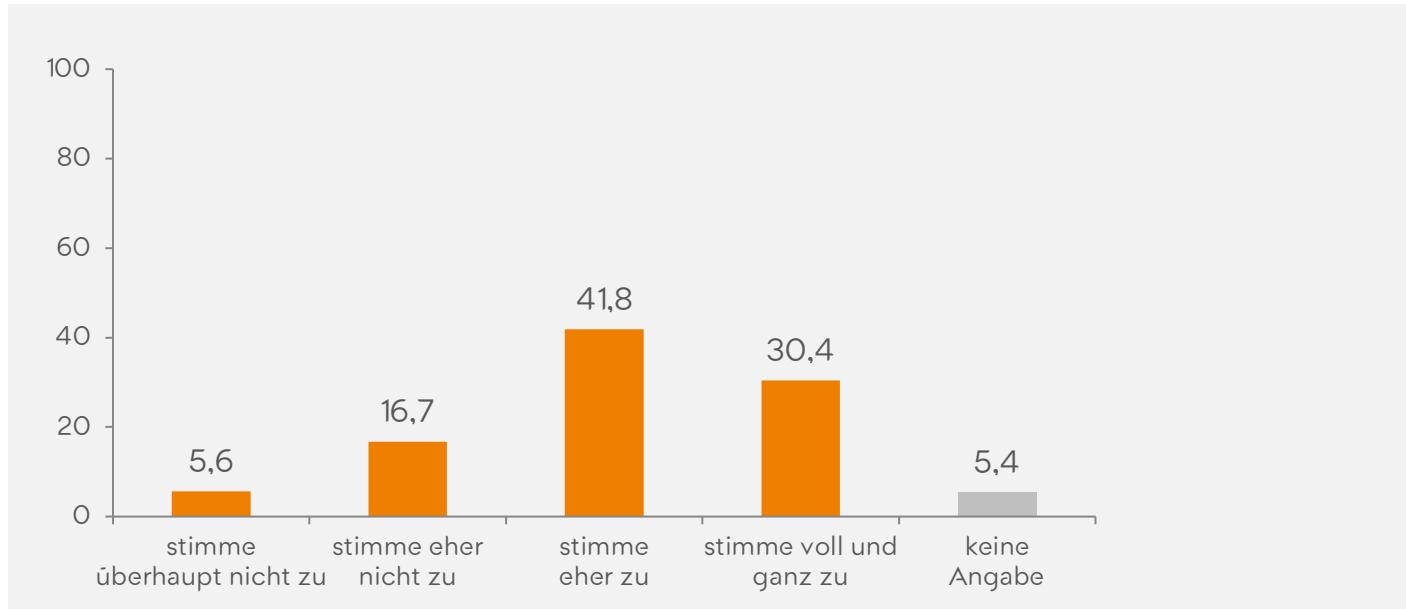
Grundlegende Einstellungen zu Technologie und Wissenschaft

Die Nutzung der Atomenergie ist eine Großtechnologie, die lange Zeit als eine vielversprechende Lösung zur Energieversorgung der Menschheit galt. Auch wenn daran in den letzten Jahrzehnten immer mehr Zweifel aufkamen, gilt das vor allem global betrachtet bis heute. Gegensätzliche Ansichten in Technologiediskursen speisen sich unter anderem aus der Einstellung zur Annahme, dass neue Technologien das zentrale Mittel zur Lösung der Menschheitsprobleme sind. Diese

Einstellung erscheint uns deshalb auch mit Blick auf die Endlagersuche ein interessanter Prädiktor zu sein. Wie die Positionen dazu in der Gesamtstichprobe verteilt sind, zeigt Abbildung 3.9: Der überwiegende Teil der Befragten stimmt der Aussage zu, dass wir zentrale Probleme der Menschheit am besten dadurch lösen, technologische Entwicklungen weiter voranzutreiben. 30 Prozent tun dies voll und ganz, 42 Prozent eher. 22 Prozent nehmen dazu eher eine ablehnende Haltung ein. Für den Prädiktor „Technik-Optimismus“ haben wir die zustimmenden Skalenpunkte als „technik-optimistisch“ und die ablehnenden Skalenpunkte als „nicht technik-optimistisch“ codiert.

Eine positive Einstellung zur Technik haben deutlich mehr Männer als Frauen (80 vs. 65 Prozent). Außerdem steigt der Technik-Optimismus mit höherer Selbsteinordnung in die Gesellschaft: Im unteren Drittel beträgt er 65 Prozent, im oberen Drittel 78 Prozent.

ABBILDUNG 3.9: TECHNIK-OPTIMISMUS



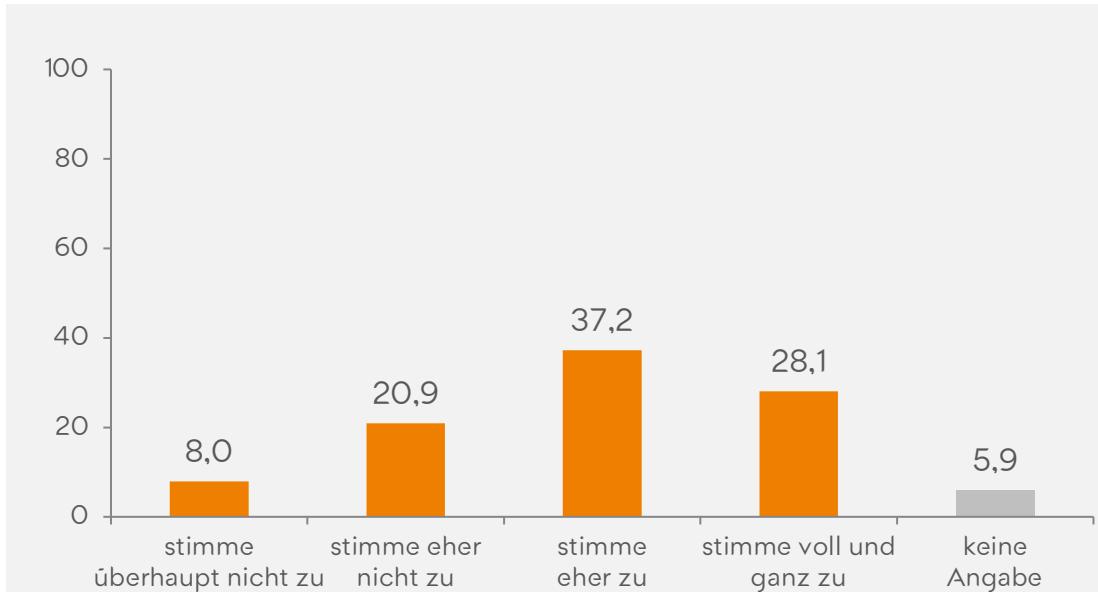
in Prozent aller Befragten | N=3.015 | „keine Angabe“ beinhaltet die Nennungen „weiß nicht“ und „Angabe verweigert“

Fragestellung: Technologische Entwicklungen weiter voranzutreiben ist das beste Mittel, um zentrale Probleme der Menschheit zu lösen.

Objektivität ist ein zentrales Selbstverständnis von Wissenschaft und eine wichtige Voraussetzung für den Glauben daran, dass wissenschaftliche Forschung zum gesellschaftlichen Fortschritt und zur Problemlösung beitragen kann. Gerade bei der Endlagersuche ist es für die Bevölkerung wichtig, dass sie von einem unbeeinflussten, objektiven Vorgehen ausgehen kann. Allerdings ist gerade die politische (und auch die wirtschaftliche) Beeinflussbarkeit ein Verdacht, dem sich Wissenschaft immer wieder widersetzen muss. Wir haben deshalb als möglichen Prädiktor die Frage aufgenommen, ob die Befragten meinen, dass die Wissenschaft von politischen Interessen beherrscht wird. Abbildung 3.10 zeigt, dass die Mehrheit von ihnen dieser Aussage zustimmt. 28 Prozent tun dies voll und ganz, 37 Prozent eher. Insgesamt 29 Prozent lehnen diese Aussage (eher) ab. Für den Prädiktor „Wissenschafts-Skeptizismus“ haben wir die zustimmenden Skalenpunkte als „wissenschafts-skeptisch“ und die ablehnenden Skalenpunkte als „nicht wissenschafts-skeptisch“ codiert.

Skepsis gegenüber der Unabhängigkeit von Wissenschaft hegen deutlich mehr Frauen als Männer (71 vs. 59 Prozent). Und auch hier gibt es einen Zusammenhang zum gesellschaftlichen Status: Personen, die sich im unteren Drittel der Gesellschaft verorten, sind zu 70 Prozent wissenschafts-skeptisch, im mittleren Drittel zu 67 Prozent. Deutlich geringer ist der Anteil im oberen Drittel, hier beträgt er nur 49 Prozent.

ABBILDUNG 3.10: WISSENSCHAFT-SKEPTIZISMUS

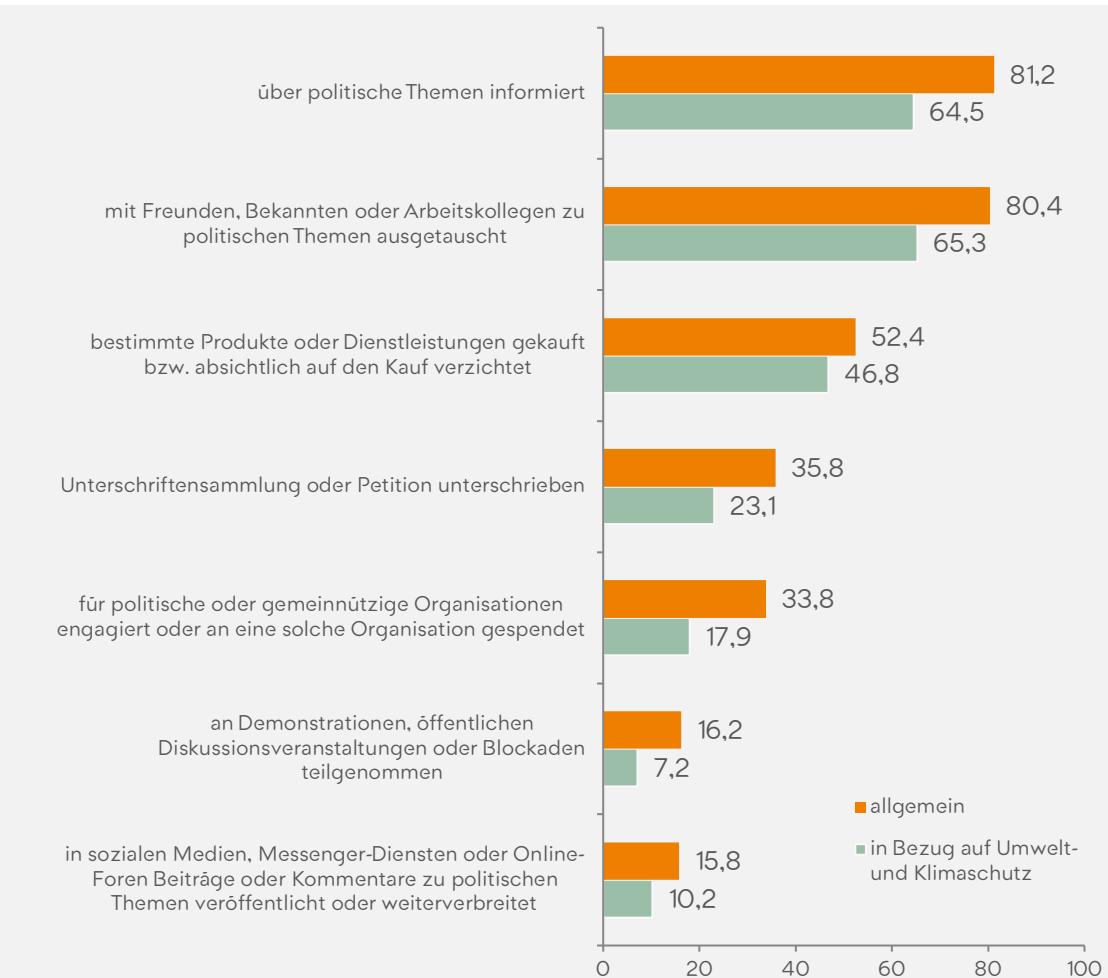


in Prozent aller Befragten | N=3.015 | „keine Angabe“ beinhaltet die Nennungen „weiß nicht“ und „Angabe verweigert“
Fragestellung: Die Wissenschaft wird von politischen Interessen beherrscht.

Zivilgesellschaftliches Engagement

In den letzten beiden Erhebungen haben wir bereits das zivilgesellschaftliche Engagement als einen Prädiktor für bestimmte Einstellungen und Verhaltensweisen in Bezug auf die Endlagersuche identifiziert. Deshalb verwenden wir es auch in dieser Befragung wieder, haben es aber geringfügig modifiziert erhoben. Es umfasst weiterhin eine Reihe von Möglichkeiten zivilgesellschaftlichen Engagements, angelehnt an die Itembatterie von GOPAL/VERMA (2017). Abbildung 3.11 zeigt, wie viel Prozent der Befragten diese Engagementformen in den letzten 12 Monaten ausgeführt haben. Wir haben diesmal neben dem allgemeinen Engagement auch danach gefragt, in welcher Form sich die Befragten ggf. in Bezug auf Umwelt-, Natur- und Klimaschutz engagiert haben. Den Anteil dieses Engagements zeigen die grünen Balken der Abbildung. Zu sehen ist, dass der weit überwiegende Teil der Befragten sich in den letzten 12 Monaten über politische (rund 80 Prozent) und auch umweltpolitische Themen (rund 65 Prozent) informiert sowie mit seinem Umfeld ausgetauscht hat. Als erste konkrete Aktionsform erscheint auf Rang 3 der strategische Konsum. 52 Prozent der Befragten geben an, in den letzten 12 Monaten bestimmte Produkte oder Dienstleistungen aus politischen Gründen gekauft bzw. nicht gekauft zu haben. Ähnlich hoch ist der Wert mit Blick auf Umwelt- und Klimaschutz. Rund ein Drittel der Befragten hat sich an Unterschriftensammlungen beteiligt bzw. gezielt gespendet. Am seltensten wurden die Teilnahme an Demonstrationen oder Veranstaltungen sowie Online-Meinungsäußerungen genannt.

ABBILDUNG 3.11: POLITISCHE UND UMWELTPOLITISCHE PARTIZIPATION

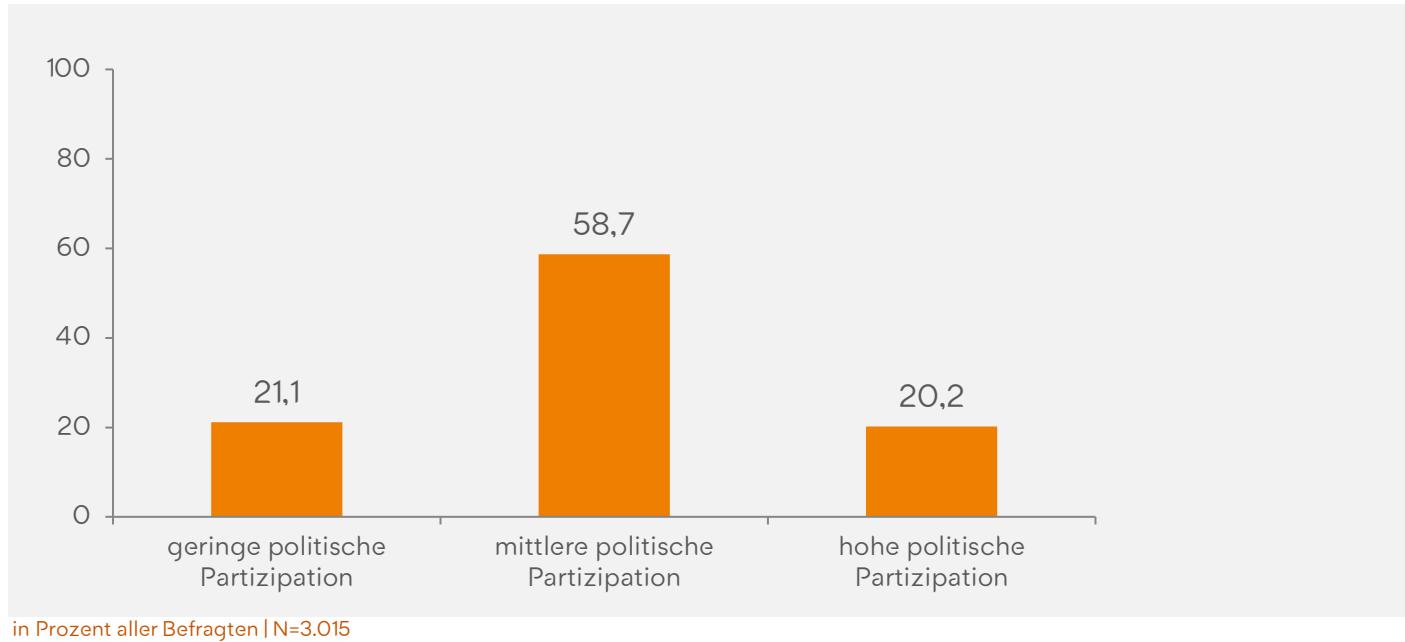


in Prozent aller Befragten | N=3.015

Fragestellung: Welche der folgenden Dinge haben Sie in den letzten 12 Monaten getan und welche nicht?

Da sich empirisch gezeigt hat, dass die allgemeine und die umweltpolitische Partizipation sehr stark miteinander korrelieren, beschränken wir uns auf die allgemeine Partizipation als Prädiktor. Um aus den Items dazu eine sinnvolle Differenzierungsvariable zu formen, sind wir wie folgt vorgegangen: Wir haben einen Summenindex erstellt, der für jede*n Befragte*n die Anzahl aller mit „trifft zu“ beantworteten Aktionen zählt. Zu diesem Index haben wir einen Punkt addiert, wenn der*die Befragte an der letzten Bundestagswahl teilgenommen hat, da dies auch ein politisches Engagement ist. Anschließend haben wir den Index in drei Bereiche geteilt: 0 bis 2 Punkte bezeichnen eine geringe politische Partizipation, 3 bis 5 Punkte eine mittlere und 6 bis 8 Punkte eine hohe. Abbildung 3.12 zeigt die resultierende Verteilung über den dreistufigen Index. Die Mehrheit von 59 Prozent ist im mittleren Maß politisch aktiv, jeweils rund ein Fünftel gering oder hochgradig.

ABBILDUNG 3.12: INDEX POLITISCHE PARTIZIPATION



Die politische Partizipation zeigt keine signifikanten Differenzen über Alter und Geschlecht. Allerdings sind Personen mit einem höheren Schulabschluss deutlich politisch aktiver als solche mit niedrigerem: Der Partizipationsindex für Befragte mit Volks- oder Hauptschulabschluss beträgt 1,8 auf der Skala von 1=gering bis 3=hoch, der für Befragte mit (Fach-)Hochschulabschluss beträgt 2,2. Eine ähnliche Tendenz zeigt sich beim subjektiven sozialen Status. Außerdem sind Personen mit Migrationshintergrund etwas weniger politisch aktiv als solche ohne (1,9 zu 2,0).

In der folgenden Tabelle sind alle Prädiktoren noch einmal auf einen Blick und inklusive der Fallzahlen aller ihrer Ausprägungen dargestellt. Wenn wir sie im Bericht darstellen, benennen wir diese Fallzahlen nicht noch einmal. Diese Tabelle dient stattdessen als Referenz.

Prädiktor und Ausprägungen	Fälle	in Prozent
Geschlecht		
männlich	1.468	48,7
weiblich	1.535	50,9
divers	8	0,3
Angabe verweigert	4	0,1
Altersgruppen		
14-29 Jahre	552	18,3
30-39 Jahre	432	14,3
40-49 Jahre	408	13,5
50-64 Jahre	786	26,1
65 Jahre und älter	780	25,9
Angabe verweigert	57	1,9

Prädiktor und Ausprägungen	Fälle	in Prozent
höchster Schulabschluss		
noch Schüler*in	105	3,5
ohne Schulabschluss	96	3,2
Volks-/Hauptschule	805	26,7
Mittlere Reife	944	31,3
(Fach-)Hochschulreife	1.037	34,4
Angabe verweigert	28	0,9
Subjektiver sozialer Status		
unteres Drittel	319	10,6
mittleres Drittel	2.319	76,9
oberes Drittel	264	8,8
keine Angabe	113	3,7
Kinder		
hat Kinder	1.717	42,7
hat keine Kinder	1.288	57,0
Angabe verweigert	10	0,3
Migrationshintergrund		
kein Migrationshintergrund	2.478	82,2
Migrationshintergrund	515	17,1
keine Angabe	22	0,7
ABL/NBL		
Alte Bundesländer (inkl. Berlin)	2.543	84,3
Neue Bundesländer	472	15,7
Urbanitätsgrad		
ländlicher Raum	532	17,6
mittelstädtischer Raum	1.099	36,5
großstädtischer Raum	1.100	36,5
keine Angabe	284	9,4
Wohnort in einem Teilgebiet		
ja	1.951	64,7
nein	787	26,1
keine Angabe	276	9,2
Werthaltung Umweltschutz		
Umweltschutz hat Vorrang	2.018	66,9
andere Ziele haben Vorrang	810	26,9
keine Angabe	186	6,2

Prädiktor und Ausprägungen	Fälle	in Prozent
Einstellung Generationengerechtigkeit		
wichtig	2.786	92,4
unwichtig	186	6,2
keine Angabe	43	1,4
Technik-Optimismus		
Technik-optimistisch	2.178	72,2
nicht Technik-optimistisch	675	22,4
keine Angabe	162	5,4
Wissenschafts-Skeptizismus		
wissenschaftsskeptisch	1.968	65,3
nicht wissenschaftsskeptisch	869	28,8
keine Angabe	178	5,9
politische Partizipation		
gering	636	21,1
mittel	1.768	58,7
hoch	610	20,2

3.3 Darstellung der Ergebnisse und Vergleichbarkeit im Zeitverlauf

In den folgenden Abschnitten werden wir neben den Ergebnissen in der Gesamtstichprobe auch in den meisten Fällen die differenzierten Ergebnisse in verschiedenen demographischen sowie Einstellungsgruppen darstellen. Bei der Auswertung haben wir immer mit ermittelt, ob die Unterschiede zwischen den Gruppen statistisch signifikant sind (Signifikanzniveau 5 Prozent). Das bedeutet, dass wir geprüft haben, ob gemessene Unterschiede zufällig sind oder nicht. Durch verschiedene statistische Gesetzmäßigkeiten kann es passieren, dass sich Werte zwischen Gruppen zwar unterscheiden, wir aber nicht zuverlässig sagen können, dass diese Unterschiede auch in der Bevölkerung so vorhanden sind. Diese Unterschiede berichten wir dann nicht. Bei signifikanten Unterschieden haben wir geprüft, ob sie im Rahmen des Berichts einen Mehrwert darstellen oder nicht. Hier sind also nur solche Unterschiede dargestellt, die wir berichtenswert fanden. Alle Differenzierungen finden interessierte Leser*innen im Tabellenband zu dieser Befragung.

Im „Zwischenbericht zum aktuellen wissenschaftlichen Stand und zum methodischen Gesamtkonzept“ haben wir auf Basis der Forschungsliteratur fünf Hypothesen zu unterschiedlichen Aspekten des Themenfeldes aufgestellt (vgl. GÖTTE/LUDEWIG 2024, 32ff.). Diese prüfen wir an den entsprechenden Stellen im Bericht anhand der erhobenen Daten auf Ebene der Gesamtstichprobe. Außerdem enthält der Bericht einen separaten Abschnitt zur Hypothesenprüfung, in dem wir noch einmal tiefer in die Daten schauen und die Hypothesen auch in verschiedenen Subgruppen testen (vgl. Abschnitt 9).

Einige Fragen haben wir in mehreren Befragungswellen gestellt und können deshalb Entwicklungen darstellen. Wo dies möglich ist, versuchen wir sie sachlogisch zu interpretieren. Dabei ist zu

beachten, dass wir die Befragungsmethodik in dieser Welle etwas verändert haben, um auch weiterhin repräsentative Daten erheben zu können (vgl. dazu unsere Ausführungen im Abschnitt 3.1). Dadurch können Unterschiede zwischen den Wellen 2020/2022 und dieser Welle auch zum Teil auf methodische Gründe zurückzuführen sein. So führt zum Beispiel die geänderte Gewichtungsprozedur („Blended Calibration“) dazu, dass die Struktur der Stichprobe mit Blick auf bestimmte Merkmale anders aussieht als in den Vorjahren. An einigen Stellen sehen wir auch höhere Anteile von „weiß nicht“, die durch die generell stärkere Auswahl dieser Antwort in Onlinebefragungen (im Vergleich zu Telefonbefragungen) begünstigt worden sein könnten. Die Möglichkeit solcher methodischen Artefakte sollte also bei der Interpretation der Zeitreihen immer im Hinterkopf behalten werden.

Dieser Bericht dient der ausführlichen Darstellung und Erläuterung der Ergebnisse unserer Bevölkerungsbefragung im Jahr 2024. Diese Ergebnisse stehen jedoch nicht im kontextfreien Raum. Rundherum existieren oder existierten natürlich auch andere Forschungsprojekte und wissenschaftliche Diskussionen zu den Themen Einstellung und Akzeptanz großer Infrastrukturen im Allgemeinen und eines Endlagers für hoch-radioaktive Abfälle im Besonderen. Wir haben den aktuellen Forschungsstand in unserem „Zwischenbericht zum aktuellen wissenschaftlichen Stand und zum methodischen Gesamtkonzept“ dargestellt. Vier ausgewählte Themen werden wir außerdem in separaten Kontextualisierungspapieren stärker mit anderen Forschungsergebnissen verknüpfen. Interessierte Lesende verweisen wir gern auch auf diese Publikationen.

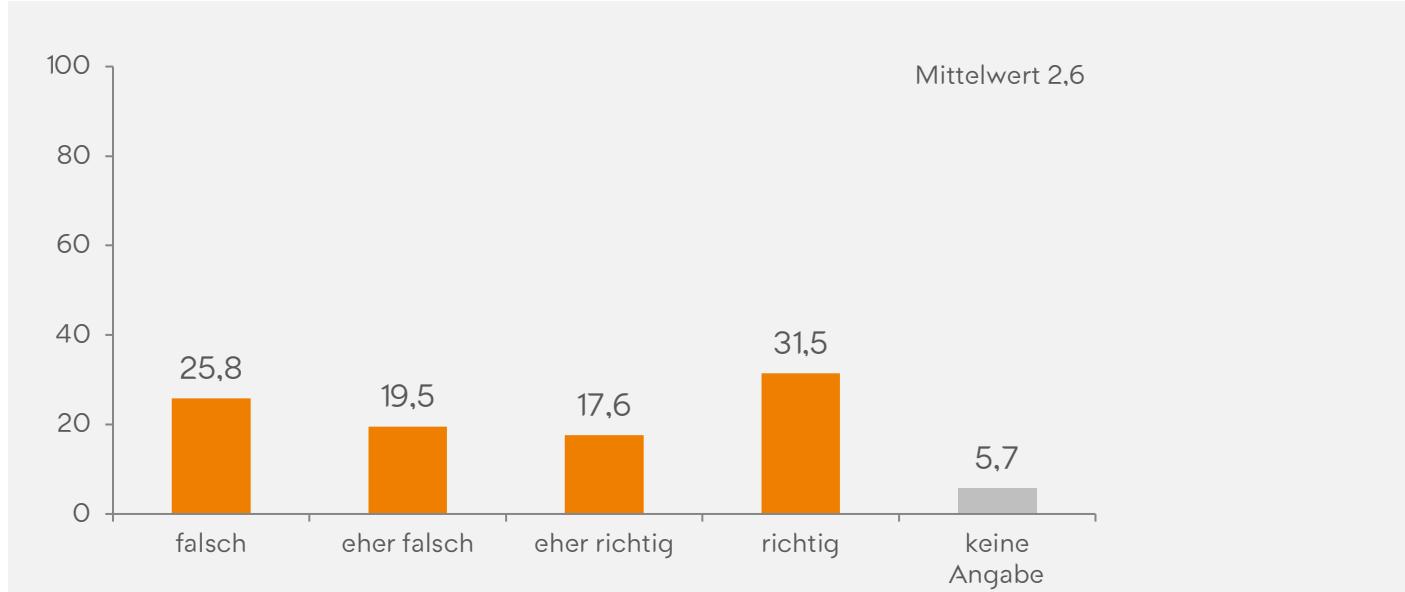
Im Rahmen dieser Befragung wurde ein Befragungsexperiment durchgeführt, welches vom BASE separat ausgewertet und berichtet werden wird. Design und Messungen des Experiments sind jedoch bereits im angehängten Fragebogen einsehbar und die entsprechenden Rohdaten des Experiments im veröffentlichten Datensatz zu Welle 3 verfügbar.

4

Einstellungen zur Endlagersuche

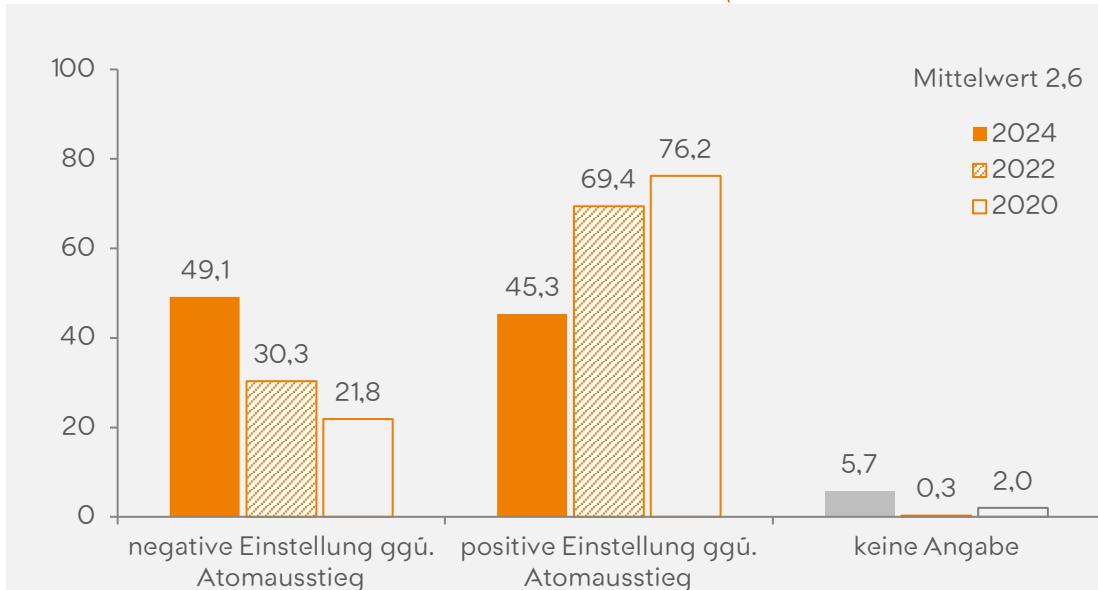
Der Ausstieg aus der Kernenergie wurde im April 2023 mit der Stilllegung der Atomkraftwerke Isar 2, Neckarwestheim 2 und Emsland vollendet. Da die Diskussion um die Endlagersuche auch ein Teil des Kernenergie-Diskurses ist, ist ein Einfluss der Einstellung zu diesem Atomausstieg auf Einstellungen zur Standortsuche denkbar. Deshalb haben wir auch bei dieser Erhebung wieder eine Frage dazu gestellt. Aktuell empfinden 49 Prozent der Befragten, dass der Atomausstieg eine grundsätzlich richtige bzw. eher richtige Entscheidung ist, 45 Prozent tun dies nicht (vgl. Abbildung 4.1). In den Vorgängerbefragungen aus den Jahren 2020 und 2022 haben wir eine ähnliche Frage gestellt: „Deutschland hat den stufenweisen Ausstieg aus der Kernenergie im Jahr 2011 beschlossen. Einmal alles in allem betrachtet: Begrüßen Sie grundsätzlich den Atomausstieg Deutschlands oder begrüßen Sie ihn nicht?“ Trotz eingeschränkter Vergleichbarkeit durch die abweichenden Zeithorizonte (vor und nach dem Ausstieg), zeigen die Ergebnisse eine klare Tendenz: die Zustimmung zum Atomausstieg ist gesunken. Begrüßten 2020 noch 76 Prozent der Befragten den Atomausstieg, waren es 2022 69 Prozent und aktuell nur noch knapp die Hälfte der Befragten, wie Abbildung 4.2 zeigt (Darstellung des Zeitverlaufs mit dichotomisierten Antwortkategorien). Diese Meinungsänderung wurde bereits im Zwischenbericht anhand verschiedener Forschungsstudien und Befragungen aus den Jahren 2018 bis 2023 deutlich. Als mögliche Ursachen wurden dabei unter anderem die Sorge, dass die Strompreise durch den Ausstieg in die Höhe getrieben würden sowie die Versorgungsunsicherheit durch den 2022 beginnenden Ukrainekrieg genannt.

ABBILDUNG 4.1: EINSTELLUNG ZUM ATOMAUSSTIEG



in Prozent aller Befragten | N=3.015 | „keine Angabe“ beinhaltet die Nennungen „weiß nicht“ und „Angabe verweigert“
Fragestellung: Im Jahr 2023 wurden die letzten laufenden Atomkraftwerke in Deutschland abgeschaltet. Finden Sie, der Atomausstieg Deutschlands ist eine grundsätzlich richtige oder eine grundsätzlich falsche Entscheidung?

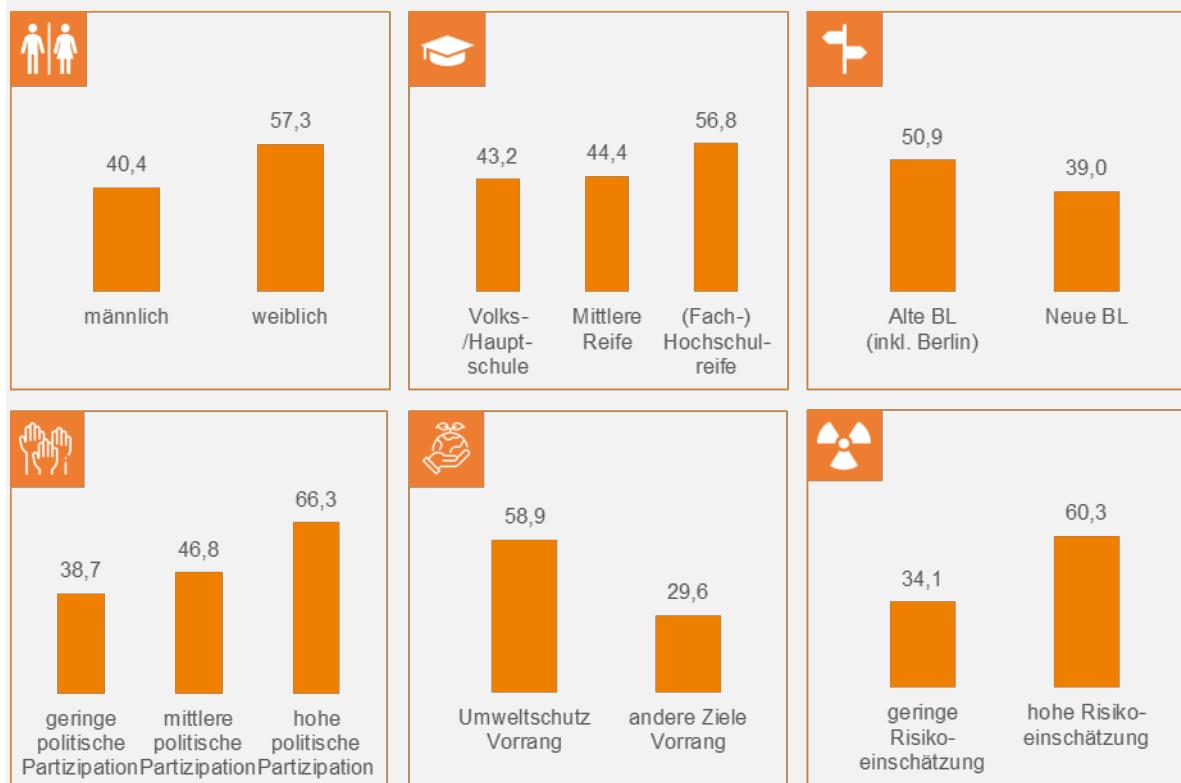
ABBILDUNG 4.2: EINSTELLUNG ZUM ATOMAUSSTIEG IM ZEITVERLAUF (DICHOTOMISIERTE ANTWERT KATEGORIEN)



in Prozent aller Befragten | N=3.015, 2022: N=3.000, 2020: N=3.172 | „keine Angabe“ beinhaltet die Nennungen „weiß nicht“ und „Angabe verweigert“

Der Blick in die demografischen Gruppen zeigt signifikante Unterschiede beim Geschlecht, der Bildung, der Region und beim subjektiven sozialen Status. Unter den männlichen Befragten bewerten 40 Prozent, unter den weiblichen 57 Prozent den Atomausstieg als (eher) richtig. Beim Bildungsgrad ist vor allem die Gruppe der (Fach-)Hochschulabsolventen dem Atomausstieg deutlich positiver gegenüber eingestellt (57 Prozent) als alle anderen.

ABBILDUNG 4.3: BEFÜRWORTUNG DES ATOMAUSSTIEGS DIFFERENZIERT



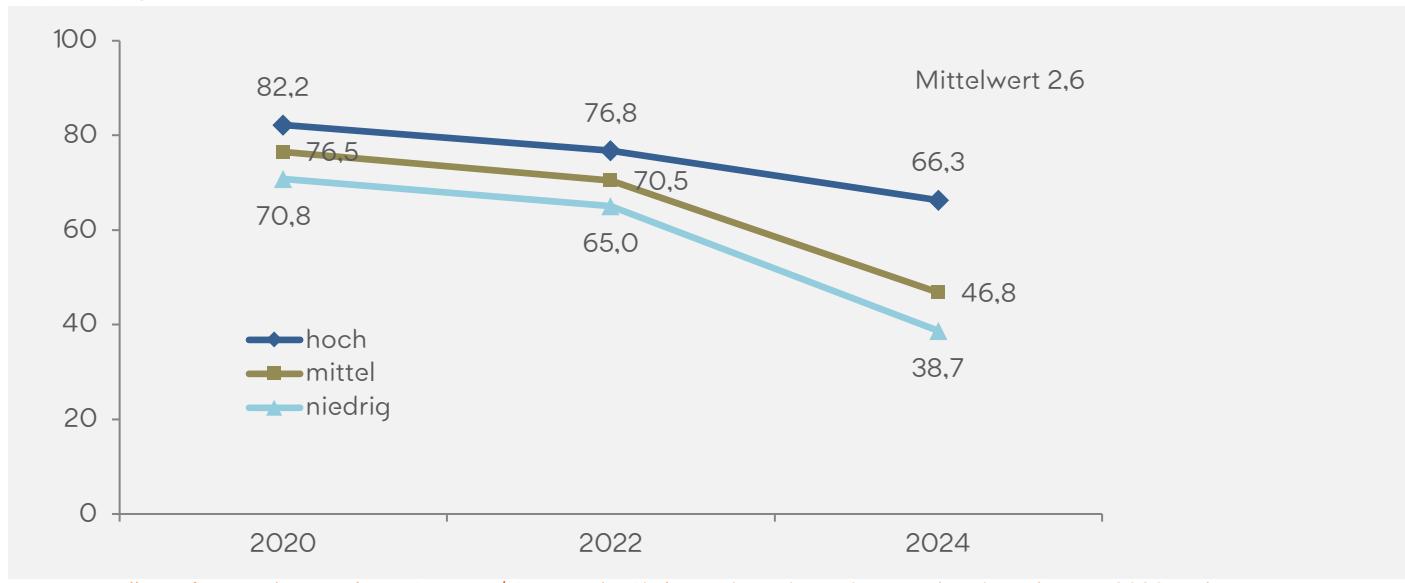
in Prozent aller Befragten der jeweiligen Gruppen | Summe der Skalenpunkte „eher richtig“ und „richtig“

Befragte, die in den alten Bundesländern (inkl. Berlin) leben, empfinden den Atomausstieg häufiger als (eher) richtig als Befragte in den neuen Bundesländern (51 zu 39 Prozent). Unterschiede gibt es auch zwischen ländlichem Raum (45 Prozent), mittelstädtischem (51 Prozent) und großstädtischem Raum (55 Prozent). All das scheinen stabile Meinungsunterscheide zu sein, da sich ähnliche Verteilungsunterschiede bereits in den Ergebnissen der Befragungen aus den Jahren 2020 und 2022 zeigten.

Neben soziodemografischen Unterschieden gibt es auch signifikante Unterschiede in den Einstellungsgruppen. Die stärksten Unterschiede zeigen sich dabei in der politischen Partizipation, der Werthaltung zum Umweltschutz und der Risikoeinschätzung eines Endlagers für radioaktive Abfälle. Mit steigendem politischem Engagement steigt auch die Zustimmung zum Atomausstieg: 39 Prozent der Befragten mit geringer politischer Partizipation sprechen sich für den Atomausstieg aus, während es bei Befragten mit hoher politischer Partizipation 66 Prozent sind. Für den Atomausstieg äußern sich 59 Prozent der Befragten, die dem Schutz der Umwelt und unserer natürlichen Lebensgrundlagen immer den Vorrang gegenüber anderen gesellschaftlichen Zielen geben würden. Unter all jenen, die anderen Zielen den Vorrang geben würden, begrüßen ihn nur 30 Prozent. Beim Thema Umweltschutz ist das Thema der Gefährdung von Mensch und Umwelt nicht fern. Entsprechend finden sich häufiger Befürworter*innen des Atomausstiegs in der Gruppe der Befragten, die bei einem Endlager ein hohes Risiko vermuten (60 gegenüber 34 Prozent, die ein geringes Risiko sehen).

Auch bei den Einstellungsgruppen Geschlecht und Bildung zeigt der Vergleich der Ergebnisse gegenüber den Berichten 2020 und 2022 Parallelen. Abweichungen zeigen sich bei den Gruppen der politischen Partizipation. Auffällig ist, dass der Wert bei Befragten mit geringer und mittlerer Partizipation zwischen den Berichten 2022 und 2024 stärker absank als bei Befragten mit hoher politischer Partizipation (siehe Abbildung 4.4).

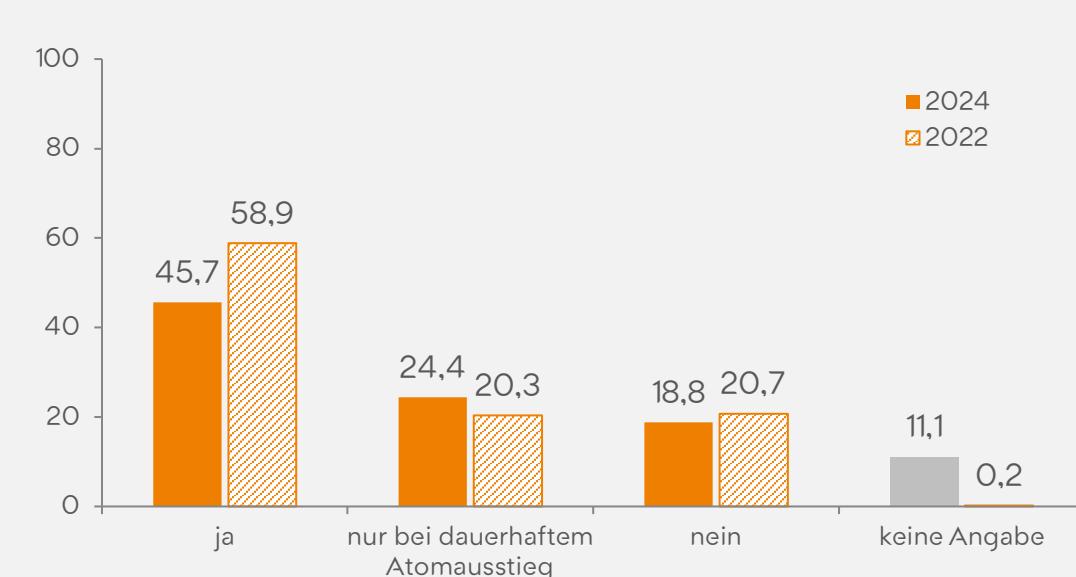
ABILDUNG 4.4: BEFÜRWORTUNG DES ATOMAUSSTIEGS IM ZEITVERGLEICH DIFFERENZIERT NACH POLITISCHER PARTIZIPATION



Während die Meinung zum Atomausstieg insgesamt eher gespalten ist, befürwortet die Mehrheit von 70 Prozent (Summe der Kategorien „ja“ und „nur bei dauerhaftem Atomausstieg“), dass nach

einem geeigneten Endlager in Deutschland gesucht wird. Dieser Wert sank im Vergleich zur Befragung 2022, wo er noch bei 79 Prozent lag. Dies liegt allerdings daran, dass deutlich mehr Befragte als in 2022 hierzu keine Meinung hatten oder äußern wollten. 2022 waren es weniger als 1 Prozent, aktuell sind es 11 Prozent.

ABILDUNG 4.5: EINSTELLUNG ZUR ENDLAUGERSUCHE



in Prozent aller Befragten | 2024: N=3.015, 2022: N=3.000 | „keine Angabe“ beinhaltet die Nennungen „weiß nicht“ und „Angabe verweigert“

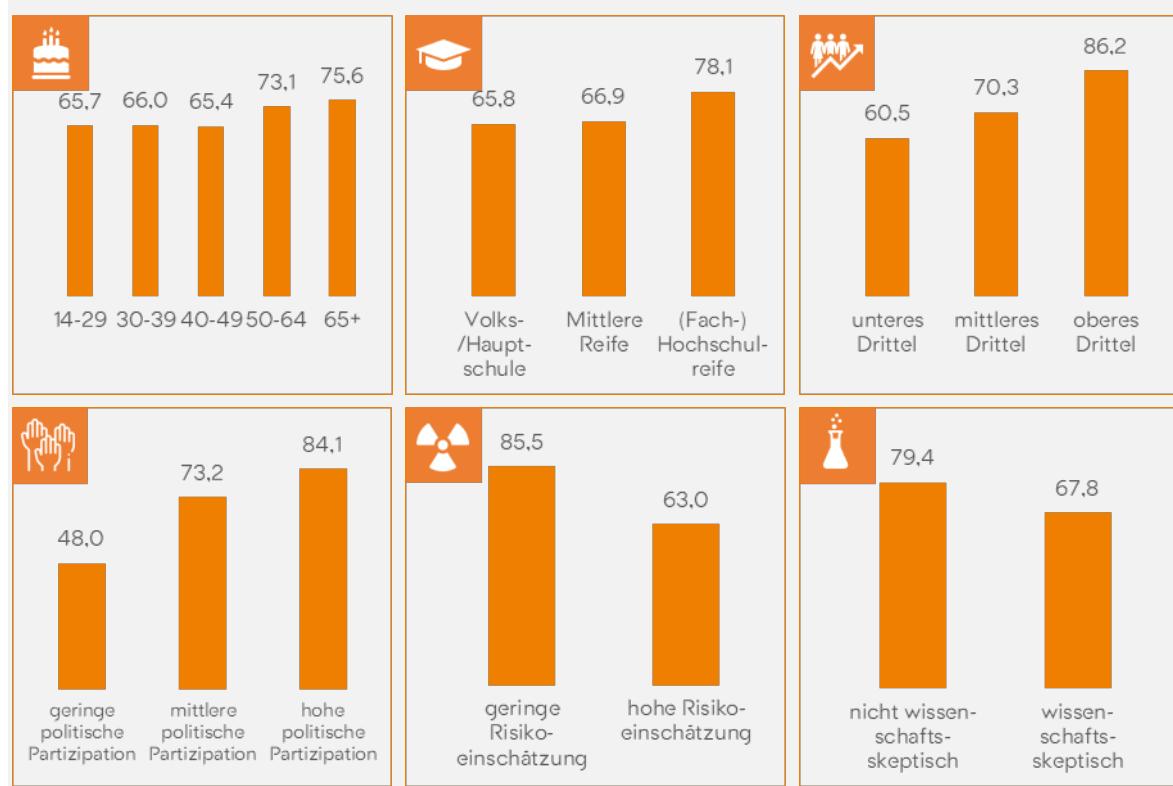
Fragestellung: Tatsächlich wird zurzeit nach einem geeigneten Standort für ein Endlager in Deutschland gesucht. In diesem sollen die Kernbrennstoffe der deutschen Atomkraftwerke dauerhaft und sicher tief unter der Erde gelagert werden. Befürworten Sie es, dass in Deutschland nach einem solchen Endlager gesucht wird?

Die Zustimmung zur Endlagersuche steigt mit dem Alter: In den Gruppen der 14- bis 29-Jährigen, 30- bis 39-Jährigen und 40- bis 49-Jährigen sind jeweils etwa zwei Drittel mit der Suche nach dem Endlager einverstanden, ab dem 50. Lebensjahr pegelt sich die Zustimmung bei rund drei Viertel der Befragten ein. Personen mit Hochschulreife begrüßen die Endlagersuche häufiger als andere (78 Prozent). Auf den subjektiven sozialen Status geschaut, wird sie von Befragten, die sich im unteren Drittel einordnen eher kritisch gesehen (61 Prozent). Im oberen Drittel liegt die Zustimmung bei 86 Prozent. Wie schon beim Thema Atomausstieg, spielt auch bei der Endlagersuche die politische Partizipation eine Rolle. Und wie zuvor steigt die Befürwortung mit dem Grad der politischen Partizipation: Knapp die Hälfte der Befragten, die sich wenig politisch engagieren befürworten die Endlagersuche, während es bei Befragten mit hoher politischer Partizipation 84 Prozent sind. Hingegen hängt die Endlagersuche nicht davon ab, wie man zum Atomausstieg steht. Entsprechend finden wir auf beiden Seiten einen ähnlichen Anteil an Befragten, die die Endlagersuche ablehnen. Bei den Befürworter*innen des Atomausstiegs sind es 17,4 Prozent, bei den Atomausstiegsgegnern 19,5 Prozent. Nachvollziehbar ist, dass die Zustimmung zur Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Abfall höher ist, wenn man weniger Risiken damit verbindet. Entsprechend befürworten 86 Prozent der Befragten, die ein geringes Risiko durch das Endlager sehen, dass nach einem solchen gesucht wird. Werden die Risiken beim Betrieb eines solchen Endlagers als sehr hoch eingeschätzt, dann begrüßen 63 Prozent diese Suche. Verschiedene Akteure aus diversen Wissenschaftsbereichen sollen diese Risiken unabhängig und objektiv bewerten. Wie bereits im Kapitel 3 berichtet zeigt der Prädiktor Wissenschafts-Skeptizismus, dass allerdings zwei Drittel der Befragten der Wissenschaft skeptisch gegenübersteht. Dennoch sprechen sich deutlich mehr

Befragte für die Endlagersuche aus, die der Wissenschaft vertrauen als jene, die ihr nicht vertrauen (79 zu 68 Prozent; vgl. Abbildung 4.6).

Beim Zeitvergleich der Subgruppen zeigen sich keine nennenswerten Veränderungen innerhalb der vergleichbaren Subgruppen Alter, Bildung, politische Partizipation und Risikoeinschätzung.

ABBILDUNG 4.6: BEFÜRWORTUNG DER ENDLAGERSUCHE DIFFERENZIERT



in Prozent aller Befragten der jeweiligen Gruppen | Summe der Skalenpunkte „ja“ und „nur bei dauerhaftem Atomausstieg“

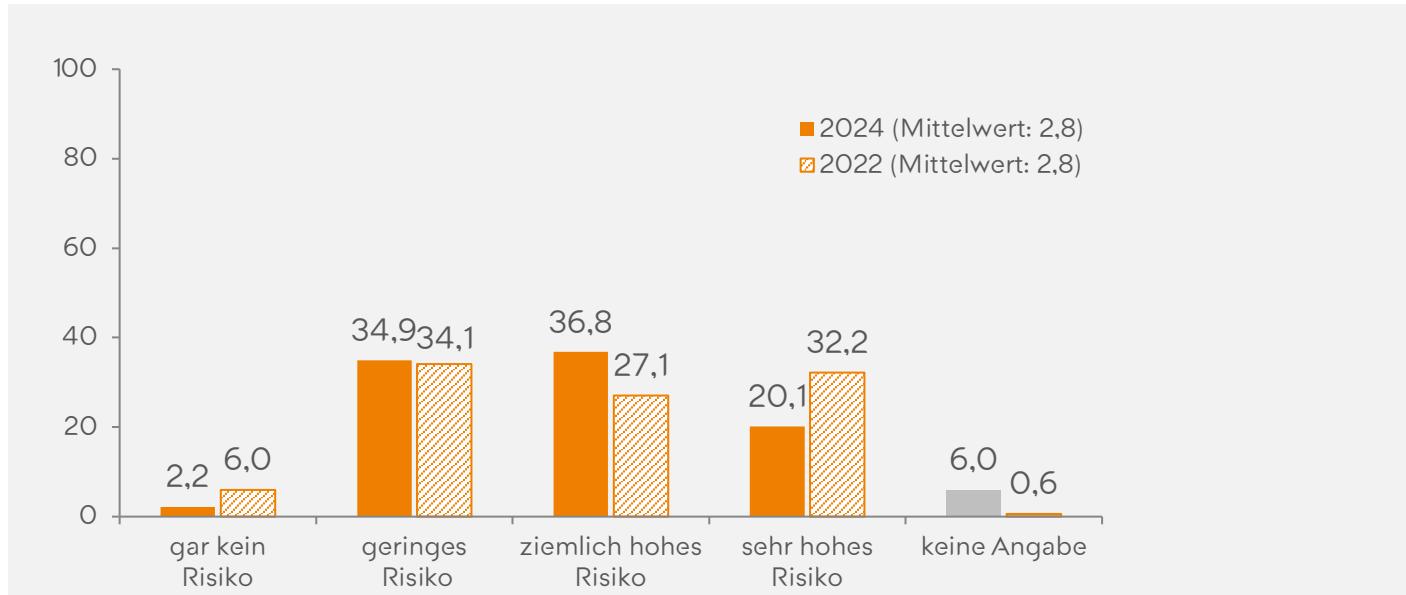
Den Zusammenhang zwischen Wissenschafts-Skeptizismus und der Endlagersuche thematisierten wir bereits in unserer Ausarbeitung zum Zwischenbericht zum aktuellen Forschungsstand und formulierten folgende Hypothese:

H1: Personen, die den Einfluss von Wissenschaft auf die Gesellschaft positiv bewerten, stehen der Suche nach einer Endlagerstätte für nuklearen Abfall positiver gegenüber als Personen, die den Einfluss von Wissenschaft auf die Gesellschaft negativ bewerten.

Um diesen Zusammenhang zu prüfen nutzen wir den Prädiktor „Wissenschafts-Skeptizismus“ als unabhängige Variable, die wir in eine dichotome Variable mit den Ausprägungen *nicht wissenschaftsskeptisch* und *wissenschaftsskeptisch* umgewandelt haben. Unsere abhängige Variable ist die „Befürwortung der Endlagersuche“. Da diese Variable nicht intervall- sondern kategorial skaliert ist, ziehen wir für die statistische Prüfung den Chi-Quadrat Test inkl. Cramer's V heran. Die Effektstärke zwischen dem „Wissenschafts-Skeptizismus“ und der „Befürwortung der Endlagersuche“ beträgt 0,12, der Zusammenhang ist auf dem 0,01-Niveau signifikant. Die Hypothese kann damit grundsätzlich bestätigt werden, allerdings ist die Stärke des Zusammenhangs gering. Eine zentrale Frage für die Akzeptanz der Endlagersuche ist, wie hoch die Bevölkerung das von einem Endlager für hochradioaktive Abfälle ausgehende Risiko einer Gefährdung von Mensch und Umwelt einschätzt. In der aktuellen Erhebung sehen 20 Prozent der Befragten darin ein sehr hohes

Risiko, weitere 37 Prozent ein ziemlich hohes. Auf der anderen Seite verbinden 35 Prozent der Befragten damit nur ein geringes Risiko, 2 Prozent gar keins. Zu 2022 scheint sich beim Betrachten des Mittelwerts keine Veränderung ergeben zu haben. Allerdings zeigt die Abbildung 4.6 eine Verschiebung zwischen den Antwortkategorien „ziemlich hohes Risiko“ und „sehr hohes Risiko“. Mehr Befragte tendierten diesmal hin zum ziemlich hohen Risiko und damit weg vom sehr hohen Risiko. Eine kleine, dennoch erwähnenswerte Veränderung, die ein Zeichen dafür sein könnte, dass sich die Risikowahrnehmung positiv entwickelt.

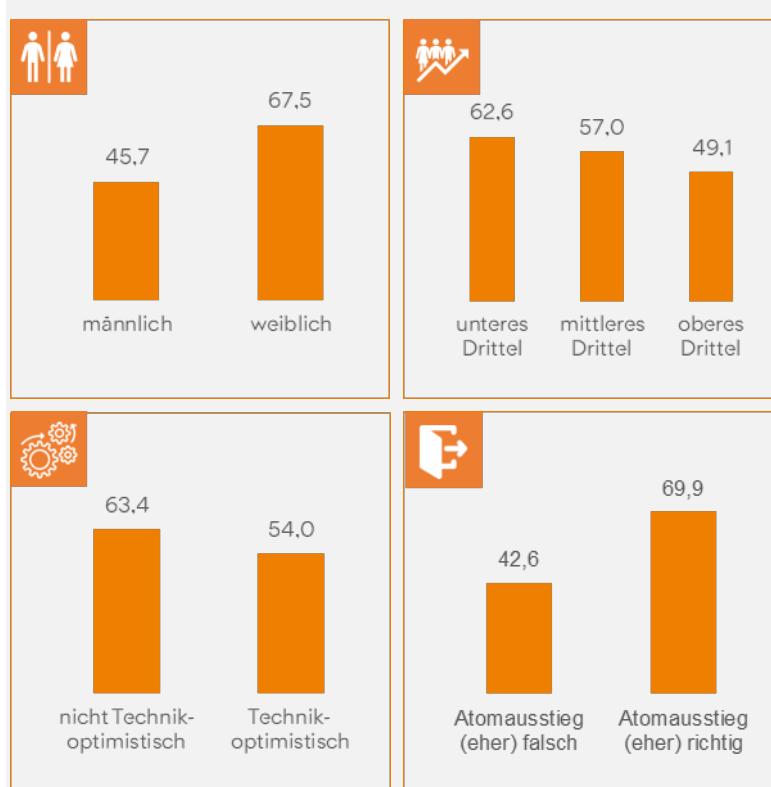
ABBILDUNG 4.7: RISIKOEINSCHÄTZUNG IN BEZUG AUF DAS ENDLAGER



in Prozent aller Befragten | N=3.015 | „keine Angabe“ beinhaltet die Nennungen „weiß nicht“ und „Angabe verweigert“
Fragestellung: Wie hoch schätzen Sie das Risiko einer Gefährdung von Mensch und Umwelt durch ein nahegelegenes Endlager für hochradioaktive Abfälle ein?

Frauen schätzen ein Endlager in der eigenen Wohnumgebung deutlich riskanter ein als Männer (68 zu 46 Prozent sehr oder ziemlich hohes Risiko). Einen signifikanten Unterschied gibt es auch beim sozialen Status. Mit steigender Einordnung sinkt die Risikowahrnehmung (63 Prozent unteres, 57 Prozent mittleres und 49 Prozent bei Personen im oberen Drittel). Und wie zu erwarten äußern sich technik-optimistische Befragte weniger besorgt über ein Endlager in der eigenen Wohngegend als nicht technik-optimistische (54 zu 63 Prozent). Die Risikoeinschätzung eines Endlagers unterscheidet sich erheblich in Bezug auf die Einstellung zum Atomausstieg: Befragte, die den Atomausstieg für (eher) richtig halten sehen ein deutlich höheres Risiko bei einem Endlager als Befragte, die den Atomausstieg für (eher) falsch halten (70 Prozent gegenüber 43 Prozent).

ABBILDUNG 4.8: HOHE RISIKOWAHRNEHMUNG IN BEZUG AUF DAS ENDLAGER DIFFERENZIERT



in Prozent aller Befragten der jeweiligen Gruppen | Summe der Skalenzpunkte „ziemlich hohes Risiko“ und „sehr hohes Risiko“

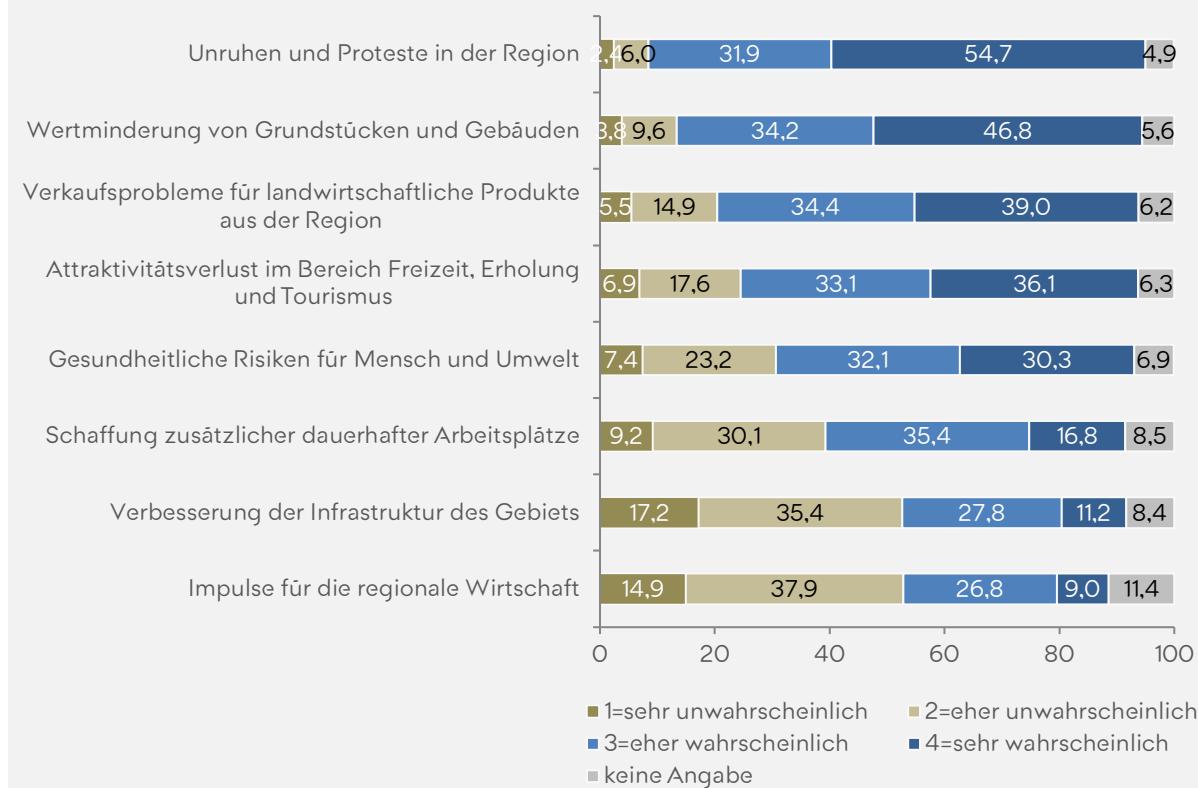
Zeitlich betrachtet gibt es in den vergleichbaren Subgruppen Geschlecht und Atomausstieg keine nennenswerten Veränderungen bzw. Abweichungen.

Mit dem Bau eines Endlagers werden allerdings nicht nur Risiken verbunden. Die beteiligten Akteure diskutieren dabei verschiedene Auswirkungen, die ein Endlager für hochradioaktive Abfälle auf die Region haben könnten, in der das Endlager gebaut wird. Dabei werden neben den negativen auch die positiven Auswirkungen in den Blick genommen. Wir fragten daher acht verschiedene positive und negative Auswirkungen randomisiert ab. Die Befragten sollten auf einer 4stufigen Skala von 1 - sehr unwahrscheinlich bis 4 - sehr wahrscheinlich einschätzen, für wie wahrscheinlich sie es halten, dass die jeweilige Auswirkung für die betroffene Region tatsächlich auftritt.

Auf den ersten Plätzen rangieren die negativen Auswirkungen: Für eher bis sehr wahrscheinlich halten die Befragten Unruhen und Proteste in der Region (87 Prozent), gefolgt von Wertminderung von Grundstücken und Gebäuden (81 Prozent). Als Weiteres werden Verkaufsprobleme für landwirtschaftliche Produkte aus der Region (73 Prozent), ein Attraktivitätsverlust im Bereich Freizeit, Erholung und Tourismus (69 Prozent) und gesundheitliche Risiken für Mensch und Umwelt (62 Prozent) für wahrscheinliche Auswirkungen gehalten.

Auf den letzten drei Plätzen der Rangfolge stehen die möglichen positiven Auswirkungen eines Endlagers für die Region: Am ehesten halten die Befragten es für wahrscheinlich, dass neue Arbeitsplätze geschaffen werden (52 Prozent). Deutlich weniger Befragte glauben, dass ein Endlager für hochradioaktive Abfälle in der Region für eine Verbesserung der Infrastruktur des Gebiets sorgen und es dadurch Impulse für die regionale Wirtschaft geben wird (39 Prozent und 36 Prozent; Abbildung 4.9).

ABILDUNG 4.9: AUSWIRKUNGEN EINES ENDLAGERS IN DER REGION



in Prozent aller Befragten | N=3.015 | „keine Angabe“ beinhaltet die Nennungen „weiß nicht“ und „Angabe verweigert“

Fragestellung: Bitte sagen Sie mir jeweils für wie wahrscheinlich Sie es halten, dass die genannte Auswirkung für die betroffene Region tatsächlich auftritt durch den Bau eines Endlagers.

Positive Auswirkungen werden vor allem häufiger von Männern und Befragten, die sich im oberen Drittelf der Gesellschaft verorten für wahrscheinlicher gehalten. Darüber hinaus zeigen sich signifikante Gruppenunterschiede bei der Risikowahrnehmung und Technikeinstellung. Befragte, die technologischen Entwicklungen gegenüber optimistisch eingestellt sind, sehen durch das Endlager häufiger die Chancen auf neue Arbeitsplätze und Impulse für die regionale Wirtschaft sowie die Verbesserung der Infrastruktur. Ebenfalls häufiger sehen diese Chancen auch Befragte, die ein geringes Risiko beim Endlager einschätzen.

Bei der differenzierten Betrachtung der negativen Auswirkungen, zeigt sich, dass mehrheitlich Frauen und Befragte, die Risiken durch das Endlager sehen, durchweg alle negativen Auswirkungen für wahrscheinlich zutreffend halten. Gesundheitliche Risiken sehen insbesondere Befragte, die sich im unteren Drittelf der Gesellschaft einordnen.

Es liegt nahe, dass je stärker die Risiken eines Endlagers wahrgenommen werden auch die negativen Auswirkungen als wahrscheinlich zutreffend gehalten werden. Diese Hypothese haben wir geprüft. Dafür haben wir einen Mittelwertindex aus den ersten vier negativen Auswirkungen, die in Abbildung 4.8 dargestellt sind, gebildet und diesen als abhängige Variable verwendet. „Gesundheitliche Risiken für Mensch und Umwelt“ wurde dabei aufgrund seiner thematischen Nähe zur unabhängigen Variable „Risikoeinschätzung“ nicht berücksichtigt. Mit einem Korrelationskoeffizienten von 0,384 kann der Zusammenhang auf dem 99-Prozent-Niveau bestätigt werden. Je stärker Risiken durch das Endlager wahrgenommen werden, desto stärker werden auch negative Auswirkungen für wahrscheinlich zutreffend gehalten. Diese Auswirkungen können wiederum einen Einfluss auf die Akzeptanz des Standortes haben:

H2: Je stärker negative Auswirkungen eines Endlagers wahrgenommen werden, desto weniger sind die Befragten bereit zu akzeptieren, wenn ihre Region als Standortregion ausgewählt werden würde.

Die Korrelation zwischen der intervallskalierten Akzeptanz der Standortregion (abhängige Variable) und den negativen Auswirkungen, für die ein Mittelwertindex aus den negativen Auswirkungen Unruhen, Wertminderung für Grundstücke und Gebäude, Verkaufsprobleme von regionalen Produkten und Attraktivitätsverlust der Region gebildet wurde. Mit einem Korrelationskoeffizienten von -0,296 konnte auf dem 0,01-Niveau ein geringer Zusammenhang festgestellt werden. Um zu schauen, ob einzelne Auswirkungen einen stärkeren Einfluss auf die Akzeptanz ausüben als andere, haben wir die negativen Auswirkungen einzeln getestet. Dabei stellte sich heraus, dass der Zusammenhang zwischen monetären Auswirkungen und der Akzeptanz stärker ist als zwischen gesellschaftlichen Auswirkungen und der Akzeptanz. Verkaufsprobleme für landwirtschaftliche Produkte aus der Region scheinen am einflussreichsten zu sein. Die Korrelation weist den höchsten Korrelationskoeffizienten auf ($r=0,288$), gefolgt von der Wertminderung von Grundstücken und Gebäuden ($r=0,249$) und dem Attraktivitätsverlust der Region ($r=0,247$). Den niedrigsten Korrelationskoeffizienten weist die Korrelation zwischen Unruhen und Akzeptanz auf ($r=0,115$).

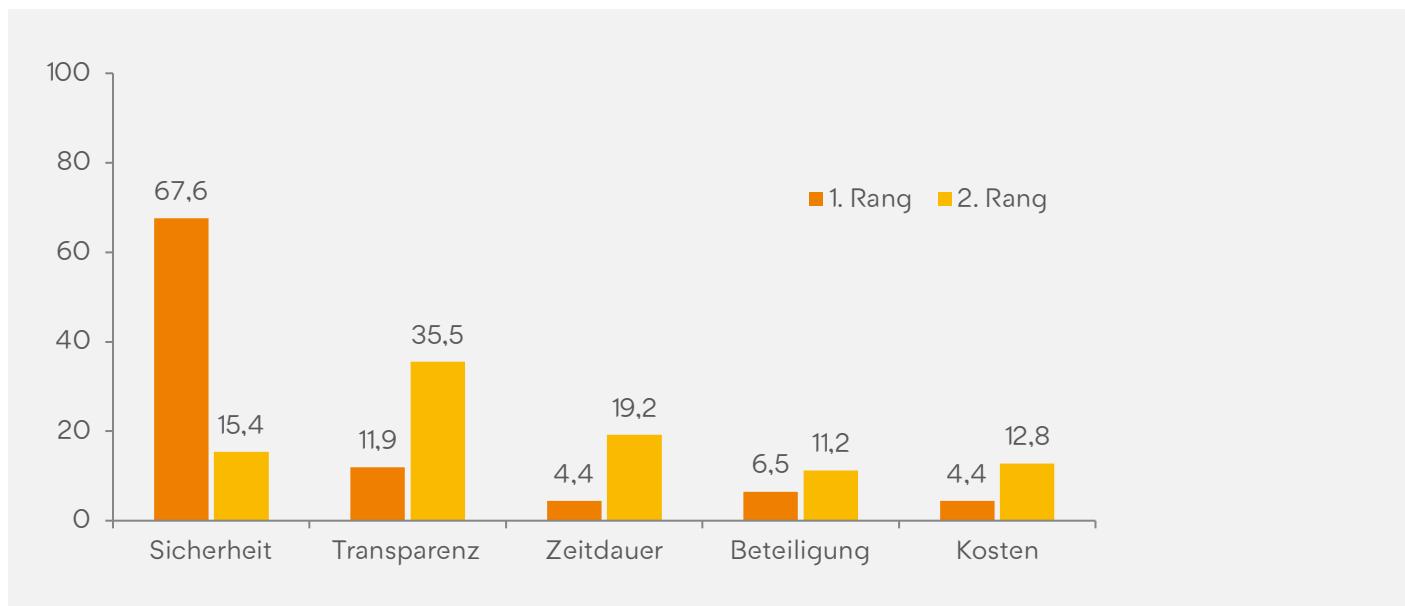
Auf der anderen Seite können auch positive Auswirkungen einen Einfluss auf die Akzeptanz haben:

H3: Je stärker die Chancen eines Endlagers wahrgenommen werden, desto eher sind die Befragten bereit zu akzeptieren, wenn ihre Region als Standortregion ausgewählt werden würde.

Auch hier zeigt sich ein geringer positiver Zusammenhang zwischen den wahrgenommenen Chancen und der Akzeptanz als Standortregion ($r=0,198$, $p<.001$). Klar kommunizierte positive Auswirkungen können entsprechend die Akzeptanz der eigenen Region als Endlagerstandort positiv beeinflussen, wenngleich der Zusammenhang geringer ist als bei den negativen Auswirkungen. Unter den drei betrachteten positiven Auswirkungen weist die Verbesserung der Infrastruktur des Gebiets einen stärkeren Zusammenhang auf ($r=0,205$) als die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze ($r=0,126$) und Impulse für die regionale Wirtschaft ($r=0,126$).

Die Suche nach einem geeigneten Standort für das Endlager ist ein Aushandeln verschiedener Kriterien. Neben der Sicherheit sind dies Zeit und Kosten für die Suche sowie Transparenz- und Beteiligungsangebote an die Bevölkerung. Die Befragten sollten von diesen fünf Kriterien die beiden für sie wichtigsten nennen und in eine Rangfolge bringen. Mit Abstand ist die Sicherheit des Endlagers den Befragten am wichtigsten (68 Prozent). Auf Rang 2 folgt die Transparenz über Entscheidungen bezüglich Technik und Standort des Endlagers (36 Prozent), was wiederum Einblicke in sicherheitsrelevante Aspekte erlaubt. Wann das Endlager verfügbar ist, dass die Kosten kontrolliert und Bürger*innen und die Öffentlichkeit am Entscheidungsprozess beteiligt werden, spielen für die Befragten eine eher untergeordnete Rolle (vgl. Abbildung 4.10).

ABBILDUNG 4.10: RANGFOLGE AUS FÜNF VERSCHIEDENEN ANSPRÜCHEN, DIE SICH AN DIE SUCHE NACH EINEM ENDLAGER FÜR HOCHRADIOAKTIVE ABFÄLLE STELLEN LASSEN

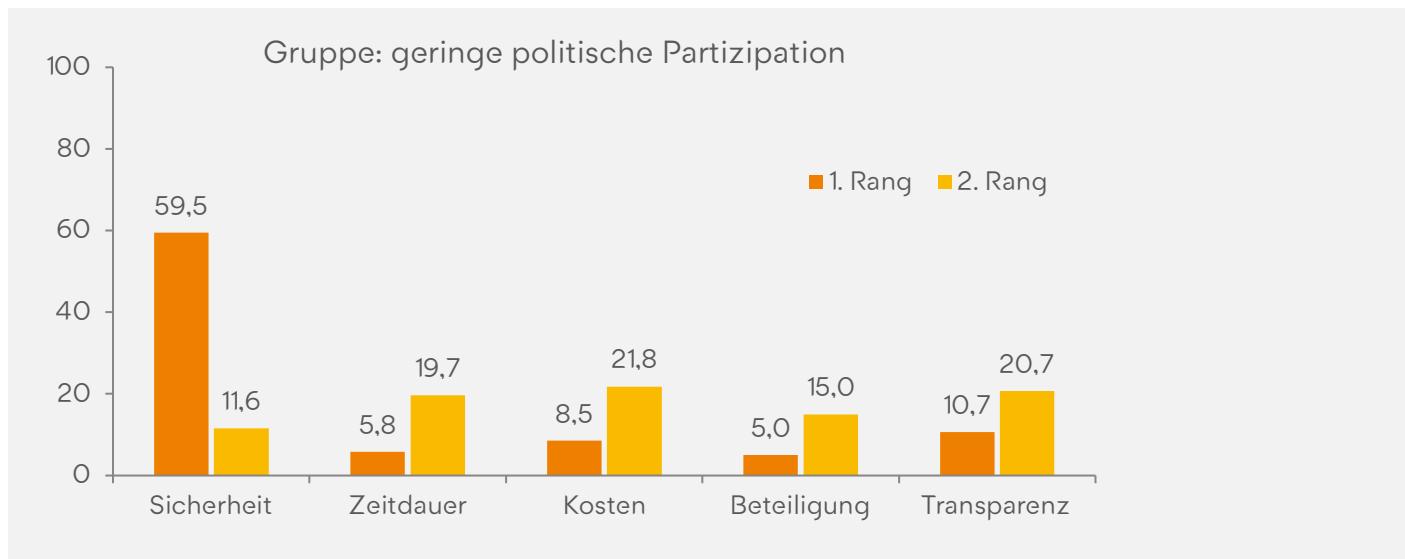


in Prozent aller Befragten | N=3.015

Fragestellung: Bitte bilden Sie eine Rangfolge aus fünf verschiedenen Ansprüchen, die sich an die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle stellen lassen: 1. Die Sicherheit eines Endlagers, 2. Die Zeitdauer bis zu der ein Endlager verfügbar sein sollte, 3. die Verhinderung ausufernder Kosten für das Endlager, 4. Die Beteiligung der Bürger und der Öffentlichkeit am Entscheidungsprozess für einen Endlagerstandort, 5. Die Transparenz über Entscheidungen bezüglich Technik und Standort des Endlagers. Welchen Punkt finden Sie davon am wichtigsten und welchen am zweitwichtigsten?

Die Relevanz der Sicherheit des Endlagers spielt sowohl in den soziodemografischen als auch allen anderen Gruppen die wichtigste Rolle. Ähnlich ist es auch bei der Transparenz, wobei sich hier in einer Gruppe Unterschiede zeigen. Zwar ist 60 Prozent der Befragten, die sich politisch weniger informieren, austauschen oder engagieren, die Sicherheit am wichtigsten, aber auf Rang 2 folgen die Kosten des Endlagers (22 Prozent) und nicht die Transparenz (20 Prozent) wie bei allen anderen Gruppen (vgl. Abbildung 4.11).

ABBILDUNG 4.11: RANGFOLGE DER ANSPRÜCHE – GRUPPE: GERINGE POLITISCHE PARTIZIPATION



in Prozent aller Befragten der jeweiligen Gruppe

Dieser einzige Unterschied macht zugleich deutlich, dass beide Kriterien auch unabhängig von der Einstellung zum Atomausstieg sind. Sicherheit und Transparenz werden gleichermaßen für Atomausstiegsgegner und -befürworter als wichtigste Erfolgskriterien für die Endlagersuche gesehen.

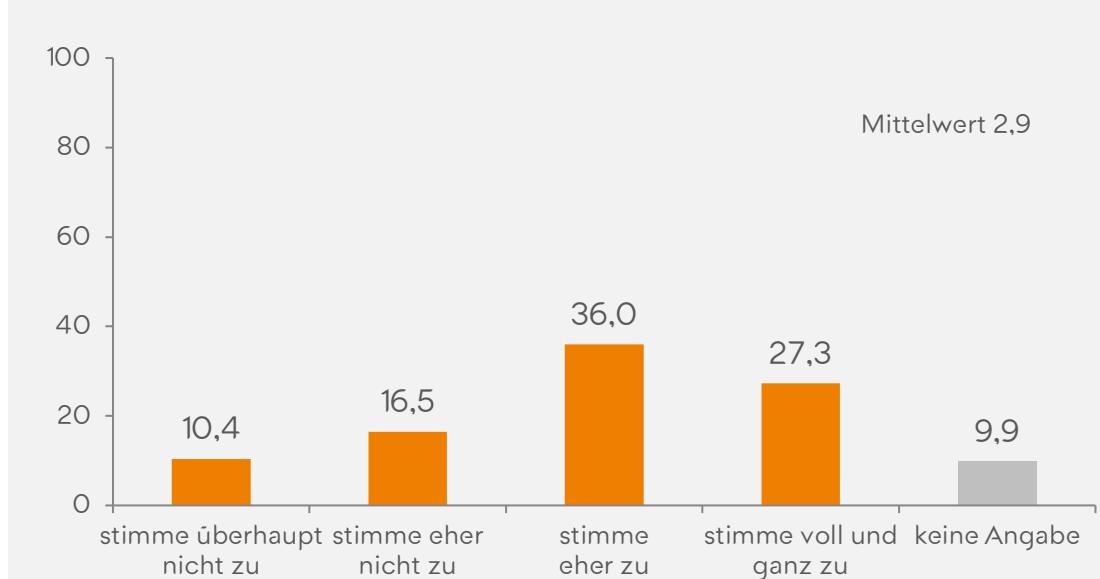
Signifikante Gruppenunterschiede gibt es bei beiden Aspekten insbesondere bei der Bildung, dem sozialen Status und der politischen Partizipation. Mit steigendem Bildungsgrad steigt der Anspruch auf die Sicherheit des Endlagers sowie die Transparenz des Prozesses. Wer sich im unteren Drittel der gesellschaftlichen Leiter eingeordnet hat, dem ist die Sicherheit und Transparenz weniger wichtig als Befragten im mittleren und oberen Drittel. Je ausgeprägter die politische Partizipation ist, desto mehr Befragte stimmen für Sicherheit und Transparenz (vgl. Abbildung 4.12).

ABBILDUNG 4.12: RANGFOLGE DER ANSPRÜCHE DIFFERENZIERT



Auch wenn das Endlager für hochradioaktive Abfälle die größtmögliche Sicherheit verspricht, kann eine Infrastruktur diesen Ausmaßes als eine gewisse Bürde für die dann ausgewählte Standortregion wahrgenommen werden. Als Dienst an der Gesamtbevölkerung Deutschlands wäre es denkbar, für diese wahrgenommene Bürde finanziell zu entschädigen. Was denkt die Bevölkerung über eine solche Idee? Diesen Aspekt haben wir in zwei gesonderten Fragen erfasst. Zuerst sollten die Befragten angeben, wie sehr sie der Aussage: „Die Region, in der ein Endlager für hochradioaktive Abfälle in Deutschland gebaut wird, sollte dafür in besonderer Weise finanziell belohnt werden.“ zustimmen. 27 Prozent tun dies voll und ganz, weitere 36 Prozent eher. Ablehnend äußern sich 27 Prozent, 10 Prozent enthalten sich einer Einschätzung.

ABBILDUNG 4.13: FINANZIELLE BELOHNUNG DER REGION

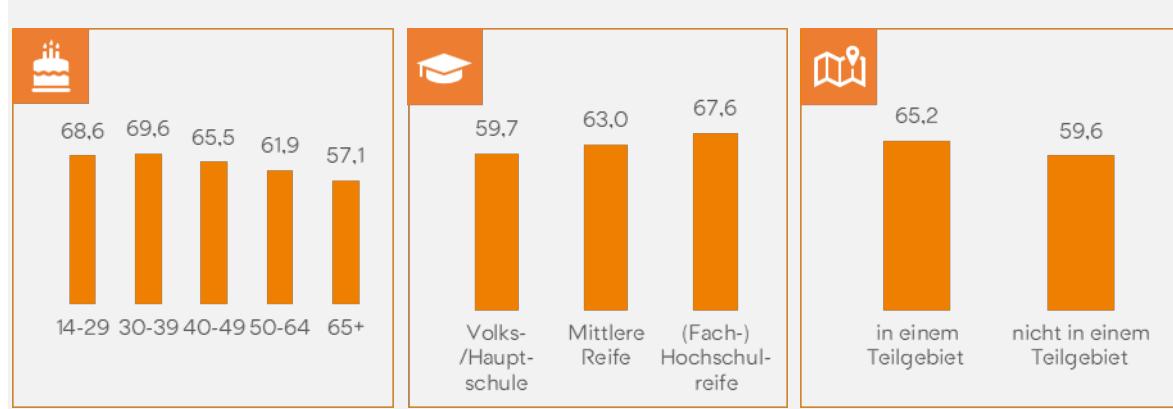


in Prozent aller Befragten | N=3.015 | „keine Angabe“ beinhaltet die Nennungen „weiß nicht“ und „Angabe verweigert“

Fragestellung: Zustimmung zur Aussage: Die Region, in der ein Endlager für hochradioaktive Abfälle in Deutschland gebaut wird, sollte dafür in besonderer Weise finanziell belohnt werden.

Vor allem die jüngere Bevölkerung zwischen 14 und 39 Jahren spricht sich für die Entlohnung der Region aus. Die Zustimmung nimmt dann mit dem Alter sukzessive ab (von 69/70 auf 57 Prozent). Auf die Bildung geschaut, sind vor allem Befragte mit (Fach-)Hochschulreife für einen finanziellen Ausgleich (67 Prozent). Befragte, die sich in einem Teilgebiet befinden, stimmen der finanziellen Belohnung etwas stärker zu als andere (65 zu 60 Prozent). Da wir allerdings nicht wissen, ob die Befragten wissen, dass sie in einem Teilgebiet leben, ist dieser Unterschied mit Vorsicht zu interpretieren.

ABBILDUNG 4.14: ZUSTIMMUNG ZU FINANZIELLER BELOHNUNG DER REGION DIFFERENZIERT

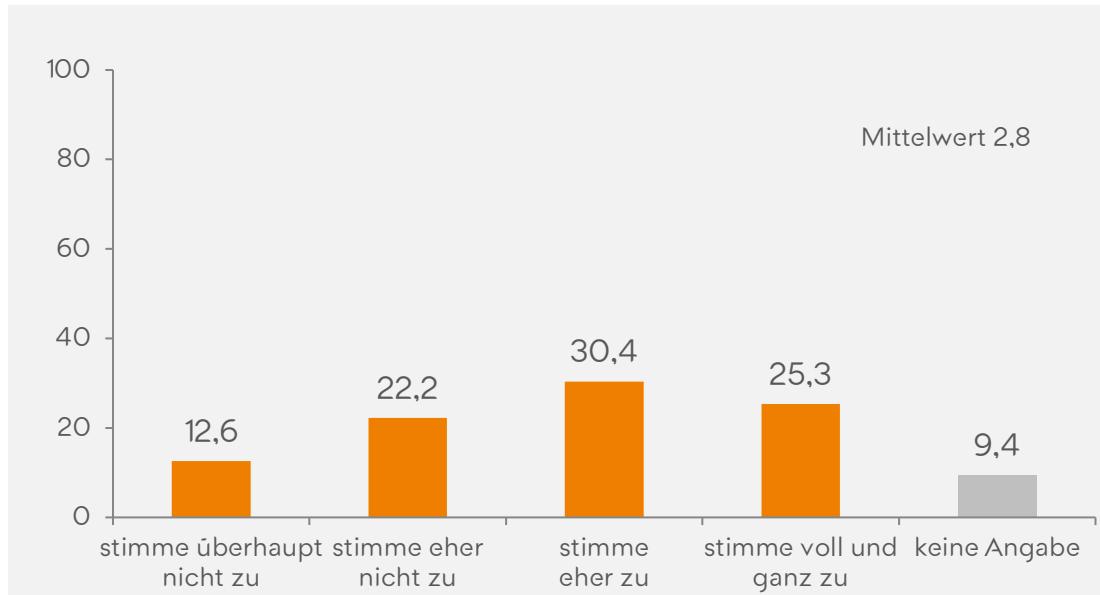


in Prozent aller Befragten der jeweiligen Gruppen | Summe der Skalenpunkte „stimme eher zu“ und „stimme voll und ganz zu“

Die zweite Möglichkeit der finanziellen Entschädigung ist, diese direkt an die Anwohner*innen der Region auszuzahlen. Auch hier stimmt die Mehrheit der Befragten voll und ganz (25 Prozent) bzw. eher zu (30 Prozent). Interessanterweise ist der Anteil der Befürworter*innen gegenüber der regionalen Belohnung geringer (insgesamt 8 Prozentpunkte weniger Befürworter*innen). Ablehnend positionieren sich 35 Prozent der Befragten und damit 8 Prozentpunkte mehr als bei der

vorhergehenden Frage. Diese Verschiebung zeigt sich auch beim Vergleich der Mittelwerte. Bei der regionalen Belohnung liegt dieser bei 2,9, bei der Belohnung der Anwohner bei 2,8.

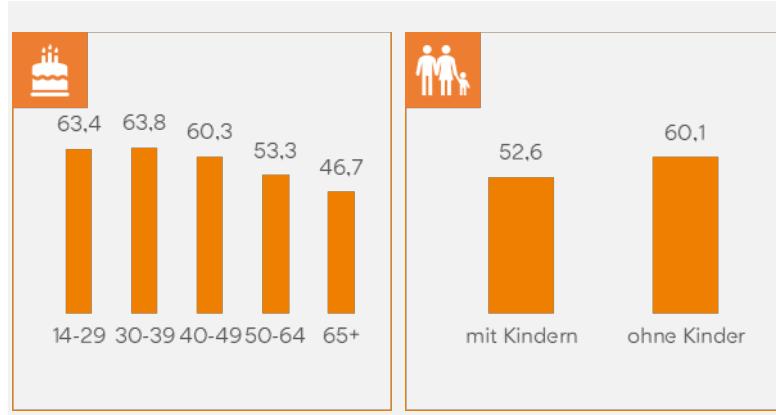
ABBILDUNG 4.15: FINANZIELLE BELOHNUNG DER ANWOHNER*INNEN



in Prozent aller Befragten | N=3.015 | „keine Angabe“ beinhaltet die Nennungen „weiß nicht“ und „Angabe verweigert“
Fragestellung: Zustimmung zur Aussage: Die Anwohner dieser Region sollten in besonderer Weise finanziell belohnt werden.

Beim Alter zeigt sich ein ähnlicher Unterschied wie bei der regionalen Belohnung. Mit dem Alter sinkt die Zustimmung (von 63/64 auf 47 Prozent). Unerwartet, aber interessant ist, dass mehr Befragte ohne Kinder dieser Aussage zustimmen (60 Prozent), wobei es hier wahrscheinlich einen Alterseffekt gibt: Da besonders junge Befragte dem zustimmen, finden diese sich vermutlich auch in der Kategorie der Kinderlosen wieder. Die eigene Betroffenheit durch den Umstand, dass man in einem Teilgebiet lebt, hat keinen nennenswerten Unterschied gezeigt.

ABBILDUNG 4.16: ZUSTIMMUNG ZUR FINANZIELLEN BELOHNUNG DER ANWOHNER*INNEN DIFFERENZIERT



in Prozent aller Befragten der jeweiligen Gruppen | Summe der Skalenpunkte „stimme eher zu“ und „stimme voll und ganz zu“

Da sich in der Zwischenzeit herausgestellt hat, dass sich der Standortsuchprozess deutlich verzögern wird, steht auch eine Verlängerung der Zwischenlagerung der hochradioaktiven Abfälle im Raum. Wir wollten von den Befragten wissen, wie sie diese Verzögerung bewerten. Dabei haben

wir die Befragten zufällig in zwei Gruppen aufgeteilt, um zu schauen, inwiefern Zusatzinformationen zum Aufbau und zum Betrieb der Zwischenlager einen Einfluss auf das Antwortverhalten haben. Alle Befragten erhielten zu Beginn der Frage die Einleitung:

Das Standortauswahlgesetz hat als Zeitpunkt das Jahr 2031 genannt, bis zu dem ein Standort für dieendlagerung hochradioaktiver Abfälle möglichst gefunden sein soll. Das für die Suche zuständige staatliche Unternehmen hat jedoch angegeben, dass sich die Standortauswahl um mehrere Jahrzehnte verzögern könnte. Eine Folge dieser Verzögerung ist, dass die hochradioaktiven Abfälle länger in Zwischenlagern aufbewahrt werden müssen als zunächst geplant.

Nur die Gruppe 2 erhielt die folgende Zusatzinformation:

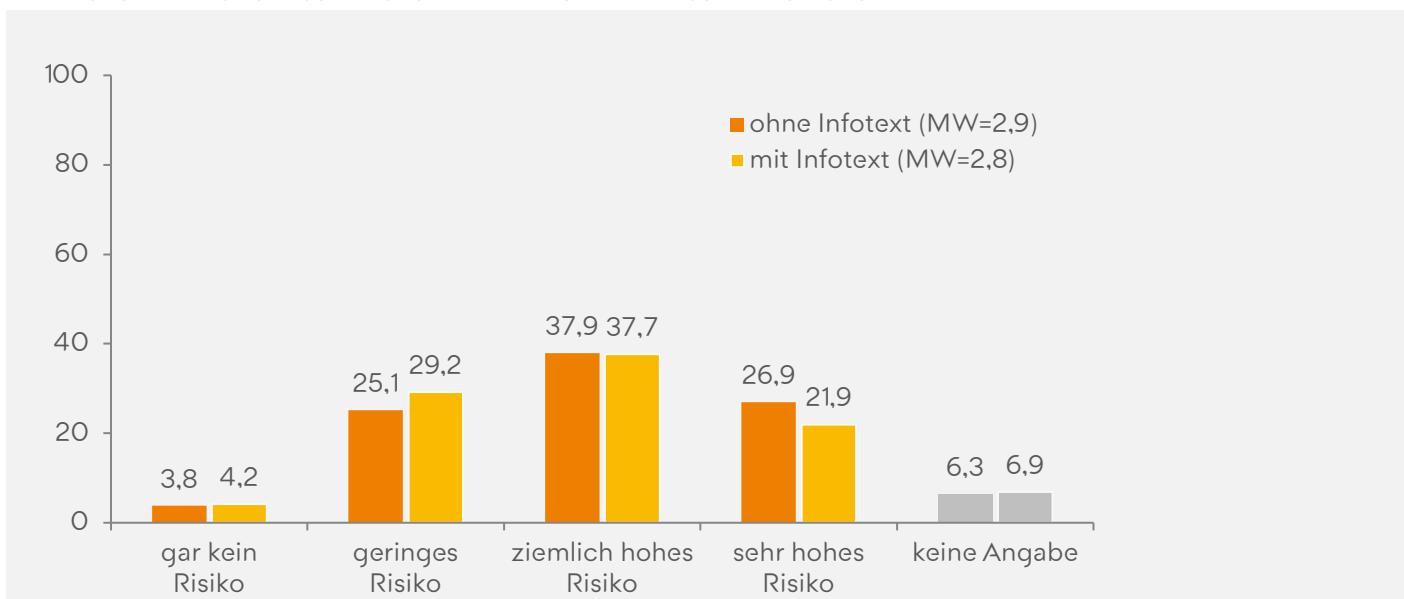
Bei diesen Zwischenlagern handelt es sich um Lagerhallen aus Stahlbeton, in denen die hochradioaktiven Abfälle in speziellen Castor-Behältern aufbewahrt werden. Die Genehmigung für den Betrieb von Zwischenlagern ist für gewöhnlich auf 40 Jahre beschränkt, kann aber nach Ablauf dieses Zeitraums erneut erteilt werden.

Alle sollten daraufhin die Frage beantworten:

Wie hoch schätzen Sie das Risiko einer Gefährdung von Mensch und Umwelt durch eine solche zeitlich ausgedehnte Zwischenlagerung hochradioaktiver Abfälle ein?

Wie Abbildung 4.17 zeigt, existiert kaum ein Unterschied zwischen den beiden Gruppen. Gruppe 1 (ohne Informationstext) weist einen Mittelwert von 2,9 und Gruppe 2 (mit Informationstext) einen Mittelwert von 2,8 auf. Der geringe Unterschied zeigt sich in den Ausprägungen „geringes Risiko“ und „sehr hohes Risiko“. In Gruppe 1, die die Frage ohne Infotext erhielt, ist der Anteil jener höher, die hier ein sehr hohes Risiko sehen (27 Prozent gegenüber Gruppe 2 mit 22 Prozent). Auf der anderen Seite nehmen etwas mehr Befragte aus Gruppe 2 (mit Informationstext) ein geringeres Risiko wahr (29 Prozent gegenüber Gruppe 1 mit 25 Prozent).

ABBILDUNG 4.17: RISIKOEINSCHÄTZUNG DER VERLÄNGERTEN ZWISCHENLAGERUNG



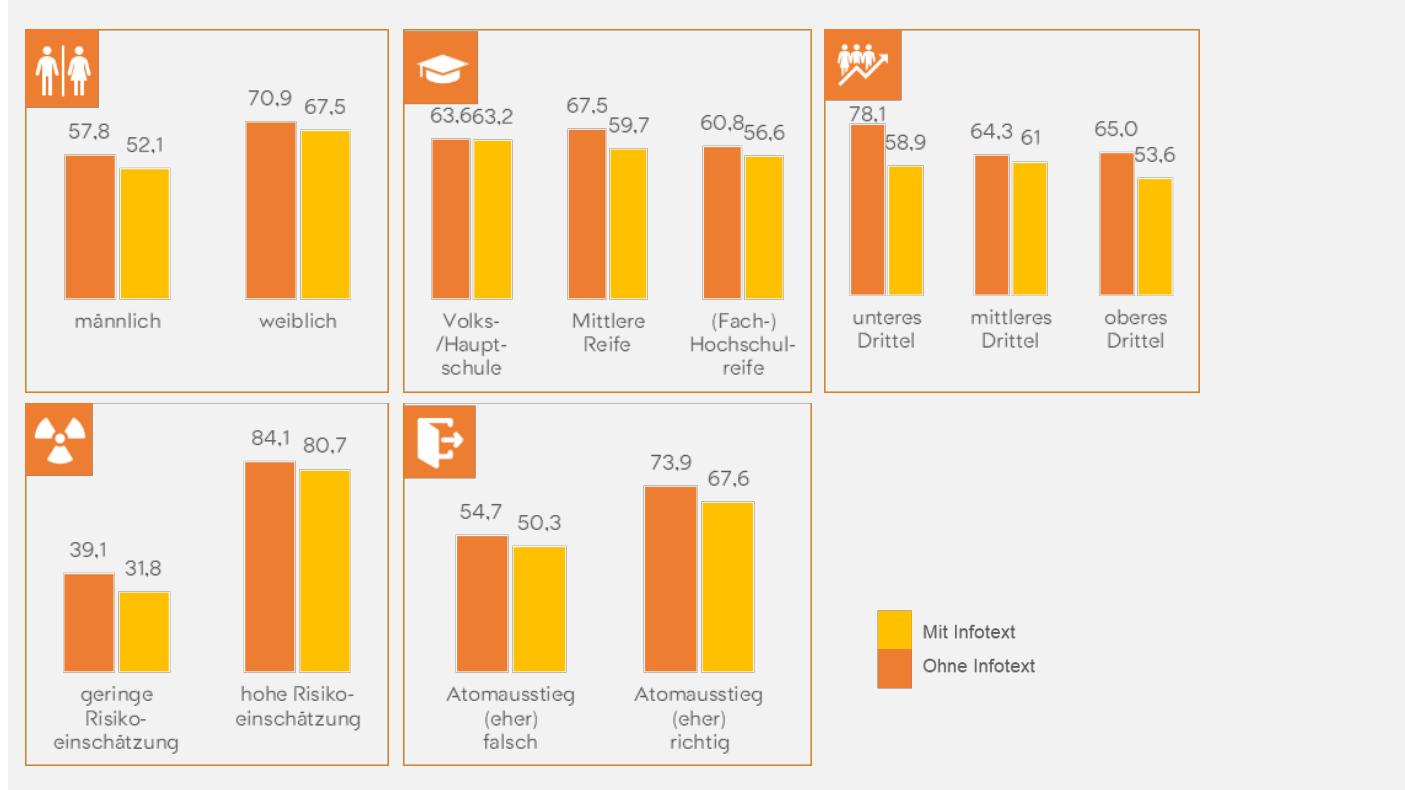
in Prozent aller Befragten | ohne Infotext N=1.510, mit Infotext N=1.505 | „keine Angabe“ beinhaltet die Nennungen „weiß nicht“ und „Angabe verweigert“

Fragestellung: Wie hoch schätzen Sie das Risiko einer Gefährdung von Mensch und Umwelt durch eine solche zeitlich ausgedehnte Zwischenlagerung hochradioaktiver Abfälle ein?

Insgesamt betrachtet wird das Risiko jedoch mehrheitlich, egal ob mit oder ohne Informationstext, von den Befragten als ziemlich hoch wahrgenommen (in beiden Gruppen 38 Prozent). Ein weiterer Teil der Befragten sieht ein sehr hohes Risiko durch die zeitlich ausgedehnte Zwischenlagerung (27 Prozent in Gruppe 1 und 22 Prozent in Gruppe 2). 29 Prozent sehen dabei in der Gruppe 1 gar kein bis ein geringes Risiko. In Gruppe 2 liegt der Wert bei 33 Prozent.

Frauen sehen in der verlängerten Zwischenlagerung ein deutlich größeres Risiko als Männer. 71 Prozent in Gruppe 1 und 68 Prozent in Gruppe 2 antworten mit „ziemlich hohes Risiko“ oder „sehr hohes Risiko“ (Männer: 58 und 52 Prozent). Mit steigendem Schulabschluss und vor allem subjektivem Status sinkt das Risikogefühl. Im unteren Drittel des sozialen Status sehen 78 Prozent von Gruppe 1 und 58 Prozent von Gruppe 2 ein hohes Risiko. Im oberen Drittel sind es 65 bzw. 53 Prozent. Interessant sind hier die doch recht großen Differenzen zwischen den Gruppen 1 und 2. Allerdings sind durch die Aufteilung der Stichprobe die Gruppengrößen für das untere und obere Drittel relativ gering (rund 160 und rund 130 Befragte), so dass größere Schwankungen normal sind. Personen, die den Atomausstieg für richtig halten, besitzen ein etwas höheres Risikogefühl als solche, die ihn falsch finden (74 zu 55 Prozent in Gruppe 1 und 68 zu 50 Prozent in Gruppe 2). Der größte signifikante Unterschied besteht jedoch zwischen Befragten, die das Endlager selbst für riskant halten und solchen, die ihm weniger Risiken zuschreiben. Bei hoher Risikoeinschätzung wird auch die Verlängerung der Zwischenlagerung von 84 Prozent (Gruppe 1) bzw. 81 Prozent (Gruppe 2) für riskant gehalten. Bei geringer Risikoabschätzung betragen diese Anteile 39 bzw. 32 Prozent (vgl. Abbildung 4.18).

ABBILDUNG 4.18: HOHE RISIKOEINSCHÄTZUNG DER VERLÄNGERTEN ZWISCHENLAGERUNG DIFFERENZIERT

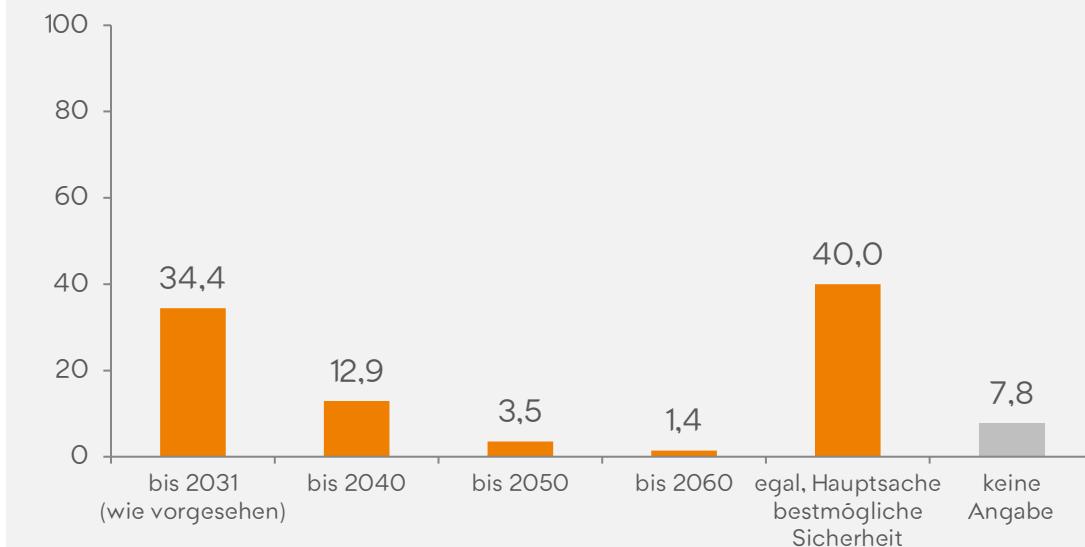


in Prozent aller Befragten der jeweiligen Gruppen | Summe der Skalenpunkte „stimme eher zu“ und „stimme voll und ganz zu“

Auch wenn die Dauer der Standortsuche vom Primat der größtmöglichen Sicherheit des Endlagers bestimmt wird, hängt ihre Akzeptanz auch davon ab, wie viel Geduld die Bevölkerung für die Suche

aufbringt. Deshalb war es wichtig für uns zu erfahren, welche Zeitdauer bis zur Auswahl eines Standorts für ein Endlager die Befragten für akzeptabel halten. Bei dieser Frage bilden sich zwei Lager: dem einen Teil der Befragten ist der Zeitraum egal, wichtig ist für sie einzig die bestmögliche Sicherheit (40 Prozent). Dem anderen Teil (34 Prozent) ist es wichtig, dass die Standortauswahl eines Endlagers wie vorgesehen bis 2031 erfolgt. Für weitere 13 Prozent ist es bis 2040, für vier Prozent bis 2050 und für ein Prozent bis 2060 akzeptabel. Aus der Verteilung lässt sich folgern, dass es ungefähr gleich große Anteile von Personen gibt, die sich entweder maximale Sicherheit oder eine möglichst zeitnahe Lösung der Lagerung unserer hochradioaktiven Abfälle wünschen.

ABBILDUNG 4.19: AKZEPTABLE ZEITDAUER BIS ZUR AUSWAHL EINES ENDLAGERSTANDORTS



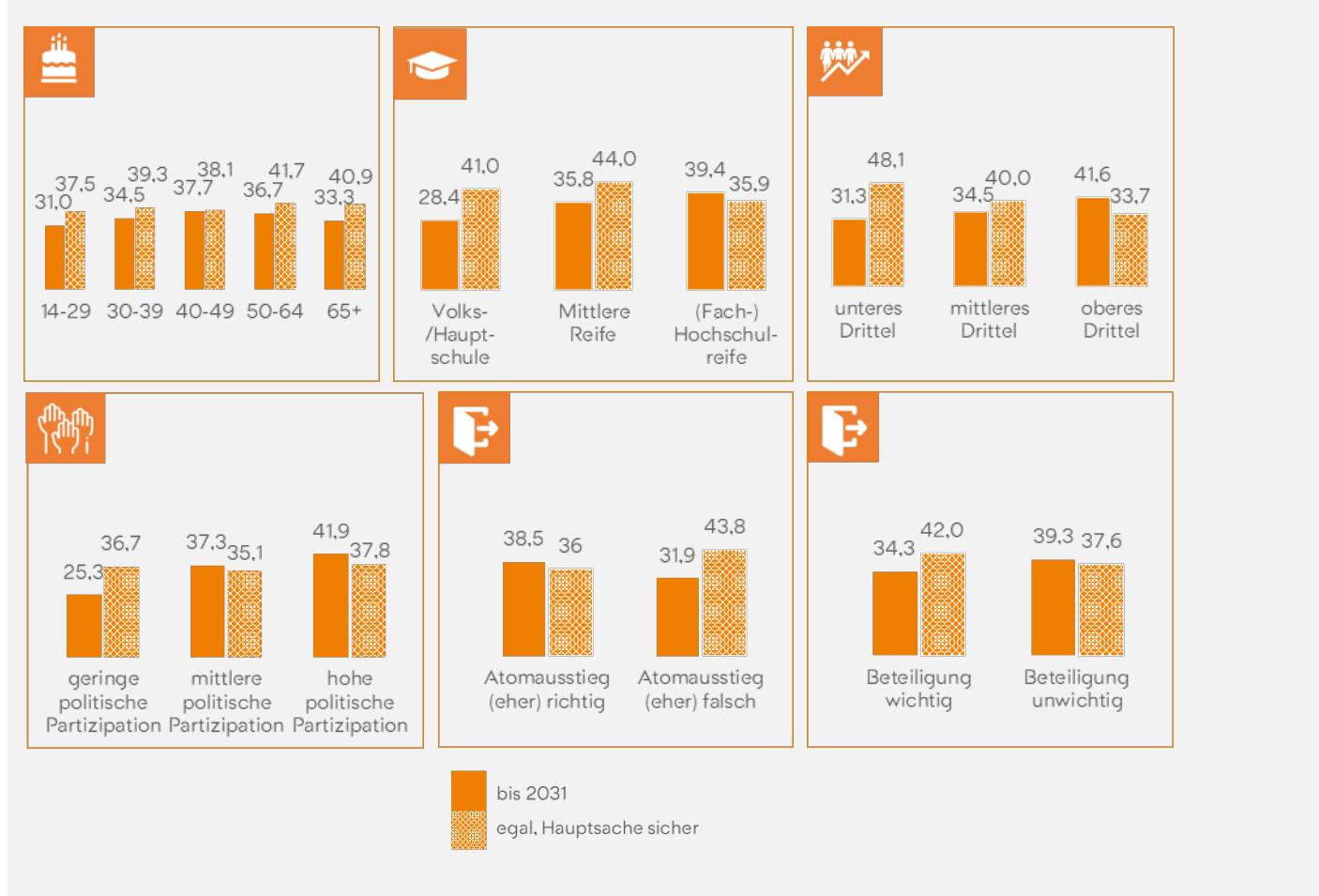
in Prozent aller Befragten | N=3.015 | „keine Angabe“ beinhaltet die Nennungen „weiß nicht“ und „Angabe verweigert“
Fragestellung: Welche Zeitdauer bis zur Auswahl eines Standorts für ein Endlager finden Sie persönlich akzeptabel?

Personen, denen die maximale Sicherung der Lagerung unserer hochradioaktiven Abfälle wichtiger sind als eine zeitnahe Lösung, finden sich signifikant häufiger unter den Befragten im Alter ab 50 Jahren sowie unter Befragten mit mittlerer und geringer Schulbildung sowie jenen, die sich auf der sozialen Leiter im unteren Drittel einordnen (42, 44 und 48 Prozent). Vom unteren Drittel ausgehend sinkt der Anteil mit steigendem sozialem Status von 48 auf 34 Prozent. Währenddessen steigt der Anteil der Personen, die sich eine schnelle Standortlösung wünschen von 31 Prozent im unteren Drittel auf 42 Prozent im oberen Drittel. Ähnlich verhält es sich bei der Bildung und der politischen Partizipation: Eine Standortauswahl eines Endlagers wie vorgesehen bis 2031 halten 28 Prozent der Befragten mit Volks-/Hauptschulabschluss für akzeptabel. 44 Prozent sind es bei Befragten mit mittlerer Reife und 39 Prozent bei Befragten mit (Fach-)Hochschulabschluss. Unter den Befragten, die sich nur geringfügig politisch beteiligen findet ein Viertel eine Lösung bis 2031 für akzeptabel. Bei Personen mit mittlerer und hoher politischer Beteiligung liegt der Anteil bei 37 und 42 Prozent. Der Wunsch nach einer schnellen Lösung steigt folglich mit steigendem Bildungsgrad, sozialen Status und steigender politischer Partizipation.

Für eine längere, dafür aber möglichst sichere Suche plädieren mehrheitlich auch diejenigen Befragten, welche eine Beteiligung der Bevölkerung für deren Erfolg für wichtig halten (42 Prozent). Ist eine solche Beteiligung eher unwichtig, wünschen sich die Befragten hingegen mehrheitlich eine möglichst schnelle Lösung, also bis 2031 (39 Prozent, vgl. Abbildung 4.20). Auch die Bewertung des Atomausstiegs hat einen Einfluss auf die gewünschte Zeitschiene: Hält man den Atomausstieg für

(eher) richtig, dann will man mehrheitlich eine möglichst schnelle Lösung für das Endlager (39 Prozent). Wird der Atomausstieg hingegen skeptisch betrachtet, dann ist die längste und dafür möglichst sichere Zeitschiene präferiert (44 Prozent).

ABBILDUNG 4.20: AKZEPTABLE ZEITDAUER BIS ZUR AUSWAHL EINES ENDLAGERSTANDORTS DIFFERENZIERT



in Prozent aller Befragten der jeweiligen Gruppen | nur Skalenpunkte „bis 2031 (wie vorgesehen)“ und „egal, Hauptsache bestmögliche Sicherheit“

5

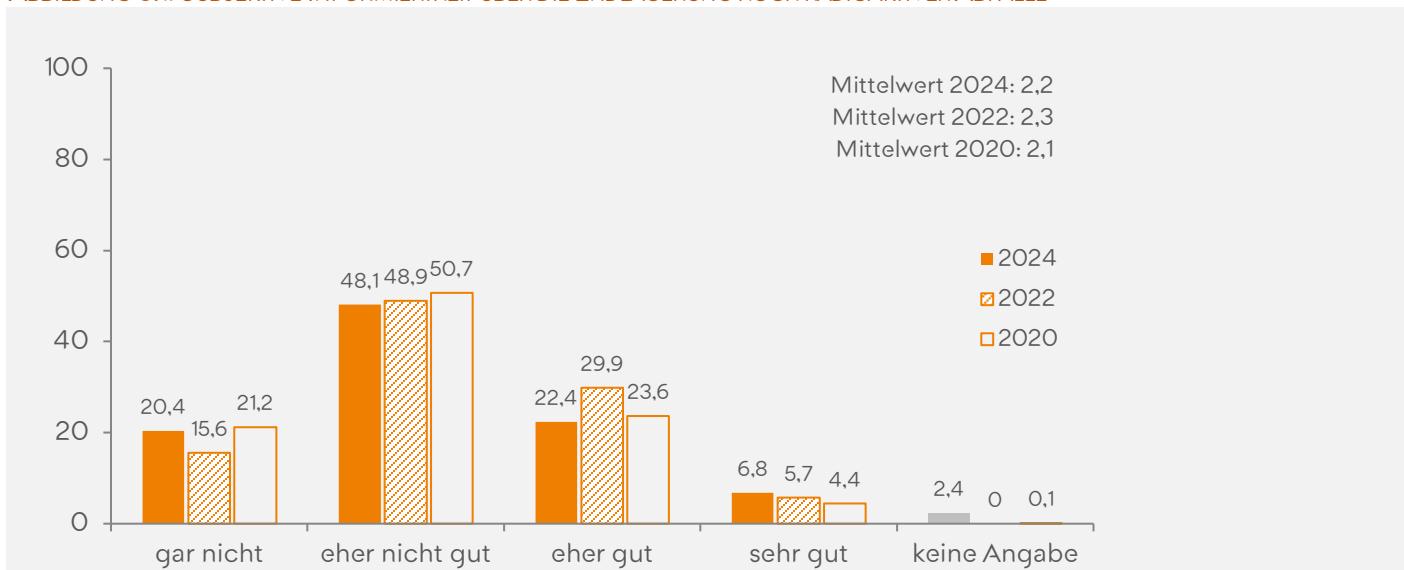
Informiertheit und Wissen über die Endlagersuche

Menschen sind in der Lage, sich von jedem beliebigen Gegenstand ein Bild zu machen. Spricht man sie auf etwas an, dann entsteht im Kopf eine Vorstellung davon, die gespeist ist aus Wissen, früheren Erfahrungen, Ableitungen von anderen Wissensbeständen, Hörensagen und vielem anderen mehr. Es ist also ein bunter Mix aus verschiedenen Quellen, die unterschiedlich stark das vermitteln, was Expert*innen für den Gegenstand als zutreffend bezeichnen würden. Das gilt natürlich auch für das Endlager für hochradioaktive Abfälle und die Standortsuche. Für die dafür Verantwortlichen ist es sinnvoll, dass sich das Bild vom Endlager und der Standortsuche möglichst stark aus Informationen speist, die eine korrekte Vorstellung davon vermitteln. Wir stellen deshalb seit Beginn des Projektes in jeder Erhebung auch Fragen nach der Informiertheit der Befragten und deren Wissensstand.

5.1 Informiertheit und Informationsaktivität

Beginnen wir mit der Frage, wie gut sich die Befragten über die Endlagerung hoch radioaktiver Abfälle informiert fühlen. Hier gab es über die ersten drei Wellen hinweg nur wenig Bewegung, allerdings doch interessante. In der ersten Welle im Jahr 2020 fühlten sich 28 Prozent der Befragten sehr oder eher gut informiert. Dieser Anteil stieg im Jahr 2022, nach Veröffentlichung des Zwischenberichts Teilgebiete, auf 36 Prozent an. In der aktuellen Erhebung, nach einer Phase der relativen Ruhe um den Suchprozess, liegt er wieder bei 29 Prozent. Wenn also der Zwischenbericht Teilgebiete eine leichte Steigerung des Informiertheitsgefühls bewirkt hat, ist diese wieder abgeklungen.

ABBILDUNG 5.1: SUBJEKTIVE INFORMIERTHEIT ÜBER DIE ENDLAGERUNG HOCH RADIOAKTIVER ABFÄLLE

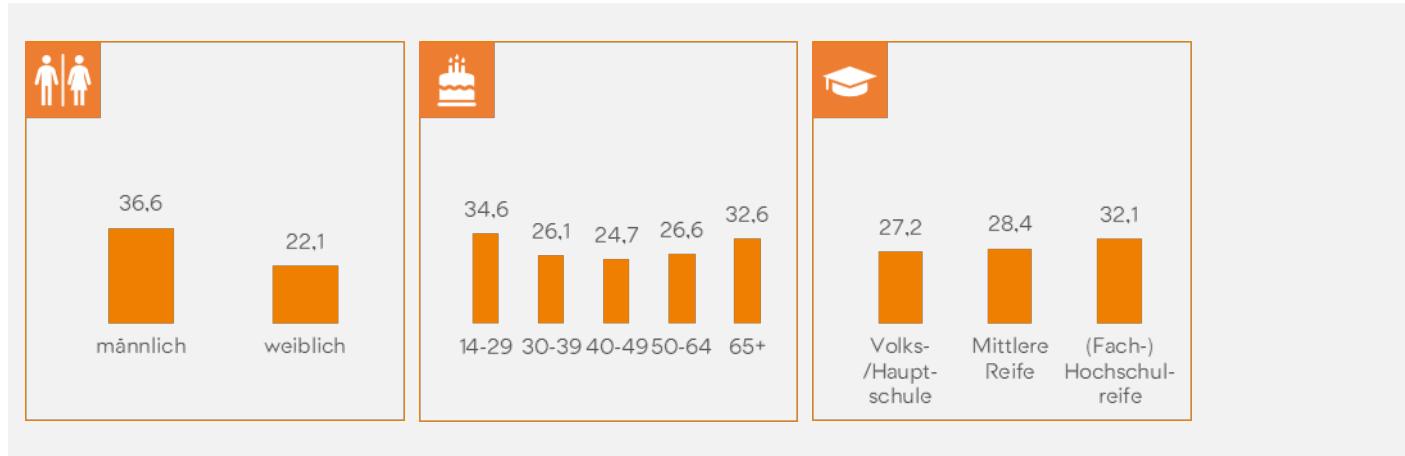


in Prozent aller Befragten | 2024: N=3.015, 2022: N=3.000, 2020: N=3.172 | „keine Angabe“ beinhaltet die Nennungen „weiß nicht“ und „Angabe verweigert“

Fragestellung: Wie gut fühlen Sie sich insgesamt über die Endlagerung hoch radioaktiver Abfälle informiert?

Wie auch in den Wellen zuvor geben mehr Männer als Frauen an, sehr oder eher gut informiert zu sein (37 zu 22 Prozent). Über die Altersgruppen hinweg betrachtet ergibt sich eine U-Form: Die Befragten der jüngsten und ältesten Gruppe fühlen sich zu rund einem Drittel gut informiert. Außerdem steigt dieses Gefühl mit dem Schulabschluss von 27 Prozent bei Personen mit Volks- oder Hauptschulabschluss zu 32 Prozent bei solchen mit (Fach-)Hochschulreife (vgl. Abbildung 5.2).

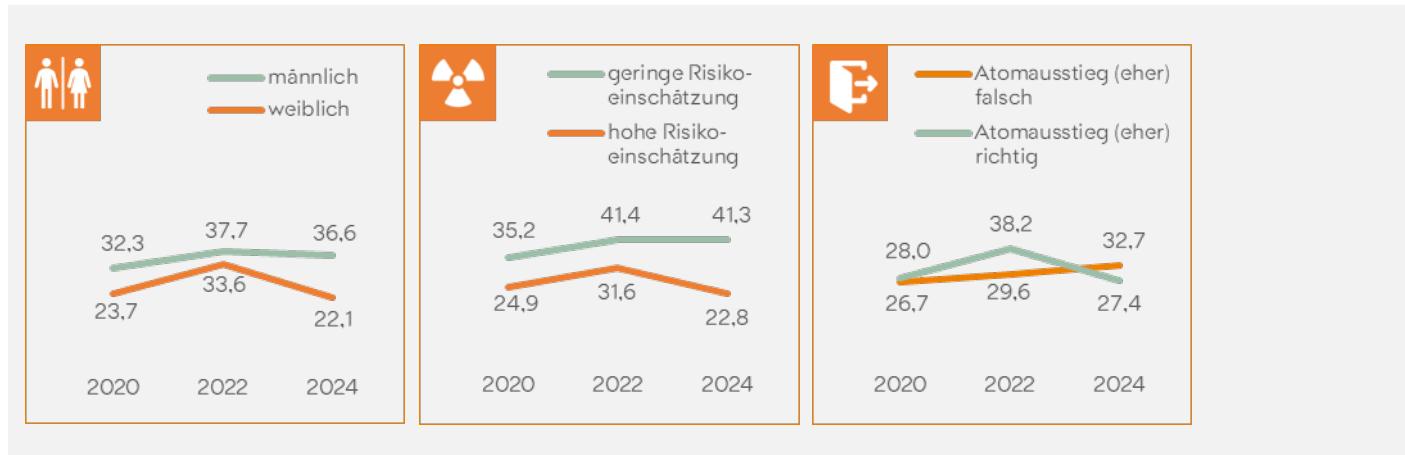
ABBILDUNG 5.2: GUTE SUBJEKTIVE INFORMIERTHEIT ÜBER DIE ENDLAGERUNG HOCH RADIOAKTIVER ABFÄLLE DIFFERENZIERT



in Prozent aller Befragten der jeweiligen Gruppen | Summe der Skalenpunkte „eher gut“ und „sehr gut“

Bei der letzten Befragung im Jahr 2022 fühlten sich weibliche Teilnehmer*innen noch besser informiert. Abbildung 5.3 zeigt, dass ihre subjektive Informiertheit damals mit 34 Prozent eher oder sehr gut Informierten auf einem lokalen Hoch befand. In der ersten Befragung betrug sie nur 24 Prozent, auf dieses Niveau ist sie nun wieder gefallen. Bei den männlichen Befragten sehen wir dieses Hoch nicht, hier zeigt sich die subjektive Informiertheit weitgehend stabil. Bei der letzten Befragung – unmittelbar nach Veröffentlichung des Zwischenberichts Teilgebiete – erreichte die subjektive Informiertheit außerdem ein Hoch bei denjenigen Personen, die das Risiko eines Endlagers eher hoch bewerten (32 Prozent) und denjenigen, die den Atomausstieg für (eher) richtig halten (37 Prozent). In beiden Fällen sank die Informiertheit in 2024 wieder auf das Niveau von 2020.

ABBILDUNG 5.3: GUTE SUBJEKTIVE INFORMIERTHEIT ÜBER DIE ENDLAGERUNG HOCH RADIOAKTIVER ABFÄLLE DIFFERENZIERT IM ZEITVERLAUF

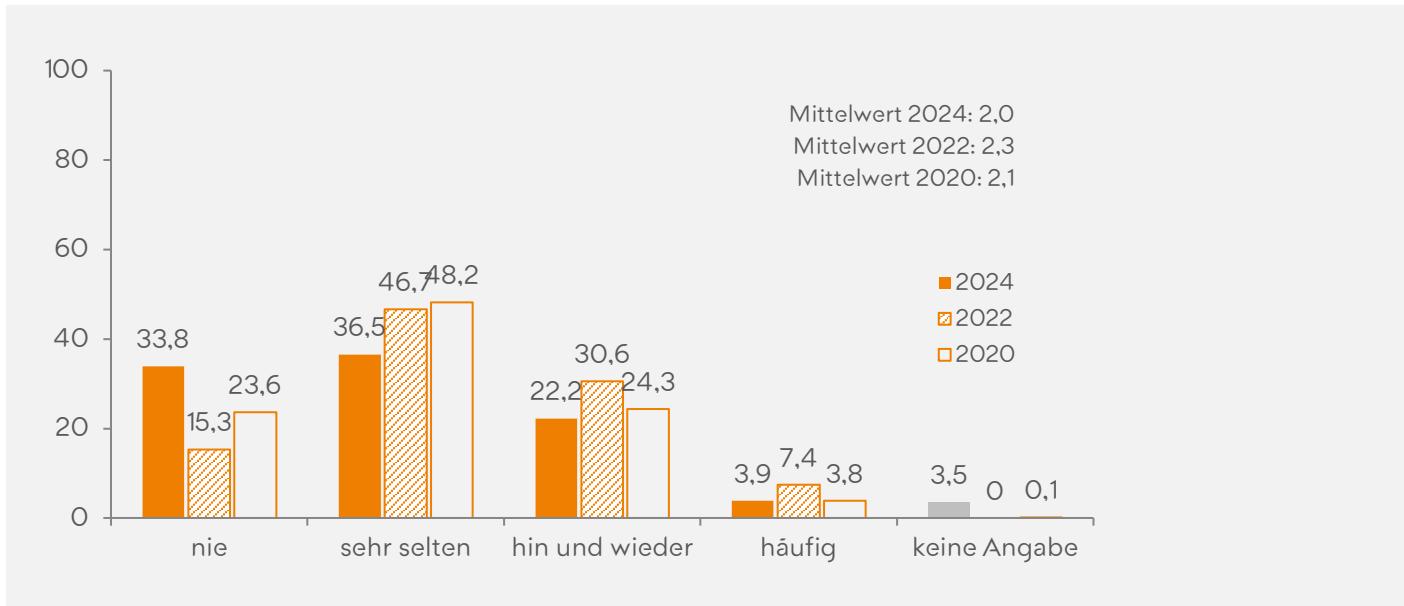


in Prozent aller Befragten der jeweiligen Gruppen | Summe der Skalenpunkte „eher gut“ und „sehr gut“

Bei Personen mit geringer Risikoeinschätzung in Bezug auf das Endlager ist hingegen eine kontinuierliche Steigerung der subjektiven Informiertheit von 35 auf jetzt 41 Prozent (gut oder sehr gut informiert) zu sehen. Im Vergleich ist somit 2024 der Informiertheitsabstand zwischen Personen mit hoher und geringer Risikoeinschätzung angewachsen.

Ein Großteil der Informationen, die uns täglich erreichen, tun dies, ohne dass wir danach suchen. Dennoch haben sie einen zentralen Einfluss darauf, wie informiert wir uns fühlen. Deshalb haben wir auch die Frage gestellt, wie häufig die Befragten in den letzten 12 Monaten etwas über das Thema Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in den Medien, im Internet oder über soziale Netzwerke gehört haben, ohne aktiv danach zu suchen. Auch hier zeigt sich eine ähnliche Entwicklung seit der ersten Welle wie beim subjektiven Informiertheitsgefühl: Im Jahr 2020 sagten 28 Prozent der Befragten, häufig oder hin und wieder etwas über das Thema gehört zu haben. Nach der Veröffentlichung des Zwischenberichts Teilgebiete im Jahr 2022 stieg dieser Anteil auf 38 Prozent. Im Jahr 2024 sinkt er wieder auf 26 Prozent (vgl. Abbildung 5.4). Auch dies ist ein Hinweis darauf, dass der „Informationsdruck“ auf die Bevölkerung seit dem Zwischenbericht Teilgebiete etwas gesunken ist.

ABBILDUNG 5.4: INZIDENTELLER KONTAKT MIT INFORMATIONEN ZUR ENDLAGERSUCHE

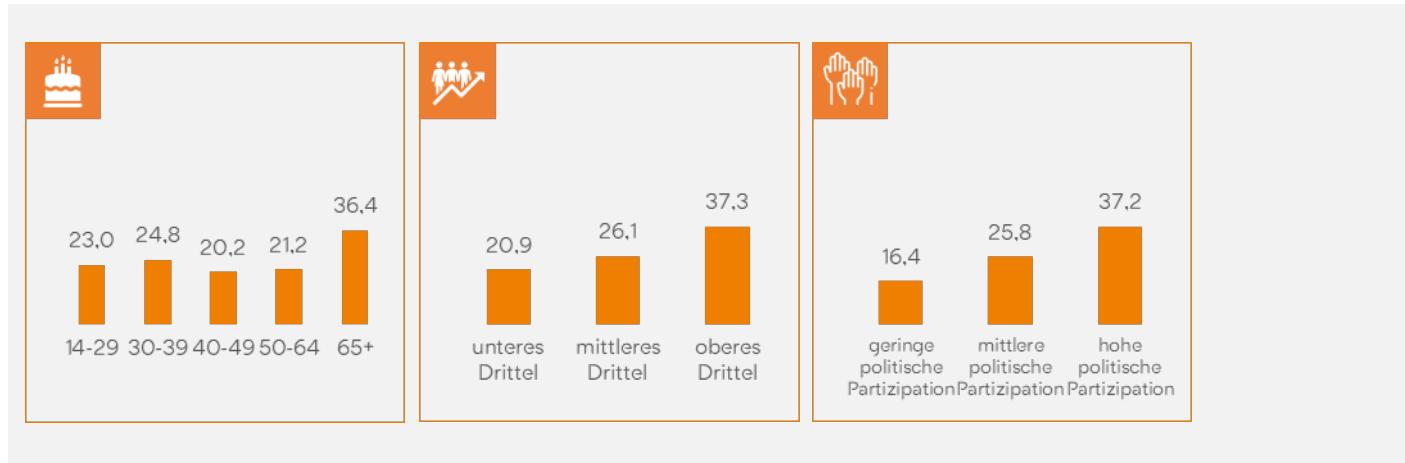


in Prozent aller Befragten | 2024: N=3.015, 2022: N=3.000, 2020: N=3.172 | „keine Angabe“ beinhaltet die Nennungen „weiß nicht“ und „Angabe verweigert“

Fragestellung: Wie häufig haben Sie in den letzten zwölf Monaten etwas über das Thema Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in den Medien, im Internet oder über soziale Netzwerke gehört ohne aktiv danach gesucht zu haben?

Überdurchschnittlich häufig erinnern sich Befragte ab dem 65. Lebensjahr an solche Informationen (36 Prozent häufig oder hin und wieder). In allen anderen Altersgruppen schwankt der Anteil zwischen 20 und 25 Prozent. Begünstigend für die Erinnerung an Informationen zum Thema Endlager sind außerdem die bekannten Prädiktoren „berichteter gesellschaftlicher Status“ und „politische Partizipation“. Je höher beide sind, desto mehr Personen geben an, in den letzten 12 Monaten unbeabsichtigt vom Thema gehört zu haben. Bei Einordnung ins obere Drittel der Gesellschaft tun dies 37 Prozent, im unteren Drittel nur 21 Prozent. Personen mit hoher politischer Partizipation erinnern sich ebenfalls zu 37 Prozent an Informationen zum Thema Endlager, damit ist der Anteil mehr als doppelt so hoch wie bei geringer politischer Partizipation (16 Prozent, vgl. Abbildung 5.5).

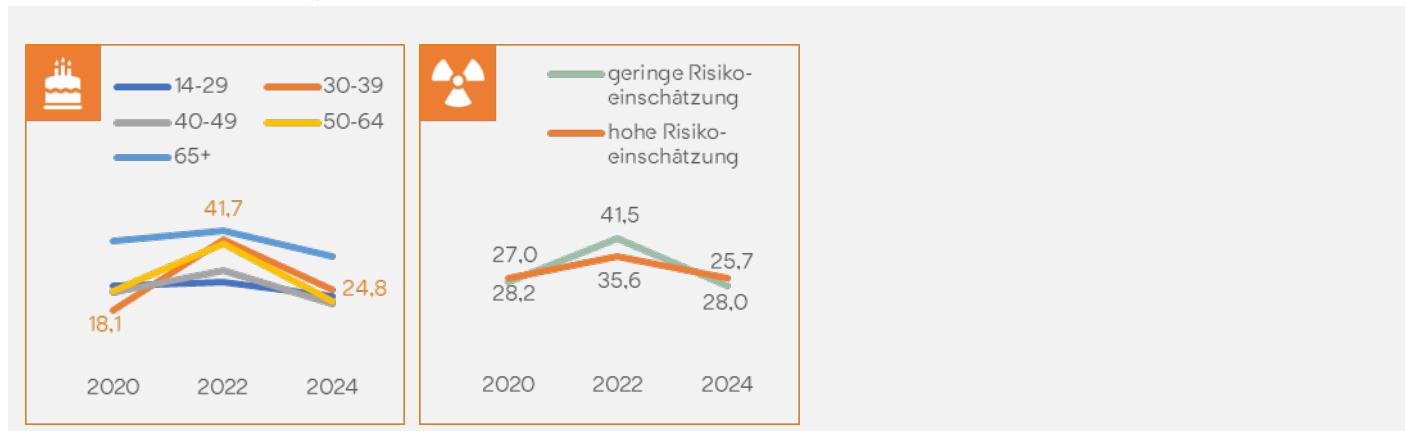
ABBILDUNG 5.5: REGELMÄßIGER INZIDENTELLER KONTAKT MIT INFORMATIONEN ZUR ENDLAUGERSUCHE DIFFERENZIERT



in Prozent aller Befragten der jeweiligen Gruppen | Summe der Skalenpunkte „häufig“ und „hin und wieder“

Der Vergleich der Altersgruppen im Zeitverlauf zeigt, dass überall der inzidentelle Kontakt im Jahr 2022 gestiegen und bis 2024 wieder gesunken ist. Besonders deutlich tat er dies in den Altersgruppen 30 bis 39 Jahre und 50 bis 64 Jahre. Wie Abbildung 5.6 zeigt, verdoppelte sich der inzidentelle Kontakt in beiden Gruppen zwischen 2020 und 2022 und sank 2024 wieder auf das Ausgangsniveau. Auch Personen mit geringer Risikoeinschätzung in Bezug auf ein Endlager kamen 2022 nach eigenen Angaben deutlich häufiger mit Informationen in Berührung (42 Prozent) als in den Jahren davor und danach (27 und 26 Prozent).

ABBILDUNG 5.6: REGELMÄßIGER INZIDENTELLER KONTAKT MIT INFORMATIONEN ZUR ENDLAUGERSUCHE DIFFERENZIERT IM ZEITVERLAUF

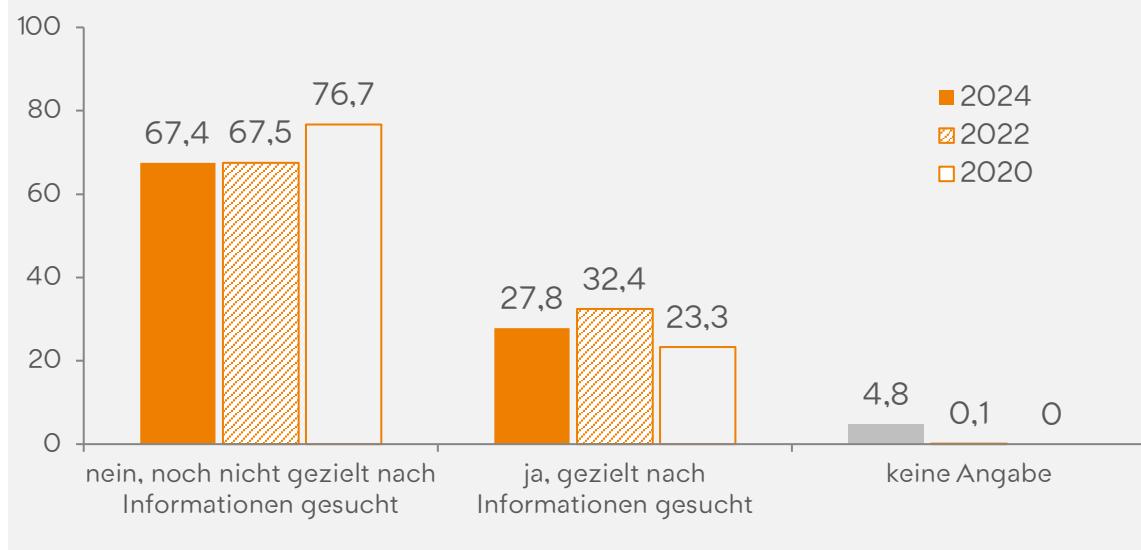


in Prozent aller Befragten der jeweiligen Gruppen | Summe der Skalenpunkte „häufig“ und „hin und wieder“

Die passive Informationsaufnahme dürfte bei Themen wie der Endlagersuche, die zumindest im aktuellen Stadium noch keine zentrale Rolle im Leben der Menschen spielt, eine deutlich größere Rolle als die aktive Suche nach Informationen spielen. Natürlich möchten wir dennoch wissen, wie stark diese aktive Informationssuche in der Bevölkerung stattfindet. In Abbildung 5.7 sehen wir wieder die bekannte Entwicklung über die drei Erhebungswellen: Im Jahr 2020 lag der Anteil derjenigen, die sich schon einmal selbst aktiv über das Thema informiert haben, bei 23 Prozent. Im Jahr 2022 steigt er an auf 32 Prozent, in der aktuellen Erhebung liegt er bei 28 Prozent. Auch hier

scheint also die Veröffentlichung des Zwischenberichts Teilgebiete die Informationstätigkeit temporär erhöht zu haben, danach ließ sie aber wieder messbar nach.

ABBILDUNG 5.7: AKTIVE INFORMATIONSSUCHE ZUR ENDLAGERSUCHE



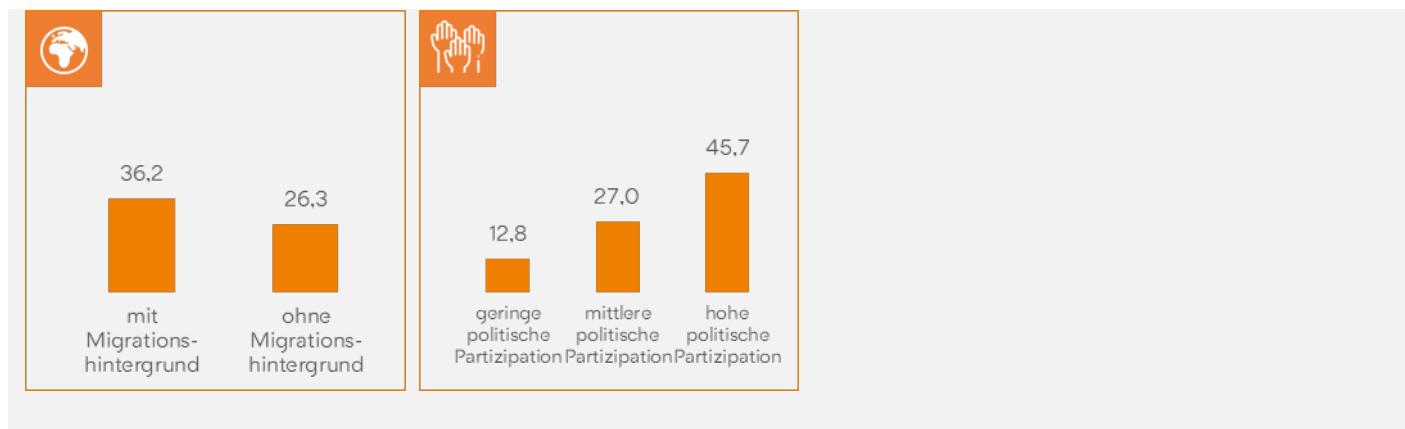
in Prozent aller Befragten | 2024: N=3.015, 2022: N=3.000, 2020: N=3.172 | „keine Angabe“ beinhaltet die Nennungen „weiß nicht“ und „Angabe verweigert“

Fragestellung: Einmal abgesehen von dem, was man zufällig über das Thema mitbekommt: Haben Sie sich schon einmal selbst aktiv über das Thema informiert oder ist das bisher noch nicht vorgekommen?

Die aktive Informationssuche ist nach eigenen Angaben bei Männern höher als bei Frauen (32 zu 24 Prozent). Außerdem berichten Personen bis zum 39. Lebensjahr deutlich häufiger davon als andere. Zwischen 14 und 29 Jahren liegt der Anteil der Informationssuchenden bei 35 Prozent, zwischen 30 und 39 Jahren sogar bei 39 Prozent. Danach sinkt er auf 21 bis 25 Prozent. Auch hier haben wieder zwei bekannte Prädiktoren einen sehr deutlichen Einfluss: Der Anteil der Informationssuchenden steigt von 18 Prozent der Befragten mit Volks- oder Hauptschulabschluss auf 37 Prozent bei denjenigen mit (Fach-)Hochschulreife. Von geringer zu hoher politischer Partizipation steigt er sogar von 13 auf 46 Prozent (vgl. Abbildung 5.6). Außerdem interessant: Personen mit Migrationshintergrund geben mit 36 Prozent deutlich häufiger an, schon einmal nach Informationen zum Thema gesucht zu haben als solche ohne (26 Prozent).

ABBILDUNG 5.8: AKTIVE INFORMATIONSSUCHE ZUR ENDLAGERSUCHE DIFFERENZIERT

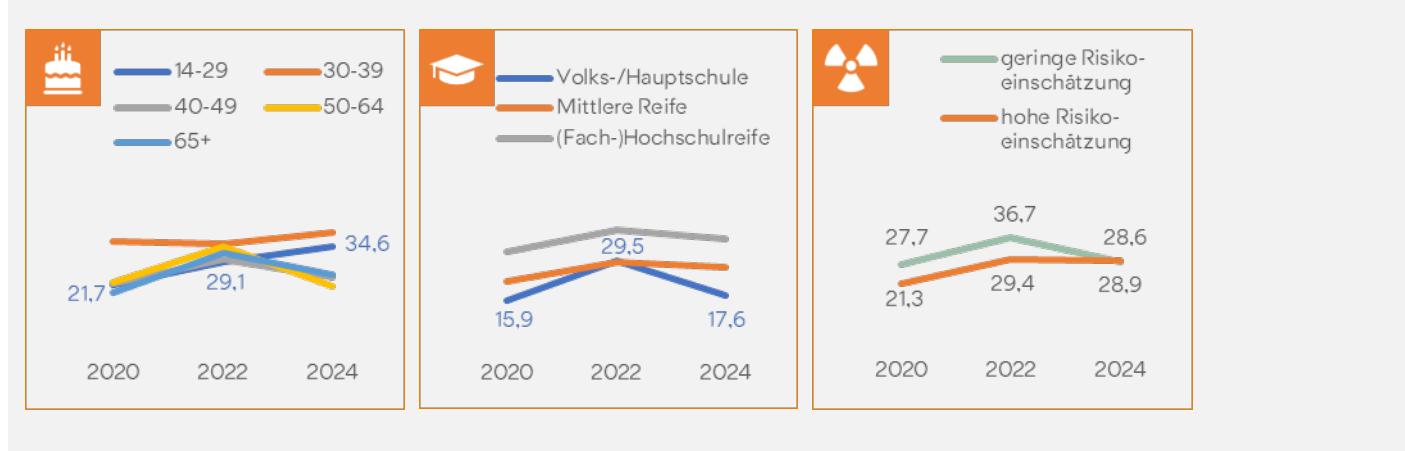




in Prozent aller Befragten der jeweiligen Gruppen

Bei der aktiven Informationssuche erweist sich der Zeitverlauf in den Altersgruppen heterogen. Interessant ist, dass bei den 14-29-Jährigen die aktive Informationssuche nach eigenen Angaben von 2020 bis 2024 deutlich angestiegen ist. Gaben in der ersten Befragung noch 22 Prozent von ihnen an, sich aktiv über das Thema zu informieren, sind es 2024 schon 35 Prozent. Und auch bei dieser Frage zeigen sich in verschiedenen demographischen Gruppen lokale Hochs im Jahr 2022. So gaben damals 30 Prozent der Personen mit Volks- oder Hauptschulabschluss an, sich aktiv informiert zu haben – davor waren es mit 16 Prozent und danach mit 18 Prozent nur noch ungefähr halb so viele. In den beiden anderen Bildungsgruppen ist die aktive Informationssuche relativ stabil. Personen mit geringer Risikoeinschätzung in Bezug auf das Endlager informierten sich 2022 ebenfalls häufiger als 2024 (37 vs. 29 Prozent).

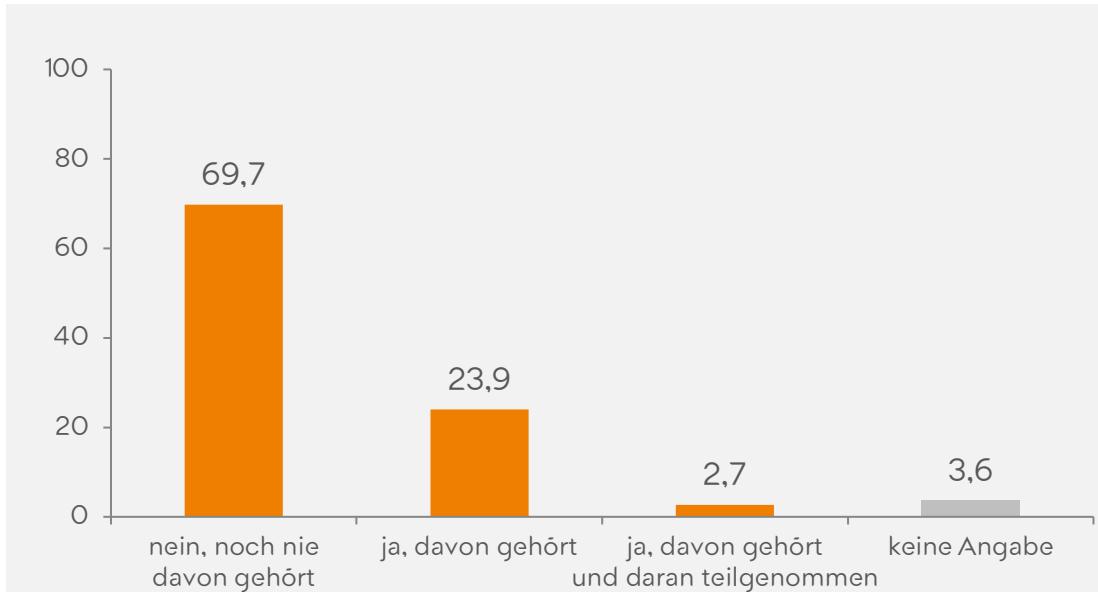
ABBILDUNG 5.9: AKTIVE INFORMATIONSSUCHE ZUR ENDLAERSUCHE DIFFERENZIERT IM ZEITVERLAUF



in Prozent aller Befragten der jeweiligen Gruppen

Die am Standortsuchprozess beteiligten Institutionen führen eine Vielzahl von Veranstaltungen zum Thema durch, um die Bevölkerung zielgruppenspezifisch und umfassend darüber in Kenntnis zu setzen und auf dem Laufenden zu halten. Doch werden diese Veranstaltungen in der Öffentlichkeit wahrgenommen? Abbildung 5.10 zeigt, dass dies bei einem guten Viertel der Befragten der Fall war. 24 Prozent geben an, schon einmal von solchen Veranstaltungen gehört zu haben, 3 Prozent haben an mindestens einer davon teilgenommen. Darunter können natürlich auch Veranstaltungen gewesen sein, die von anderen Akteuren angeboten wurden oder sich nur am Rand mit der Endlagersuche beschäftigten.

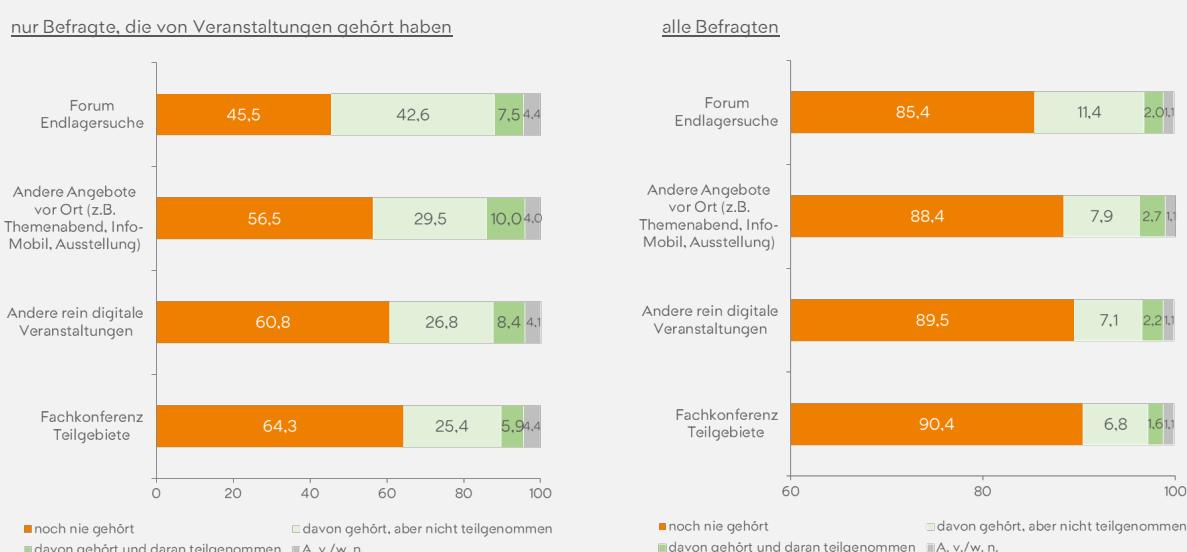
ABBILDUNG 5.10: WAHRNEHMUNG VON VERANSTALTUNGEN ZUM THEMA ENDLAGERSUCHE



in Prozent aller Befragten | N=3.015 | „keine Angabe“ beinhaltet die Nennungen „weiß nicht“ und „Angabe verweigert“
Fragestellung: Haben Sie schon einmal von Veranstaltungen zum Thema Endlagersuche gehört?

Denjenigen Befragten, die schon von Veranstaltungen gehört haben, wurden nach der Kenntnis konkreter Veranstaltungsformate gefragt: das Forum Endlagersuche, die Fachkonferenz Teilgebiete, andere Veranstaltungen vor Ort sowie andere rein digitale Veranstaltungen. Am bekanntesten ist das Forum Endlagersuche, bei dem die Hälfte dieser Befragtengruppe angibt, davon gehört zu haben (insgesamt 50 Prozent). 8 Prozent haben nach eigenen Angaben daran teilgenommen. Die Fachkonferenz Teilgebiete war 31 Prozent der Befragtengruppe ein Begriff, 6 Prozent gaben ihre Teilnahme an. Dazwischen liegen die Vor-Ort-Formate mit 40 Prozent Bekanntheit und 10 Prozent Teilnahmequote sowie die digitalen Formate mit 35 und 8 Prozent (vgl. Abbildung 5.11).

ABBILDUNG 5.11: KENNTNIS VON VERANSTALTUNGEN



links: jeweils in Prozent aller Befragten, die von Veranstaltungen gehört haben | N=804 | rechts: jeweils in Prozent aller Befragten | N=3.015

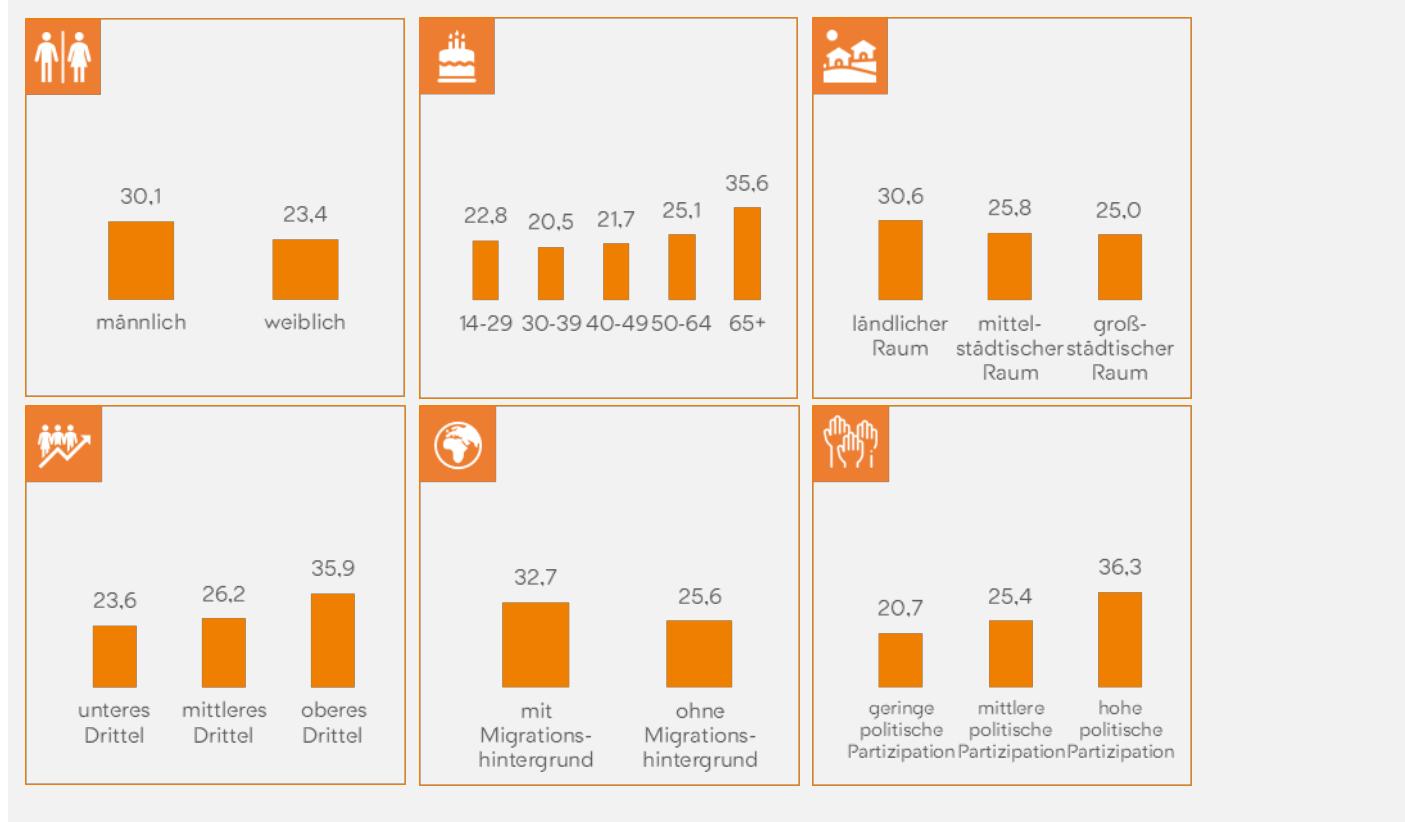
Fragestellung: Ich nenne Ihnen nun Veranstaltungsformate, die im Rahmen der Endlagersuche in den letzten Jahren stattgefunden haben, um das Thema öffentlich zu diskutieren. Sagen Sie mir bitte zu jedem Veranstaltungsformat, ob Sie schon einmal von diesem gehört haben und wenn ja, ob Sie daran teilgenommen haben.

Die rechte Grafik der Abbildung zeigt die Anteile an der Gesamtstichprobe, unabhängig davon, ob die Befragten schon einmal von Veranstaltungen gehört oder gelesen haben. Hier ist deutlicher ersichtlich, wie gering die Bekanntheit und erst recht die Teilnahmequote an den Formaten ist. Die Bekanntheit der Fachkonferenz Teilgebiete wurde schon 2022 erfragt, damals sagten 7,8 Prozent der Befragten, sie hätten davon schon gehört und gelesen, weitere 1,5 Prozent hatten nach eigenen Angaben daran teilgenommen. Die Werte ähneln also denen der aktuellen Befragung.

Ein Abgleich mit den tatsächlich vom BASE registrierten Teilnahmzahlen zeigt, dass die in dieser Befragung ermittelten Anteile an Veranstaltungsbesuchen overreported sind. Gründe dafür können soziale Erwünschtheit oder die Verwechselung mit anderen Veranstaltungen sein. Außerdem ergibt sich durch die statistische Fehlerwahrscheinlichkeit eine gewisse Schwankungsbreite, die einen weiteren Teil der Abweichungen erklären kann.

Auch für die Wahrnehmung von themenbezogenen Veranstaltungen gelten die bekannten Zusammenhänge: Männer geben häufiger an als Frauen, davon gehört zu haben (30 zu 23 Prozent). Je höher die eigene gesellschaftliche Einordnung ist und je stärker die politische Partizipation, desto höher wird auch der Anteil der Personen, die von Veranstaltungen gehört haben. Und auch hier haben Personen mit Migrationshintergrund wieder eine stärkere Kenntnis als solche ohne (33 zu 26 Prozent). Darüber hinaus sind die Veranstaltungen im ländlichen Raum mit 31 Prozent etwas bekannter als im mittel- oder großstädtischen mit 26 bzw. 25 Prozent.

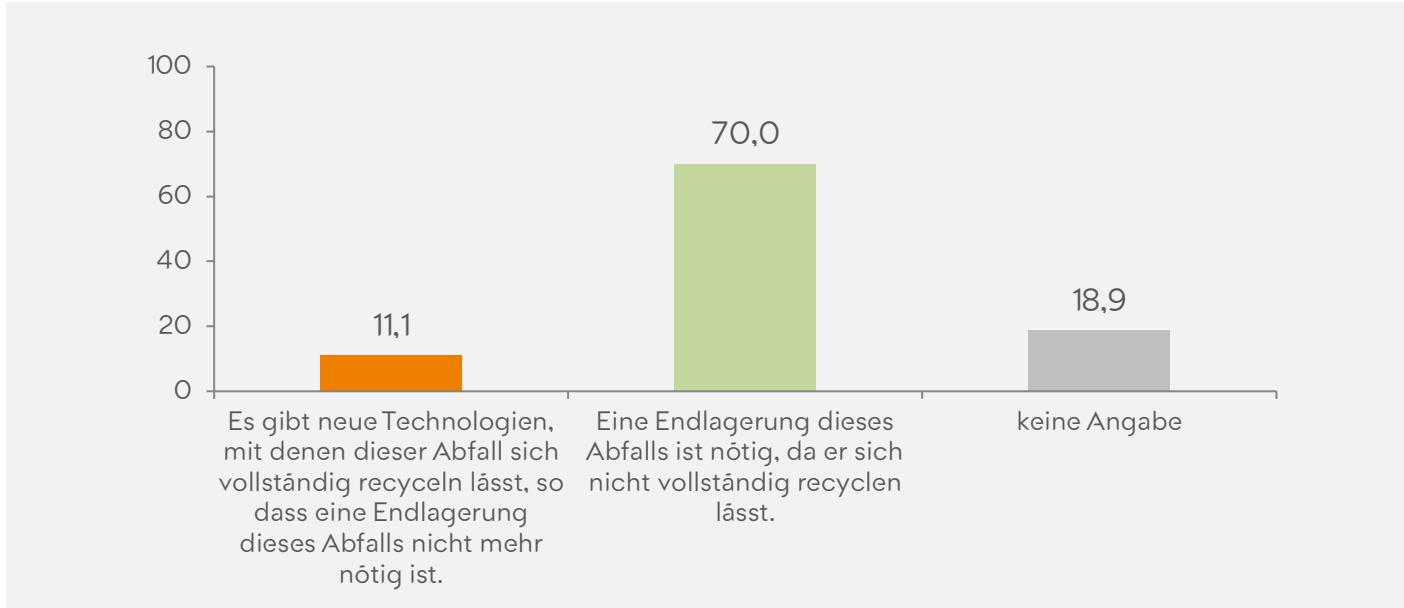
ABBILDUNG 5.12: KENNTNIS VON VERANSTALTUNGEN DIFFERENZIERT



5.2 Wissen zum Endlager und zur Standortsuche

Um die konkreten Wissensbestände zum Endlager und zur Standortsuche abschätzen zu können, haben wir in dieser Befragungswelle drei Wissensfragen gestellt, die auch für die Akzeptanz der Standortsuche interessant sein könnten: Ist ein Endlager notwendig? Wird derzeit nach einem Endlager gesucht? Wer ist für das Endlager verantwortlich? Die folgenden Grafiken zeigen die Ergebnisse der einzelnen Fragen und anschließend einen daraus gebildeten Wissensindex.

ABBILDUNG 5.13: WISSEN ZUR NOTWENDIGKEIT DES ENDLAGERS



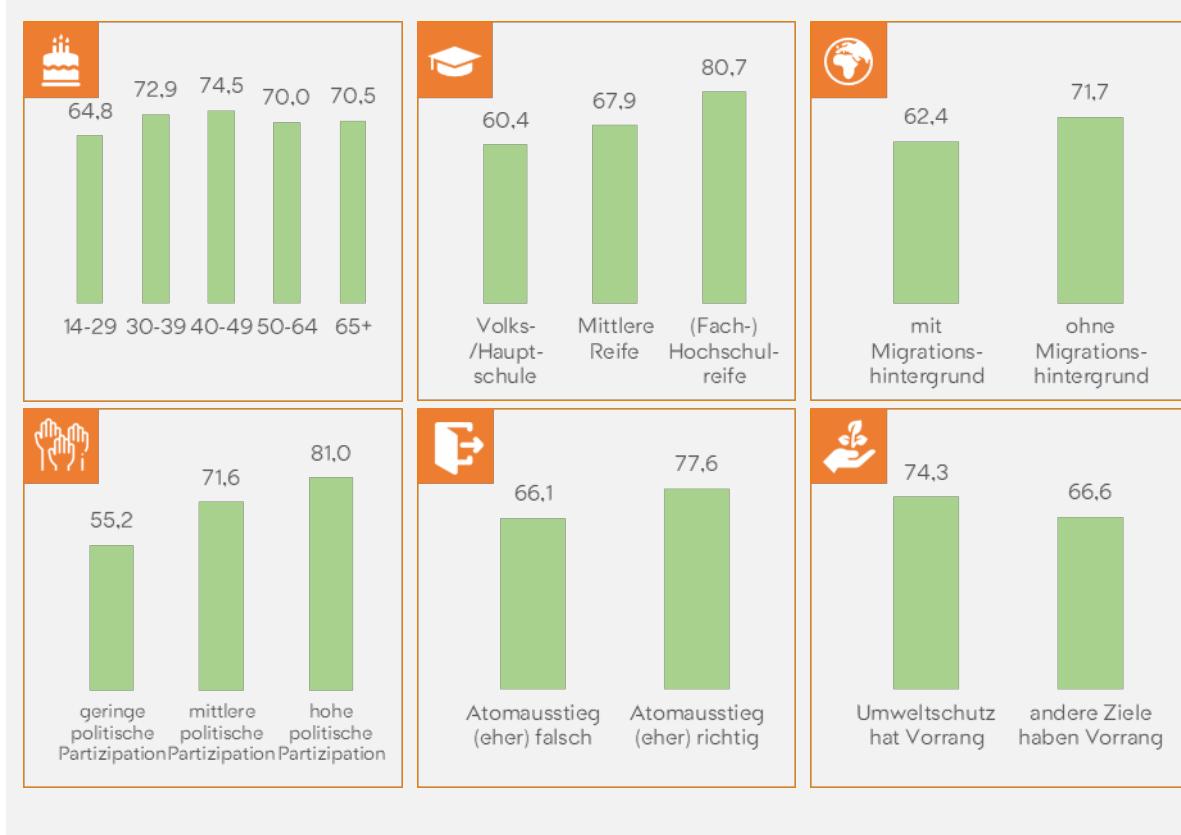
in Prozent aller Befragten | N=3.015 | „keine Angabe“ beinhaltet die Nennungen „weiß nicht“ und „Angabe verweigert“
Fragestellung: Bei der Nutzung von Kernenergie fällt hochradioaktiver Abfall an. Bitte geben Sie an, welche der beiden folgenden Aussagen Ihres Wissens nach korrekt ist.

In der öffentlichen Diskussion um die Standortsuche wird von Kritiker*innen immer wieder ins Feld geführt, dass es keines dauerhaften Endlagers bedürfe, weil sich die hochradioaktiven Abfälle mit existierenden oder zu entwickelnden Technologien vollständig recyclen ließen. Aus der Sicht der meisten Expert*innen ist dies allerdings nicht der Fall, so dass zumindest für nicht recyclebare Atommüllbestände eine Möglichkeit zur dauerhaften sicheren Lagerung benötigt wird. Wir wollten wissen, welcher Anteil der Bevölkerung dieses Wissen teilt. In Abbildung 5.13 ist zu sehen, dass aktuell 70 Prozent der Befragten wissen, dass ein Endlager benötigt wird. 11 Prozent meinen dies nicht, 19 Prozent können oder wollen die Frage nicht beantworten. Für den überwiegenden Teil der Bevölkerung ist die Standortsuche also wissenschaftlich notwendig.

Der Blick auf die demographischen und Einstellungsgruppen zeigt, dass überall eine Mehrheit die korrekte Antwort gegeben hat, dass ein Endlager notwendig ist. Allerdings gibt es Unterschiede in der Stärke der Mehrheit. So ist sie in der jüngsten Altersgruppe fünf Prozentpunkte niedriger als im Durchschnitt (65 Prozent), im mittleren Altersbereich eher etwas höher (40 bis 49 Jahre: 75 Prozent). Je höher der Schulabschluss ist und je stärker die politische Partizipation, desto größer ist auch das Wissen über die Notwendigkeit des Endlagers. Bei Personen mit (Fach-)Hochschulreife und bei solchen mit hoher politischer Partizipation beträgt sie 81 Prozent. Ist die Partizipation niedrig, liegt sie nur noch bei 55 Prozent. Auch Grundeinstellungen bestimmen zu einem gewissen Grad, ob man von der Notwendigkeit eines Endlager weiß: Unter Personen, für die der Umweltschutz Vorrang vor anderen gesellschaftlichen Zielen hat, beträgt der Anteil der korrekten Antwort 74

Prozent, bei anderen nur 67 Prozent. Ein ähnlicher Zusammenhang zeigt sich zur Akzeptanz des Atomausstiegs (vgl. Abbildung 5.14).

ABBILDUNG 5.14: KORREKTES WISSEN ZUR NOTWENDIGKEIT DES ENDLAGERS DIFFERENZIERT

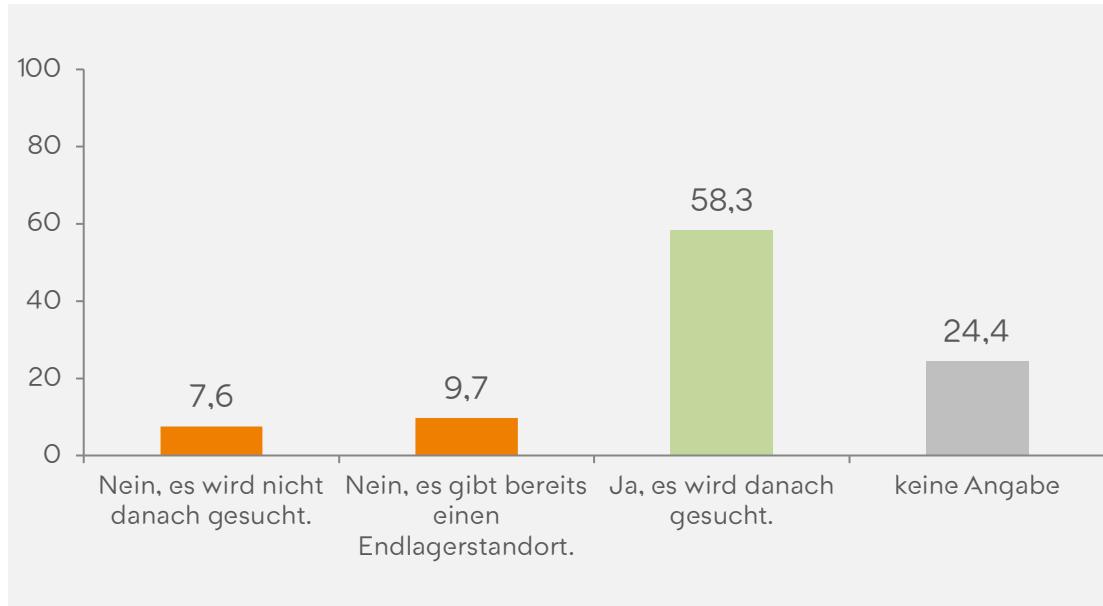


in Prozent aller Befragten der jeweiligen Gruppen

Unabhängig von der Notwendigkeit eines Endlagers wollten wir anschließend von den Befragten wissen, ob derzeit in Deutschland nach einem Standort dafür gesucht wird. Eine deutliche Mehrheit von 58 Prozent beantwortete diese Frage mit ja (58 Prozent). Nur kleine Anteile entfielen auf die Optionen „es wird nicht danach gesucht“ (8 Prozent) und „es gibt bereits einen Standort“ (10 Prozent). Auch hier konnte oder wollte allerdings ein relativ hoher Anteil von 24 Prozent der Befragten keine Antwort geben (vgl. Abbildung 5.15).

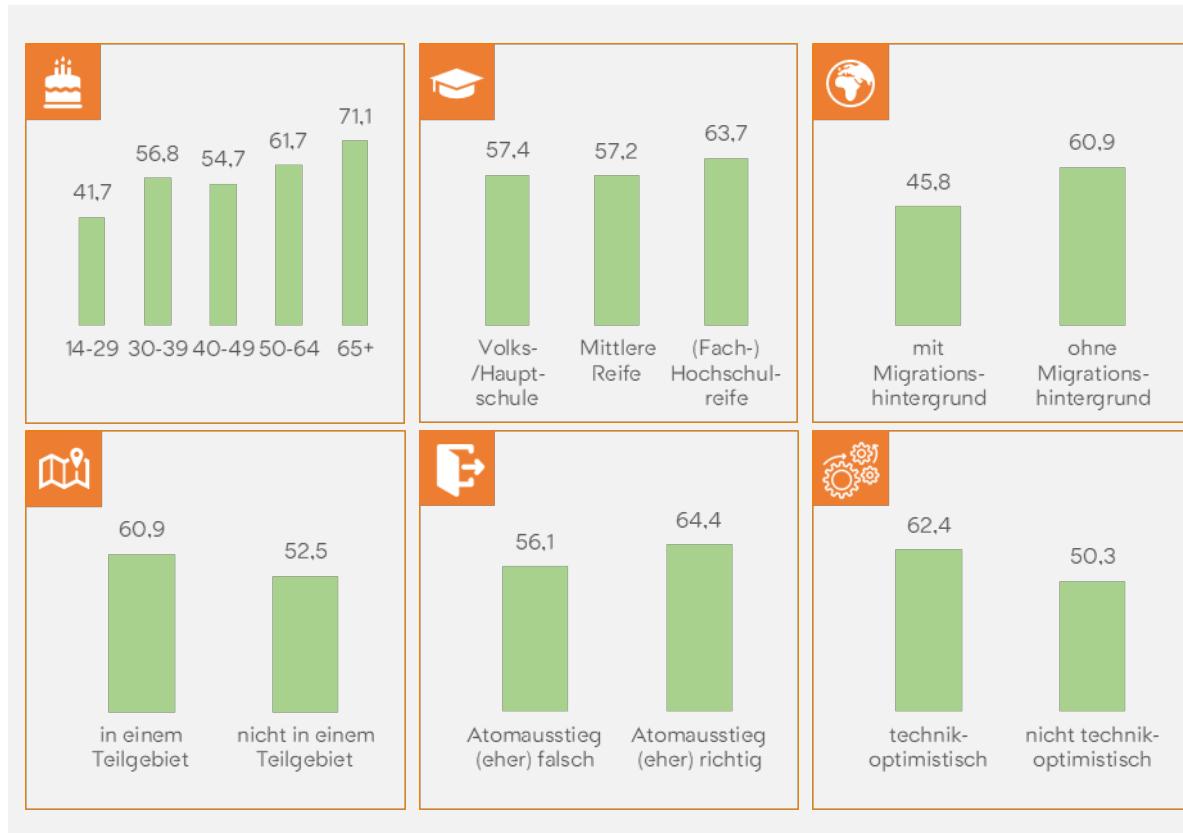
Bei dieser Wissensfrage zeigt sich ein noch deutlicherer Alterseffekt als bei der vorherigen. Nur 42 Prozent der 14-29-Jährigen wissen, dass die Standortsuche derzeit läuft. Ab dem 30. Lebensjahr bewegt sich der Anteil der korrekten Antwort etwa im Durchschnitt. Bei Personen ab 65 Jahren ist er mit 71 Prozent noch einmal deutlich höher (vgl. Abbildung 5.16). Dagegen sind die Unterschiede bei der Schulbildung etwas schwächer ausgeprägt: Personen mit (Fach-)Hochschulabschluss besitzen mit 64 Prozent nur eine etwas überdurchschnittliche Kenntnis. Gleiches gilt für Technik-Optimist*innen (62 Prozent) und Personen, die den Atomausstieg befürworten (64 Prozent). Interessant ist außerdem dieser Zusammenhang: Unter den Personen in einem Teilgebiet (nach Sachstand des Zwischenberichts Teilgebiete) ist das Wissen um die Standortsuche etwas höher als unter jenen, die in ausgeschlossenen Gebieten wohnen (61 zu 53 Prozent). Die Zuordnung haben wir allerdings auf Basis der Postleitzahlen vorgenommen, so dass wir nicht wissen, ob den Befragten bekannt ist, ob sie in einem Teilgebiet wohnen oder nicht. Deshalb ist der Zusammenhang auch mit Vorsicht zu interpretieren.

ABBILDUNG 5.15: WISSEN ZUM STATTFINDEN DER ENDLAGERSUCHE



in Prozent aller Befragten | N=3.015 | „keine Angabe“ beinhaltet die Nennungen „weiß nicht“ und „Angabe verweigert“
Fragestellung: Was glauben Sie, wird zurzeit nach einem Endlagerstandort für hochradioaktiven Abfall in Deutschland gesucht?

ABBILDUNG 5.16: KORREKTES WISSEN ZUM STATTFINDEN DER ENDLAGERSUCHE DIFFERENZIERT

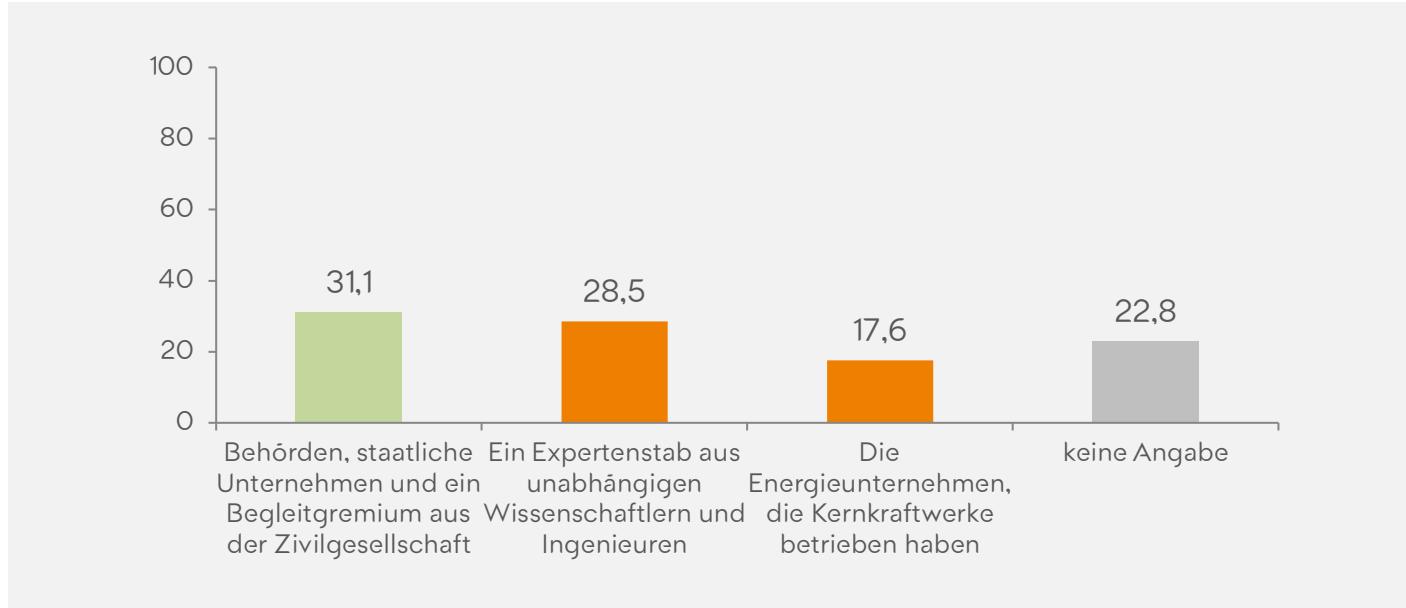


in Prozent aller Befragten der jeweiligen Gruppen

Die dritte Wissensfrage schließlich bezieht sich darauf, wer für das Endlager und die Standortsuche verantwortlich ist. Sind es – das ist die korrekte Antwort – Behörden, staatliche Unternehmen und ein Begleitgremium aus der Zivilgesellschaft, ist es ein Expertenstab aus unabhängigen Wissenschaftler*innen und Ingenieur*innen oder sind es die Energieunternehmen, welche die Kernkraftwerke betrieben haben? Wie Abbildung 5.17 zeigt, entscheidet sich ein knappes Drittel der Befragten für die korrekte Antwort, womit diese knapp vor dem Expert*innenstab liegt (29 Prozent). 18 Prozent halten die Kraftwerksbetreiber für zuständig, 23 Prozent konnten oder wollten keine Antwort geben. Das Wissen ist in dieser Frage also alles andere als gefestigt, die Mehrheit der Befragten gibt eine falsche oder keine Antwort.

Das war auch schon in den ersten beiden Erhebungen so. Da wir dort noch eine vierte Option („eine Abteilung des BMU“) angeboten haben, lassen sich die Antwortverteilungen nicht direkt miteinander vergleichen. Die korrekte Option erhielt aber auch dort zwar die knappe relative Mehrheit, aber nicht die absolute Mehrheit aller Antworten (40 Prozent in 2020 und 36 Prozent in 2022).

ABBILDUNG 5.17: WISSEN ZUR VERANTWORTLICHKEIT FÜR DAS ENDLAGER



in Prozent aller Befragten | N=3.015 | „keine Angabe“ beinhaltet die Nennungen „weiß nicht“ und „Angabe verweigert“
Fragestellung: Was glauben Sie, wer ist für die Standortsuche, den Bau und den späteren Betrieb der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle zuständig?

Auch bei dieser Frage gibt es wieder einen Zusammenhang mit dem Schulabschluss und der politischen Partizipation. Je höher beide sind, desto größer ist der Anteil der korrekten Antwort. Bei Personen mit (Fach-)Hochschulreife beträgt er 40 Prozent, bei solchen mit hoher politischer Partizipation 38 Prozent (vgl. Abbildung 5.18). In den Alten Bundesländern ist das korrekte Wissen um die Zuständigkeit der Endlagersuche höher als in den Neuen Bundesländern (32 zu 24 Prozent). Dort entfallen mehr Antworten auf den Expert*innenstab (32 Prozent) und ähnlich viele auf die Kraftwerksbetreiber (22 Prozent). Je urbaner das Gebiet, desto höher ist der Anteil der korrekten Antwort: Im ländlichen Raum liegt er bei 25 Prozent, im mittelstädtischen bei 31 und im großstädtischen bei 34 Prozent. Interessant ist außerdem dieser – wenn auch geringe – Zusammenhang: Schätzen Personen das Risiko eines Endlagers gering ein, so geben sie häufiger die korrekte Antwort zur Zuständigkeit (34 Prozent gegenüber 30 Prozent bei hoher

Risikoeinschätzung). Eine Interpretation dieses Zusammenhangs könnte sein, dass das Wissen um die staatliche Zuständigkeit für das Endlager das Risikobewusstsein positiv beeinflusst.

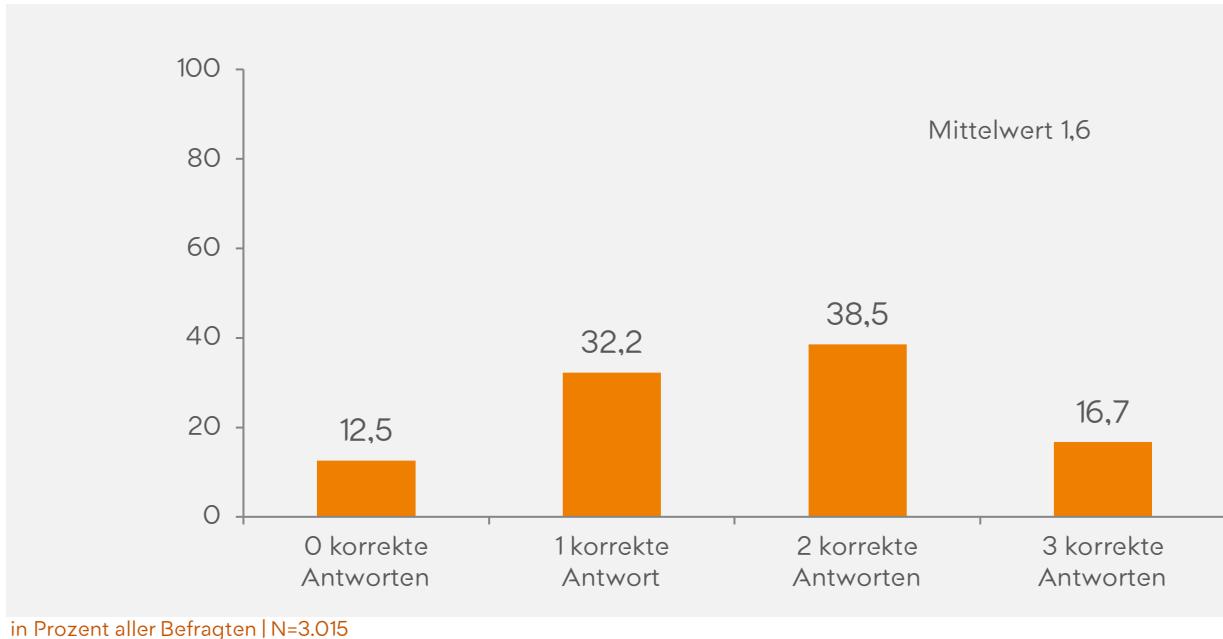
ABBILDUNG 5.18: KORREKTES WISSEN ZUR VERANTWORTLICHKEIT FÜR DAS ENDLAGER DIFFERENZIERT



in Prozent aller Befragten der jeweiligen Gruppen

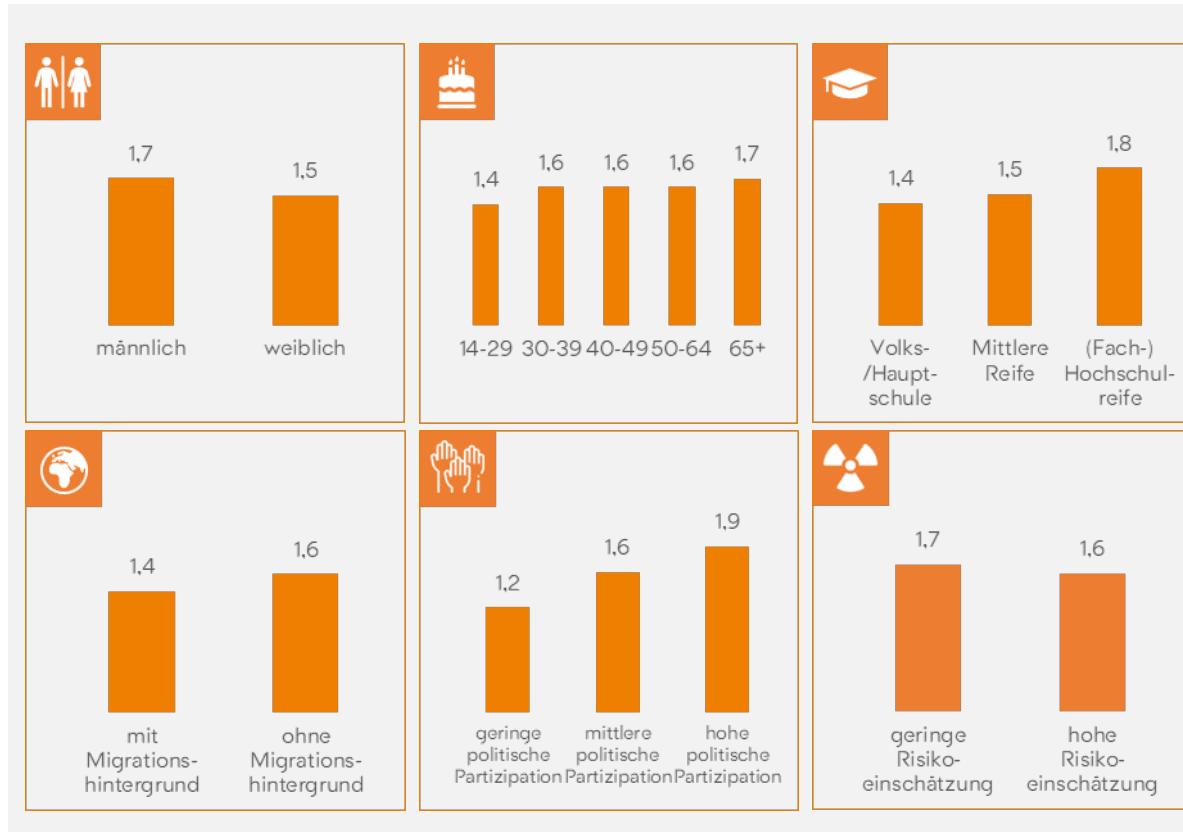
Aus den korrekten Antworten auf alle Fragen haben wir einen summarischen Wissensindex gebildet. Für jeden dieser Treffer bekamen die Befragten einen Punkt. Abbildung 5.19 zeigt die Anteile Punktzahlen über die Gesamtstichprobe. Die meisten Befragten konnten zwei der drei Fragen richtig beantworten (39 Prozent), die volle Punktzahl erhielten 17 Prozent. Ein knappes Drittel hatte eine Antwort richtig, 13 Prozent gar keine. Die Qualität des Lai*innenwissens kann auf dieser Basis unterschiedlich bewertet werden: Auf der einen Seite konnte die knappe Mehrheit der Befragten mindestens zwei von drei Fragen korrekt beantworten (55 Prozent). Allerdings handelte es sich bei den Fragen um eher einfaches „Basiswissen“. Fakt ist, dass weitere Kommunikationsanstrengungen notwendig sind, um die Notwendigkeit und den Prozess der Endlagersuche noch stärker im Wissensstand der Bevölkerung zu verankern – handelt es sich doch um ein gesamtgesellschaftliches Generationenprojekt.

ABBILDUNG 5.19: WISSENSINDEX: ANZAHL DER KORREKten ANTWORTEN ÜBER DIE DREI WISSENSFRAGEN



Der Blick auf die Differenzierungen dieses Wissensindex zeigt, dass das subjektive Informiertheitsgefühl nicht ganz trügt. So können Männer unsere Wissensfragen etwas besser beantworten als Frauen (1,7 zu 1,5 von 3 Fragen). Die älteste Altersgruppe ist auch objektiv am besten informiert (1,7). Und der Anteil der korrekten Antworten steigt deutlich mit dem Schulabschluss sowie der politischen Partizipation (und auch – hier nicht dargestellt – dem subjektiven sozialen Status). Befragte mit (Fach-)Hochschulreife können im Schnitt 1,8 Fragen richtig beantworten, solche mit hoher politischer Partizipation sogar 1,9. Hier haben 27 Prozent der Befragten „alles richtig“. Objektiv etwas unterdurchschnittliche Kenntnisse besitzen Personen mit Migrationshintergrund (1,4). denselben Wert finden wir in der Altersgruppe 14-29 Jahre, und das ist interessant. Denn diese Gruppe hatte sich subjektiv als überdurchschnittlich informiert und informationssuchend bezeichnet. Hier passen subjektives Gefühl und objektiver Wissensbestand nicht zueinander. Ein kleiner aber signifikanter Zusammenhang existiert mit der Risikobewertung des Endlagers: Personen, die das Risiko für niedrig halten, besitzen im Schnitt ein leicht höheres objektives Wissen über die Endlagersuche als solche, für die es hoch ist (1,7 zu 1,6).

ABBILDUNG 5.20: WISSENSINDEX DIFFERENZIERT



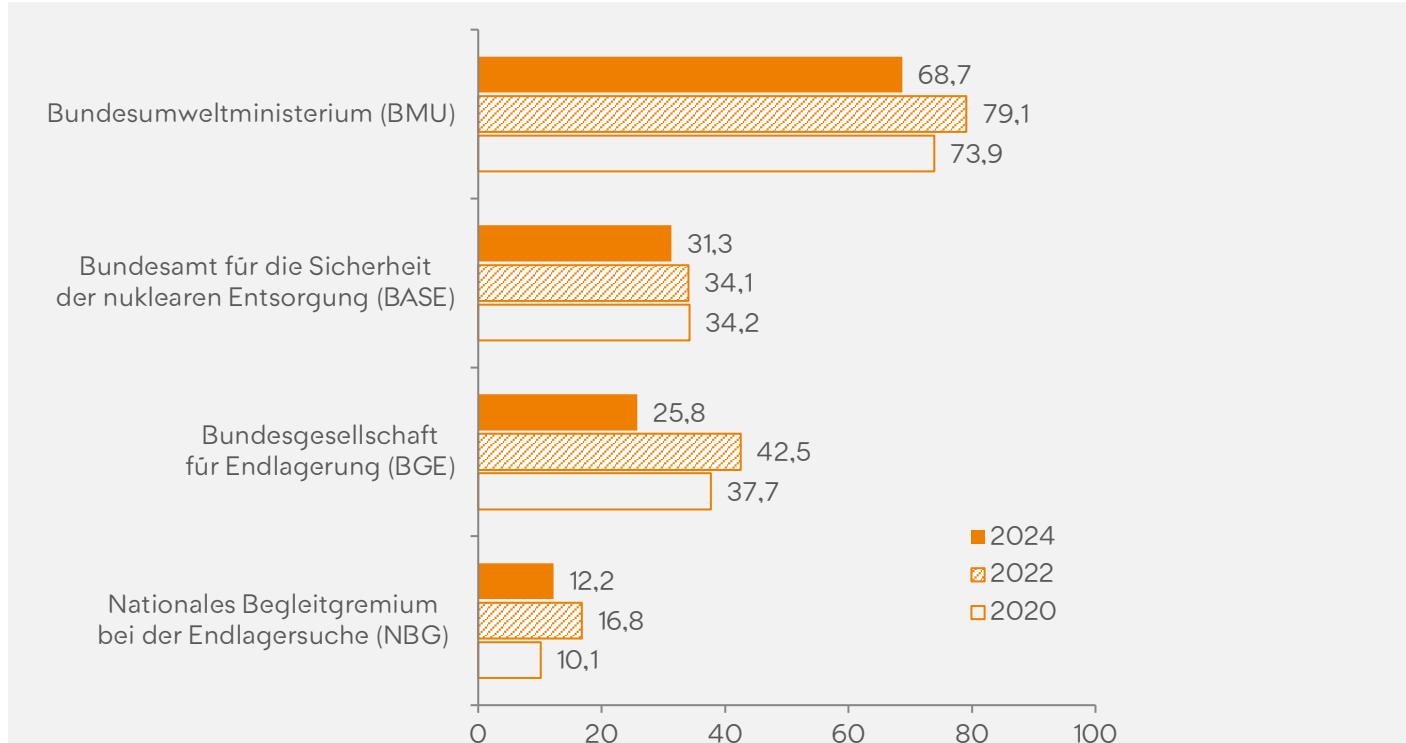
Mittelwerte auf der Skala von 0=keine korrekte Antwort bis 3=drei korrekte Antworten über alle Befragten der jeweiligen Gruppen

6

Akteure der Endlagersuche

An der Endlagersuche sind drei Institutionen direkt beteiligt: das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) und das Nationale Begleitgremium (NBG). Die politische Verantwortung trägt das Bundesumweltministerium (BMU). Wie bekannt sind diese Institutionen derzeit in der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit der Endlagersuche? Das zeigt die Abbildung 6.1. Am bekanntesten ist mit 69 Prozent aller Befragten das BMU. BASE und BGE liegen auf einem ähnlichen Bekanntheitslevel deutlich unter dem des BMU (31 und 26 Prozent). Am wenigsten bekannt ist das NBG, nur 12 Prozent der Befragten haben schon einmal davon gehört. Seit der letzten Befragungswelle im Jahr 2022 ist die Bekanntheit aller vier Institutionen gesunken. Am deutlichsten ist der Verlust bei der BGE, die 2022 noch 43 Prozent der Befragten bekannt war. Am stabilsten hält sich das BASE, hier beträgt der Bekanntheitsverlust nur drei Prozentpunkte.

ABBILDUNG 6.1: BEKANNTHEIT DER FÜR DIE ENDLAGERSUCHE VERANTWORTLICHEN AKTEURINNEN



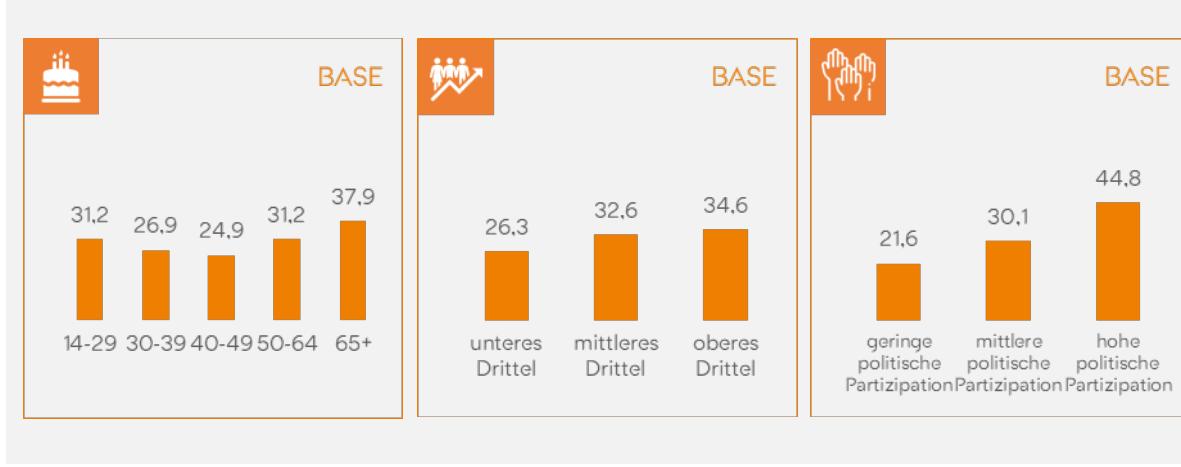
in Prozent aller Befragten | 2024: N=3.015, 2022: N=3.000, 2020: N=3.172

Fragestellung: Ich nenne Ihnen nun einige Organisationen. Bitte sagen Sie mir, ob Sie von diesen im Zusammenhang mit der Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Abfall schon einmal gehört haben oder nicht.

In Abbildung 6.2 schauen wir uns die Bekanntheit des BASE nach Alter, sozialem Status und politischem Partizipationsgrad an. Beim Alter erkennen wir eine U-Form: Die höchste Bekanntheit besitzt das BASE mit 38 Prozent in der Gruppe ab 65 Jahren, aber auch in der jüngsten Altersgruppe (14-29) ist sie mit 31 Prozent vergleichsweise hoch. Am wenigsten bekannt ist das BASE in der

mittleren Altersgruppe (40-49), hier kennen es nur 25 Prozent der Befragten. Beim sozialen Status und dem politischen Partizipationsgrad steigt die Bekanntheit, je höher sie sind. Das entspricht bekannten Zusammenhängen zwischen Institutionenbekanntheit und gesellschaftlicher Teilhabe. Von Befragten, die sich im unteren Drittel der Gesellschaft einordnen, kennen 26 Prozent das BASE, im oberen Drittel sind es 35 Prozent. Noch deutlicher ist der Zusammenhang mit dem politischen Partizipationsgrad: Ist er gering, beträgt die Bekanntheit des BASE 22 Prozent. Ist er hoch, steigt sie auf 45 Prozent. Ähnliche Zusammenhänge bestehen in abgeschwächter Form auch bei der BGE und beim NBG.

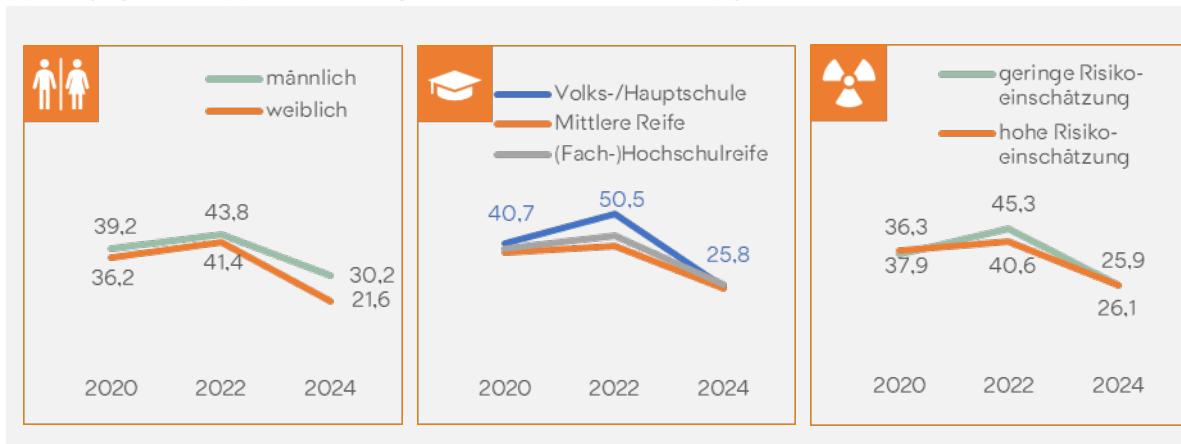
ABBILDUNG 6.2: BEKANNTHEIT DES BASE DIFFERENZIERT



in Prozent aller Befragten der jeweiligen Gruppen

Im Abschnitt zu Informiertheit und Wissen haben wir bereits dargestellt, dass sich weibliche Befragte und auch solche mit niedrigerer Bildung im Jahr 2022 deutlich informierter zeigten als in den Befragungen davor oder danach. Das sieht man auch wieder mit Blick auf die Bekanntheit der BGE (in dieser Deutlichkeit jedoch nicht beim BASE). Zwar ist sinkt diese auch bei Männern bzw. in den anderen Bildungsgruppen zwischen 2022 und 2024, jedoch nicht so stark. Bei Frauen halbiert sie sich von 41 auf 22 Prozent, bei Personen mit Volks- oder Hauptschulabschluss ebenfalls von 51 auf 26 Prozent (vgl. Abbildung 6.3).

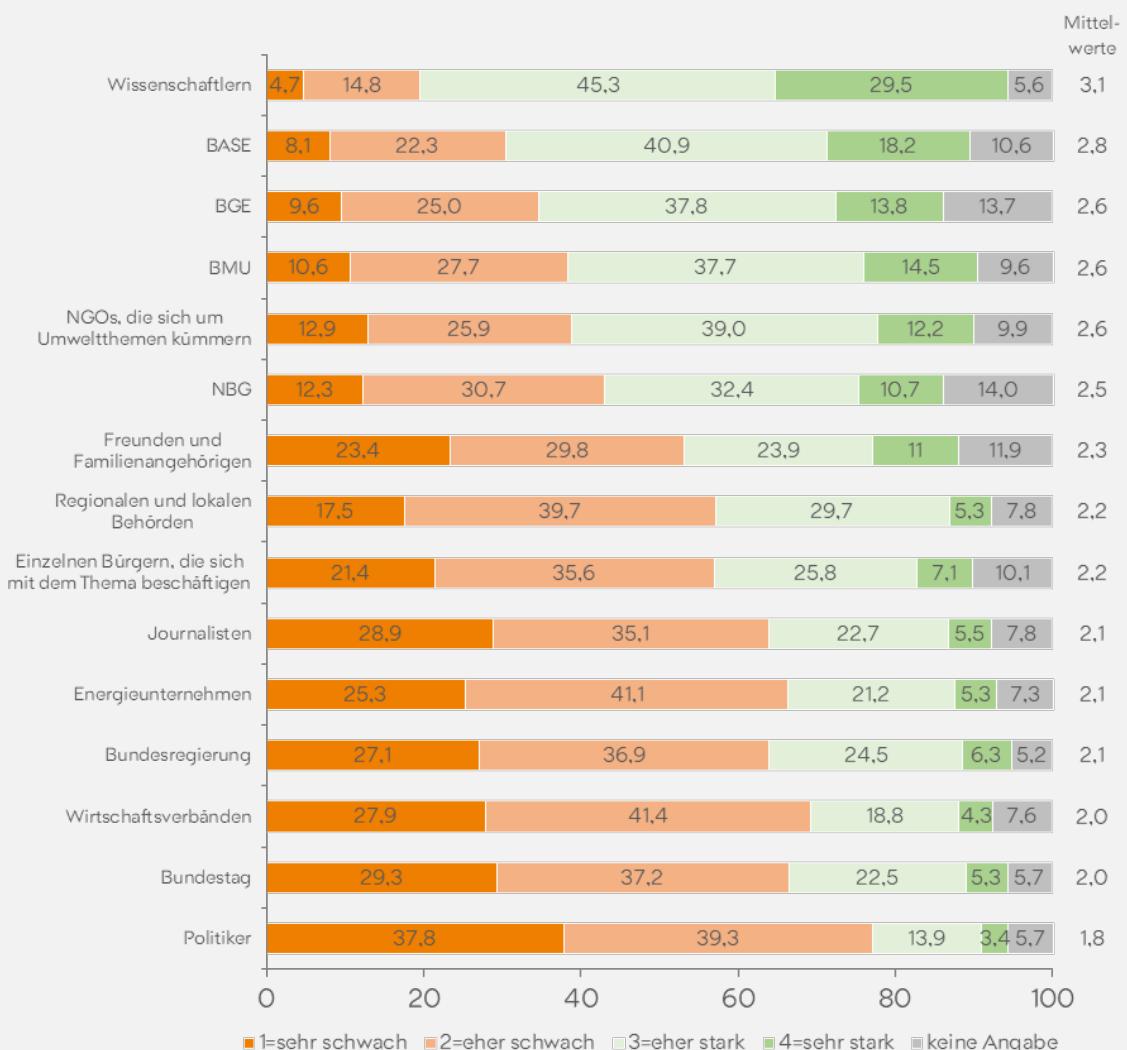
ABBILDUNG 6.3: BEKANNTHEIT DER BGE DIFFERENZIERT IM ZEITVERLAUF



in Prozent aller Befragten der jeweiligen Gruppen

Die direkt für die Endlagersuche verantwortlichen Institutionen sind also auch weiterhin nur einer Minderheit der Menschen in Deutschland bekannt. Im Diskurs um die Endlagersuche spielen aber auch andere Organisationen und Personengruppen eine Rolle – und beeinflussen damit das Bild vom und das Vertrauen in den Suchprozess. Dazu gehören politische Akteur*innen wie die Bundesregierung und der Bundestag, Journalist*innen, Wissenschaftler*innen, zivilgesellschaftliche Organisationen, Wirtschaftsakteur*innen und auch einzelne Bürger*innen. Wie stark ist aktuell das Vertrauen in alle diese direkt und indirekt beteiligten Akteur*innen? Das haben wir – wie auch bei den letzten beiden Erhebungen – auf einer Skala von sehr schwach bis sehr stark abgefragt. Das größte Vertrauen genießt dabei die Wissenschaft. 75 Prozent der Befragten vertrauen ihr sehr oder eher stark. Wie die nachfolgende Tabelle zeigt, war das Vertrauen auch in den ersten beiden Erhebungen ähnlich hoch.

ABBILDUNG 6.4: AKTEURSVERTRAUEN BEIM THEMA ENDLAGERUNG HOCHRADIOAKTIVER ABFÄLLE



in Prozent aller Befragten | N=3.015 | „keine Angabe“ beinhaltet die Nennungen „weiß nicht“ und „Angabe verweigert“
Fragestellung: Bitte geben Sie für die folgenden Organisationen und Personengruppen an, wie sehr Sie diesen vertrauen, wenn es um das Thema der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle geht. Sollten Sie die Organisation nicht kennen, dann geben Sie bitte ihr Bauchgefühl an.

Auf Rang 2 und 3 folgen dann das BASE und die BGE. Ihnen vertrauen 59 bzw. 52 Prozent sehr oder eher stark. Die BGE genießt damit ein ähnlich hohes Vertrauen wie das BMU (52 Prozent) und

Nichtregierungsorganisationen, die sich um Umweltthemen kümmern (51 Prozent). Freunde und Familienangehörige – eine Gruppe, der häufig allein aufgrund der persönlichen Bindungen vertraut wird – finden sich im Mittelfeld aller abgefragten Akteur*innen wieder. Ihnen vertrauen 35 Prozent sehr oder eher stark. Ein ähnlich hohes Vertrauen besitzen mit 33 Prozent einzelne Bürger*innen, die sich mit dem Thema beschäftigen und ihre Meinung dazu kundtun (Influencer*innen). Journalist*innen liegen mit 28 Prozent Vertrauen noch dahinter. Am Ende des Vertrauenskontinuums befinden sich politische und Wirtschaftsakteur*innen. Einzelnen Politiker*innen vertrauen nur 17 Prozent der Befragten sehr oder eher stark, dem Bundestag 28 Prozent und der Bundesregierung 31 Prozent. Energieunternehmen erhalten das Vertrauen von 27 Prozent der Befragten, Wirtschaftsverbände von 23 Prozent.

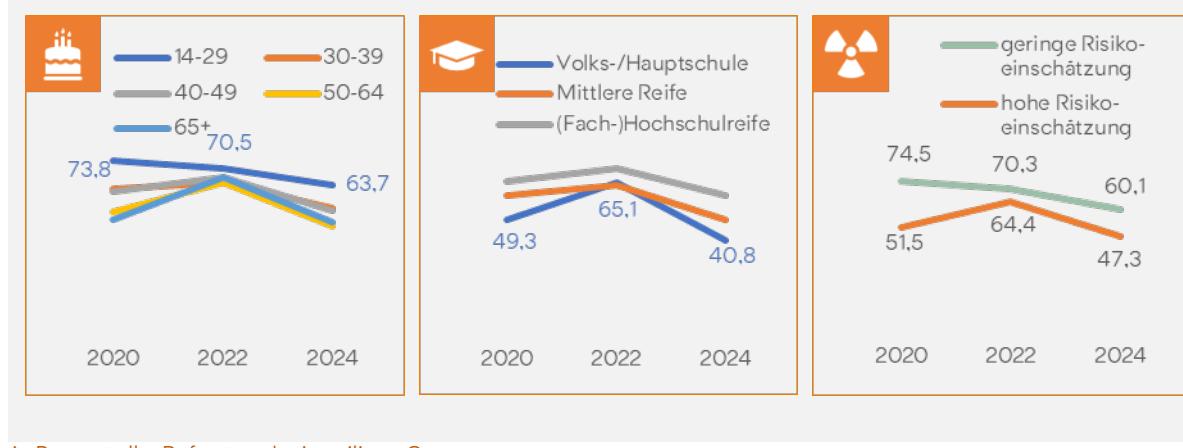
Wir haben die Frage nach dem Vertrauen auch in den ersten beiden Erhebungen gestellt. Dort wurden die am Prozess beteiligten Institutionen BASE, BGE und NBG jedoch getrennt von den anderen Akteur*innen abgefragt. Für diese wiederum bezog sich die Vertrauensfrage auf ihre Funktion als Informationsquellen. Wir gehen davon aus, dass für Lai*innen das Vertrauen in Informationsquellen ähnlich hoch ist wie das in der aktuellen Erhebung abgefragte allgemeine Vertrauen. Deshalb können die Werte aus den drei Erhebungen einen Eindruck davon vermitteln, wo Vertrauen stabil geblieben ist oder sich verändert hat. Die folgende Tabelle zeigt diesen Zeitvergleich. Orange markiert sind Organisationen und Personengruppen, bei denen sich die Vertrauenswerte relevant verändert haben. Demnach ist das Vertrauen in das BASE und die BGE stabil geblieben, das in das NBG jedoch gesunken. Lag es in 2020 und 2022 noch bei 2,8 bzw. 2,7 Punkte auf der vierstufigen Skala von 1=sehr schwach bis 4=sehr stark, beträgt es 2024 nur noch 2,5 Punkte. Generell kam es vor allem zwischen der zweiten und dritten Erhebung zu einer Erosion des Vertrauens. Keine der Organisationen und Personengruppen konnte hingegen spürbar Vertrauen gewinnen. Vor diesem Hintergrund scheint das stabile Vertrauen in BASE und BGE ein positives Zeichen zu sein.

Organisationen/Personengruppen	2024	2022	2020
Wissenschaftler	3,1	3,2	3,2
BASE	2,8	2,9	2,8
BGE	2,6	2,8	2,7
NGOs, die sich um Umweltthemen kümmern	2,6	2,8	2,9
BMU	2,6	---	---
NBG	2,5	2,7	2,8
Freunde und Familienangehörige	2,3	2,7	2,5
regionale und lokale Behörden	2,2	2,6	2,5
Bürger, die sich mit dem Thema beschäftigen	2,2	---	---
Journalisten	2,1	2,5	2,5
Energieunternehmen	2,1	2,0	1,9
Bundesregierung	2,1	2,5	2,5
Wirtschaftsverbände	2,0	---	---
Bundestag	2,0	2,5	2,4
Politiker	1,8	2,1	2,1

jeweils Mittelwerte über alle Befragten auf einer Skala von 1=sehr schwach bis 4=sehr stark | 2024: N=3.015, 2022: N=3.000, 2020: N=3.172 | orange markierte Zeilen kennzeichnen Veränderungen von über 0,2 Punkten

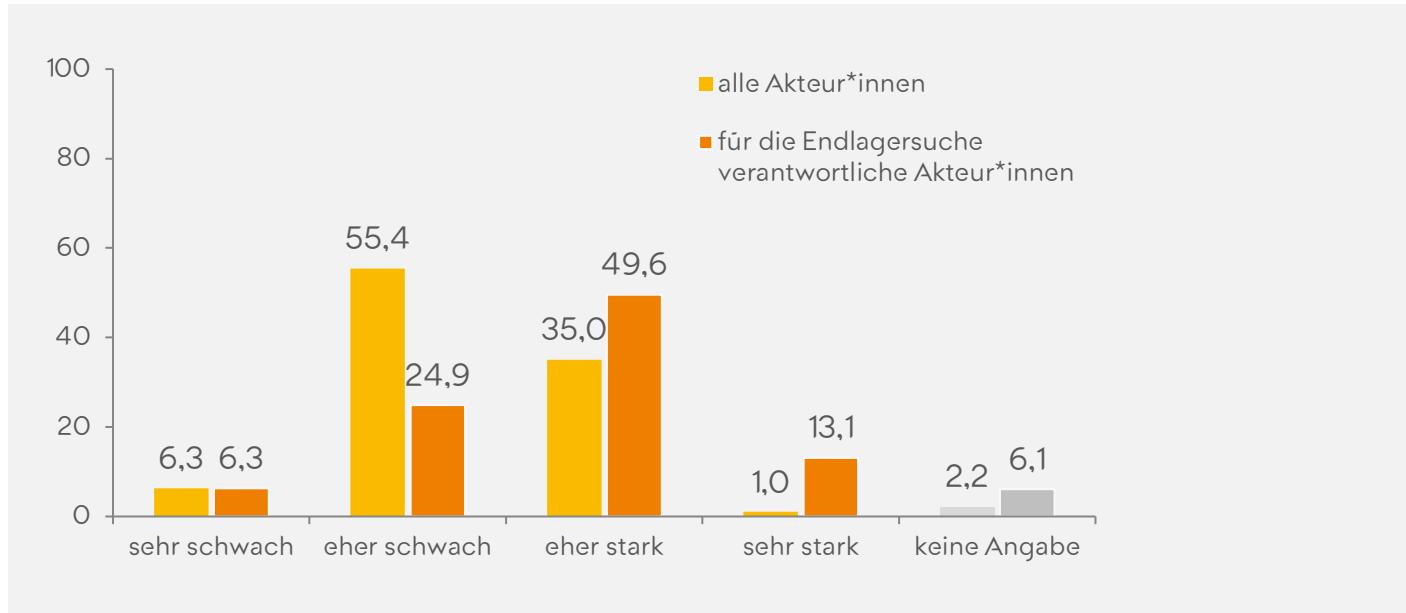
Das Vertrauen in das BASE ist über die drei Wellen hinweg relativ stabil. Anders bei der BGE: In der Altersgruppe der 14-29-Jährigen ist das Vertrauen in die BGE zwar am höchsten, es sinkt dort aber seit der ersten Befragung kontinuierlich. War es 2020 noch bei 74 Prozent dieser Gruppe sehr oder eher stark, beträgt der Anteil 2024 nur noch 64 Prozent. In allen anderen Altersgruppen liegt er jedoch weiterhin darunter, mit dem auch bei anderen Fragen beobachteten lokalen Hoch im Jahr 2022. Dieses ist erneut bei Personen mit Volks- oder Hauptschulabschluss besonders ausgeprägt: Im Jahr 2022 vertrauten 65 Prozent von ihnen der BGE eher oder sehr stark, im Jahr 2020 waren es 49 Prozent, 2024 nur 41 Prozent. Einen ähnlichen Verlauf nimmt die Kurve bei Personen mit hoher Risikoeinschätzung in Bezug auf das Endlager (vgl. Abbildung 6.5).

ABBILDUNG 6.5: VERTRAUEN IN DIE BGE DIFFERENZIERT IM ZEITVERLAUF



Die an der Endlagersuche beteiligten Institutionen genießen im Vergleich aller abgefragten Organisationen und Personengruppen ein überdurchschnittliches Vertrauen, wenn es um die Endlagersuche geht. Das zeigt noch einmal eindrücklich Abbildung 6.6, in der wir das Vertrauen in BMU, BASE, BGE und NBG als Mittelwertindex dem Vertrauen in alle abgefragten Akteur*innen (ebenfalls als Mittelwertindex) gegenübergestellt haben. 63 Prozent aller Befragten haben demnach eher oder sehr starkes Vertrauen in die Institutionen der Endlagersuche. Dem stehen 36 Prozent Vertrauen über alle Akteur*innen gegenüber.

ABBILDUNG 6.6: VERTRAUENSINDEX ÜBER ALLE ABGEFRAGTEN ORGANISATIONEN/PERSONENGRUPPEN UND ÜBER ALLE AN DER ENDLAGERSUCHE BETEILIGTEN INSTITUTIONEN

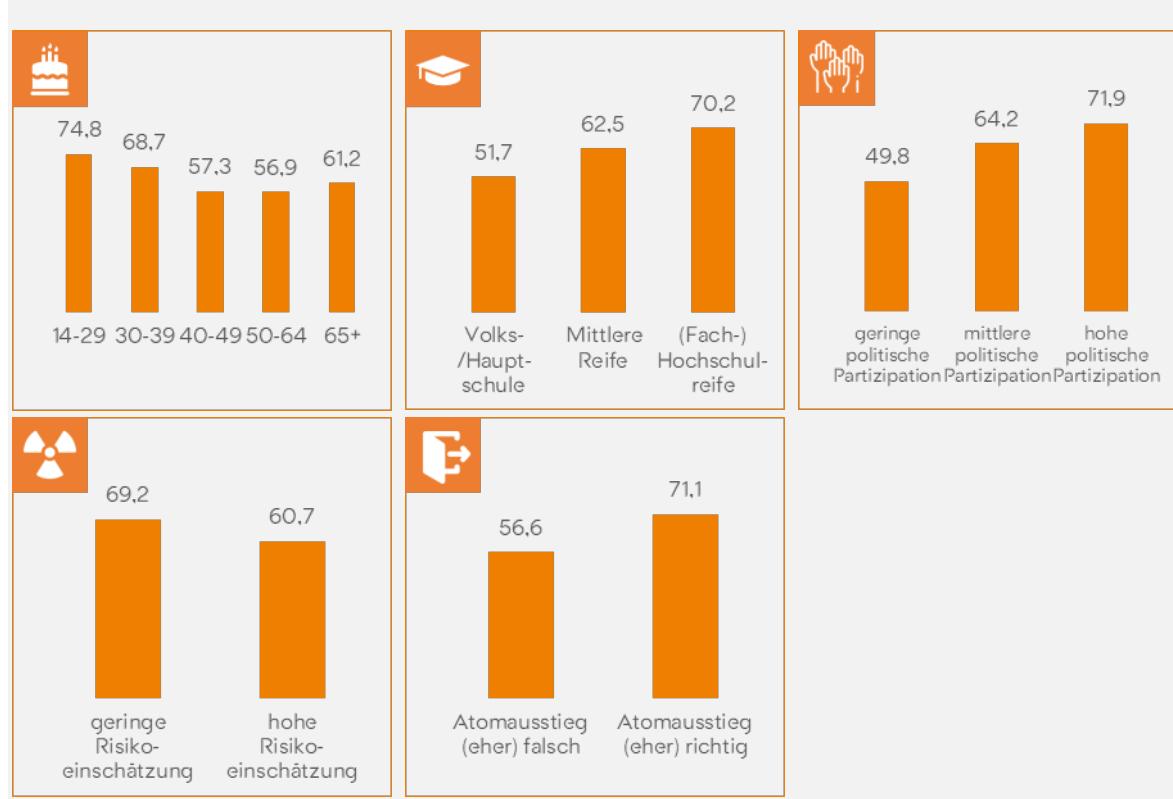


jeweils in Prozent aller Befragten | N=3.015 | „keine Angabe“ beinhaltet die Nennungen „weiß nicht“ und „Angabe verweigert“

Mit Blick auf die Altersgruppen verteilt sich das Vertrauen in die an der Endlagersuche beteiligten Institutionen ähnlich wie deren Bekanntheit. Das meiste Vertrauen äußert die jüngste Altersgruppe: 75 Prozent der 14-29-Jährigen vertrauen den Institutionen eher oder sehr stark. Danach sinkt das Vertrauen bis zur Altersgruppe der 50-64-Jährigen (57 Prozent), bevor es bei den Ältesten wieder leicht ansteigt (61 Prozent). Grundsätzlich kann man sagen, dass in der jüngeren Bevölkerung ein Vertrauensvorsprung existiert. Einen echten Einbruch sehen wir aber in keiner Altersgruppe. Die Verteilung nach Bildungsgrad und politischer Partizipation (auch nach sozialem Status, hier nicht dargestellt) zeigt sich erneut klassisch: je höher der Bildungsgrad, desto mehr Vertrauen in die Institutionen der Endlagersuche ist vorhanden (Volks-/Hauptschule 52 Prozent, (Fach-)Hochschulreife 70 Prozent). Und eine größere Teilhabe an politischen Fragen hängt mit einem stärkeren Vertrauen zusammen (50 Prozent bei geringer vs. 72 Prozent bei hoher politischer Partizipation).

Das Vertrauen in die Institutionen der Endlagersuche ist vermutlich eingebettet in eine generelle Zustimmung zum Umgang mit der Atomenergie in Deutschland. Darauf weisen zumindest zwei weitere Zusammenhänge in den Daten hin: Zum einen vertrauen Personen, die den Atomausstieg in Deutschland (eher) für richtig halten, den Institutionen deutlich stärker als solche, die ihn (eher) für falsch halten (71 vs. 57 Prozent). Und zum anderen ist das Vertrauen bei einer geringen Risikoeinschätzung in Bezug auf das Endlager größer als bei einer hohen Risikoeinschätzung (69 vs. 61 Prozent). Auch hier ist jedoch positiv festzuhalten, dass in keiner der betrachteten Gruppen das Vertrauen in die Institutionen der Endlagersuche auf deutlich unter 50 Prozent sinkt.

ABBILDUNG 6.7: VERTRAUENSINDEX ÜBER ALLE AN DER ENDLAGERSUCHE BETEILIGTEN INSTITUTIONEN DIFFERENZIERT



in Prozent aller Befragten der jeweiligen Gruppen | Summe der Skalenpunkte „eher stark“ und „sehr stark“

7

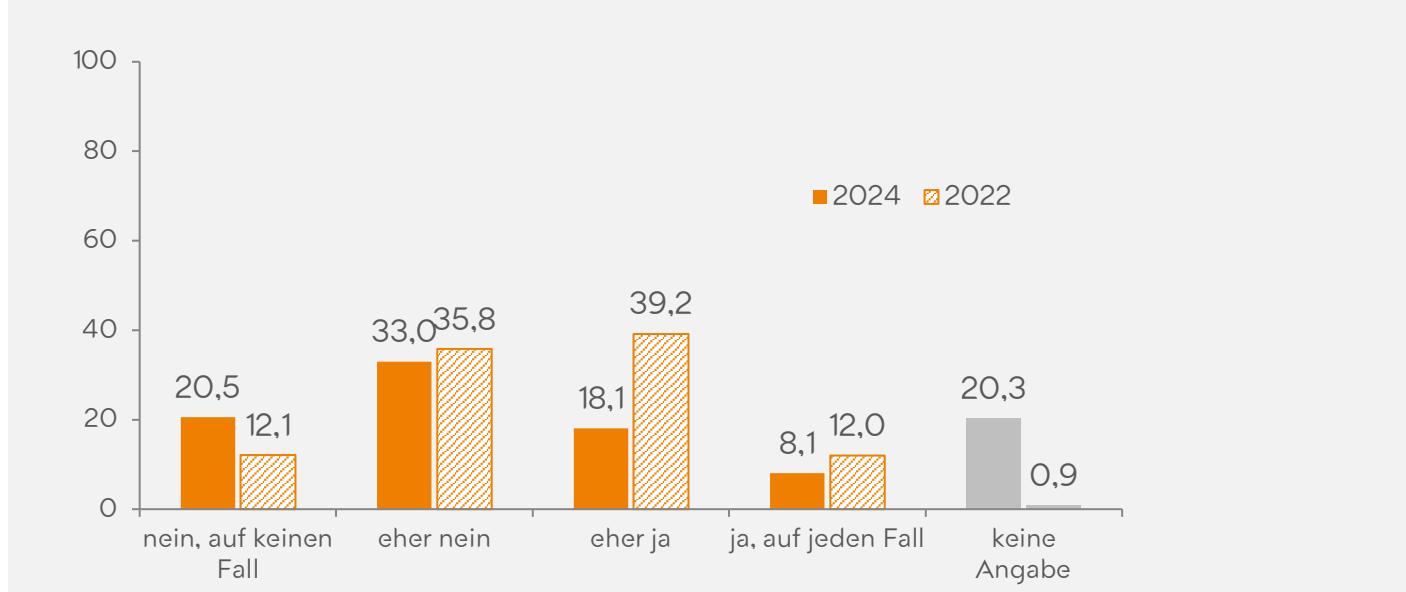
Akzeptanz und Teilhabe

7.1 Vertretungsgefühl und Teilhabe

In den Prozess der Endlagersuche ist fest eingeschrieben, dass er die Interessen der bundesdeutschen Bevölkerung berücksichtigen soll. Dies kann zum einen dadurch geschehen, dass die beteiligten Akteur*innen diese Interessen bereits wahrnehmen und in den Prozess einbringen. Eine weitere Möglichkeit der Interessenberücksichtigung ist eine systematische Bürger*innenbeteiligung. Zu beiden Varianten haben wir Fragen gestellt. Zunächst wollten wir wissen, ob die Menschen sich und ihre Interessen im momentanen Prozess der Standortsuche berücksichtigt sehen. Nur 26 Prozent beantworteten diese Frage mit eher ja oder auf jeden Fall (vgl. Abbildung 7.1). Die Mehrheit von 54 Prozent sieht sich eher nicht oder auf keinen Fall repräsentiert. 20 Prozent können oder wollen den Sachverhalt nicht einschätzen.

Wir haben die Fragen im Jahr 2022 schon einmal gestellt und etwas andere Ergebnisse erhalten, wie die Abbildung zeigt. Damals sahen sich 51 Prozent der Befragten durch die Institutionen gut vertreten. Auf die Antwort „nein, auf keinen Fall“ entfielen nur 12 statt aktuell 21 Prozent. Das Vertretungsgefühl ist also seit der letzten Befragung sichtbar gesunken.

ABBILDUNG 7.1: VERTRETUNGSGEFÜHL IM PROZESS DER ENDLAGERSUCHE



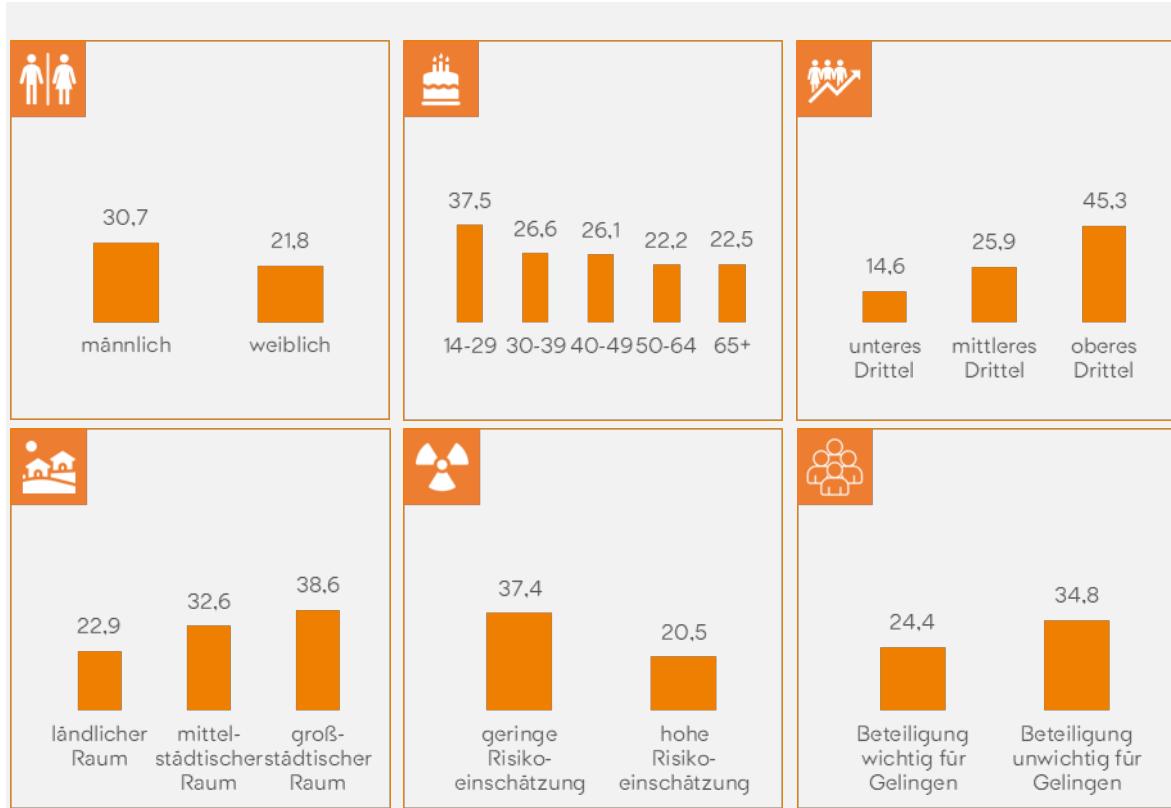
in Prozent aller Befragten | 2024: N=3.015, 2022: N=3.000 | „keine Angabe“ beinhaltet die Nennungen „weiß nicht“ und „Angabe verweigert“

Fragestellung: Fühlen Sie sich und Ihre Interessen im momentanen Prozess der Standortsuche für ein Endlager ausreichend berücksichtigt?

Mit Blick auf demographische und Einstellungsgruppen herrscht das höchste Vertretungsgefühl bei Personen, die sich im oberen Drittel der Gesellschaft verorten. Es beträgt dort 45 Prozent, ist also fast doppelt so hoch wie im Durchschnitt. Im unteren Drittel der Gesellschaft haben hingegen nur 15 Prozent der Befragten das Gefühl, gut im Standortsuchprozess vertreten zu sein. Das lässt die Vermutung zu, dass das geringe Vertretungsgefühl stark mit einem allgemeinen Teilhabegefühl an gesellschaftlichen Prozessen zusammenhängt. Dafür spricht auch, dass das Vertretungsgefühl im ländlichen Raum mit 23 Prozent deutlich geringer ist als im mittelstädtischen mit 33 Prozent und im großstädtischen mit 39 Prozent. Besser vertreten als andere fühlen sich außerdem 14-29-Jährige (38 Prozent eher ja oder auf jeden Fall). In den folgenden Altersgruppen sinkt das Vertretungsgefühl auf 26 Prozent, ab dem 50. Lebensjahr auf 22 Prozent. Bei Männern ist es außerdem etwas stärker als bei Frauen (31 zu 22 Prozent).

Begünstigend für das Gefühl, die eigenen Interessen seien im Standortprozess gut vertreten, ist eine hohe politische Partizipation. Befragte, die sich vielfältig engagieren, geben zu 31 Prozent an, sich und ihre Interessen gut vertreten zu fühlen. Auch die Sicht auf das Endlager selbst hat eine deutliche Auswirkung auf das Vertretungsgefühl: Von denjenigen, die nur geringe Risiken mit dem Endlager verbinden, fühlen sich 37 Prozent im Suchprozess gut vertreten. Befürchtet man hohe Risiken, sinkt das Vertretungsgefühl auf 21 Prozent. Außerdem fühlen Befragte, denen die Bürger*innenbeteiligung wichtig für das Gelingen des Prozesses ist, ihre Interessen aktuell weniger vertreten als solche, die eine Beteiligung für unwichtig halten (24 zu 35 Prozent, vgl. Abbildung 7.2).

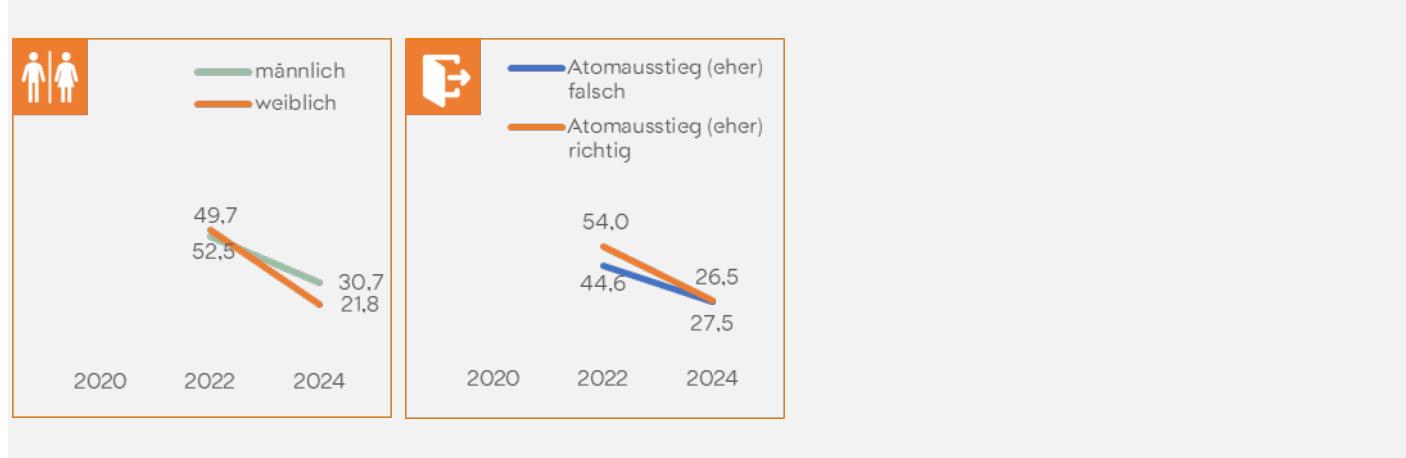
ABBILDUNG 7.2: BEJAHTES VERTRETUNGSGEFÜHL IM PROZESS DER ENDLAGERSUCHE DIFFERENZIERT



in Prozent aller Befragten der jeweiligen Gruppen | Summe der Skalenpunkte „eher ja“ und „ja, auf jeden Fall“

Das Vertretungsgefühl ist gegenüber 2022 bei Frauen stärker gesunken als bei Männern. Damals lagen beide Geschlechter noch etwa gleichauf bei rund 50 Prozent. Die Abnahme bei den Frauen beträgt also rund 30 Prozentpunkte, bei den Männern sind es rund 20. Angenähert hat sich das Vertretungsgefühl hingegen bei den unterschiedlichen Positionen zum Atomausstieg. 2022 fühlten sich bei den Personen, die den Atomausstieg für (eher) richtig hielten noch 54 Prozent eher oder auf jeden Fall im Suchprozess vertreten. Bei denjenigen, die den Atomausstieg (eher) kritisch sahen, waren es 45 Prozent, also fast zehn Prozentpunkte weniger. Im Jahr 2024 liegen beide Gruppen etwa gleichauf (28 und 27 Prozent).

ABBILDUNG 7.3: BEJAHTES VERTRETUNGSGEFÜHL IM PROZESS DER ENDLAGERSUCHE DIFFERENZIERT IM ZEITVERLAUF

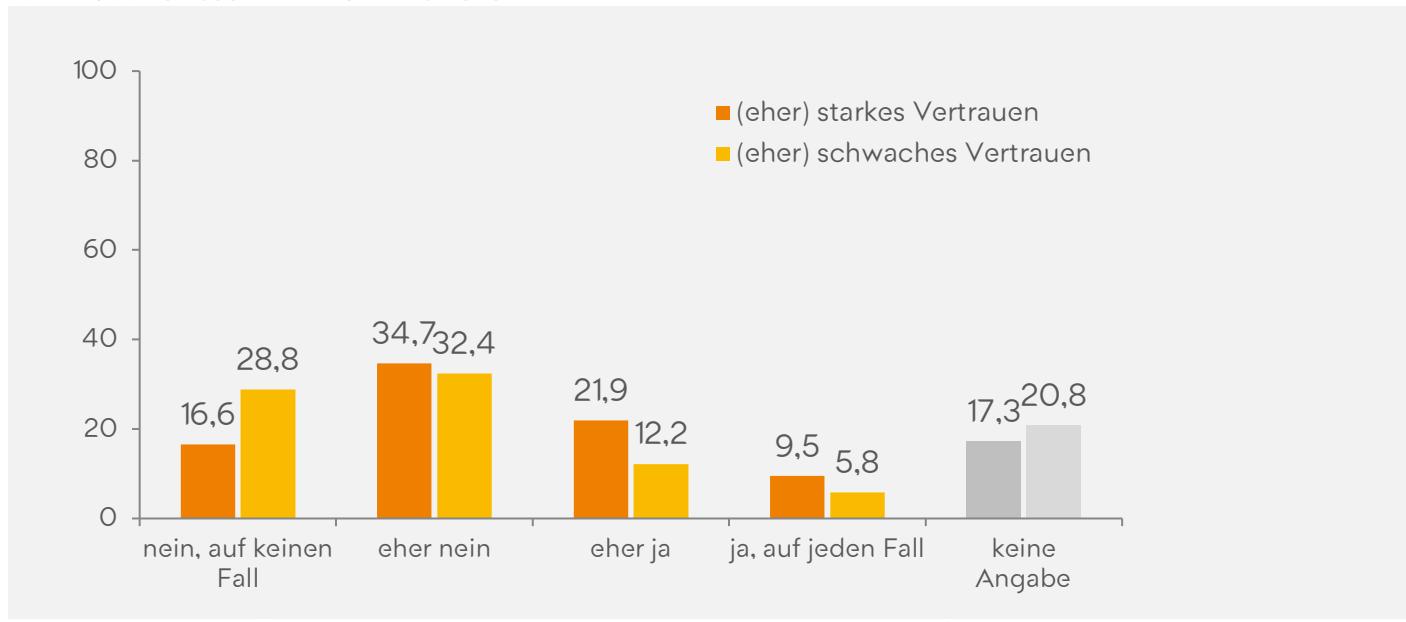


Im Zwischenbericht zum aktuellen Forschungsstand haben wir folgende Hypothese zu einem möglichen Zusammenhang zwischen Vertretungsgefühl im Standortauswahlverfahren und dem Vertrauen in die verantwortlichen Institutionen formuliert:

H4: Je stärker das Vertrauen in die verantwortlichen Institutionen des Standortauswahlverfahrens ist, desto stärker fühlen sich die Befragten im Rahmen des Standortauswahlverfahrens vertreten.

Das Vertrauen in die verantwortlichen Institutionen haben wir in Abschnitt 6 dargestellt. Der dort gebildete Mittelwertindex aus dem Vertrauen in das BMU, die BGE, das BASE und das NBG ist unsere unabhängige Variable für die Hypothesentestung. Für die Darstellung in Abbildung 7.4 haben wir diesen dichotomisiert: Indexwerte auf den Skalenpunkten „sehr starkes“ und „eher starkes“ Vertrauen wurde zu „(eher) starkes Vertrauen“ zusammengefasst, „eher schwaches“ und „sehr schwaches“ Vertrauen zu „(eher) schwaches Vertrauen“. Demnach fühlen sich 31 Prozent der Personen mit einem (eher) starken Vertrauen in die beteiligten Institutionen im Standortauswahlverfahren gut vertreten. Bei Personen mit (eher) schwachem Vertrauen sind es nur 18 Prozent. Der Korrelationskoeffizient zwischen dem Mittelwertindex „Vertrauen in die beteiligten Institutionen“ und dem intervallskalierten Vertretungsgefühl beträgt 0,211, der Zusammenhang ist auf dem 0,01-Niveau signifikant. Die Hypothese kann damit bestätigt werden. Anzumerken ist jedoch, dass auch in der Gruppe der Personen mit (eher) starkem Vertrauen die knappe Mehrheit der Befragten sich nicht gut vertreten fühlt.

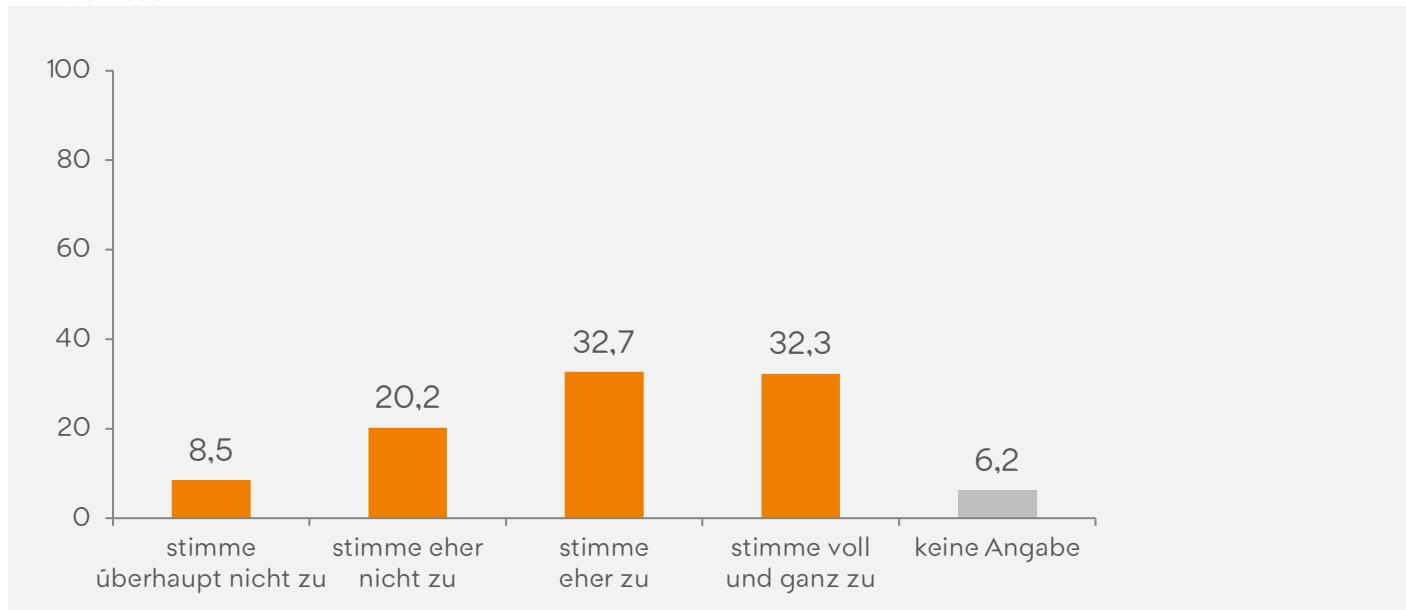
ABBLUDUNG 7.4: VERTRETUNGSGEFÜHL IM PROZESS DER ENDLAERSUCHE DIFFERENZIERT NACH VERTRAUEN IN DIE AN DER STANDORTSUCHE BETEILIGTEN INSTITUTIONEN



in Prozent aller Befragten | (eher) starkes Vertrauen: N=1.892, (eher) schwaches Vertrauen: N=939 | „keine Angabe“ beinhaltet die Nennungen „weiß nicht“ und „Angabe verweigert“

Wenn die eigenen Interessen aktuell nicht im Suchprozess vertreten sind, ergibt es Sinn, sie selber einzubringen. Diese Möglichkeit der Teilhabe anzubieten, ist im Standortauswahlgesetz zwingend vorgeschrieben – aber finden die Befragten eine Bevölkerungsbeteiligung auch sinnvoll und notwendig für das Gelingen der Endlagersuche? Diese Frage stellen wir seit Beginn der Erhebungen. Abbildung 7.5 zeigt, dass dem in der aktuellen Erhebung ein knappes Drittel voll und ganz zustimmt, ein weiteres knappes Drittel eher. Die Beteiligung der Bevölkerung ist also für die Mehrheit der Befragten für das Gelingen der Endlagersuche notwendig.

ABBLUDUNG 7.5: ZUSTIMMUNG ZUR NOTWENDIGKEIT VON BÜRGERBETEILIGUNG FÜR DAS GELINGEN DER ENDLAERSUCHE



in Prozent aller Befragten | N=3.015 | „keine Angabe“ beinhaltet die Nennungen „weiß nicht“ und „Angabe verweigert“

Fragestellung: Die Endlagersuche kann meiner Meinung nach nur gelingen, wenn die Bevölkerung an diesem Prozess intensiv beteiligt wird.

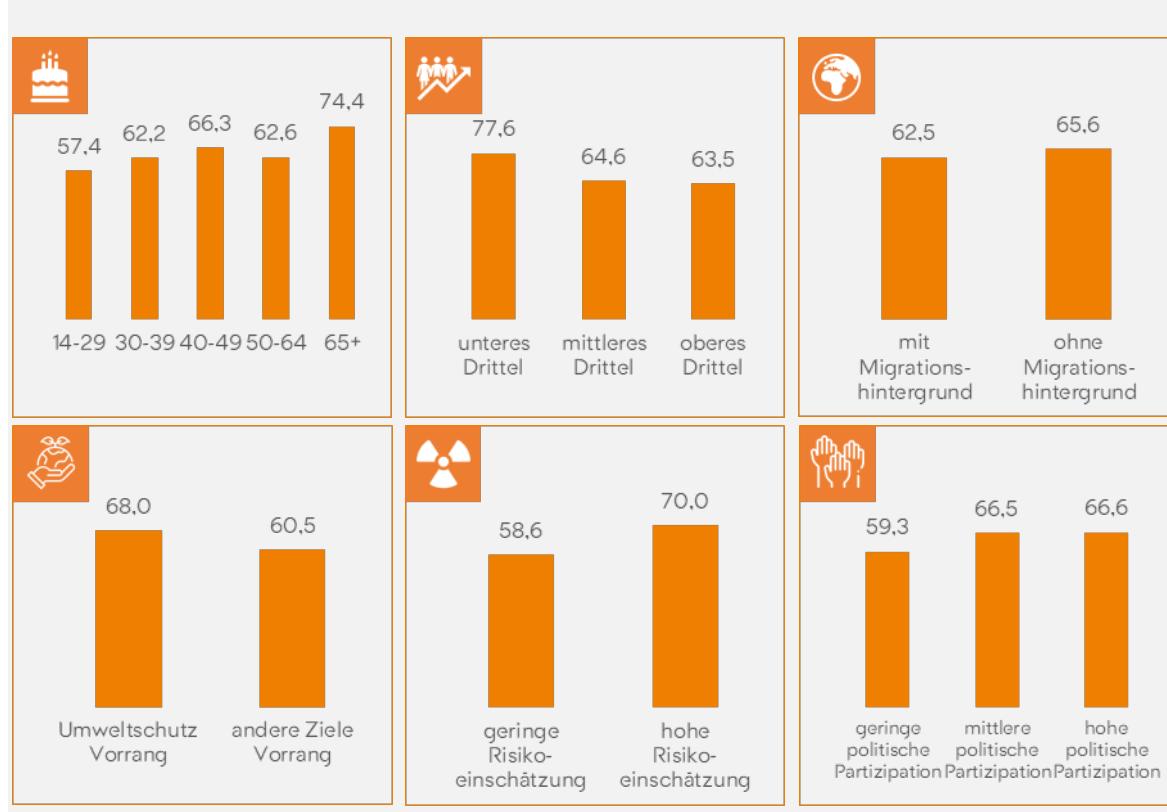
Die folgende Tabelle zeigt die Einstellung zu dieser Frage im Zeitverlauf. In den ersten beiden Erhebungen wurde die Frage etwas anders gestellt. Man konnte ihr entweder nur zustimmen oder nicht. Auch war die Formulierung etwas abweichend (siehe Text unter der Tabelle). Mit diesen Einschränkungen im Hinterkopf ist jedoch ein Vergleich möglich: 2020 und 2022 stimmten der Aussage 51 bzw. 58 Prozent zu. In der aktuellen Erhebung sind es, wenn man die beiden zustimmenden Skalenpunkte zusammenzählt, 65 Prozent. Das ist etwas mehr, angesichts der unterschiedlichen Abfrage interpretieren wir es aber vorsichtig als mindestens stabile Zustimmung zur Notwendigkeit der Bevölkerungsbeteiligung.

	2024	2022	2020
stimme zu	65,0	58,2 ¹⁾	50,5 ¹⁾
jeweils in Prozent aller Befragten 2024: N=3.015, 2022: N=3.000, 2020: N=3.172			
¹⁾ Frageformulierung „Die Beteiligung der Bevölkerung ist eine Voraussetzung, damit die Endlagersuche gelingen kann.“ (trifft zu/trifft nicht zu)			

Die Notwendigkeit einer Bevölkerungsbeteiligung wird überdurchschnittlich stark bei Personen ab dem 65. Lebensjahr gesehen. Hier stimmen 74 Prozent der Aussage eher oder sehr zu. Demgegenüber sind die 14-29-Jährigen nicht ganz so überzeugt davon (57 Prozent). Ein interessanter Effekt zeigt sich beim sozialen Status: Personen, die sich im unteren Drittel der Gesellschaft verorten, halten die Bevölkerungsbeteiligung für besonders wichtig (78 Prozent). Offenbar erachten Sie es als wichtiger ihre Interessen selbst einzubringen als Befragte im mittleren und oberen Drittel – ein Befund, der etwas von der üblichen Bereitschaft zur Bürger*innenbeteiligung abweicht. Ein kleiner Unterschied zeigt sich außerdem mit Blick auf den Migrationshintergrund: Menschen mit einem solchen sehen die Beteiligung etwas seltener als notwendig an als solche ohne (63 zu 66 Prozent).

Unter allen Einstellungen haben vor allem zwei einen Einfluss auf die Bewertung der Notwendigkeit einer Bevölkerungsbeteiligung. Eine davon ist die Frage, ob Umweltschutz immer ein vorrangiges gesellschaftliches Ziel sein sollte. Personen, die diese Frage bejahen, sehen auch etwas häufiger die Notwendigkeit einer Beteiligung an der Endlagersuche als solche, die die Frage verneinen (68 vs. 61 Prozent). Noch entscheidender ist, ob jemand das Risiko eines Endlagers für (eher) hoch oder (eher) niedrig hält. 70 Prozent der Befragten mit hoher Risikoeinschätzung erachten eine Beteiligung als notwendig, bei geringer Risikoeinschätzung sind es nur 59 Prozent. Verknüpft man also mit dem Endlager gewisse Befürchtungen, steigt die Bedeutung der Bevölkerungsbeteiligung. Weniger deutlich (aber auch vorhanden) ist hingegen der Zusammenhang mit der generellen politischen Partizipation. Bei geringer Partizipation betonen 59 Prozent die Notwendigkeit einer Bevölkerungsbeteiligung, bei mittlerer und hoher Partizipation sind es 67 Prozent.

ABBLIDUNG 7.6: ZUSTIMMUNG ZUR NOTWENDIGKEIT VON BÜRGERBETEILIGUNG FÜR DAS GELINGEN DER ENDLAGERSUCHE DIFFERENZIERT

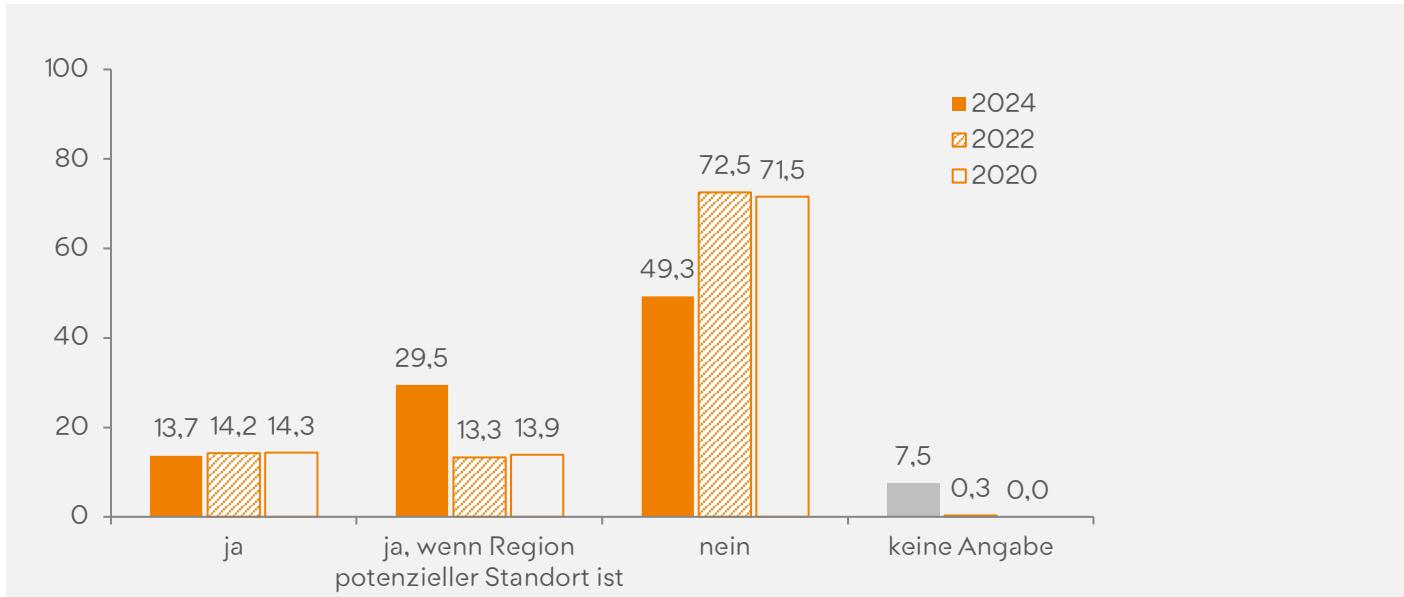


in Prozent aller Befragten der jeweiligen Gruppen | Summe der Skalenpunkte „stimme eher zu“ und „stimme voll und ganz zu“

Abstrakt wird Bevölkerungsbeteiligung also von der Mehrheit der Menschen für wichtig erachtet. Wie sieht es aber mit der konkreten Bereitschaft zur Beteiligung aus? Auf unsere Frage „Haben Sie selbst Interesse daran, sich am Entscheidungsprozess für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle in irgendeiner Form zu beteiligen?“ antworteten in der aktuellen Erhebung 14 Prozent der Befragten mit „ja“. Weitere 30 Prozent würden sich beteiligen, wenn die eigene Region in die Auswahl als potenzieller Standort käme. 49 Prozent haben an einer Beteiligung kein Interesse. Damit ist die Beteiligungsbereitschaft im Vergleich zu den ersten beiden Befragungen deutlich gestiegen – allerdings nur für den Fall, dass die eigene Region in die engere Standortauswahl käme (vgl. Abbildung 7.7). In den Jahren 2020 und 2022 äußerten dafür nur 14 bzw. 13 Prozent ein Beteiligungsinteresse, der Wert hat sich also in 2024 verdoppelt.

Die Neigung zur eigenen Beteiligung hat zum einen viel mit Relevanz zu tun. So besteht ein deutlicher Zusammenhang zwischen der abstrakten Bedeutung von Beteiligung und der eigenen Beteiligungsbereitschaft: Befragte, welche die Beteiligung für das Gelingen der Standortsuche für notwendig halten, würden sich auch zu 53 Prozent selbst beteiligen. Unter denen, die die Bedeutung eher nicht sehen, sind es mit 28 Prozent nur die Hälfte. Auch ein hohes wahrgenommenes Risiko in Bezug auf das Endlager fördert die Beteiligungsbereitschaft. In dieser Gruppe beträgt sie 47 Prozent, bei Befragten mit eher geringer Risikoeinschätzung nur 39 Prozent. Und mit Blick auf das Alter wollen sich diejenigen überdurchschnittlich einbringen, für die das Endlager zu ihren Lebzeiten noch länger relevant sein wird. Zwischen 14 und 39 Jahren liegt die Beteiligungsbereitschaft um die 50 Prozent, danach sinkt sie bis auf 36 Prozent in der ältesten Gruppe ab (vgl. Abbildung 7.8).

ABBILDUNG 7.7: TEILHABEWUNSCH AM ENTSCHEIDUNGSPROZESS FÜR EIN ENDLAGER

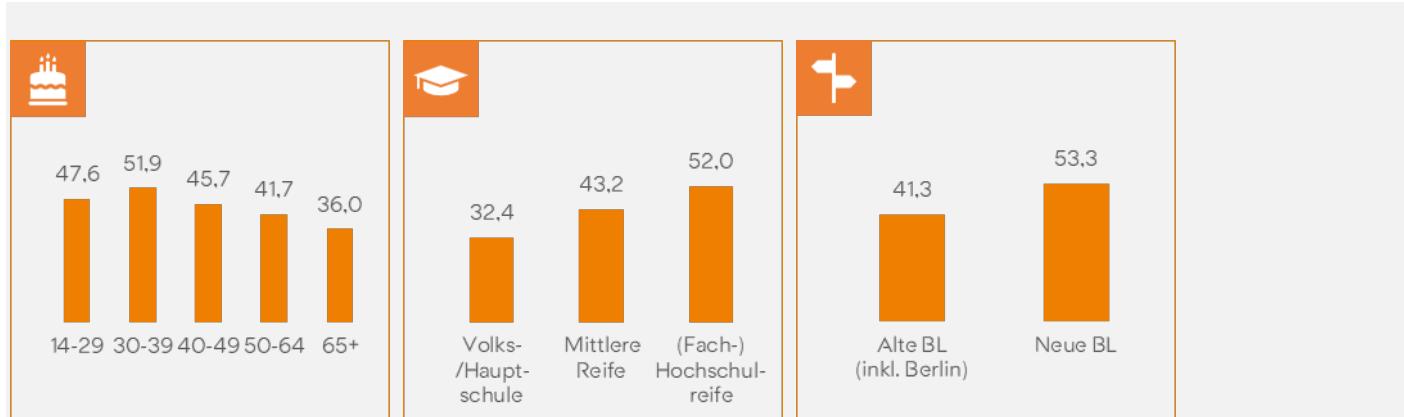


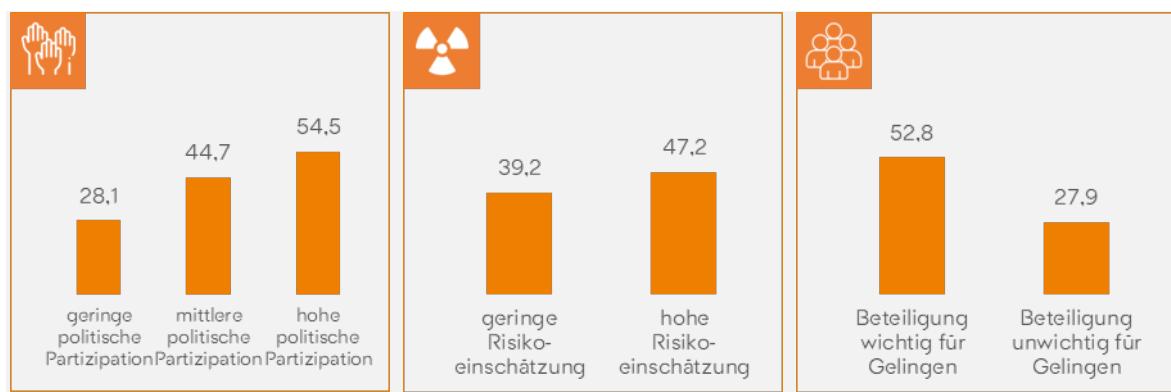
in Prozent aller Befragten | 2024: N=3.015, 2022: N=3.000, 2020: N=3.172 | „keine Angabe“ beinhaltet die Nennungen „weiß nicht“ und „Angabe verweigert“

Fragestellung: Haben Sie selbst Interesse daran, sich am Entscheidungsprozess für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle in irgendeiner Form zu beteiligen?

Darüber hinaus spielen auch grundlegende Einstellungen und demographische Faktoren eine Rolle. So ist eine generell hohe politische Partizipation begünstigend für die Beteiligungsbereitschaft. 55 Prozent in dieser Gruppe wollen sich am Entscheidungsprozess beteiligen, bei geringer politischer Partizipation sind es erneut mit 28 Prozent nur die Hälfte. Außerdem ist die Bereitschaft größer, je höher der eigene Schulabschluss ist. Bei Personen mit (Fach-)Hochschulabschluss beträgt sie 52 Prozent, bei denen mit Volks- oder Hauptschulabschluss nur 32 Prozent. Interessant, weil aus der Partizipationsforschung eher andersherum bekannt: Befragte aus den Neuen Bundesländern geben häufiger an sich beteiligen zu wollen als solche aus den Alten Bundesländern (53 zu 41 Prozent). Die höchste Beteiligungsquote zeigt sich dabei in Thüringen (59 Prozent), die niedrigste in Rheinland-Pfalz (32 Prozent). Ein signifikanter Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in die beteiligten Institutionen und dem Wunsch nach eigener Teilhabe besteht nicht. Ebenfalls keinen Einfluss auf den Teilhabewunsch haben die Einstellung zum Atomausstieg und zur Endlagersuche.

ABBILDUNG 7.8: TEILHABEWUNSCH AM ENTSCHEIDUNGSPROZESS FÜR EIN ENDLAGER DIFFERENZIERT

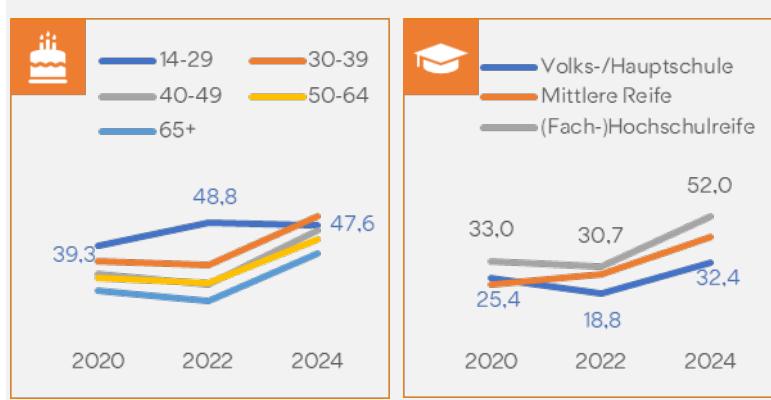




in Prozent aller Befragten der jeweiligen Gruppen | Summe der Skalenpunkte „ja“ und „ja, wenn Region potenzieller Standort ist“

Schaut man sich die Altersgruppen im Zeitverlauf an, so zeigt sich vor allem ein stabil hoher Teilhabewunsch in der Gruppe der 14-29-Jährigen. 2022 lag er bei 49 Prozent, 2024 bei 48 Prozent. Demgegenüber ist er bei allen anderen Altersgruppen seit 2022 deutlich angestiegen, so dass die Unterschiede zwischen der jüngsten und allen anderen Altersgruppen aktuell wesentlich geringer sind als 2022 (vgl. Abbildung 7.9). Bei den Bildungsgruppen ist interessant, dass der Teilhabewunsch vor allem unter Personen mit Volks- oder Hauptschulabschluss von 2020 bis 2022 eher gesunken ist (25 auf 19 Prozent), bevor er – wie bei den anderen Bildungsgruppen auch – 2024 deutlich anstieg (32 Prozent).

ABBILDUNG 7.9: TEILHABEWUNSCH AM ENTSCHEIDUNGSPROZESS FÜR EIN ENDLAGER DIFFERENZIERT IM ZEITVERLAUF

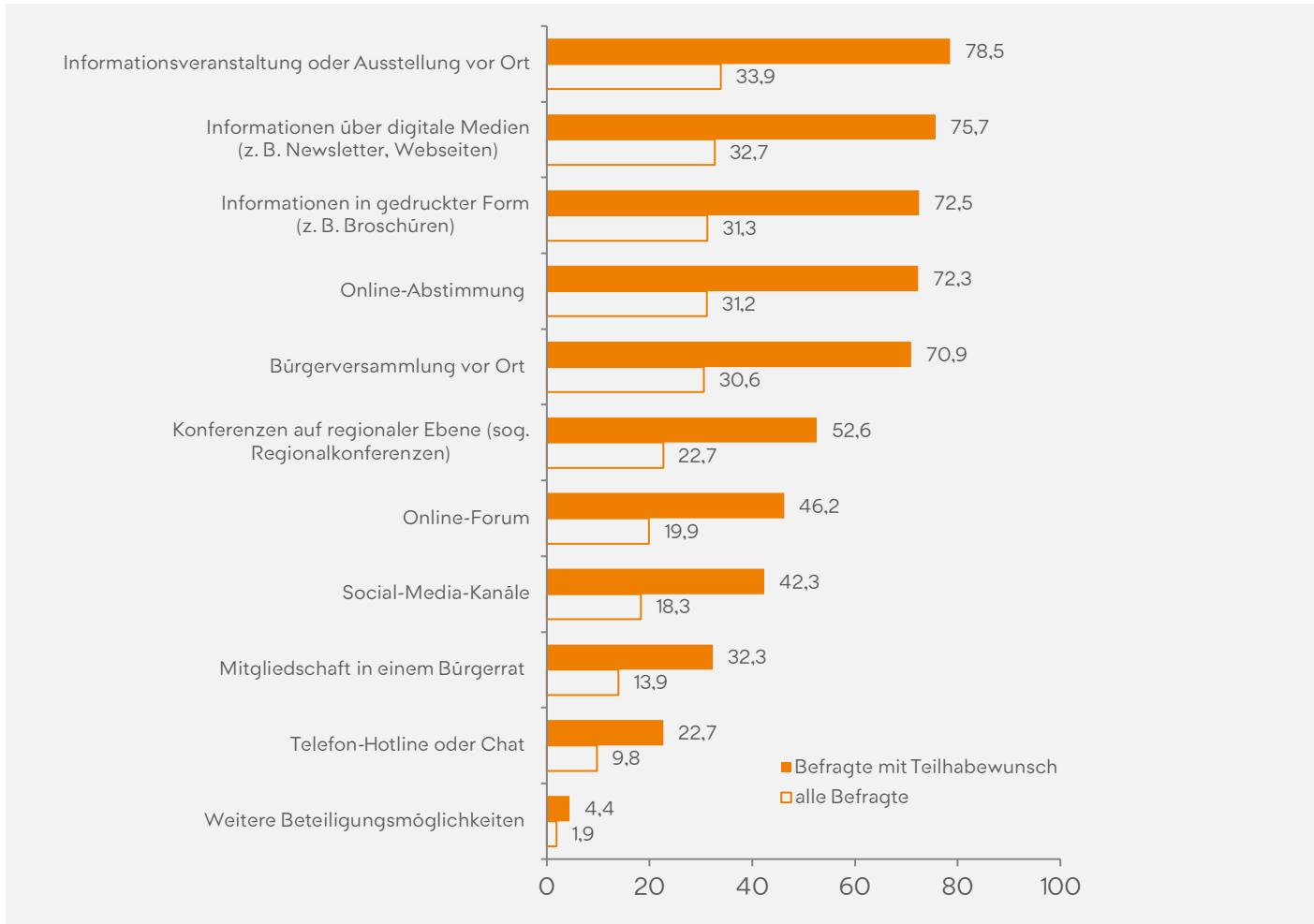


in Prozent aller Befragten der jeweiligen Gruppen | Summe der Skalenpunkte „ja“ und „ja, wenn Region potenzieller Standort ist“

Das Standortsuchverfahren sieht eine Reihe von Möglichkeiten der Bevölkerungsbeteiligung vor. Wenn man nun die Beteiligungswilligen fragt: Welche davon sind attraktiver, welche weniger attraktiv? In der Gesamtsicht zeigt sich, dass fünf der zehn vorgeschlagenen Angebote eine ähnlich hohe Zustimmung erhalten. An der Spitze stehen drei Informationsangebote: Informationsveranstaltungen und Ausstellungen vor Ort würden 79 Prozent der Beteiligungswilligen wahrscheinlich nutzen, digitale Informationen 76 Prozent und gedruckte Informationen 73 Prozent. Die beiden interaktiven Formate, die auf ein ähnlich hohes Interesse stoßen, sind Online-Abstimmungen (72 Prozent) und Bürgerversammlungen vor Ort (71 Prozent). Die gesetzlich vorgesehenen Regionalkonferenzen würden von 53 Prozent der Befragten nach eigenen Angaben wahrscheinlich genutzt. Die geringste Nutzungswahrscheinlichkeit hätten die

Mitgliedschaft in einem Bürger*innenrat mit 32 Prozent und ein(e) Telefon-Hotline/Chat mit 23 Prozent (vgl. Abbildung 7.10, hier sind zusätzlich die Anteile an der Gesamtstichprobe dargestellt).

ABBILDUNG 7.10: GEWÜNSCHTE BETEILIGUNGSFORMATE



jeweils in Prozent aller Befragten der Gruppe | Befragte mit Teilhabewunsch: N=1.302, alle Befragte: N=3.105 | nur „würde ich wahrscheinlich nutzen“-Nennungen abgebildet

Fragestellung: Welche der folgenden Möglichkeiten der Beteiligung bzw. Information würden Sie in diesem Zusammenhang wahrscheinlich nutzen, welche eher nicht?

Auf der Basis aller Befragter können wir Vergleiche zu den Befragungen 2022 und 2020 ziehen. Die folgende Tabelle zeigt, dass die Informationsangebote aktuell mehr als zehn Prozentpunkte häufiger genutzt würden als in den vergangenen Jahren. Gleichermaßen gilt auch für Online-Abstimmungen und Bürgerversammlungen. Bei allen anderen Formaten liegen die Werte aus den drei Befragungen näher beieinander. Daraus ergibt sich auch, dass in der aktuellen Befragung ein stärkeres Präferenzprofil sichtbar ist als 2022 oder 2020, wo die Anteile für die Angebote noch relativ gleich hoch waren.

Organisationen/Personengruppen	2024	2022	2020
Informationsveranstaltung oder Ausstellung vor Ort	33,9	21,8	20,7
Informationen über digitale Medien	32,7	21,2 ¹⁾	20,6 ¹⁾
Informationen in gedruckter Form	31,3		
Online-Abstimmung	31,2	21,2	20,8
Bürgerversammlung vor Ort	30,6	20,2	20,1
Konferenzen auf regionaler Ebene (Regionalkonferenzen)	22,7	16,3	15,7
Online-Forum	19,9	18,4	17,3
Social-Media-Kanäle	18,3	---	---
Mitgliedschaft in einem Bürgerrat	13,9	16,8	14,8
Telefon-Hotline oder Chat	9,8	12,3	12,5

jeweils in Prozent aller Befragten | 2024: N=3.015, 2022: N=3.000, 2020: N=3.172

¹⁾ 2022 und 2020 abgefragt als „regelmäßige schriftliche Informationen (z. B. in Broschüren, Newslettern, online)

Informationsveranstaltungen und Ausstellungen vor Ort erreichen einen Großteil der Bevölkerung zuverlässig. Weniger interessiert an ihnen sind lediglich die 14-29-Jährigen (68 Prozent aller Beteiligungswilligen) und Personen, die sich selbst dem unteren Drittel der Gesellschaft zuordnen (67 Prozent). Überdurchschnittlich gut spricht die jüngere Altersgruppe auf Social-Media-Formate an (65 Prozent). Unter den Informationsangeboten sind gedruckte und digitale weiterhin gut komplementär einsetzbar. Gedruckte Informationen erreichen überdurchschnittlich ältere Personen (ab dem 50. Lebensjahr über 80 Prozent), digitale eher die jüngeren (14 bis 49 Jahre um die 80 Prozent). Personen mit Migrationshintergrund würden gedruckte Angebote eher unterdurchschnittlich nutzen (66 Prozent), digitale Informationen funktionieren hier besser. Besonders gut sind sie nach eigener Auskunft über Social-Media-Kanäle zu erreichen (53 Prozent).

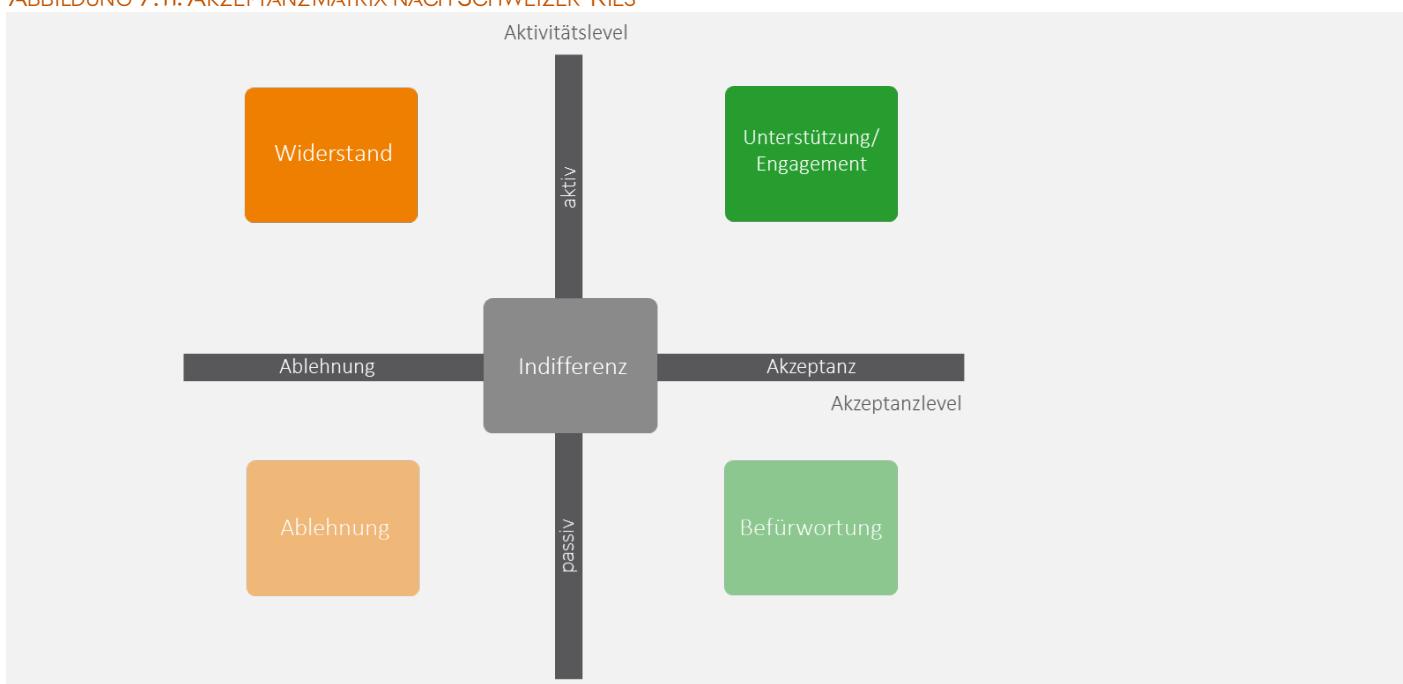
Für Präsenzveranstaltungen interessieren sich eher Männer als Frauen und eher ältere Personen. So planen eine Teilnahme an Regionalkonferenzen mehr Männer als Frauen (58 zu 48 Prozent aller Beteiligungswilligen), eher ältere Personen (58 Prozent der 50-64-Jährigen) und eher Personen, die sich dem oberen Drittel der Gesellschaft zuordnen (62 Prozent). An Bürger*innenversammlungen besteht das größte Interesse bei Personen ab dem 50. Lebensjahr (um die 80 Prozent). An einem Bürger*innenrat würden 38 Prozent der Männer und 44 Prozent der Befragten aus dem oberen Drittel der Gesellschaft teilnehmen, dagegen nur 27 Prozent der Frauen und 23 Prozent der Befragten aus dem unteren Drittel. Personen, die mit dem Endlager ein eher hohes Risiko verbinden, nehmen tendenziell wahrscheinlicher an Präsenzveranstaltungen teil. Am deutlichsten wird dies bei den Bürgerräten, hier geben 36 Prozent an, wahrscheinlich teilnehmen zu wollen (niedriges Risiko: 27 Prozent).

7.2 Akzeptanz eines potenziellen Endlagerstandorts

Der Standortsuchprozess ist ein mehrstufiges Verfahren, dessen Endergebnis noch viele Jahrzehnte in der Ferne liegt. Akzeptanz kann sich deshalb momentan weniger auf dieses Endergebnis ausbilden, sondern eher auf den Prozess und mögliche Teilergebnisse. Die Prozessakzeptanz haben wir über das Vertrauen in die beteiligten Institutionen und das Vertretungsgefühl erhoben. Ein bevorstehendes Teilergebnis ist der für 2027 angekündigte Vorschlag der BGE für die Standortregionen für die obertägige Erkundung.

Die Akzeptanz für dieses bevorstehende Teilergebnis messen wir – wie schon in den ersten beiden Erhebungen – mit Hilfe der „Akzeptanz-Matrix“ von SCHWEIZER-RIES (2011). Diese zeigt auf, wie aktiv sich die Bevölkerung für oder gegen die Einbeziehung ihres Wohnortes in die weitere Endlagersuche einsetzt. Zur Auswahl der Akzeptanz-Matrix für die EWident-Befragungen siehe auch GÖTTE/LUDEWIG (2020, 7ff). Die Matrix besteht aus den zwei Dimensionen des Akzeptanzlevels und des Aktivitätslevels (vgl. Abbildung 7.11). Diese grenzen fünf Bereiche voneinander ab: Aus Sicht des Modells ist die größtmögliche Kongruenz zwischen Bevölkerung und Akzeptanzobjekt erreicht, wenn ein Individuum oder eine Gruppe von Akteuren das Akzeptanzobjekt sowohl akzeptiert als auch aktiv unterstützt. Diesen Sektor der aktiven Akzeptanz bezeichnen die Autor*innen als „Unterstützung/Engagement“. Akzeptanz ohne größere Aktivitäten ist danach „Befürwortung“. Auf der anderen Seite können Individuen dem Akzeptanzobjekt eher ablehnend gegenüber stehen, jedoch keine Aktivität zeigen. Sie befinden sich dann den Autor*innen zufolge im Zustand der „Ablehnung“. Entwickeln sie Aktivitäten, gelangen sie in den Zustand des „Widerstands“. Nicht immer entwickeln Individuen eine eindeutige Position zu einem Akzeptanzobjekt. Dann verhalten sie sich „indifferent“.

ABBILDUNG 7.11: AKZEPTANZMATRIX NACH SCHWEIZER-RIES



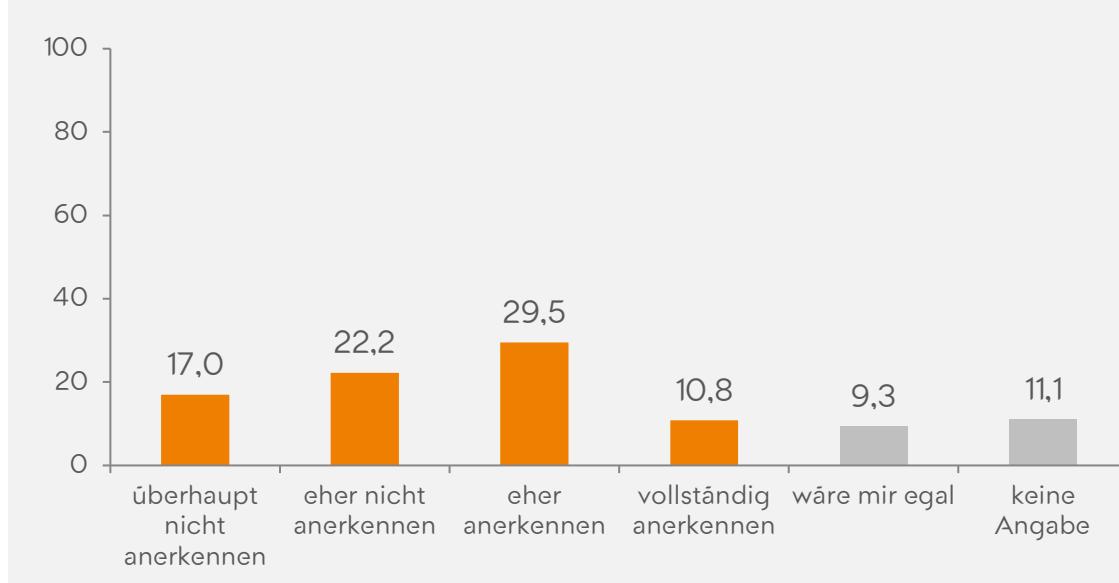
(eigene Darstellung nach Schweizer-Ries 2011, S. 11)

Die Fragen zur Erstellung dieser Akzeptanzmatrix haben wir in der aktuellen Erhebung gegenüber den ersten beiden Wellen geändert, um eine präzisere Zuordnung zu den vier Feldern der Matrix zu ermöglichen. Wir haben nun zuerst danach gefragt, wie stark die Befragten die Entscheidung

anerkennen oder nicht anerkennen würden, dass ihre Region zu einer potenziellen Standortregion erklärt würde. Damit bilden wir das Akzeptanzlevel der Matrix ab. Für das Aktivitätslevel sollten die Befragten angeben, zu welchen konkreten Aktionen ihre Einstellung zu dieser Entscheidung ggf. führen würde.

Das Ergebnis für das Akzeptanzlevel zeigt die Abbildung 7.12: 40 Prozent der Befragten würden die Entscheidung, dass die eigene Region eine Standortregion wird, eher oder vollständig anerkennen, fast genauso viele eher nicht oder überhaupt nicht. 9 Prozent wäre es egal, 11 Prozent können oder wollen sich nicht dazu äußern.

ABBILDUNG 7.12: ANERKENNUNG DER EIGENEN REGION ALS STANDORTREGION

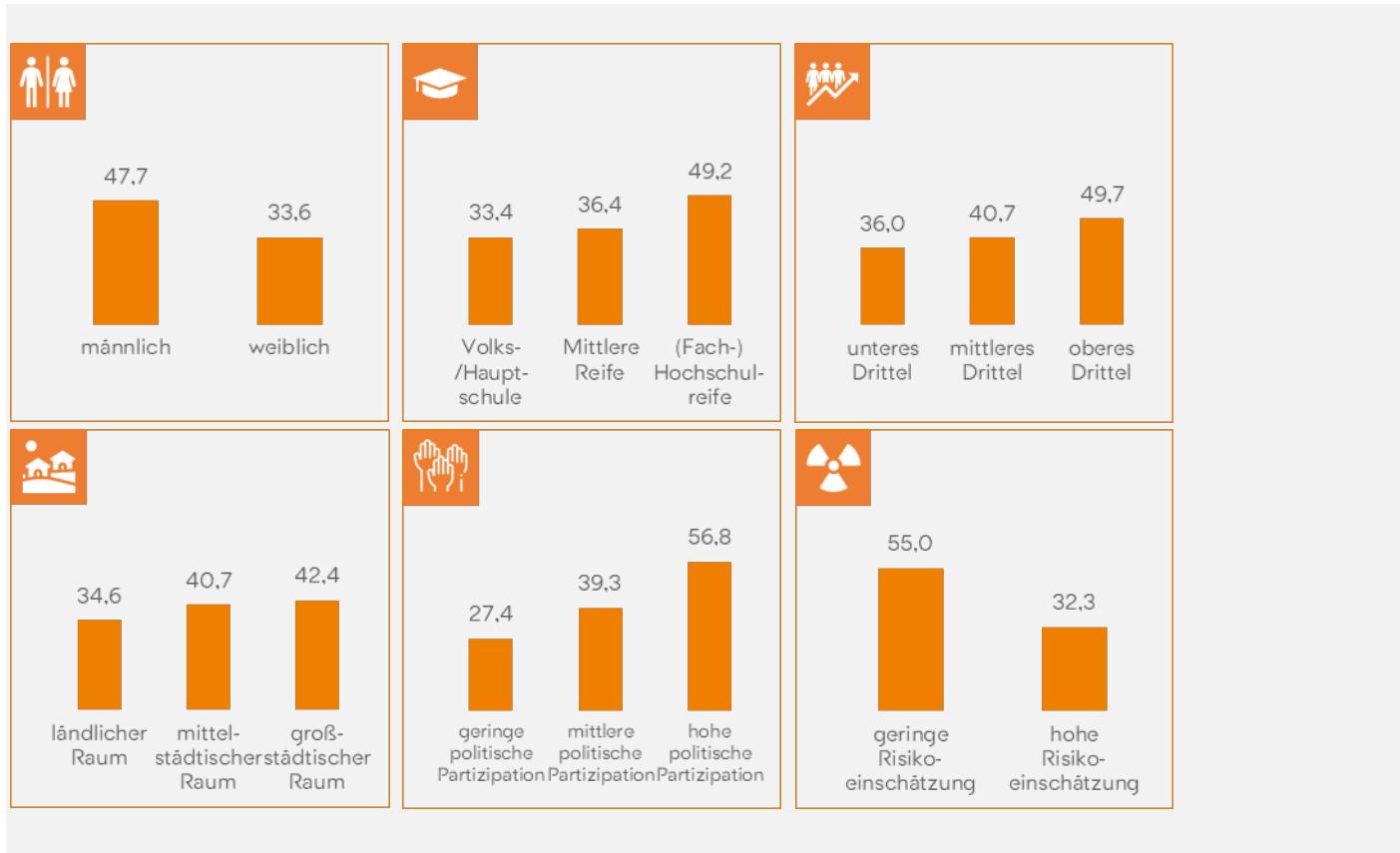


in Prozent aller Befragten | 2024: N=3.015 | „keine Angabe“ beinhaltet die Nennungen „weiß nicht“ und „Angabe verweigert“
Fragestellung: Zurzeit kommen noch große Teile Deutschlands als potentieller Endlagerstandort in Frage. Der nächste Schritt des Auswahlprozesses ist, dass auf Basis wissenschaftlicher Kriterien ca. 6 bis 8 Regionen als sogenannte Standortregionen ausgewählt werden sollen. Diese sollen genauer analysiert werden, um die Standortauswahl noch weiter eingrenzen zu können. Wie würden Sie es finden, wenn Ihr Wohnort in einer dieser Standortregionen liegen würde?

Deutlich über dem Durchschnitt liegt die Akzeptanz der eigenen Region als Standortregion bei Männern (48 Prozent), bei Personen mit (Fach-)Hochschulreife (49 Prozent) und bei solchen, die sich im oberen Drittel der Gesellschaft verorten (50 Prozent). Bei Frauen, bei Personen mit Volk- oder Hauptschulabschluss sowie im unteren Drittel der Gesellschaft würde hingegen nur rund ein Drittel der Befragten eine solche Entscheidung akzeptieren. Die Akzeptanz steigt außerdem mit dem Urbanitätsgrad: Im ländlichen Raum liegt sie bei 35 Prozent, im mittelstädtischen (41 Prozent) und großstädtischen (42 Prozent) etwas darüber.

Ein noch stärkerer Einflussfaktor ist aber nachvollziehbar die Höhe des wahrgenommenen Risikos eines Endlagers. Wird es als eher gering eingeschätzt, liegt die Akzeptanz bei 55 Prozent, bei hoher Risikoeinschätzung nur bei 32 Prozent. Außerdem hilft es für die Akzeptanz, technik-optimistisch zu sein (44 Prozent zu 33 Prozent bei nicht technik-optimistischen Befragten). Und: Ein sehr deutlicher Zusammenhang besteht zur allgemeinen politischen Partizipation. Ist diese niedrig, würden nur 27 Prozent der Befragten ihre Region als Standortregion akzeptieren. Bei hoher politischer Partizipation ist der Anteil mit 57 Prozent doppelt so hoch.

ABILDUNG 7.13: ANERKENNUNG DER EIGENEN REGION ALS STANDORTREGION DIFFERENZIERT



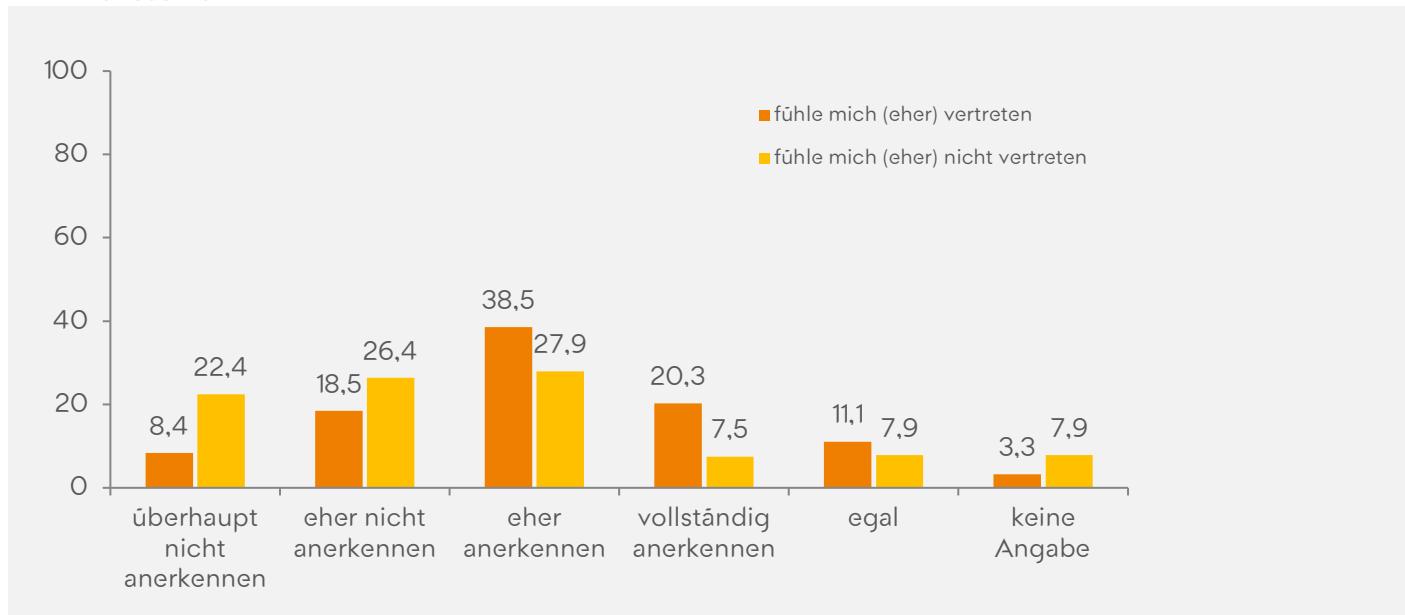
in Prozent aller Befragten der jeweiligen Gruppen | Summe der Skalenpunkte „eher anerkennen“ und „vollständig anerkennen“

Über diese Prädiktoren hinaus haben wir im Zwischenbericht zum aktuellen Stand der Forschung die folgende Hypothese zum Zusammenhang zwischen Vertretungsgefühl und Akzeptanz als Standortregion formuliert:

H5: Je stärker die Befragten sich und ihre Interessen im Rahmen des Standortauswahlverfahrens vertreten fühlen, desto eher sind sie bereit zu akzeptieren, wenn ihre Region als Standortregion ausgewählt werden würde.

Die bivariate Korrelation zwischen beiden intervallskalierten Variablen bestätigt die Hypothese. Der Korrelationsfaktor beträgt 0,385 und ist auf dem 99-Prozent-Niveau signifikant. Abbildung 7.14 zeigt den Zusammenhang gut: 20 Prozent der Befragten, die ihre Interessen vertreten fühlen, würden eine Auswahl ihrer Region als Standortregion vollständig anerkennen. Bei denjenigen, die sich aktuell nicht vertreten fühlen, sind das mit 8 Prozent nicht einmal die Hälfte. Spiegelbildlich würden hier 22 Prozent die Entscheidung überhaupt nicht anerkennen, bei den gut Vertretenen nur 8 Prozent.

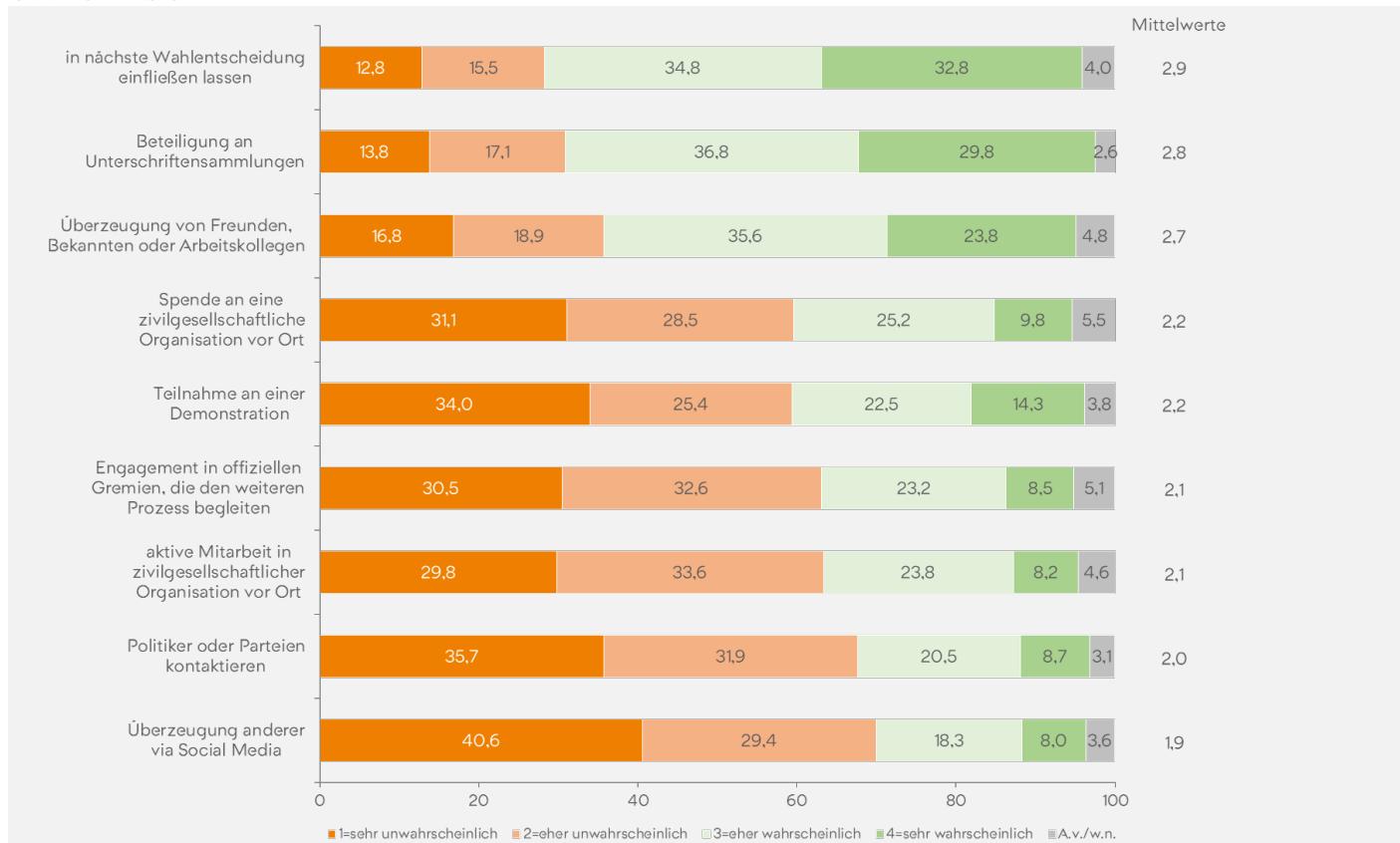
ABILDUNG 7.14: ANERKENNUNG DER EIGENEN REGION ALS STANDORTREGION DIFFERENZIERT NACH VERTRETUNGSGEFÜHL



jeweils in Prozent aller Befragten der jeweiligen Gruppe | fühle mich (eher) vertreten N=790, fühle mich (eher) nicht vertreten N=1.614 | „keine Angabe“ beinhaltet die Nennungen „weiß nicht“ und „Angabe verweigert“

Zur Bestimmung des Aktivitätslevels stellten wir den Befragten die neun Möglichkeiten politischen Engagements zur Auswahl, mit der wir bereits die allgemeine politische Aktivität gemessen haben. Die mit Abstand am häufigsten gewählten Aktionsformen sind der Einfluss in die nächste Wahlentscheidung (68 Prozent sehr oder eher wahrscheinlich), die Beteiligung an Unterschriftensammlungen (67 Prozent) und die Überzeugung von Freund*innen, Bekannten und Arbeitskolleg*innen vom eigenen Standpunkt in Gesprächen (59 Prozent). Danach folgen auf etwa gleichem Level Spenden an zivilgesellschaftliche Organisationen vor Ort, Demonstrationsteilnahmen sowie ein Engagement in zivilgesellschaftlichen Organisationen oder offiziellen Gremien (jeweils ca. ein Drittel der Befragten). Am wenigsten wurden das Kontaktieren von politischem Personal (29 Prozent) und die Überzeugung anderer via Social Media genannt (26 Prozent, vgl. Abbildung 7.15).

ABILDUNG 7.15: WAHRSCHEINLICHKEIT VERSCHIEDENER HANDLUNGEN BEI DER AUSWAHL DER EIGENEN REGION ALS STANDORTREGION



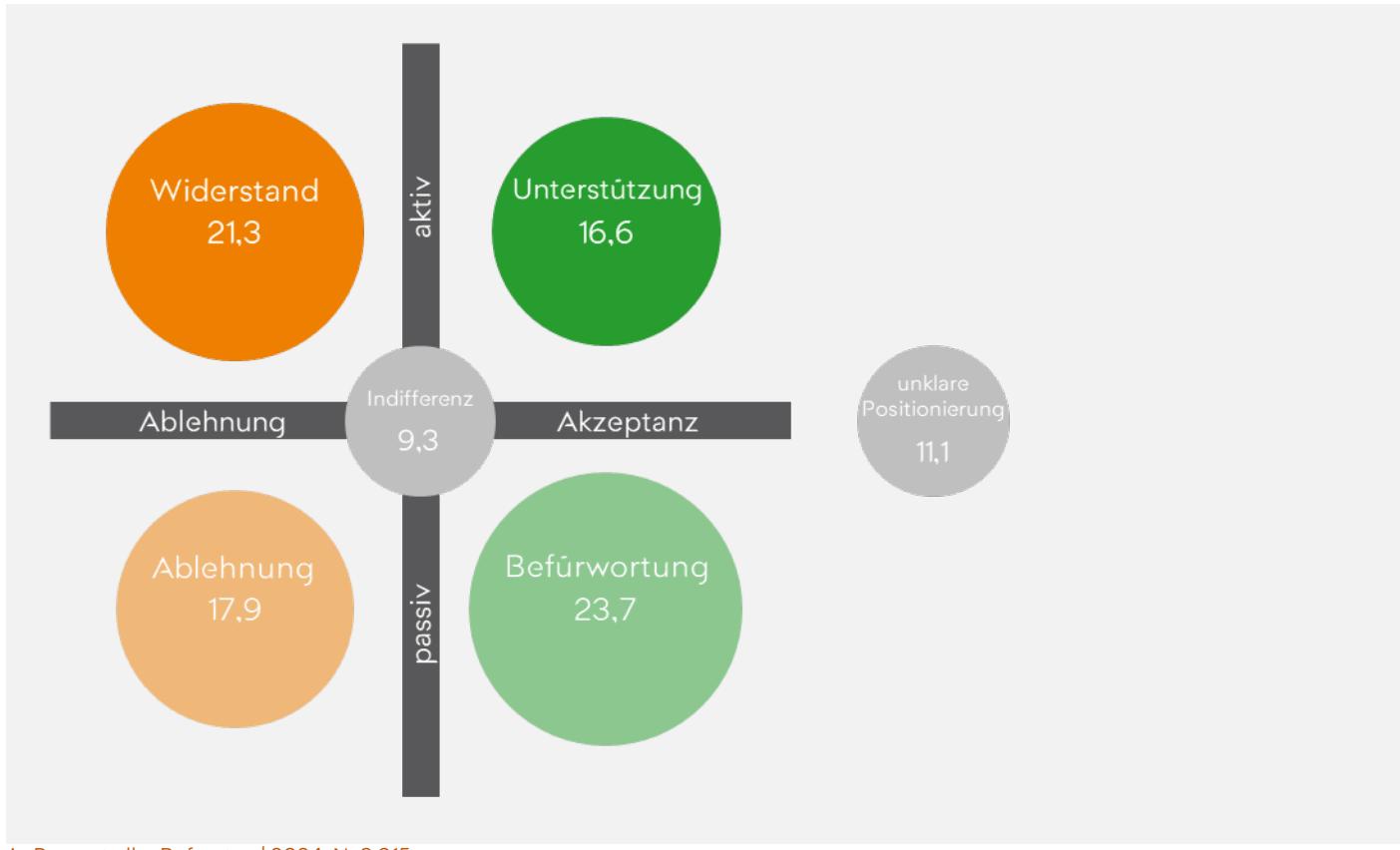
in Prozent aller Befragten | 2024: N=3.015

Fragestellung: Jetzt soll es um einige Handlungen gehen, die als Reaktion auf die Auswahl der eigenen Region als eine der ca. 6 bis 8 Standortregionen für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle denkbar wären. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Handlungen, wie wahrscheinlich sie diese ausüben würden, um Ihre Meinung über die Entscheidung zu äußern.

Die Akzeptanzmatrix haben wir aus den diesen beiden Fragen wie folgt gebildet: Auf dem Akzeptanzlevel haben wir die Ausprägungen „eher anerkennen“ und „vollständig anerkennen“ auf die Seite der Akzeptanz codiert, die Ausprägungen „eher nicht anerkennen“ und „überhaupt nicht anerkennen“ auf die Seite der Ablehnung. Die Antwort „wäre mir egal“ bezeichnet eine indifferente Positionierung. „Angabe verweigert“ und „weiß nicht“ eine unklare Positionierung. Bei den Aussagen zum Aktivitätslevel haben wir nur eine Aktivität postuliert, wenn mit „sehr wahrscheinlich“ geantwortet wurde. Das liegt darin begründet, dass zukünftiges Verhalten eher overreported wird. Bei der Antwort „eher wahrscheinlich“ können wir also nicht mit für uns ausreichender Sicherheit davon ausgehen, dass die Handlung tatsächlich ausgeführt wird. Wenn mindestens eine der Handlungen mit „sehr wahrscheinlich“ angegeben wurde, dann haben wir den Fall auf dem Aktivitätslevel als „aktiv“ codiert, ansonsten als „passiv“. Das Item „in die nächste Wahlentscheidung einfließen lassen“ wurde dabei nicht berücksichtigt, da es keine aktive Handlung im engeren Sinne darstellt. Die vier Sektoren der Matrix haben wir wie folgt benannt: Befinden sich Befragte auf der Akzeptanzseite und sind aktiv, bezeichnen wir dies als „Unterstützung“, eine nicht-aktive Akzeptanz als „Befürwortung“. Befragte, die den Sachverhalt nicht akzeptieren und aktiv sind, bezeichnen wir als „Widerstand“, sind sie nicht aktiv als „Ablehnung“. Ist den Befragten der Sachverhalt egal, erhalten sie den Status „Indifferenz“. Haben sie uns keine ausreichenden Antworten auf die Fragen gegeben, codieren wir das als „unklare Positionierung“.

Im Ergebnis entsteht so die in Abbildung 7.16 zu sehende Akzeptanzmatrix. Der größte Anteil der Befragten entfällt mit 24 Prozent auf den Sektor „Befürwortung“, 21 Prozent der Befragten befinden sich im Sektor „Widerstand“. „Ablehnung“ mit 18 Prozent und „Unterstützung“ mit 17 Prozent liegen ungefähr gleichauf. Deutlich zu erkennen ist: Personen, die der Auswahl der eigenen Region als Standortregion skeptisch gegenüber stehen, würden insgesamt aktiver werden als solche, welche die Entscheidung akzeptieren würden. Dies zeigt auch der direkte Vergleich: Zwischen dem Anteil der aktiven Personen in der ablehnenden Gruppe (54 Prozent) und dem in der akzeptierenden Gruppe (41 Prozent) besteht ein signifikanter Unterschied.

ABBILDUNG 7.16: AKZEPTANZMATRIX ZUR AUSWAHL DER EIGENEN REGION ALS STANDORTREGION



Die Zuordnung zu den Sektoren differiert nach Geschlecht und höchstem Schulabschluss. So befindet sich der größte Anteil männlicher Befragter im Sektor „Befürwortung“ (29 Prozent), die relative Mehrheit der Frauen dagegen im Sektor „Widerstand“ (26 Prozent). Letztere haben also nicht nur eine kritischere Einstellung zur Auswahl ihrer Region als Standortregion, sie würden auch aktiver dagegen in Aktion treten als Männer. Personen mit Volks- oder Hauptschulabschluss können seltener einem Sektor zugeordnet werden als solche mit (Fach-)Hochschulabschluss (25 zu 17 Prozent indifferent/unklar). Letztere sind von allen Schulabschlüssen diejenigen, die die Auswahl der eigenen Region als Standortregion am häufigsten aktiv unterstützen würden (23 Prozent, dagegen nur 11 Prozent der Personen mit Volks-/Hauptschulabschluss). Widerstand dagegen würde überdurchschnittlich häufig von Personen mit Mittlerer Reife kommen (25 Prozent). Und auch der Urbanitätsgrad spielt eine kleine Rolle: Im ländlichen Raum befinden sich mit 24 Prozent die meisten Befragten (wenn auch knapp) im Sektor „Widerstand“. Nur 13 Prozent würden hier die Entscheidung aktiv unterstützen. Im großstädtischen Raum hingegen ist der Sektor „Befürwortung“ mit 26 Prozent am stärksten besetzt.

Auch die grundlegende Einstellung zu Technologien wirkt sich stark auf die Einordnung in die Akzeptanzmatrix aus – vor allem, wenn sie eher skeptisch ausfällt. Nicht technik-optimistische Befragte befinden sich weit überdurchschnittlich im Sektor „Widerstand“ (30 Prozent), auch im Sektor „Ablehnung“ sind sie überrepräsentiert (22 Prozent). Einen ähnlichen Effekt hat nachvollziehbar die Risikoeinschätzung in Bezug auf ein Endlager. Von denen, die ein hohes Risiko sehen, befinden sich 29 Prozent im Sektor „Widerstand“, das ist ein dreimal so hoher Anteil wie bei denjenigen, die das Risiko für gering halten. Diese wiederum befinden sich weit überdurchschnittlich im Sektor „Befürwortung“. Hier zeigt sich also, dass in Bezug auf die Risiken des Endlagers skeptische Personen sich nach eigenen Angaben deutlich aktiver gegen die Auswahl als Standortregion einsetzen würden als nicht-skeptische Personen dafür. Im Sektor „Unterstützung“ befinden sich schließlich weit überdurchschnittlich viele Personen mit hoher politischer Partizipation (32 Prozent im Vergleich zu 15 Prozent Anteil bei mittlerer und 7 Prozent Anteil bei geringer Partizipation).

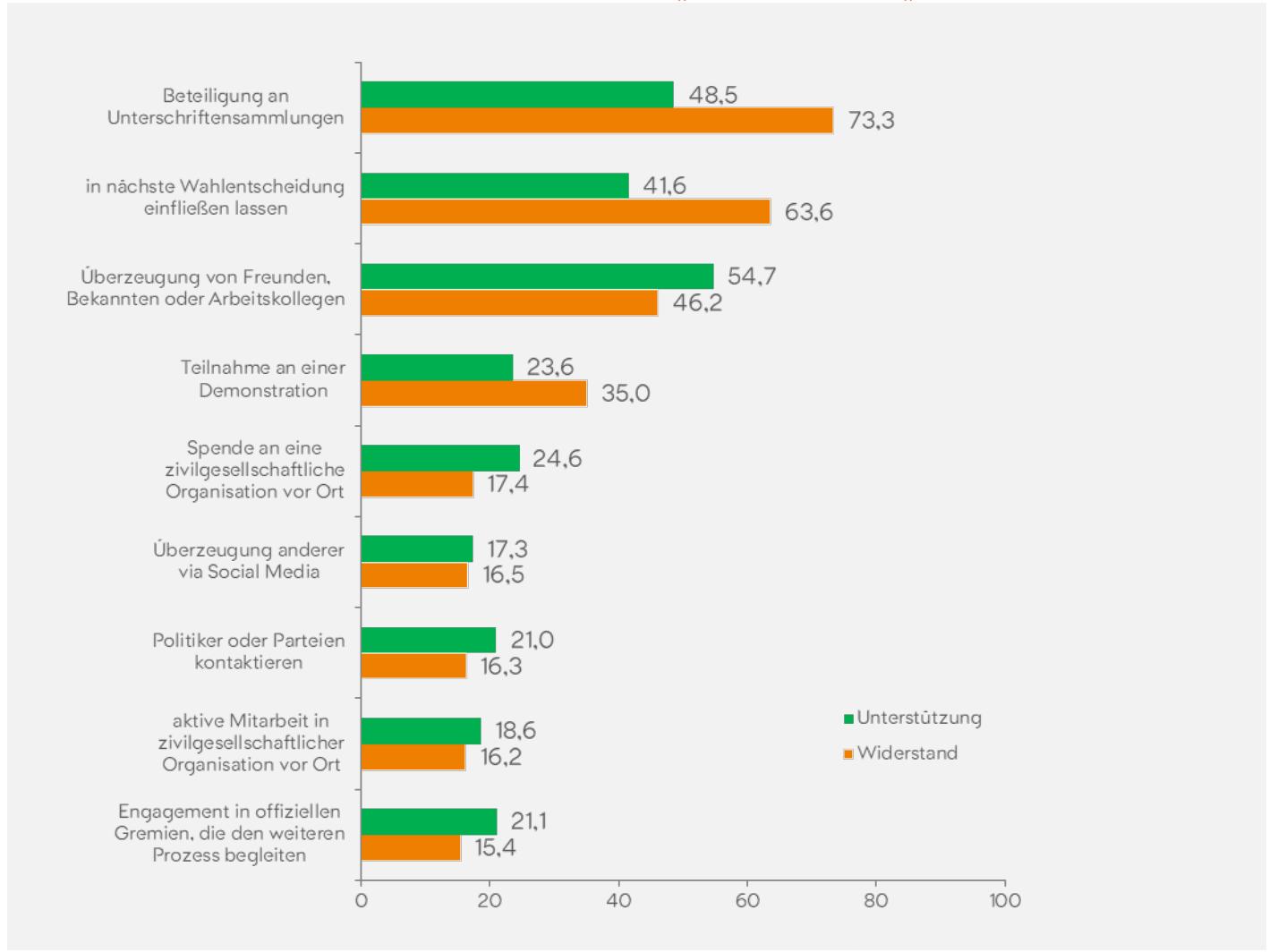
	Widerstand	Ablehnung	Befürwortung	Unterstützung	indifferent / unklar
Geschlecht					
männlich	15,9	15,1	29,4	18,3	21,4
weiblich	26,4	20,7	18,5	15,1	19,3
Schulabschluss					
Volks-/Hauptschule	19,0	22,5	21,5	11,9	25,1
Mittlere Reife	25,1	19,1	21,8	14,5	19,4
(Fach-)Hochschulreife	20,9	13,2	26,6	22,6	16,7
Urbanitätsgrad					
ländlicher Raum	23,6	20,2	21,6	13,1	21,5
mittelstädtischer Raum	22,2	17,5	21,2	19,5	19,6
großstädtischer Raum	20,2	16,8	25,8	16,6	20,7
Technik-Optimismus					
technik-optimistisch	18,7	17,0	26,2	18,1	20,0
nicht technik-optimistisch	30,3	22,3	18,7	14,2	14,4
Politische Partizipation					
gering	11,9	23,3	20,4	7,0	37,3
mittel	24,4	18,6	24,6	14,7	17,6
hoch	22,1	10,1	24,6	32,1	11,0
Risiken eines Endlagers					
geringe Risikoeinschätzung	10,4	11,9	35,8	19,3	22,6
hohe Risikoeinschätzung	29,3	22,1	16,5	15,8	16,3

jeweils in Prozent aller Befragten der jeweiligen demographischen Gruppe

Und welche Aktionen sind bei denjenigen zu erwarten, die wir als „aktiv“ identifiziert haben? Abbildung 7.17 zeigt, dass sich diese zwischen den Sektoren „Widerstand“ und „Unterstützung“ in einigen Punkten unterscheiden. Befragte aus dem Sektor „Widerstand“ würden sich vor allem an Unterschriftensammlungen beteiligen (73 Prozent) und ihre Position in ihre nächste Wahlentscheidung einfließen lassen (64 Prozent). Hier unterscheiden sie sich deutlich von den Befragten aus dem Sektor „Unterstützung“. Diese wiederum geben am häufigsten an, Freund*innen, Bekannte oder Arbeitskolleg*innen von ihrer Position überzeugen zu wollen (55 Prozent), auf Rang

2 und 3 folgen dann Unterschriftensammlungen und die Wahlentscheidung. An einer Demonstration teilnehmen würden 35 Prozent aus dem Sektor „Widerstand“ und nur 24 Prozent aus dem Sektor „Unterstützung“. Letztere wiederum würden überdurchschnittlich häufig an zivilgesellschaftliche Organisationen vor Ort spenden (25 Prozent) und in Gremien mitarbeiten, die den weiteren Prozess begleiten (21 Prozent).

ABBILDUNG 7.17: SEHR WAHRSCHEINLICHE AKTIONEN IN DEN SEKTOREN „UNTERSTÜTZUNG“ UND „WIDERSTAND“

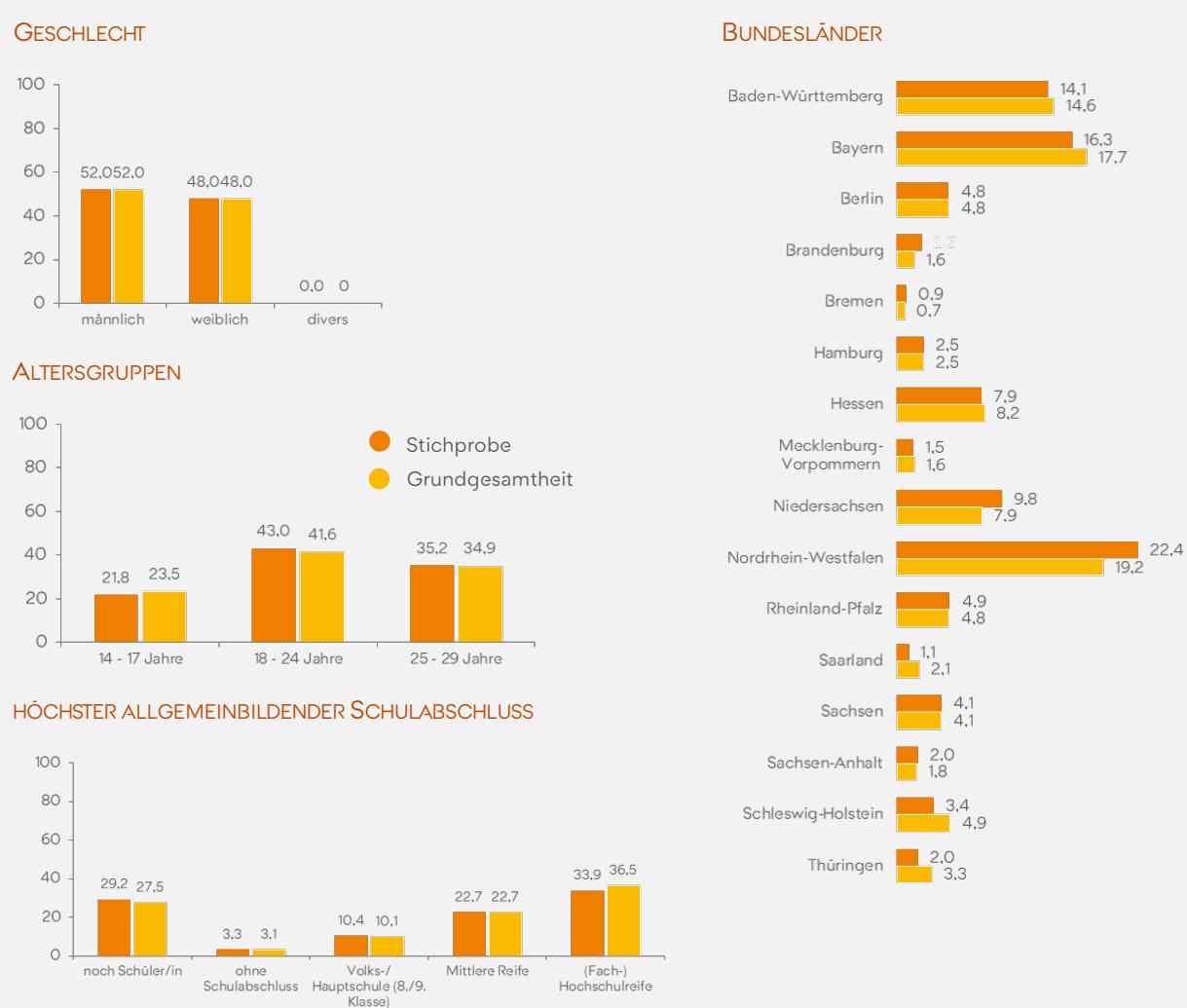


8

Ergebnisse bei den 14- bis 29-Jährigen

Je jünger die Befragten sind, desto länger haben sie potenziell mit den Auswirkungen der Entscheidung für den Endlager-Standort umzugehen. Deshalb wurde – wie auch in den ersten beiden Befragungen – ein Schwerpunkt auf die Gruppe der 14- bis 29-Jährigen gelegt. In der bevölkerungsrepräsentativen Mixed-Mode-Befragung konnten wir bereits N=319 Personen aus dieser Altersgruppe befragen (N=107 per Telefon und N=212 online). Diese Fallzahl wurde über eine zusätzliche Online-Stichprobe von N=500 Personen zwischen 14 und 29 Jahren verstärkt, so dass die auswertbare Fallzahl in dieser Altersgruppe N=819 beträgt. Die Struktur der Stichprobe ist repräsentativ für die deutsche Wohnbevölkerung zwischen 14 und 29 Jahren. In Abbildung 8.1 sind ihre wesentlichen Strukturparameter dargestellt.

ABBILDUNG 8.1: DEMOGRAPHISCHE STRUKTUR DER JUGENDSTICHPROBE

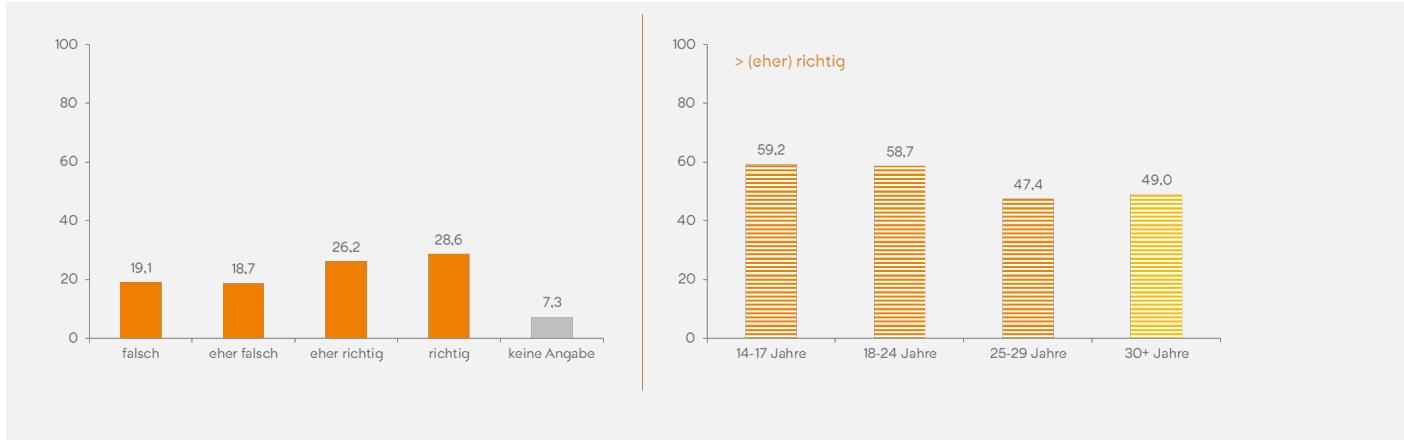


in Prozent aller Befragten zwischen 14 und 29 Jahren | N=819

8.1 Einstellungen zur Endlagersuche

Bevor wir Fragen zur Endlagersuche stellten, wollten wir zunächst wissen, ob die Befragten den Atomausstieg Deutschlands für eine richtige oder falsche Entscheidung halten. In der Gesamtstichprobe hält sie rund die Hälfte der Befragten für (eher) richtig. Bei den 14-29-Jährigen sind es mit 55 Prozent ein paar Prozentpunkte mehr. Wo die Zustimmung besonders hoch ist, zeigt Abbildung 8.2 auf der rechten Seite: Im Altersbereich von 14 bis 24 Jahren liegt sie klar über der Hälfte, anschließend sinkt sie knapp unter die Hälfte und liegt damit auf dem Niveau der Befragten ab dem 30. Lebensjahr. Diese Trennlinie war auch schon in der letzten Befragungswelle zu beobachten.

ABBILDUNG 8.2: EINSTELLUNG ZUM ATOMAUSSTIEG IN DER JUGENDSTICHPROBE

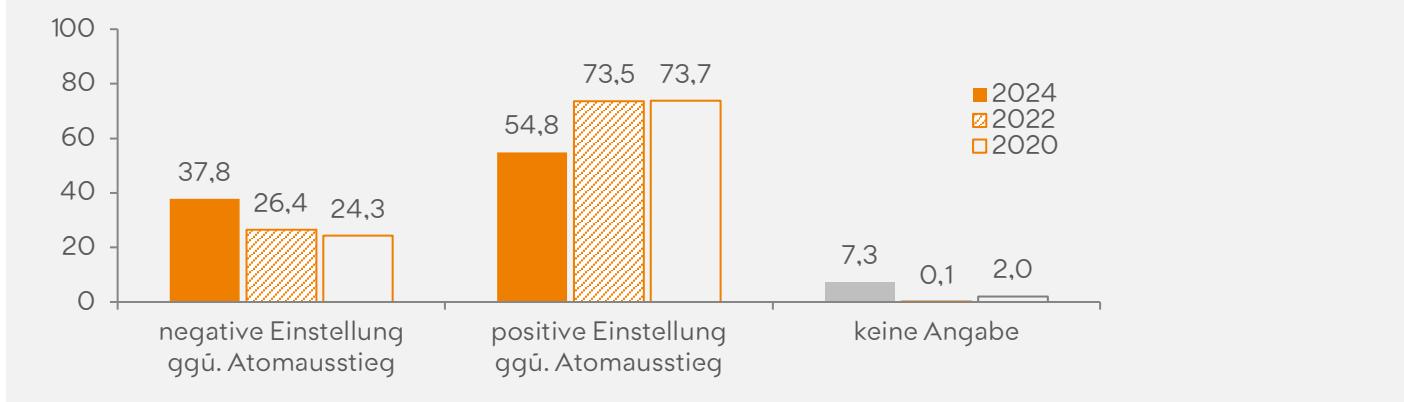


linker Seite: in Prozent aller Befragten zwischen 14 und 29 Jahren | N=819 | „keine Angabe“ beinhaltet die Nennungen „weiß nicht“ und „Angabe verweigert“ | rechte Seite: Summe aus „eher richtig“ und „richtig“ | 14-17 Jahre: N=192, 18-24 Jahre: N=341, 25-29 Jahre: N=286, 30+ Jahre: N=2.154

Fragestellung: Im Jahr 2023 wurden die letzten laufenden Atomkraftwerke in Deutschland abgeschaltet. Finden Sie, der Atomausstieg Deutschlands ist eine grundsätzlich richtige oder eine grundsätzlich falsche Entscheidung?

Wie auch in der Gesamtbevölkerung ist die Einstellung zum Atomausstieg bei den 14- bis 29-Jährigen seit den letzten Befragungen deutlich gesunken. Standen ihm 2020 und 2022 noch knapp drei Viertel der Befragten positiv gegenüber, sind es 2024 nur noch 55 Prozent (vgl. Abbildung 8.3). Die Ablehnung stieg von gut einem Viertel der Befragten in 2022 auf 38 Prozent.

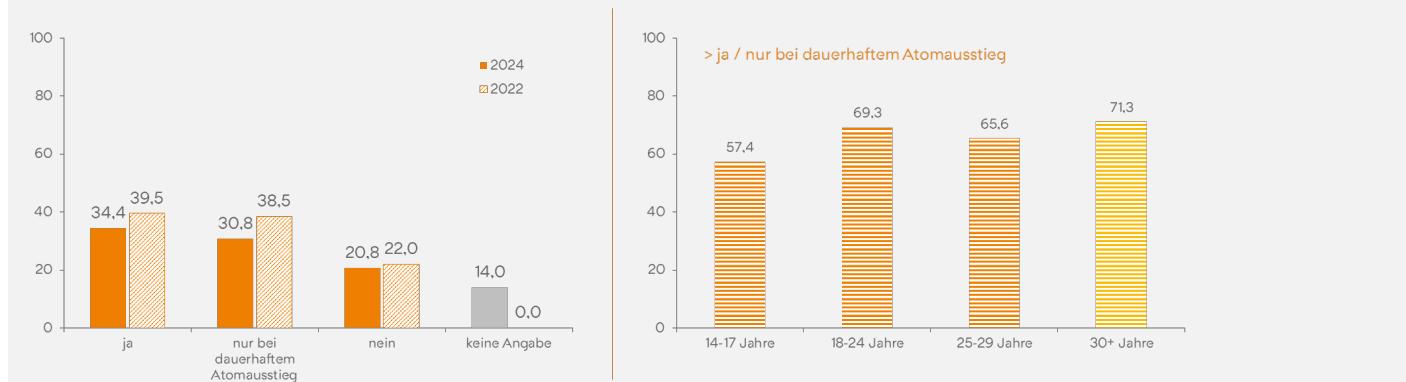
ABBILDUNG 8.3: EINSTELLUNG ZUM ATOMAUSSTIEG IN DER JUGENDSTICHPROBE IM ZEITVERLAUF (DICHOTOMISIERTE ANTWORTKATEGORIEN)



in Prozent aller Befragten | 2024: N=819, 2022: N=846, 2020: N=1.173 | „negative Einstellung“ umfasst die Skalenpunkte „falsch“ oder „eher falsch“, „positive Einstellung“ umfasst die Skalenpunkte „eher richtig“ und „richtig“, „keine Angabe“ beinhaltet die Nennungen „weiß nicht“ und „Angabe verweigert“

Die Endlagersuche befürworten – wenn man die Antworten „ja“ und „nur bei dauerhaftem Atomausstieg“ zusammenzählt – rund zwei Drittel der Jugendlichen. Das ist deutlich weniger als in der letzten Welle, dort waren es 78 Prozent. Die Zustimmung zur Endlagersuche ist am geringsten in der Altersgruppe 14 bis 17 Jahre, hier beträgt sie nur 57 Prozent. Das liegt aber zum großen Teil daran, dass sich in dieser Gruppe überdurchschnittlich viele Befragte nicht positionieren konnten oder wollten (21 Prozent). Ab dem 18. Lebensjahr liegt die Zustimmung mit kleineren Schwankungen ungefähr auf dem Niveau der Ab-30-Jährigen (vgl. Abbildung 8.4).

ABBILDUNG 8.4: EINSTELLUNG ZUR ENDLAERSUCHE IN DER JUGENDSTICHPROBE



linke Seite: in Prozent aller Befragten zwischen 14 und 29 Jahren | 2024: N=819, 2022: N=846 | „keine Angabe“ beinhaltet die Nennungen „weiß nicht“ und „Angabe verweigert“ | rechte Seite: Summe aus „ja“ und „nur bei dauerhaftem Atomausstieg“ | 14-17 Jahre: N=192, 18-24 Jahre: N=341, 25-29 Jahre: N=286, 30+ Jahre: N=2.154

Fragestellung: Tatsächlich wird zurzeit nach einem geeigneten Standort für ein Endlager in Deutschland gesucht. In diesem sollen die Kernbrennstoffe der deutschen Atomkraftwerke dauerhaft und sicher tief unter der Erde gelagert werden. Befürworten Sie es, dass in Deutschland nach einem solchen Endlager gesucht wird?

Bei der Bewertung des Risikos einer Gefährdung von Mensch und Umwelt durch ein Endlager ist im Zeitverlauf zu sehen, dass seit der ersten Befragungswelle die Risikowahrnehmung immer weiter abgenommen hat. Hielten es 2020 noch 38 Prozent der 14-29-Jährigen für ein sehr hohes Risiko, beträgt dieser Anteil in der aktuellen Befragung nur noch 18 Prozent (vgl. Abbildung 8.5).

ABBILDUNG 8.5: RISIKOEINSCHÄTZUNG IN BEZUG AUF DAS ENDLAER IN DER JUGENDSTICHPROBE



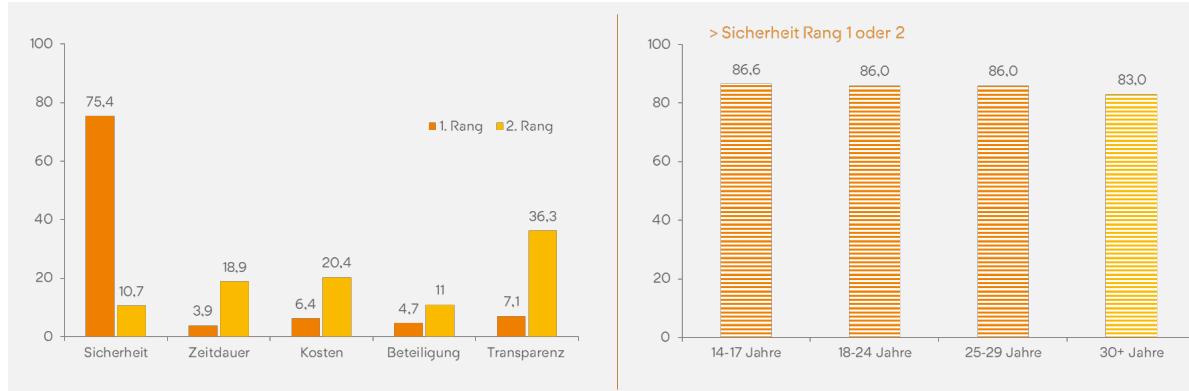
linke Seite: in Prozent aller Befragten zwischen 14 und 29 Jahren | 2024: N=819, 2022: N=846, 2020: N=1.173 | „keine Angabe“ beinhaltet die Nennungen „weiß nicht“ und „Angabe verweigert“ | rechte Seite: Summe aus „ziemlich hohes Risiko“ und „sehr hohes Risiko“ | 14-17 Jahre: N=192, 18-24 Jahre: N=341, 25-29 Jahre: N=286, 30+ Jahre: N=2.154

Fragestellung: Wie hoch schätzen Sie das Risiko einer Gefährdung von Mensch und Umwelt durch ein nahegelegenes Endlager für hochradioaktive Abfälle ein?

Die 20 Prozentpunkte Differenz verteilen sich vor allem auf die mittleren Skalenpunkte „ziemlich hohes“ und „geringes“ Risiko sowie auf Missingwerte. Der Mittelwert der Risikoeinschätzung ist leicht von 2,9 auf 2,8 gesunken. Über die Altersjahrgänge hinweg sehen wir ein etwas höheres Risikobewusstsein bei den 18-29-Jährigen. Das der 14-17-Jährigen liegt in etwa auf dem Niveau der Bevölkerung ab dem 30. Lebensjahr.

Nach den Aspekten gefragt, welche den Jugendlichen bei der Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle am wichtigsten sind, steht auch hier die Sicherheit unangefochten ganz vorn. 75 Prozent der 14-29-Jährigen weisen ihr den ersten Rang zu – das sind sieben Prozentpunkte mehr als in der Gesamtstichprobe –, weitere 11 Prozent den zweiten. Die Transparenz folgt auf dem zweiten Rang, Zeitdauer und Kosten mit etwa ähnlichen Prozentanteilen auf Rang 3. Die Beteiligung ist der am wenigsten wichtige Aspekt (vgl. Abbildung 8.6). Zwischen den Altersgruppen der Jugendlichen gibt es keine Unterschiede.

ABBILDUNG 8.6: RANGFOLGE AUS FÜNF VERSCHIEDENEN ANSPRÜCHEN, DIE SICH AN DIE SUCHE NACH EINEM ENDLAGER FÜR HOCHRADIOAKTIVE ABFÄLLE STELLEN LASSEN IN DER JUGENDSTICHPROBE

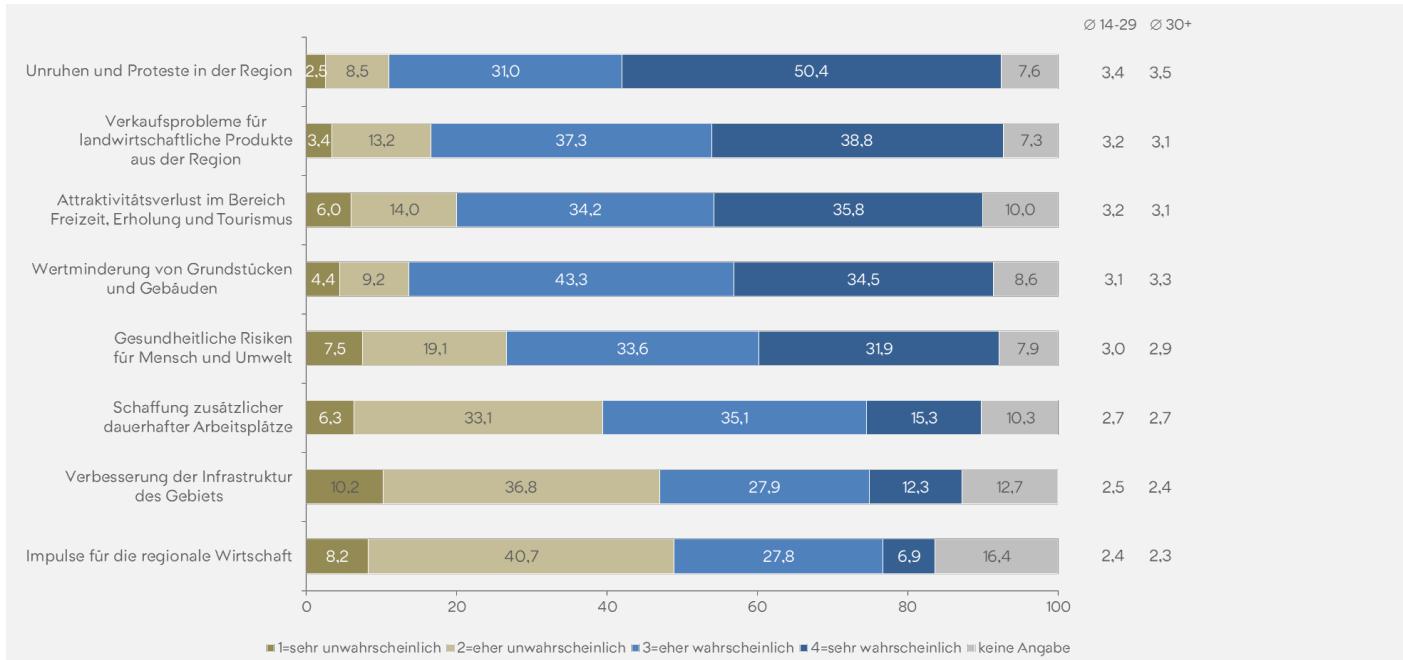


linker Seite: in Prozent aller Befragten zwischen 14 und 29 Jahren | N=819 | rechte Seite: Summe aus „Rang 1“ und „Rang 2“ für den Aspekt „Sicherheit“ | 14-17 Jahre: N=192, 18-24 Jahre: N=341, 25-29 Jahre: N=286, 30+ Jahre: N=2.154

Fragestellung: Bitte bilden Sie eine Rangfolge aus diesen fünf verschiedenen Ansprüchen, die sich an die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle stellen lassen. Welchen Aspekt davon finden Sie am wichtigsten und welchen am zweitwichtigsten?

Die möglichen Auswirkungen des Baus eines Endlagers in der Region werden von den 14-29-Jährigen ähnlich bewertet wie von den älteren Befragten. In Abbildung 8.7 sind die Ergebnisse zu dieser Frage dargestellt. Auch die Jugendlichen erwarten von allen genannten Möglichkeiten am ehesten Unruhen und Proteste in der Region. Die Hälfte von ihnen hält sie für sehr wahrscheinlich, 31 Prozent für eher wahrscheinlich. Anschließend folgen etwa gleichauf negative materielle Auswirkungen auf die Landwirtschaft, den Tourismus und die Immobilienbesitzer*innen. Gesundheitliche Risiken für Mensch und Umwelt erwarten 32 Prozent der Jugendlichen sehr wahrscheinlich, 34 Prozent eher wahrscheinlich. Am Ende der Erwartungen stehen wie auch in der Gesamtstichprobe die positiven Effekte: Etwa die Hälfte der Jugendlichen erwartet eher oder sehr wahrscheinlich zusätzliche Arbeitsplätze, 40 Prozent eine verbesserte Infrastruktur und 35 Prozent wirtschaftliche Impulse.

ABBILDUNG 8.7: AUSWIRKUNG EINES ENDLAGERS IN DER REGION IN DER JUGENDSTICHPROBE

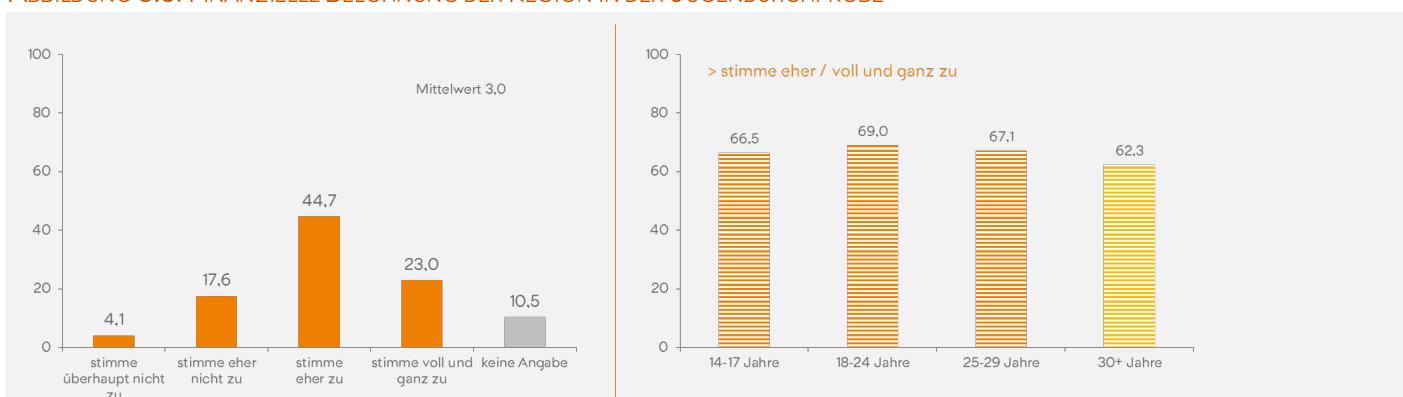


jeweils in Prozent aller Befragten zwischen 14 und 29 Jahren | N=819 | „keine Angabe“ beinhaltet die Nennungen „weiß nicht“ und „Angabe verweigert“

Fragestellung: Es werden verschiedene Auswirkungen diskutiert, die ein Endlager für hochradioaktive Abfälle auf die Region haben könnte, in der das Endlager gebaut wird. Bitte sagen Sie mir jeweils, für wie wahrscheinlich Sie es halten, dass die genannte Auswirkung für die betroffene Region tatsächlich auftritt durch den Bau eines Endlagers.

Einer möglichen finanziellen Belohnung der Region, in der das Endlager dann gebaut werden soll, stimmt die Mehrheit der Jugendlichen eher oder voll und ganz zu (68 Prozent). 22 Prozent finden das (eher) nicht gut, 11 Prozent enthalten sich ihrer Stimme. Die Zustimmung ist etwas höher als bei den Befragten ab dem 30. Lebensjahr (62 Prozent). Zwischen den Altersgruppen der Jugendlichen schwankt sie nur geringfügig (vgl. Abbildung 8.8).

ABBILDUNG 8.8: FINANZIELLE BELOHNUNG DER REGION IN DER JUGENDSTICHPROBE

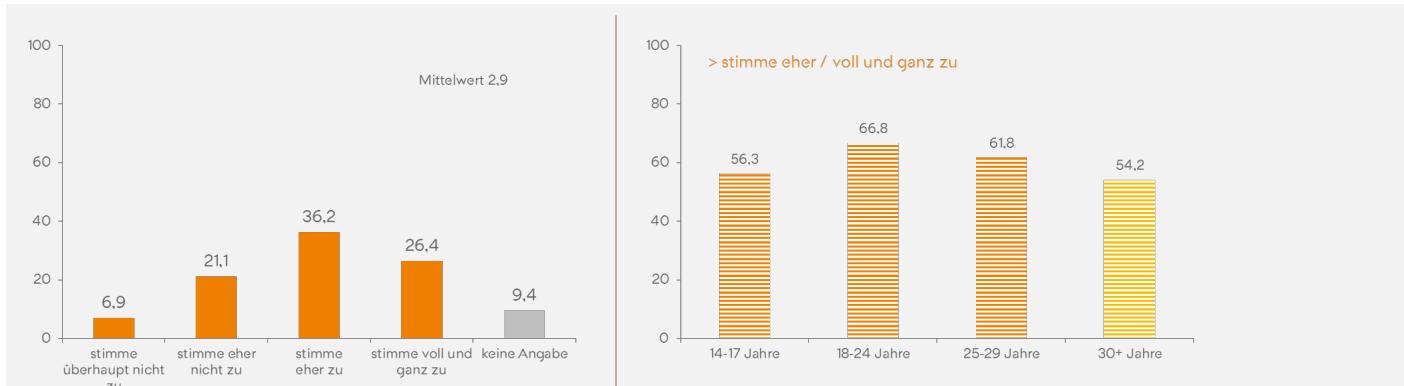


linker Seite: in Prozent aller Befragten zwischen 14 und 29 Jahren | N=819 | „keine Angabe“ beinhaltet die Nennungen „weiß nicht“ und „Angabe verweigert“ | rechte Seite: Summe aus „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“ | 14-17 Jahre: N=192, 18-24 Jahre: N=341, 25-29 Jahre: N=286, 30+ Jahre: N=2.154

Fragestellung: Zustimmung zur Aussage: Die Region, in der ein Endlager für hochradioaktive Abfälle in Deutschland gebaut wird, sollte dafür in besonderer Weise finanziell belohnt werden.

Größere Differenzen zwischen den Altersgruppen zeigen sich bei der Frage, ob die Anwohner*innen der Standortregion finanziell belohnt werden sollten. 63 Prozent der Jugendlichen stimmen dem (eher) zu, 28 Prozent tun dies (eher) nicht, 9 Prozent enthalten sich. Die Zustimmung ist bei den 18-24-Jährigen mit 67 Prozent am größten, wohingegen sie bei den 14-17-Jährigen deutlich geringer 56 Prozent beträgt. Damit liegt die Zustimmungsrate dort auf dem Niveau der Befragten ab dem 30. Lebensjahr (54 Prozent), während sie bei den 18-29-Jährigen deutlich höher ist.

ABBILDUNG 8.9: FINANZIELLE BELOHNUNG DER ANWOHNER*INNEN IN DER JUGENDSTICHPROBE

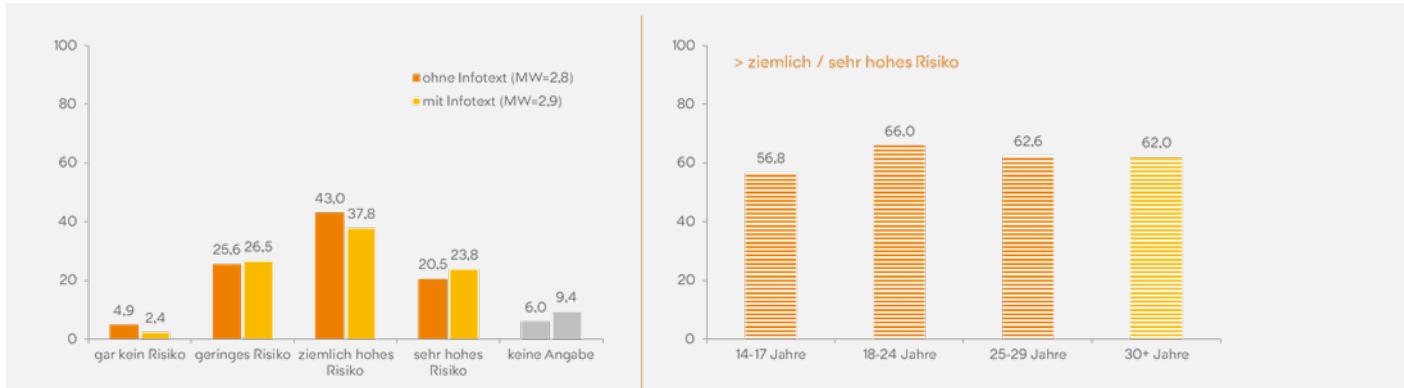


linker Seite: in Prozent aller Befragten zwischen 14 und 29 Jahren | N=819 | „keine Angabe“ beinhaltet die Nennungen „weiß nicht“ und „Angabe verweigert“ | rechte Seite: Summe aus „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“ | 14-17 Jahre: N=192, 18-24 Jahre: N=341, 25-29 Jahre: N=286, 30+ Jahre: N=2.154

Fragestellung: Zustimmung zur Aussage: Die Anwohner dieser Region sollten in besonderer Weise finanziell belohnt werden.

Die Risikobewertung einer verlängerten Zwischenlagerung stellt sich ähnlich dar wie die für das Endlager. Knapp zwei Drittel halten diese Verlängerung für ein ziemlich oder sehr hohes Risiko, 30 Prozent sehen ein geringes oder gar kein Risiko (vgl. Abbildung 8.10). Damit besteht praktisch kein Unterschied zur Einstellung der Bevölkerung ab 30 Jahren. Der Blick auf die Altersjahrgänge zeigt, dass die 14-17-Jährigen das Risiko erneut etwas geringer einschätzen (57 Prozent ziemlich oder sehr hoch).

ABBILDUNG 8.10: RISIKOEINSCHÄTZUNG DER VERLÄNGERTEN ZWISCHENLAGERUNG IN DER JUGENDSTICHPROBE

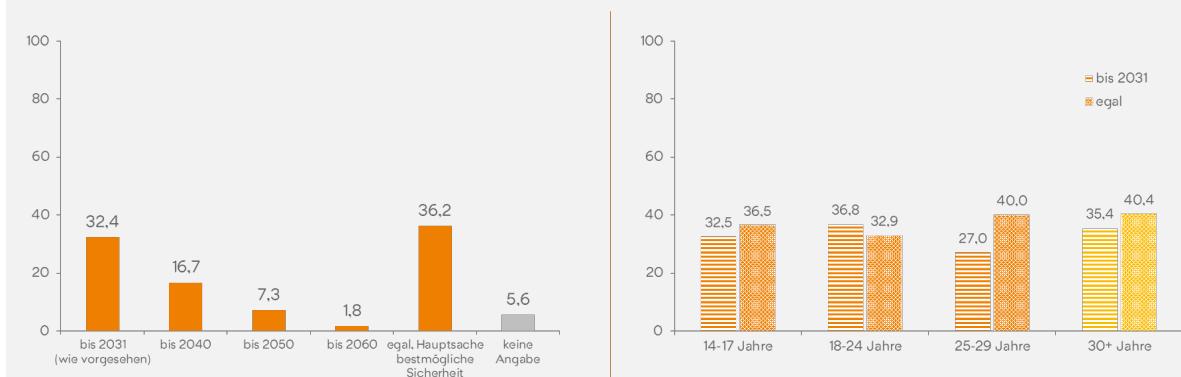


linker Seite: in Prozent aller Befragten zwischen 14 und 29 Jahren der Gruppe | ohne Infotext: N=396, mit Infotext: N=423 | „keine Angabe“ beinhaltet die Nennungen „weiß nicht“ und „Angabe verweigert“ | rechte Seite: Summe aus „ziemlich hohes Risiko“ und „sehr hohes Risiko“, beide Gruppen zusammengefasst | 14-17 Jahre: N=192, 18-24 Jahre: N=341, 25-29 Jahre: N=286, 30+ Jahre: N=2.154

Fragestellung: Wie hoch schätzen Sie das Risiko einer Gefährdung von Mensch und Umwelt durch eine zeitlich ausgedehnte Zwischenlagerung hochradioaktiver Abfälle ein?

Wie auch in der Gesamtstichprobe zeigt sich bei den Jugendlichen eine Zweiteilung, wenn es um den gewünschten Zeithorizont für die Endlagersuche gilt. Etwa ein Drittel würde das bisherige Zieljahr 2031 gern beibehalten, mit 36 Prozent etwas mehr Befragten ist das Zieljahr egal, solange die bestmögliche Sicherheit erreicht wird (vgl. Abbildung 8.11). Allerdings gibt es zwei Unterschiede zwischen den Altersgruppen: Bei den 25-29-Jährigen ist die Differenz zwischen den Befragten, die 2031 akzeptabel finden (27 Prozent) und denjenigen, denen das Jahr egal ist (40 Prozent), besonders groß. Und bei den 18-24-Jährigen finden etwas mehr Befragte das Jahr 2031 akzeptabel (37 Prozent) als ein unbestimmtes Datum (33 Prozent).

ABBILDUNG 8.11: AKZEPTABLE ZEITDAUER BIS ZUR AUSWAHL EINES ENDLAGERSTANDORTS IN DER JUGENDSTICHPROBE

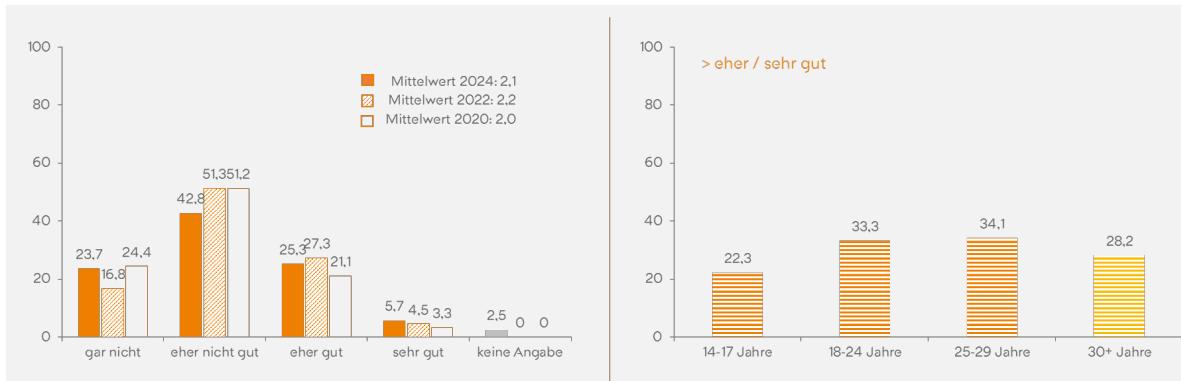


linke Seite: in Prozent aller Befragten zwischen 14 und 29 Jahren | N=819 | „keine Angabe“ beinhaltet die Nennungen „weiß nicht“ und „Angabe verweigert“ | rechte Seite 14-17 Jahre: N=192, 18-24 Jahre: N=341, 25-29 Jahre: N=286, 30+ Jahre: N=2.154
Fragestellung: Welche Zeitdauer bis zur Auswahl eines Standorts für ein Endlager finden Sie persönlich akzeptabel?

8.2 Wissen und Informiertheit

Die subjektive Informiertheit über die Endlagersuche ist bei den 14-17-Jährigen gegenüber der letzten Befragungswelle weitgehend stabil geblieben. Fühlten sich im Jahr 2022 rund 32 Prozent von ihnen eher oder sehr gut informiert, sagen aktuell 31 Prozent. Leichte Bewegung gibt es zwischen den Skalenpunkten „eher nicht gut“ und „gar nicht“. In der aktuellen Befragung entfielen auf den letzteren 7 Prozentpunkte mehr, dafür auf „eher nicht gut“ 8 Prozentpunkte weniger.

ABBILDUNG 8.12: SUBJEKTIVE INFORMIERTHEIT ÜBER DIE ENDLAGERUNG HOCHRADIOAKTIVER ABFÄLLE IN DER JUGENDSTICHPROBE

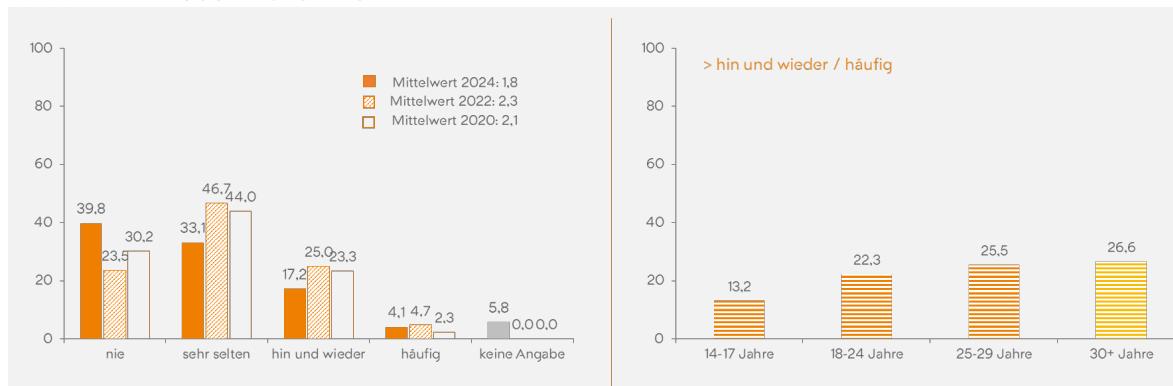


linke Seite: in Prozent aller Befragten zwischen 14 und 29 Jahren | 2024: N=819, 2022: N=846, 2020: N=1.173 | „keine Angabe“ beinhaltet die Nennungen „weiß nicht“ und „Angabe verweigert“ | rechte Seite: Summe aus „eher gut“ und „sehr gut“ | 14-17 Jahre: N=192, 18-24 Jahre: N=341, 25-29 Jahre: N=286, 30+ Jahre: N=2.154
Fragestellung: Wie gut fühlen Sie sich insgesamt über die Endlagerung hoch radioaktiver Abfälle informiert?

Das Informiertheitsniveau bei den Jugendlichen ist ähnlich hoch wie bei den Befragten ab 30 Jahren. Mit Blick auf die Altersjahrgänge fühlen sich jedoch die 14-17-Jährigen deutlich schlechter informiert als die Befragten zwischen 18 und 29 Jahren (22 vs. 33 Prozent).

Wie auch in der Gesamtstichprobe ist die subjektive Informiertheit deutlich verbunden mit dem inzidentellen Kontakt zu Informationen über die Endlagersuche. So ist dieser in der Gruppe der 14-17-Jährigen (wie auch die subjektive Informiertheit) deutlich niedriger als in den anderen Altersgruppen. Hier haben nur 13 Prozent der Befragten in den letzten Monaten etwas zur Endlagersuche erfahren, bei den 18-24-Jährigen sind es 22 Prozent, danach steigt der Wert bis auf 27 Prozent (vgl. Abbildung 8.13). Insgesamt haben 40 Prozent der Jugendlichen in den letzten 12 Monaten überhaupt nichts von der Endlagersuche gehört oder gelesen, bei Befragten ab dem 30. Lebensjahr sind es 34 Prozent. Wie auch in der Gesamtbevölkerung ist der inzidentelle Kontakt gegenüber 2022 schwächer geworden. Sagten damals noch 30 Prozent der befragten 14- bis 29-Jährigen, sie seien hin und wieder oder häufig in Kontakt mit Informationen zur Endlagerung hochradioaktiver Abfälle gekommen, sind es 2024 nur noch 21 Prozent. Der Anteil derjenigen, die nach eigenen Angaben nie etwas von diesem Thema gehört haben, stieg von 24 auf 40 Prozent.

ABBLIDUNG 8.13: INZIDENTELLER KONTAKT MIT INFORMATIONEN ZUM THEMA ENDLAGERUNG HOCHRADIOAKTIVER ABFÄLLE IN DER JUGENDSTICHPROBE



linke Seite: in Prozent aller Befragten zwischen 14 und 29 Jahren | 2024: N=819, 2022: N=846, 2020: N=1.173 | „keine Angabe“ beinhaltet die Nennungen „weiß nicht“ und „Angabe verweigert“ | rechte Seite: Summe aus „hin und wieder“ und „häufig“ | 14-17 Jahre: N=192, 18-24 Jahre: N=341, 25-29 Jahre: N=286, 30+ Jahre: N=2.154

Fragestellung: Wie häufig haben Sie in den letzten zwölf Monaten etwas über das Thema Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in den Medien, im Internet oder über soziale Netzwerke gehört ohne aktiv danach gesucht zu haben?

Auch das aktive Informationsverhalten ist bei den 14-17-Jährigen am geringsten. Nur 20 Prozent von ihnen haben sich schon einmal selbst aktiv über das Thema Endlagersuche informiert. Bei den 18-24-Jährigen sagen das 38 Prozent. Die 25-29-Jährigen liegen mit 25 Prozent auf dem Niveau der älteren Befragten (vgl. Abbildung 8.14). Betrachtet man die 14-29-Jährigen insgesamt, ist die aktive Informationssuche im Vergleich mit 2022 relativ stabil geblieben (29 vs. 31 Prozent).

ABBILDUNG 8.14: AKTIVE INFORMATIONSSUCHE ZUM THEMA ENDLAGERSUCHE IN DER JUGENDSTICHPROBE

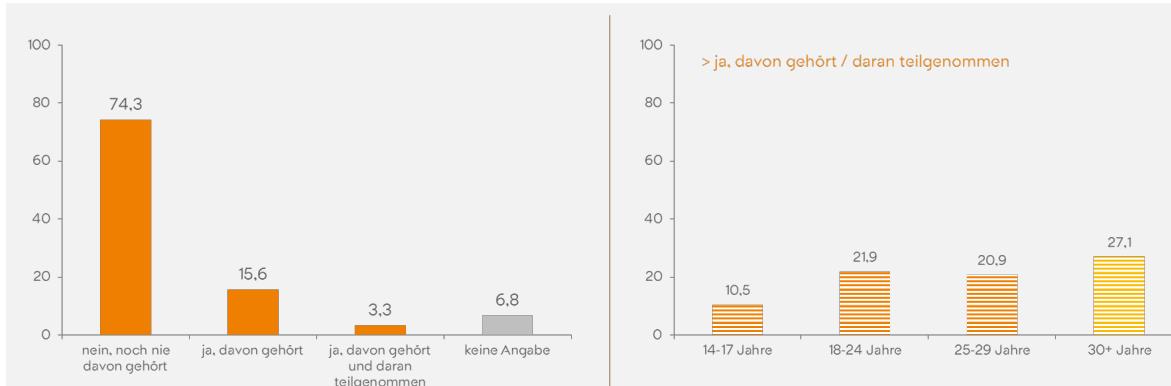


linke Seite: in Prozent aller Befragten zwischen 14 und 29 Jahren | 2024: N=819, 2022: N=846, 2020: N=1.173 | „keine Angabe“ beinhaltet die Nennungen „weiß nicht“ und „Angabe verweigert“ | rechte Seite: „ja, gezielt nach Informationen gesucht“ | 14-17 Jahre: N=192, 18-24 Jahre: N=341, 25-29 Jahre: N=286, 30+ Jahre: N=2.154

Fragestellung: Einmal abgesehen von dem, was man zufällig über das Thema mitbekommt: Haben Sie sich schon einmal selbst aktiv über das Thema informiert oder ist das bisher noch nicht vorgekommen?

Ein ähnliches Bild zeigt sich schließlich auch bei der Bekanntheit von Veranstaltungen zum Thema Endlagersuche. Unter den 14-17-Jährigen geben 11 Prozent an, von solchen Veranstaltungen gehört zu haben, zwischen 18 und 29 Jahren sind es mit gut 20 Prozent doppelt so viele. Ab dem 30. Lebensjahr steigt der Anteil noch einmal auf 27 Prozent (vgl. Abbildung 8.15). Insgesamt kann man also resümieren, dass Informiertheit und Informationsaktivität in Bezug auf die Endlagersuche vor allem in der Gruppe unter 18 Jahren deutlich geringer sind als bei allen anderen Befragten.

ABBILDUNG 8.15: KENNTNIS VON VERANSTALTUNGEN ZUM THEMA ENDLAGERSUCHE IN DER JUGENDSTICHPROBE

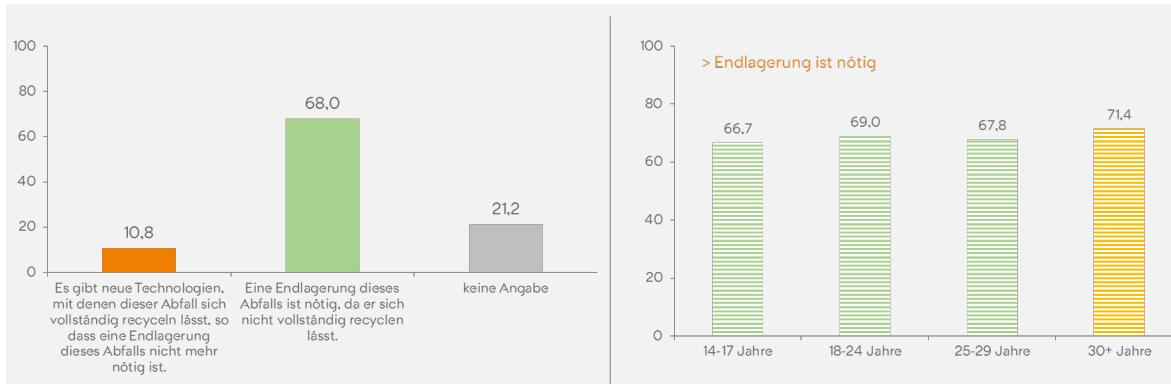


linke Seite: in Prozent aller Befragten zwischen 14 und 29 Jahren | N=819 | „keine Angabe“ beinhaltet die Nennungen „weiß nicht“ und „Angabe verweigert“ | rechte Seite: Summe aus „ja, davon gehört“ und „ja, davon gehört und daran teilgenommen“ | 14-17 Jahre: N=192, 18-24 Jahre: N=341, 25-29 Jahre: N=286, 30+ Jahre: N=2.154

Fragestellung: Haben Sie schon einmal von Veranstaltungen zum Thema Endlagersuche gehört?

Wirkt sich das auch auf den Wissensbestand rund um die Endlagersuche aus? Dazu hatten wir drei Fragen gestellt: zur Notwendigkeit eines Endlagers, zum Stattfinden der Endlagersuche, und zu den beteiligten Institutionen. Dass ein Endlager für hochradioaktive Abfälle notwendig ist, sagen 68 Prozent der Jugendlichen. 11 Prozent denken, dass es aktuell neue Technologien zur Verwertung dieser Abfälle gibt, 21 Prozent können oder wollen die Frage nicht beantworten (vgl. Abbildung 8.16). Der Anteil für die korrekte Antwort liegt über alle Altersjahrgänge hinweg auf einem ähnlichen Niveau wie der bei den Personen ab 30 Jahren.

ABBILDUNG 8.16: WISSEN ZUR NOTWENDIGKEIT DES ENDLAGERS IN DER JUGENDSTICHPROBE



linke Seite: in Prozent aller Befragten zwischen 14 und 29 Jahren | N=819 | „keine Angabe“ beinhaltet die Nennungen „weiß nicht“ und „Angabe verweigert“ | rechte Seite: „Endlagerung ist nötig“ | 14-17 Jahre: N=192, 18-24 Jahre: N=341, 25-29 Jahre: N=286, 30+ Jahre: N=2.154

Fragestellung: Bei der Nutzung von Kernenergie fällt hochradioaktiver Abfall an. Bitte geben Sie an, welche der beiden folgenden Aussagen Ihres Wissens nach korrekt ist.

Anders stellt sich das Bild bei der Frage danach dar, ob bekannt ist, dass bereits nach einem Endlagerstandort gesucht wird. 43 Prozent der Jugendlichen wissen das, 12 Prozent meinen, es gäbe bereits einen Standort und 10 Prozent sagen, es würde noch nicht danach gesucht. Ein gutes Drittel konnte oder wollte die Frage nicht beantworten (vgl. Abbildung 8.17). Damit ist das Wissen um die Endlagersuche bei den Jugendlichen rund 20 Prozentpunkte geringer als bei Personen ab 30 Jahren. Dafür ist der Anteil derjenigen, welche die Frage nicht beantwortet haben, bei den Jugendlichen 13 Prozentpunkte höher. Der Unterschied resultiert also größtenteils nicht daraus, dass die Jugendlichen von einem anderen Status der Endlagersuche ausgehen, sondern dass sie den Status wohl schlicht nicht kennen. Angesichts dieses deutlichen Abstandes sind die Schwankungen innerhalb der Gruppe der Jugendlichen unbedeutend.

ABBILDUNG 8.17: WISSEN ZUM STATTFINDEN DER ENDLAGERSUCHE IN DER JUGENDSTICHPROBE



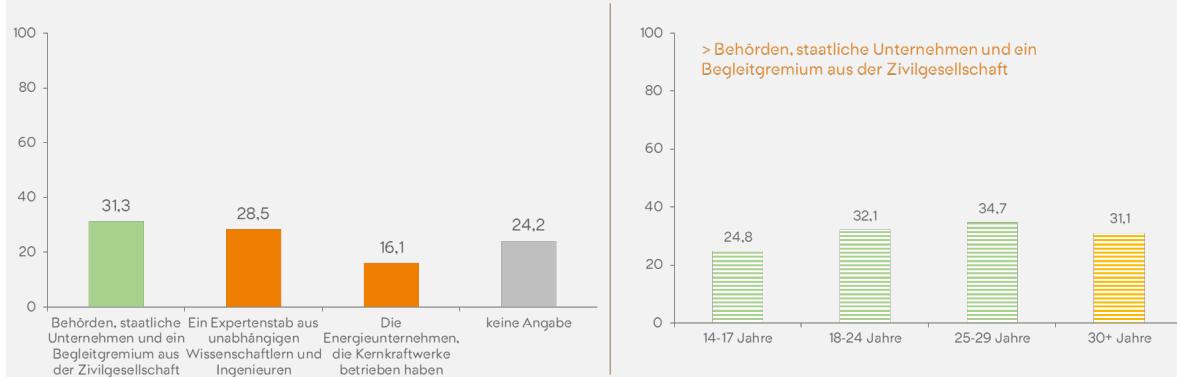
linke Seite: in Prozent aller Befragten zwischen 14 und 29 Jahren | N=819 | „keine Angabe“ beinhaltet die Nennungen „weiß nicht“ und „Angabe verweigert“ | rechte Seite: „ja, es wird danach gesucht“ | 14-17 Jahre: N=192, 18-24 Jahre: N=341, 25-29 Jahre: N=286, 30+ Jahre: N=2.154

Fragestellung: Was glauben Sie, wird zurzeit nach einem Endlagerstandort für hochradioaktiven Abfall in Deutschland gesucht?

Dass für die Standortsuche und das spätere Endlager Behörden, staatliche Unternehmen und ein Begleitgremium aus der Zivilgesellschaft verantwortlich sind, wissen 31 Prozent der Jugendlichen. 29 Prozent gehen von einem Expertenstab aus unabhängigen Wissenschaftler*innen und Ingenieur*innen aus, 16 Prozent sehen die Kernkraftwerkbetreiber in der Verantwortung. 24 Prozent können oder wollen die Frage nicht beantworten (vgl. Abbildung 8.18). Damit liegt die korrekte Kenntnis der Verantwortlichen bei den Jugendlichen auf einem ähnlichen Niveau wie bei den

Personen ab 30 Jahren. Allerdings zeigen hier die 14-17-Jährigen wieder einen geringeren Kenntnisstand (25 Prozent korrekt).

ABBILDUNG 8.18: WISSEN ZUR VERANTWORTLICHKEIT FÜR DAS ENDLAGER IN DER JUGENDSTICHPROBE

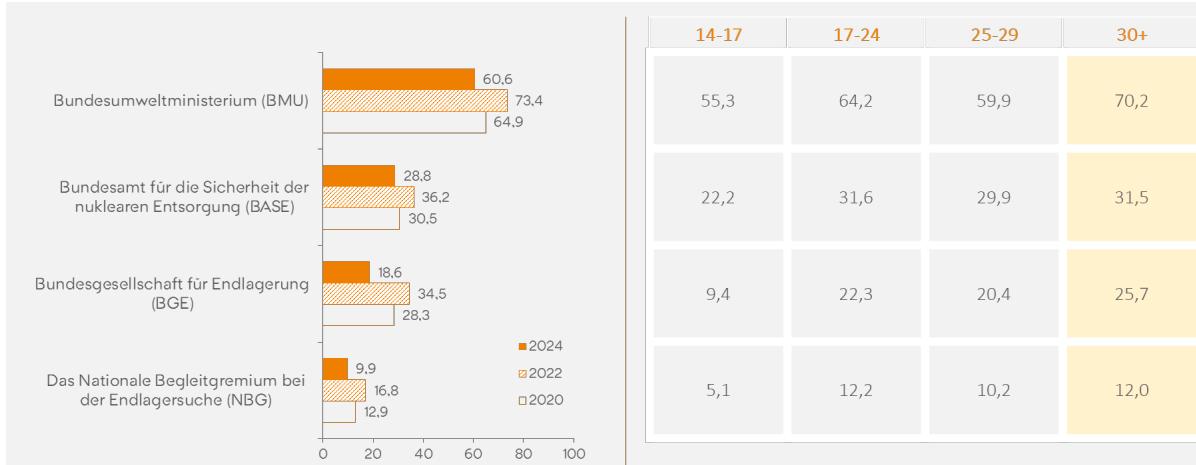


linke Seite: in Prozent aller Befragten zwischen 14 und 29 Jahren | N=819 | „keine Angabe“ beinhaltet die Nennungen „weiß nicht“ und „Angabe verweigert“ | rechte Seite: „Behörden, staatliche Unternehmen und ein Begleitgremium aus der Zivilgesellschaft“ | 14-17 Jahre: N=192, 18-24 Jahre: N=341, 25-29 Jahre: N=286, 30+ Jahre: N=2.154
Fragestellung: Was glauben Sie, wer ist für die Standortsuche, den Bau und den späteren Betrieb der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle zuständig?

8.3 Akteure der Endlagersuche

Das Wissen über die Endlagersuche ist bei den Jugendlichen also in Teilen geringer ausgeprägt als beim Rest der Bevölkerung. Wie steht es nun um die Bekanntheit der beteiligten Akteure? Wie Abbildung 8.19 zeigt, ist auch bei den Jugendlichen das Bundesumweltministerium der bekannteste Akteur. 61 Prozent haben davon schon einmal im Zusammenhang mit der Endlagersuche gehört oder gelesen. Es folgen das BASE mit 29 Prozent, die BGE mit 19 Prozent und das NBG mit 10 Prozent (vgl. Abbildung 8.19).

ABBILDUNG 8.19: BEKANNTHEIT DER FÜR DIE ENDLAGERSUCHE VERANTWORTLICHEN AKTEURE IN DER JUGENDSTICHPROBE

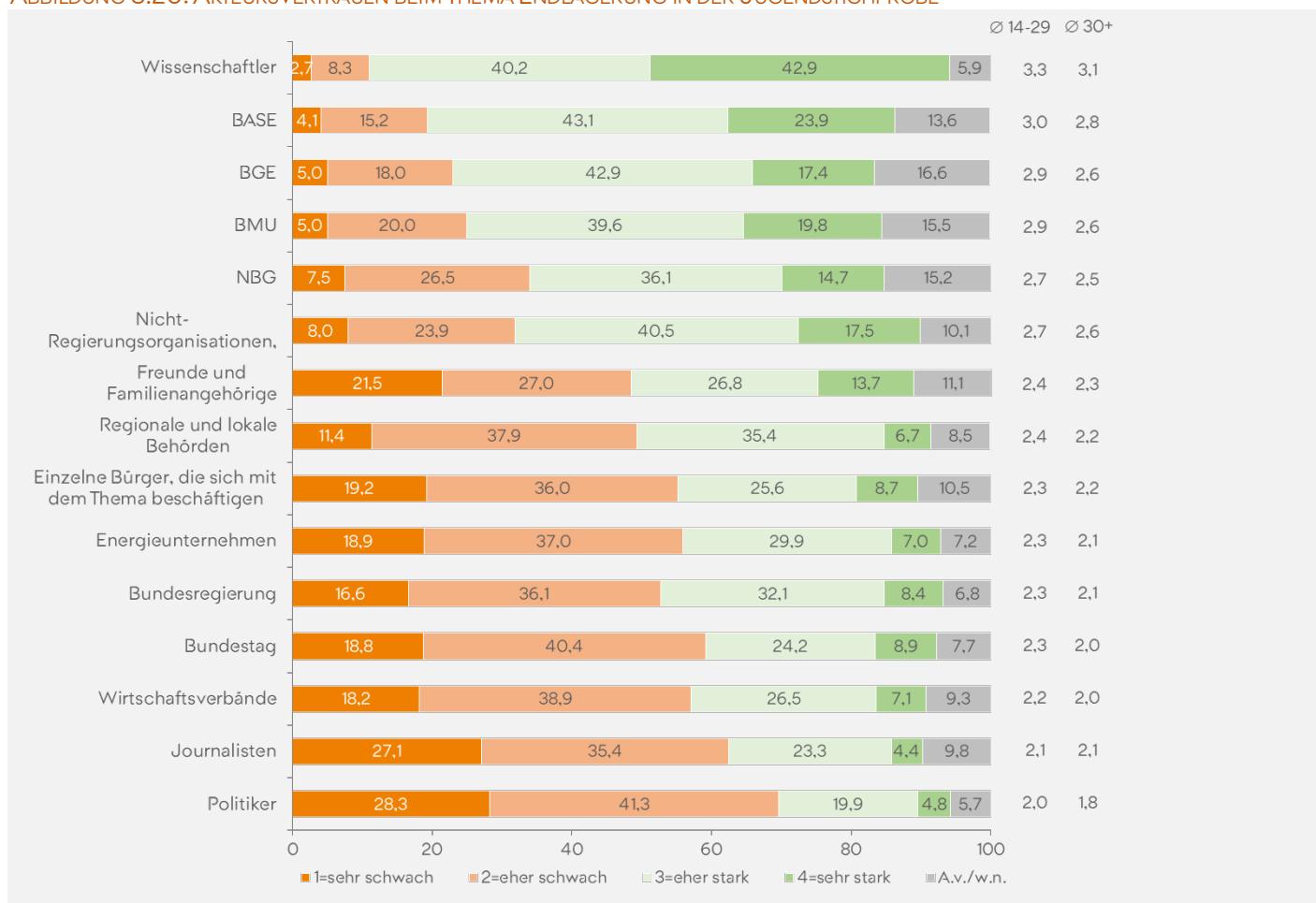


linke Seite: in Prozent aller Befragten zwischen 14 und 29 Jahren | 2024: N=819, 2022: N=846, 2020: N=1.173 | rechte Seite: Bekanntheit der jeweiligen Behörde in Prozent der Altersgruppen | 14-17 Jahre: N=192, 18-24 Jahre: N=341, 25-29 Jahre: N=286, 30+ Jahre: N=2.154
Fragestellung: Ich nenne Ihnen nun einige Organisationen. Bitte sagen Sie mir, ob Sie von diesen im Zusammenhang mit der Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Abfall schon einmal gehört haben oder nicht.

Nach dem Hoch im Jahr 2022 ist die Bekanntheit aller Akteure wieder ungefähr auf das Niveau von 2020 gesunken. Die der BGE liegt 2024 sogar noch deutlich darunter. Die Bekanntheit aller Akteure liegt etwas unter der bei den Personen ab 30 Jahren. Innerhalb der Gruppe der Jugendlichen zeigt sich außerdem wieder, dass die 14-17-Jährigen noch einmal deutlich geringere Kenntnisse von den Akteuren besitzen als die anderen. So kennen von ihnen nur 22 Prozent das BASE, und mit 9 Prozent bzw. 5 Prozent sind die BGE und das NBG bei den unter 18-Jährigen sogar nur halb so bekannt wie bei allen Jugendlichen insgesamt.

Das Vertrauen in die beteiligten Akteure ist bei den Jugendlichen hingegen sichtbar höher als in der Gesamtstichprobe. Abbildung 8.20 zeigt das Vertrauen in verschiedene Organisationen und Personengruppen, die rund um das Thema Endlager zumindest an Diskursen beteiligt sind. Die Reihenfolge der Stärke des Vertrauens in diese Akteure gleicht der in der Gesamtbevölkerung. Allerdings sind die Mittelwerte des Vertrauens durchweg etwas höher. Für die an der Endlagersuche beteiligten Institutionen liegen sie zwischen 3,0 für das BASE und 2,7 für das NBG (Gesamtstichprobe 2,8 bis 2,5).

ABBILDUNG 8.20: AKTEURSVERTRAUEN BEIM THEMA ENDLAGERUNG IN DER JUGENDSTICHPROBE



jeweils in Prozent aller Befragten zwischen 14 und 29 Jahren | N=819

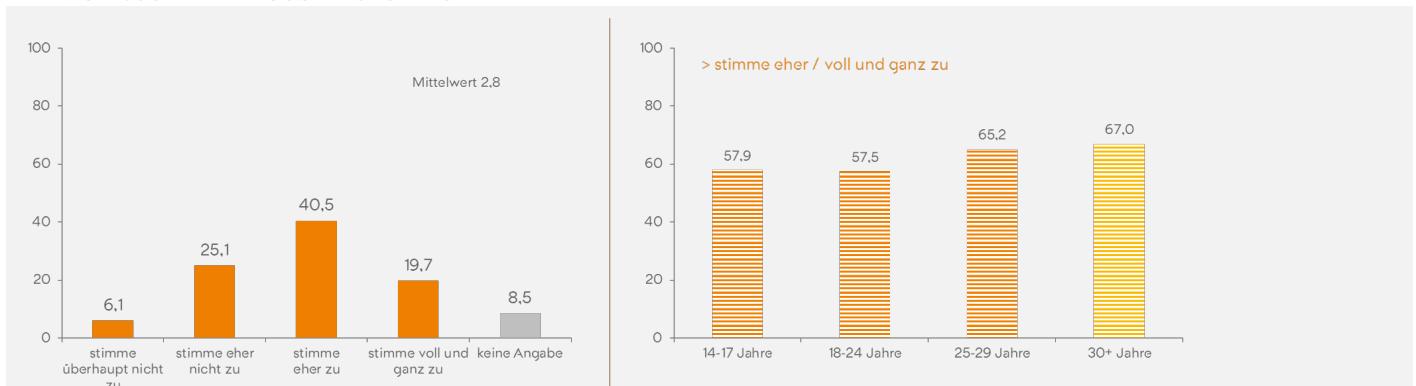
Fragestellung: Bitte geben Sie für die folgenden Organisationen und Personengruppen an, wie sehr Sie diesen vertrauen, wenn es um das Thema der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle geht. Sollten Sie die Organisation nicht kennen, dann geben Sie bitte ihr Bauchgefühl an.

67 Prozent der Jugendlichen haben eher oder sehr starkes Vertrauen in das BASE, unter Personen ab 30 Jahren sind es nur 57 Prozent. Der BGE vertrauen 60 Prozent der Jugendlichen und 49 Prozent der Älteren, beim NBG stehen 51 Prozent gegen 41 Prozent. Auch wenn also die Institutionen bei den Jugendlichen nach eigenen Angaben weniger bekannt sind als beim Rest der Bevölkerung, ist das Vertrauen in diese (größtenteils unbekannten) Institutionen größer.

8.4 Teilhabe und Akzeptanz

Welchen Wert messen Jugendliche der Bevölkerungsbeteiligung an der Standortsuche zu? 20 Prozent stimmen der Aussage voll und ganz zu, dass die Endlagersuche nur mit einer solchen Beteiligung gelingen kann. 41 Prozent sehen das eher so. Damit ist die Zustimmung insgesamt etwas geringer als bei Personen ab dem 30. Lebensjahr (67 Prozent, vgl. Abbildung 8.21). Innerhalb der Gruppe der Jugendlichen zeigen sich weitere Unterschiede: Während die 25-29-Jährigen einen ähnlich hohen Zustimmungswert wie die Älteren haben (65 Prozent), liegt er bei den 14-24-Jährigen nur bei 58 Prozent. Die eigentliche Trennlinie in dieser Frage liegt also bei einem Alter von Mitte 20. Befragte unterhalb dieser Grenze halten die Bevölkerungsbeteiligung für weniger wichtig als solche darüber.

ABILDUNG 8.21: ZUSTIMMUNG ZUR NOTWENDIGKEIT VON BÜRGERBETEILIGUNG FÜR DAS GELINGEN DER ENDLAGERSUCHE IN DER JUGENDSTICHPROBE

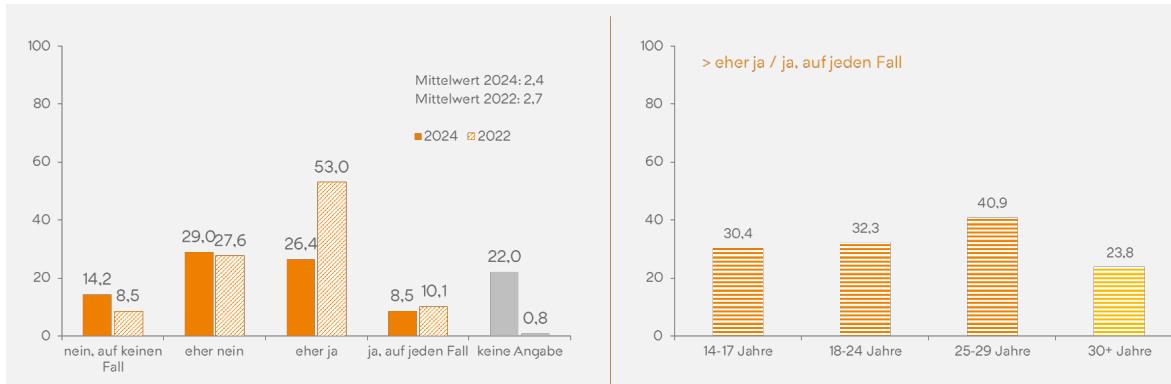


linker Seite: in Prozent aller Befragten zwischen 14 und 29 Jahren | N=819 | „keine Angabe“ beinhaltet die Nennungen „weiß nicht“ und „Angabe verweigert“ | rechte Seite: Summe aus „stimme eher zu“ und „stimme voll und ganz zu“ | 14-17 Jahre: N=192, 18-24 Jahre: N=341, 25-29 Jahre: N=286, 30+ Jahre: N=2.154

Fragestellung: Die Endlagersuche kann meiner Meinung nach nur gelingen, wenn die Bevölkerung an diesem Prozess intensiv beteiligt wird.

Das könnte daran liegen, dass Jugendliche ihre Interessen bereits stärker im Prozess der Standortsuche vertreten sehen als ältere Befragte. Der Anteil dieser sich repräsentierend fühlenden Befragten liegt in der Jugendstichprobe bei 35 Prozent (auf jeden Fall und eher), bei Personen ab dem 30. Lebensjahr bei 24 Prozent (vgl. Abbildung 8.22). Ein Blick auf die Binnendifferenzierung der Jugendlichen zeigt, dass die 25-29-Jährigen ihre Interessen deutlich stärker vertreten sehen als die 14-24-Jährigen (41 zu gut 30 Prozent). Der Blick auf den Zeitverlauf zeigt auch in der Jugendstichprobe, dass das Vertretungsgefühl seit der letzten Befragung im Jahr 2022 deutlich gesunken ist. Damals fühlten sich 53 Prozent eher und 10 Prozent auf jeden Fall vertreten, das ist ein doppelt so hoher Anteil wie 2024. Gleichzeitig steigt der Anteil von „keine Angabe“ von praktisch null auf 22 Prozent.

ABBILDUNG 8.22: VERTRETUNGSGEFÜHL IM PROZESS DER ENDLAGERSUCHE IN DER JUGENDSTICHPROBE



linke Seite: in Prozent aller Befragten zwischen 14 und 29 Jahren | N=819 | „keine Angabe“ beinhaltet die Nennungen „weiß nicht“ und „Angabe verweigert“ | rechte Seite: Summe aus „eher ja“ und „ja, auf jeden Fall“ | 14-17 Jahre: N=192, 18-24 Jahre: N=341, 25-29 Jahre: N=286, 30+ Jahre: N=2.154

Fragestellung: Fühlen Sie sich und Ihre Interessen im momentanen Prozess der Standortsuche für ein Endlager ausreichend berücksichtigt?

Das Interesse, sich selber am Entscheidungsprozess für ein Endlager zu beteiligen, liegt in der Gruppe der Jugendlichen bei 47 Prozent. Wie auch in der Gesamtstichprobe will sich ein Großteil allerdings nur beteiligen, wenn die eigene Region ein potenzieller Standort ist. Die Beteiligungsbereitschaft ist damit ähnlich hoch wie in der letzten Befragung 2022. Und sie ist auch etwas höher als bei den Personen ab dem 30. Lebensjahr (42 Prozent). Der Blick auf die Altersgruppen zeigt, dass das allerdings nur bei den 18-24-Jährigen der Fall ist (53 Prozent). Sowohl bei den 14-17-Jährigen als auch bei den 25-29-Jährigen ist die Beteiligungsbereitschaft identisch zu der bei den älteren Befragten.

ABBILDUNG 8.23: TEILHABEWUNSCH AM ENTSCHEIDUNGSPROZESS FÜR EIN ENDLAGER IN DER JUGENDSTICHPROBE



linke Seite: in Prozent aller Befragten zwischen 14 und 29 Jahren | N=819 | „keine Angabe“ beinhaltet die Nennungen „weiß nicht“ und „Angabe verweigert“ | rechte Seite: Summe aus „ja“ und „ja, aber nur wenn Region potenzieller Standort ist“ | 14-17 Jahre: N=192, 18-24 Jahre: N=341, 25-29 Jahre: N=286, 30+ Jahre: N=2.154

Fragestellung: Haben Sie selbst Interesse daran, sich am Entscheidungsprozess für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle in irgendeiner Form zu beteiligen?

Käme die eigene Region in die Auswahl als Standortregion, so würden das 13 Prozent der Jugendlichen vollständig anerkennen, 28 Prozent eher. Überhaupt oder eher nicht anerkennen würden es 37 Prozent, 11 Prozent wäre es egal. Der Akzeptanzwert von 41 Prozent gleicht in etwa dem bei den älteren Befragten (40 Prozent). Innerhalb der Jugendstichprobe fällt allerdings auf, dass die Akzeptanz unter den 14-17-Jährigen mit 33 Prozent deutlich geringer wäre als in den anderen Altersgruppen.

ABBILDUNG 8.24: ANERKENNUNG DER EIGENEN REGION ALS STANDORTREGION IN DER JUGENDSTICHPROBE

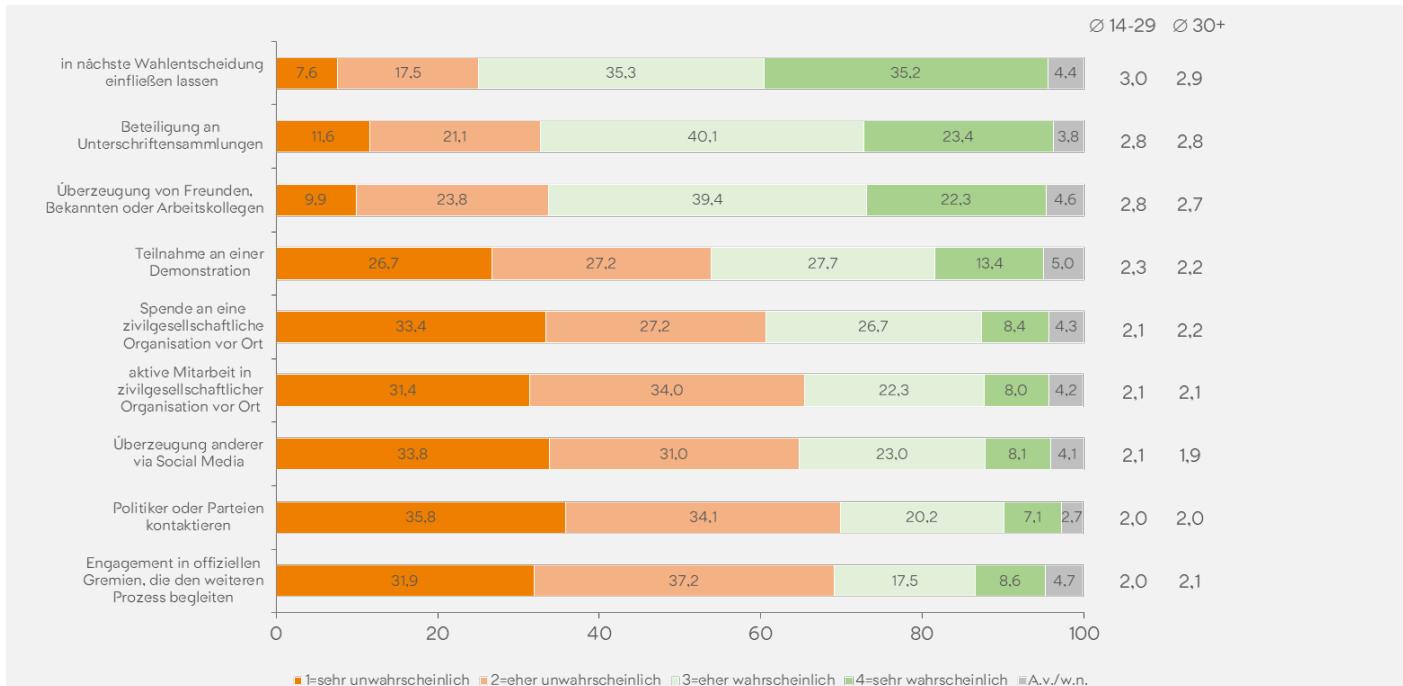


linker Seite: in Prozent aller Befragten zwischen 14 und 29 Jahren | N=819 | „keine Angabe“ beinhaltet die Nennungen „weiß nicht“ und „Angabe verweigert“ | rechte Seite: Summe aus „ehler anerkennen“ und „vollständig anerkennen“ | 14-17 Jahre: N=192, 18-24 Jahre: N=341, 25-29 Jahre: N=286, 30+ Jahre: N=2.154

Fragestellung: Zurzeit kommen noch große Teile Deutschlands als potentieller Endlagerstandort in Frage. Der nächste Schritt des Auswahlprozesses ist, dass auf Basis wissenschaftlicher Kriterien ca. 6 bis 8 Regionen als sogenannte Standortregionen ausgewählt werden sollen. Diese sollen genauer analysiert werden, um die Standortauswahl noch weiter eingrenzen zu können. Wie würden Sie es finden, wenn Ihr Wohnort in einer dieser Standortregionen liegen würde?

Sollte die eigene Region als eine solche Standortregion ausgewählt werden, dann würden die Befragten der Jugendstichprobe sehr ähnliche Dinge tun wie Personen ab dem 30. Lebensjahr. Am häufigsten würden sie ihre Haltung in die nächste Wahlentscheidung einfließen lassen (35 Prozent sehr wahrscheinlich), sich an Unterschriftensammlungen beteiligen (23 Prozent) und andere zu überzeugen versuchen (22 Prozent). Die Beteiligung an offiziellen Gremien, die den Prozess begleiten, ist dagegen am wenigsten beliebt (9 Prozent, vgl. Abbildung 8.25).

ABBILDUNG 8.25: WAHRSCHEINLICHKEIT VERSCHIEDENER HANDLUNGEN BEI DER AUSWAHL DER EIGENEN REGION ALS STANDORTREGION IN DER JUGENDSTICHPROBE

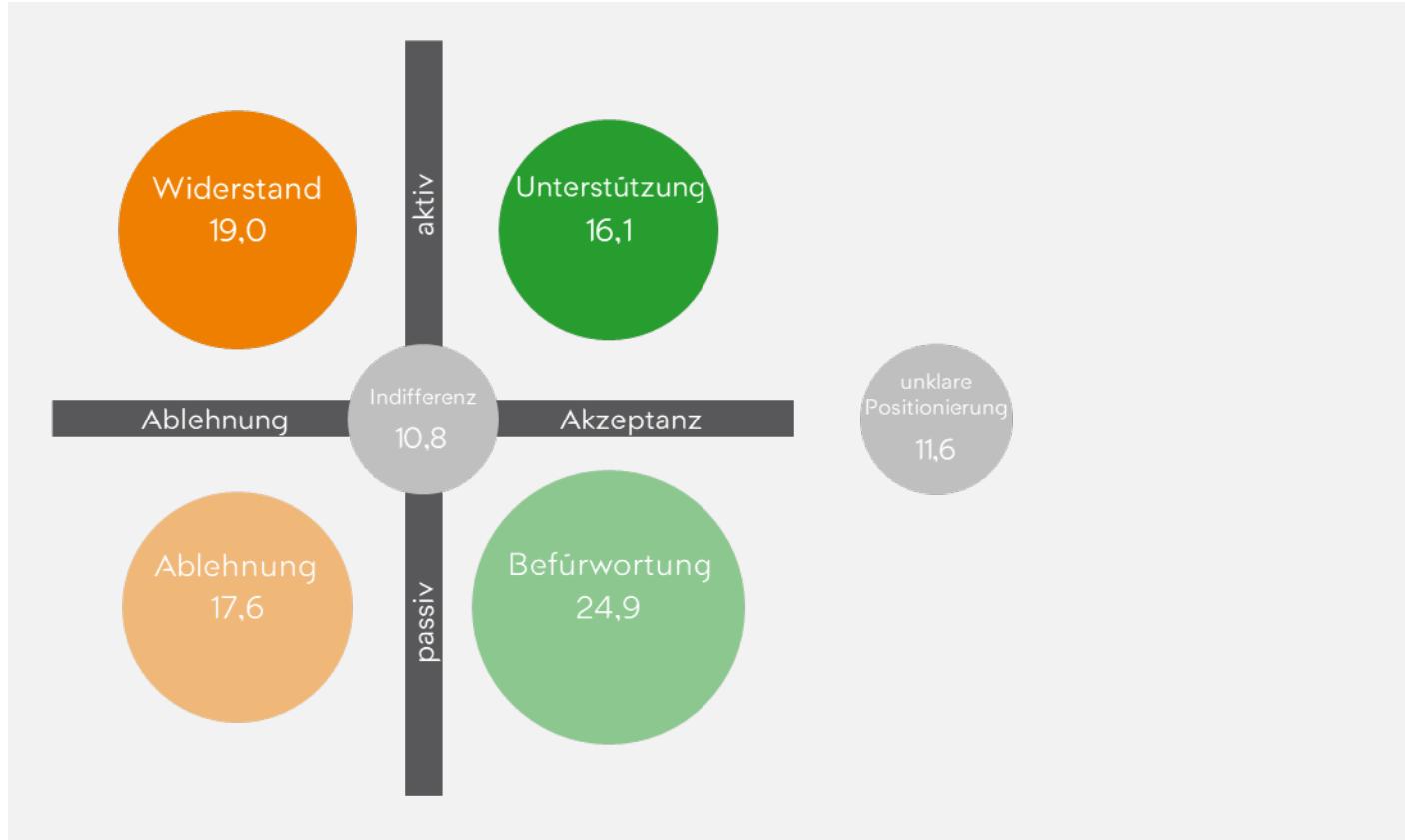


in Prozent aller Befragten zwischen 14 und 29 Jahren, die eigenen Wohnort als Standortregion akzeptieren oder ablehnen würden | N=635

Fragestellung: Jetzt soll es um einige Handlungen gehen, die als Reaktion auf die Auswahl der eigenen Region als eine der ca. 6 bis 8 Standortregionen für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle denkbar wären. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Handlungen, wie wahrscheinlich sie diese ausüben würden, um Ihre Meinung über die Entscheidung zu äußern.

Auch die Akzeptanzmatrix zur Auswahl der eigenen Region als Standortregion zeigt in der Jugendstichprobe kaum Unterschiede zur Gesamtstichprobe. Der größte Anteil der Befragten kann der Gruppe „Befürwortung“ zugeordnet werden (25 Prozent), akzeptiert die Entscheidung also, ohne aktiv zu werden. Der Gruppe „Widerstand“ werden 19 Prozent der Jugendlichen zugeordnet, 18 Prozent entfallen auf die Gruppe „Ablehnung“, 16 Prozent auf „Unterstützung“ (vgl. Abbildung 8.26).

ABBILDUNG 8.26: AKZEPTANZMATRIX ZUR AUSWAHL DER EIGENEN REGION ALS STANDORTREGION IN DER JUGENDSTICHPROBE



8.5 Zusammenfassung

Zusammenfassend zeigt sich, dass die Jugendlichen zwischen 14 und 29 Jahren in der Tendenz ähnliche Einstellungen zur Endlagersuche besitzen wie ihre älteren Mitmenschen. In einigen zentralen Punkten weichen Sie jedoch davon ab:

- Sie fühlen sich etwas weniger über das Thema der Endlagersuche informiert, haben nach eigenen Angaben seltener Kontakt mit diesbezüglichen Informationen und suchen auch seltener danach. Das trifft vor allem auf die 14-17-Jährigen zu. Dementsprechend sind auch bestimmte Wissensbestände geringer: Die Akteure sind in bei den 14-17-Jährigen deutlich weniger bekannt als bei allen anderen, das Stattfinden der Endlagersuche in der gesamten Gruppe der Jugendlichen.

- Die Befürwortung der Endlagersuche ist vor allem bei den 14-17-Jährigen deutlich geringer als bei allen anderen. Viele Befragte waren hier unentschieden. Dafür befürwortet diese Gruppe den Atomausstieg etwas häufiger als andere Altersgruppen. Die Risikoeinschätzung mit Blick auf das Endlager ist bei allen Jugendlichen seit 2020 kontinuierlich gesunken. Etwas höher als bei den Personen ab dem 30. Lebensjahr ist die Zustimmung zu finanziellen Kompensationen der Endlagerregion.
- Das Vertretungsgefühl im Prozess ist bei allen Jugendlichen deutlich höher als bei ihren älteren Mitmenschen. Dass Teilhabe eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen der Endlagersuche ist, wird zumindest bei den 14-24-Jährigen unterdurchschnittlich befürwortet. Das konkrete Teilhabeinteresse ist bei großen Teilen der Jugendlichen ähnlich ausgeprägt wie bei Personen ab dem 30. Lebensjahr. Zwischen 18 und 24 Jahren ist es in unserer Befragung jedoch deutlich höher.

9

Prüfung der Vorab-Hypothesen

9.1 Überprüfung der Hypothesen im Kontext

Nachdem wir die Ergebnisse der dritten Befragung zur Endlagersuche für hochradioaktive Abfälle im Detail vorgestellt haben, möchten wir noch einmal die von uns im Vorfeld aufgestellten Hypothesen genauer betrachten und sie in einzelnen Subgruppen und der Jugendstichprobe prüfen. Ziel ist es dabei zu schauen, wie stabil die Ergebnisse der Hypothesenprüfung in der Gesamtstichprobe sind. Dafür geben wir nachfolgend noch einmal kurz einen Überblick über alle Hypothesen auf Gesamtebene. Daran anschließend diskutieren wir die Ergebnisse der Hypothesenprüfung auf Gruppenebene und in der Jugendstichprobe.

Unsere erste Hypothese thematisiert den Zusammenhang zwischen Wissenschaftsskeptizismus und der Endlagersuche:

H1: Personen, die den Einfluss von Wissenschaft auf die Gesellschaft positiv bewerten, stehen der Suche nach einer Endlagerstätte für nuklearen Abfall positiver gegenüber als Personen, die den Einfluss von Wissenschaft auf die Gesellschaft negativ bewerten.

Wie bereits im Kapitel 4 beschrieben, nutzen wir für die statistische Überprüfung den Chi-Quadrat Test inkl. Cramer's V, da unsere abhängige Variable, die „Befürwortung der Endlagersuche“, kategorial skaliert ist und wir unsere unabhängige Variable „Wissenschaftsskeptizismus“ als dichotomisierte Variable mit den Ausprägungen nicht wissenschaftsskeptisch und wissenschaftsskeptisch verwenden. Auf dem 0,01-Niveau ist die Hypothese signifikant und kann damit bestätigt werden. Allerdings ist der Zusammenhang mit einer Effektstärke von 0,122 gering.

In der zweiten Hypothese betrachten wir den Einfluss von möglichen negativen Auswirkungen auf die Akzeptanz eines Endlagerstandortes in der eigenen Region. Als negative Auswirkungen wurden im Rahmen der Befragung die Aspekte Unruhen, Wertminderung von Grundstücken und Gebäuden, Verkaufsprobleme von regionalen Produkten und Attraktivitätsverlust der Region abgefragt. Wir vermuten, dass:

H2: Je stärker negative Auswirkungen eines Endlagers wahrgenommen werden, desto weniger sind die Befragten bereit zu akzeptieren, wenn ihre Region als Standortregion ausgewählt werden würde.

Da sowohl die abhängige („Akzeptanz eigene Standortregion“) also auch die zu einem Mittelwertindex gebildete unabhängige Variable („wahrgenommene negative Auswirkungen“) intervallskaliert sind, überprüfen wir die Hypothese mit der Pearson-Korrelation. Auch dieser Zusammenhang ist auf dem 0,01-Niveau signifikant, mit einem Korrelationskoeffizient von -0,296 allerdings eher gering. Entsprechend hat die Wahrnehmung von negativen Auswirkungen einen Einfluss auf die Akzeptanz. Die Betrachtung der einzelnen negativen Auswirkungen macht deutlich,

dass monetäre Auswirkungen einen stärkeren Einfluss ausüben als gesellschaftliche Auswirkungen. Finanzielle Einbußen beim Verkauf landwirtschaftlicher Produkte aus der Region üben dabei mit einem Korrelationskoeffizienten von -0,288 den stärksten Einfluss aus, gefolgt von der Wertminderung von Grundstücken und Gebäuden ($r=-0,249$) und dem Attraktivitätsverlust der Region ($r=-0,247$). Den niedrigsten Korrelationskoeffizienten weist die Korrelation zwischen Unruhen und Akzeptanz auf ($r=-0,115$).

Neben der aus dem Zwischenbericht zum aktuellen Forschungsstand abgeleiteten Hypothese 2 zeigte sich während der Analyse zu den Risiken ein weiterer interessanter Zusammenhang, den wir betrachtet haben, denn es liegt nahe, dass:

H2b: Je größer die Risikowahrnehmung in Bezug auf ein Endlager ist, desto stärker werden auch die negativen Auswirkungen als wahrscheinlich zutreffend gehalten.

Mit einem Korrelationskoeffizienten von 0,384 kann der Zusammenhang auf dem 99-Prozent-Niveau bestätigt werden. Befragte, die eine hohe Risikowahrnehmung in Bezug auf ein Endlager haben, halten somit negative Auswirkungen am Endlagerstandort für wahrscheinlicher als solche mit einer niedrigen Risikowahrnehmung.

Neben den verschiedenen negativen Auswirkungen, kann ein Endlager auf der anderen Seite auch Chancen für eine Region bieten, wie bspw. die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Verbesserung der Infrastruktur und Impulse für die regionale Wirtschaft. Wir haben im Rahmen der Befragung neben den negativen auch die genannten drei positiven Auswirkungen abgefragt, um zu prüfen, ob die Akzeptanz für die eigene Region als Standortregion steigt, je stärker Menschen davon ausgehen, dass damit positive Auswirkungen für die Region verbunden sind. Wir formulierten hierzu folgende Hypothese:

H3: Je stärker die Chancen eines Endlagers wahrgenommen werden, desto eher sind die Befragten bereit zu akzeptieren, wenn ihre Region als Standortregion ausgewählt werden würde.

Diesen Zusammenhang können wir bestätigen. Laut Pearson-Korrelation liegt ein geringer positiver Zusammenhang zwischen den wahrgenommenen Chancen und der Akzeptanz als Standortregion vor ($r=0,198$, $p=<.000$). Klar kommunizierte positive Auswirkungen können akzeptanzfördernd sein, wenngleich der Zusammenhang geringer ist als bei den negativen Auswirkungen. Unter den drei betrachteten positiven Auswirkungen weist die Verbesserung der Infrastruktur des Gebiets einen stärkeren Zusammenhang auf ($r=0,205$) als die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze ($r=0,126$) und Impulse für die regionale Wirtschaft ($r=0,124$).

In unserer vierten Hypothese stehen das Vertrauen in die verantwortlichen Institutionen und das Vertretungsgefühl der Befragten im Rahmen des Standortauswahlverfahrens im Fokus. Wir vermuteten im Vorfeld, dass zwischen beiden ein positiver Zusammenhang besteht:

H4: Je stärker das Vertrauen in die verantwortlichen Institutionen des Standortauswahlverfahrens ist, desto stärker fühlen sich die Befragten im Rahmen des Standortauswahlverfahrens vertreten.

Für die Variable „Vertrauen in die verantwortlichen Institutionen“ haben wir einen Mittelwertindex aus dem Vertrauen in das BMU, die BGE, das BASE und das NBG gebildet. Diese gebildete Variable ist unsere unabhängige Variable für die Hypothesentestung. Der Korrelationskoeffizient zwischen dem Mittelwertindex „Vertrauen in die beteiligten Institutionen“ und dem intervallskalierten

Vertretungsgefühl beträgt 0,211, der Zusammenhang ist auf dem 0,01-Niveau signifikant, aber schwach. Die Hypothese kann damit bestätigt werden.

Sollte das Vertrauen vorhanden sein und sich die Befragten im Rahmen des Standortauswahlverfahrens vertreten fühlen, ist anzunehmen, dass auch die Akzeptanz, die eigene Region als Standortregion zu akzeptieren, positiv beeinflusst wird:

H5: Je stärker sich die Befragten im Rahmen des Standortauswahlverfahrens vertreten fühlen, desto eher sind sie bereit zu akzeptieren, wenn ihre Region als Standortregion ausgewählt werden würde.

Die bivariate Korrelation zwischen beiden intervallskalierten Variablen bestätigt die Hypothese. Der Korrelationsfaktor beträgt 0,335 und ist auf dem 99-Prozent-Niveau signifikant. Entsprechend würden Befragte, die ihre Interessen vertreten fühlen, eine Auswahl ihrer Region als Standortregion anerkennen.

Die nachfolgende Tabelle bietet einen Überblick über die getesteten Hypothesen:

	Signifikanz (p)	Korrelations- koeffizient (r)	Effektstärke Cramer's V	Ergebnis
Hypothese 1	<.000		0,122	bestätigt
Hypothese 2	<.000	-0,296		bestätigt
Hypothese 2b	<.000	0,384		bestätigt
Hypothese 3	<.000	0,198		bestätigt
Hypothese 4	<.000	0,211		bestätigt
Hypothese 5	<.000	0,335		bestätigt

Im Resümee ist es für das Standortauswahlverfahren zentral, das Vertrauen in die beteiligten Institutionen weiter auszubauen, um das Vertretungsgefühl der Bürger*innen im Prozess zu stärken. Daneben sollten die Chancen eines Endlagers mehr Aufmerksamkeit erhalten und stärker hervorgehoben werden. Im Rahmen einer transparenten Kommunikation sind die Risiken zu diskutieren, eventuell zu entkräften, um die Akzeptanz in der eigenen Region positiv zu beeinflussen.

Im Bürger*innendialog ist es sinnvoll, unterschiedliche Gruppen verschieden anzusprechen. Wie Hypothese 1 deutlich gemacht hat, stehen Personen, die den Einfluss von Wissenschaft auf die Gesellschaft positiv bewerten, der Suche nach einer Endlagerstätte für nuklearen Abfall positiver gegenüber als Personen, die den Einfluss von Wissenschaft auf die Gesellschaft negativ bewerten. Im folgenden Kapitel werden diese beiden, aber auch andere Gruppen näher betrachtet.

9.2 Überprüfung der Hypothesen in einzelnen Subgruppen

Subgruppe: nicht wissenschaftsskeptisch (n=869)

Eine schnelle Einordnung der Ergebnisse gegenüber der Gesamtauswertung bietet die nachfolgende Tabelle:

	Signifikanz (<i>p</i>)	Korrelations- koeffizient (<i>r</i>)	Korrelations- koeffizient (<i>r</i>) in Gesamt- stichprobe	Ergebnis
Hypothese 1				nicht prüfbar
Hypothese 2	<.000	-0,255	-0,296	bestätigt
Hypothese 2b	<.000	0,400	0,384	bestätigt
Hypothese 3	<.000	0,158	0,198	bestätigt
Hypothese 4	.013	0,086	0,211	bestätigt
Hypothese 5	<.000	0,263	0,335	bestätigt

Abgesehen von der ersten Hypothese, die nicht getestet werden kann, da die unabhängige Variable Wissenschaftsskepticismus zugleich die ausgewertete Subgruppe ist, können alle anderen Hypothesen bestätigt werden. Im Vergleich zu den Gesamtergebnissen gibt es meist nur geringe Abweichungen in den Korrelationskoeffizienten. Auch in der Gruppe der nicht wissenschaftsskeptischen Personen werden Chancen weniger wahrgenommen als Risiken (Hypothesen 2 und 3). Auffällig ist das Ergebnis zu Hypothese 4, da hier die Abweichung zwischen den Korrelationskoeffizienten größer ist. Der Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in die verantwortlichen Institutionen des Standortauswahlverfahrens und dem Vertretungsgefühl ist in dieser Gruppe noch schwächer als auf Gesamtebene. Einzelanalysen zeigen, dass die Korrelationen mit dem Vertrauen in die BGE und in das Nationalen Begleitgremium nicht signifikant sind, mit dem Vertrauen in das BASE und das BMU schon.

Subgruppe: wissenschaftsskeptisch (n=1.968)

	Signifikanz (<i>p</i>)	Korrelations- koeffizient (<i>r</i>)	Korrelations- koeffizient (<i>r</i>) in Gesamt- stichprobe	Ergebnis
Hypothese 1				nicht prüfbar
Hypothese 2	<.000	-0,268	-0,296	bestätigt
Hypothese 2b	<.000	0,347	0,384	bestätigt
Hypothese 3	<.000	0,202	0,198	bestätigt
Hypothese 4	<.000	0,247	0,211	bestätigt
Hypothese 5	<.000	0,329	0,335	bestätigt

In der Gruppe der „Wissenschaftsskeptiker*innen“ (Zustimmung zur Aussage „Die Wissenschaft wird von politischen Interessen beherrscht.“) können ebenfalls alle Hypothesen angenommen werden. Die Abweichungen zur Gesamtauswertung sind marginal.

Um zu prüfen, wie stabil die Hypothesen auch in Bezug auf andere Subgruppen sind, werden diese nachfolgend in einigen Subgruppen überprüft. Dabei bilden wir die Ergebnisse der Subgruppen eines Merkmals gemeinsam in einer Überblickstabelle ab. Wir beginnen mit der Einstellung zum Atomausstieg mit den beiden Subgruppen „Atomausstieg (eher) falsch“ und „Atomausstieg (eher) richtig“.

Subgruppen Merkmal Einstellung zum Atomausstieg: Atomausstieg (eher) falsch (n=1.365) und Atomausstieg (eher) richtig (n=1.479)

	Gruppen	Signifikanz (p)	Korrelations- koeffizient (r)	Effektstärke Cramer's V (Phi)	Ergebnis
Hypothese 1	Atomausstieg (eher) falsch	<.000		0,135	bestätigt
	Atomausstieg (eher) richtig	<.000		0,151	bestätigt
Hypothese 2	Atomausstieg (eher) falsch	<.000	-0,282		bestätigt
	Atomausstieg (eher) richtig	<.000	-0,301		bestätigt
Hypothese 2b	Atomausstieg (eher) falsch	<.000	0,374		bestätigt
	Atomausstieg (eher) richtig	<.000	0,369		bestätigt
Hypothese 3	Atomausstieg (eher) falsch	<.000	0,308		bestätigt
	Atomausstieg (eher) richtig	<.000	0,111		bestätigt
Hypothese 4	Atomausstieg (eher) falsch	<.000	0,206		bestätigt
	Atomausstieg (eher) richtig	<.000	0,256		bestätigt
Hypothese 5	Atomausstieg (eher) falsch	<.000	0,367		bestätigt
	Atomausstieg (eher) richtig	<.000	0,321		bestätigt

Wie in der Gesamtstichprobe, weisen alle Hypothesen auch in den beiden Subgruppen zur Einstellung gegenüber dem Atomausstieg signifikante Zusammenhänge auf. Bei den meisten Hypothesen ist die Stärke des Zusammenhangs in beiden Subgruppen ähnlich hoch. Einzig bei Hypothese 3 (Zusammenhang zwischen Wahrnehmung von Chancen durch ein Endlager und Akzeptanz als Standortregion) unterscheiden sie sich stark: In der Gruppe „Atomausstieg (eher)

falsch“ beträgt der Korrelationskoeffizient $r=0,308$, in der Gruppe „Atomausstieg (eher) richtig“ ist $r=0,111$. Bei denjenigen, die den Atomausstieg Deutschlands eher skeptisch sehen, haben also wahrgenommene Chancen einesendlagers für die Standortregion einen stärkeren Einfluss darauf, wie sehr sie ihre eigene Region als Standortregion akzeptieren würden.

Subgruppen Merkmal Geschlecht: Männer (n=1.468), Frauen (n=1.535)

	Gruppe	Signifikanz (p)	Korrelations- koeffizient (r)	Effektstärke Cramer's V (Φ)	Ergebnis
Hypothese 1	Männer	.064			nicht bestätigt
	Frauen	<.000		0,149	bestätigt
Hypothese 2	Männer	<.000	-0,240		bestätigt
	Frauen	<.000	-0,291		bestätigt
Hypothese 2b	Männer	<.000	0,392		bestätigt
	Frauen	<.000	0,315		bestätigt
Hypothese 3	Männer	<.000	0,157		bestätigt
	Frauen	<.000	0,208		bestätigt
Hypothese 4	Männer	.013	0,186		bestätigt
	Frauen	<.000	0,244		bestätigt
Hypothese 5	Männer	<.000	0,334		bestätigt
	Frauen	<.000	0,310		bestätigt

Abgesehen von der ersten Hypothese (Zusammenhang zwischen Wissenschaftsskeptizismus und Akzeptanz der Standortregion), können in der Subgruppe der Männer alle anderen Hypothesen bestätigt werden. In der Gruppe der Frauen weisen alle Hypothesen, wie auch in der Gesamtstichprobe, einen signifikanten Zusammenhang auf. Größere Unterschiede in der Stärke des Zusammenhangs existieren nicht.

Subgruppen Merkmal sozialer Status: unteres Drittel (n=319), mittleres Drittel (n=2.319) und oberes Drittel (n=264)

	Gruppe	Signifikanz (p)	Korrelations- koeffizient (r)	Effektstärke Cramer's V (Phi)	Ergebnis
Hypothese 1	unteres Drittel	<.000		0,264	bestätigt
	mittleres Drittel	<.000		0,109	bestätigt
	oberes Drittel	.022		0,213	bestätigt
Hypothese 2	unteres Drittel	<.000	-0,284		bestätigt
	mittleres Drittel	<.000	-0,301		bestätigt
	oberes Drittel	<.000	-0,224		bestätigt
Hypothese 2b	unteres Drittel	<.000	0,449		bestätigt
	mittleres Drittel	<.000	0,366		bestätigt
	oberes Drittel	<.000	0,455		bestätigt
Hypothese 3	unteres Drittel	<.000	0,255		bestätigt
	mittleres Drittel	<.000	0,214		bestätigt
	oberes Drittel	.427	-0,012		nicht bestätigt
Hypothese 4	unteres Drittel	<.000	0,237		bestätigt
	mittleres Drittel	<.000	0,205		bestätigt
	oberes Drittel	.011	0,153		bestätigt
Hypothese 5	unteres Drittel	<.000	0,300		bestätigt
	mittleres Drittel	<.000	0,342		bestätigt
	oberes Drittel	<.000	0,273		bestätigt

Abgesehen von Hypothese 3 (Zusammenhang zwischen Chancen eines Endlagers für die Region und Standortakzeptanz) in der Subgruppe oberes Drittel sind alle Hypothesen signifikant und damit zutreffend. Größere Unterschiede in der Stärke des Zusammenhangs existieren auch hier nicht.

Subgruppen Merkmal Alter: 14-29 Jahre (n=552), 30-39 Jahre (n=432), 40-49 Jahre (n=408), 50-64 Jahre (n=786) und 65 Jahre und älter (n=780)

	Gruppe	Signifikanz (p)	Korrelations- koeffizient (r)	Effektstärke Cramer's V (Phi)	Ergebnis
Hypothese 1	14-29 Jahre	.386			nicht bestätigt
	30-39 Jahre	<.000		0,300	bestätigt
	40-49 Jahre	<.000		0,214	bestätigt
	50-64 Jahre	.018		0,127	bestätigt
	65 Jahre und älter	.003		0,148	bestätigt

Hypothese 2	14-29 Jahre	<.000	-0,311	bestätigt
	30-39 Jahre	<.000	-0,329	bestätigt
	40-49 Jahre	<.000	-0,334	bestätigt
	50-64 Jahre	<.000	-0,276	bestätigt
	65 Jahre und älter	<.000	-0,333	bestätigt
Hypothese 2b	14-29 Jahre	<.000	0,309	bestätigt
	30-39 Jahre	<.000	0,351	bestätigt
	40-49 Jahre	<.000	0,392	bestätigt
	50-64 Jahre	<.000	0,410	bestätigt
	65 Jahre und älter	<.000	0,407	bestätigt
Hypothese 3	14-29 Jahre	.014	0,107	bestätigt
	30-39 Jahre	<.000	0,371	bestätigt
	40-49 Jahre	<.000	0,188	bestätigt
	50-64 Jahre	<.000	0,133	bestätigt
	65 Jahre und älter	<.000	0,208	bestätigt
Hypothese 4	14-29 Jahre	.169		nicht bestätigt
	30-39 Jahre	.005	0,141	bestätigt
	40-49 Jahre	.001	0,181	bestätigt
	50-64 Jahre	<.000	0,287	bestätigt
	65 Jahre und älter	<.000	0,302	bestätigt
Hypothese 5	14-29 Jahre	<.000	0,236	bestätigt
	30-39 Jahre	<.000	0,457	bestätigt
	40-49 Jahre	<.000	0,290	bestätigt
	50-64 Jahre	<.000	0,321	bestätigt
	65 Jahre und älter	<.000	0,362	bestätigt

Abgesehen von den Hypothese 1 und 4 in der Subgruppe 14-29-Jährige sind alle Hypothesen signifikant. Da diese Subgruppe im Rahmen dieser Untersuchung von besonderem Interesse ist, wird sie in dem nachfolgenden Kapitel noch etwas näher betrachtet.

Interessant ist aber auch die Altersgruppe zwischen 30 und 39 Jahren. Die Ergebnisse weisen insbesondere bei den Hypothesen 1, 3 und 5 stärkere Zusammenhänge auf als bei den anderen Altersgruppen. Bei Hypothese 5 (Zusammenhang zwischen Vertretungsgefühl und Akzeptanz als Standortregion) ist der Zusammenhang sogar so stark, dass mit $r=0,457$ ein eher mittlerer positiver Zusammenhang vorliegt. In allen anderen Subgruppen ist der Zusammenhang (eher) schwach (zwischen $r=0,236$ und $r=0,362$). Das Vertrauen in die am Standortauswahlverfahren beteiligten Institutionen hat zwar bei Befragten im Alter zwischen 30 und 39 Jahren einen Einfluss auf das Vertretungsgefühl, allerdings ist dieser Zusammenhang unter allen Altersgruppen mit einem Korrelationskoeffizienten von $r=0,141$ am geringsten. Relevanter scheinen für diese Gruppe die wahrnehmbaren Chancen bzw. Auswirkungen auf die Standortregion zu sein. Hier zeigt sich ein geringer bis mittlerer positiver Zusammenhang ($r=0,371$, Hypothese 3). Zwar zeigt sich auch bei den negativen Auswirkungen ein eher geringer Zusammenhang ($r=-0,329$). Allerdings ist es die einzige

Altersgruppe, bei der der Zusammenhang zwischen Chancen und Standortregion stärker ist als der Zusammenhang zwischen den Risiken und der Standortregion, wenngleich der Unterschied nicht sehr hoch ist.

Aufmerksamkeit verdient außerdem der lineare Anstieg der Effektstärke bei Hypothese 4, dem vermuteten Zusammenhang zwischen Vertrauen in verantwortliche Institutionen und Vertretungsgefühl. In der Gruppe der 14-29-Jährigen ist dieser gar nicht vorhanden, zwischen 18 und 49 Jahren nur schwach. Ab dem 50. Lebensjahr steigt er dann deutlich an. Bei älteren Personen ist das Vertrauen in die verantwortlichen Institutionen also wichtiger für das Gefühl, im Suchprozess vertreten zu sein als bei jüngeren.

9.3 Überprüfung der Hypothesen in der Jugendstichprobe

Abgesehen von Hypothese 1 können alle anderen Hypothesen auch in der Jugendstichprobe (Befragte im Alter zwischen 18 und 29 Jahren) bestätigt werden.

	Signifikanz (<i>p</i>)	Korrelations- koeffizient (<i>r</i>)	Gesamt- wert (<i>r bzw. Phi</i>)	Effektstärk e Cramer's <i>V</i>	Ergebnis
Hypothese 1	.504		0,122		nicht bestätigt
Hypothese 2	<.000	-0,333	-0,296		bestätigt
Hypothese 2b	<.000	0,335	0,384		bestätigt
Hypothese 3	<.000	0,163	0,198		bestätigt
Hypothese 4	<.000	0,169	0,211		bestätigt
Hypothese 5	<.000	0,323	0,335		bestätigt

H1: Personen, die den Einfluss von Wissenschaft auf die Gesellschaft positiv bewerten, stehen der Suche nach einer Endlagerstätte für nuklearen Abfall positiver gegenüber als Personen, die den Einfluss von Wissenschaft auf die Gesellschaft negativ bewerten.

Dieser Zusammenhang kann in der Jugendstichprobe nicht bestätigt werden (*p*=0,504).

H2: Je stärker negative Auswirkungen eines Endlagers wahrgenommen werden, desto weniger sind die Befragten bereit zu akzeptieren, wenn ihre Region als Standortregion ausgewählt werden würde.

Auf dem 0,01-Niveau ist dieser Zusammenhang signifikant. Mit einem Korrelationskoeffizient von -0,333 hat der Zusammenhang eine geringe bis mittlere negative Stärke. Anders als in der Gesamtstichprobe zeigt sich bei der Betrachtung der einzelnen negativen Auswirkungen, dass der Attraktivitätsverlust der Region den stärksten Zusammenhang aufweist (*r*=-0,310; Gesamtstichprobe: *r*=0,247), stärker als monetäre Aspekte (Verkaufsprobleme: *r*=-0,280 und Wertminderung: *r*=-0,262) und Unruhen (*r*=-0,145). Im Vergleich zur Gesamtstichprobe sind die Korrelationskoeffizienten ähnlich und weisen nur geringfügige Abweichungen auf.

H2b: Je stärker die Risiken eines Endlagers wahrgenommen werden, desto eher werden auch die negativen Auswirkungen für wahrscheinlich zutreffend gehalten.

Mit einem Korrelationskoeffizienten von $r=0,335$ ist dieser signifikante Zusammenhang etwas schwächer als in der Gesamtstichprobe ($r=0,384$).

H3: Je stärker die Chancen eines Endlagers wahrgenommen werden, desto eher sind die Befragten bereit zu akzeptieren, wenn ihre Region als Standortregion ausgewählt werden würde.

Auch hier kann die Hypothese angenommen werden ($r=0,163$, $p<.000$), in der Gesamtstichprobe ist der Zusammenhang ein wenig stärker ($r=0,198$). Unter den drei betrachteten positiven Auswirkungen weist die Verbesserung der Infrastruktur des Gebiets wie auch in der Gesamtstichprobe einen stärkeren Zusammenhang auf ($r=0,186$, Gesamtstichprobe: $r=0,205$) als die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze ($r=0,099$, Gesamtstichprobe: $r=0,126$) und Impulse für die regionale Wirtschaft ($r=0,068$, Gesamtstichprobe: $r=0,126$).

H4: Je stärker das Vertrauen in die verantwortlichen Institutionen des Standortauswahlverfahrens ist, desto stärker fühlen sich die Befragten im Rahmen des Standortauswahlverfahrens vertreten.

Der Zusammenhang ist auf dem 0,01-Niveau signifikant. Der Korrelationskoeffizient beträgt 0,169 und ist damit geringer als bei der Gesamtstichprobe ($r=0,211$). Unter Berücksichtigung aller abgefragten Institutionen, Organisationen und Personengruppen erhöht sich der Korrelationskoeffizient auf 0,270 (Gesamtstichprobe: $r=0,249$). Wie auch in der Gesamtstichprobe zeigen Regressions- und Faktorenanalyse, dass der Zusammenhang zum Vertrauen in Regierungsakteure mit einem Korrelationskoeffizient von 0,329 (Gesamtstichprobe: $r=0,254$) ausgeprägter ist als zum Vertrauen in alle anderen abgefragten Institutionen, Organisationen und Personengruppen.

H5: Je stärker sich die Befragten im Rahmen des Standortauswahlverfahrens vertreten fühlen, desto eher sind die Befragten bereit zu akzeptieren, wenn ihre Region als Standortregion ausgewählt werden würde.

Auch diese Hypothese kann bestätigt werden. Die Korrelationsfaktoren der Jugend- und Gesamtstichprobe weichen nur geringfügig voneinander ab ($r=0,323$, Gesamtstichprobe: $r=0,335$).

10

Handlungsempfehlungen für das BASE

1. Aktuell bedeutet eine gelungene Beteiligung für die meisten Bürger*innen immer noch, transparente und umfassende Information über das Vorhaben zu erhalten. Der Suchprozess ist noch nicht in die Phase eingetreten, in der von den Bürger*innen eine aktive Beteiligung gewünscht wird. Diese Phase dürfte beginnen, wenn konkrete Standortregionen für die übertägige Erkundung vorliegen. Information ist die Grundlage von Beteiligung. Aktuell scheint also eine Fokussierung auf den Informationsaspekt sinnvoll zu sein, um eine gelingende Beteiligung zu ermöglichen. Da momentan die Priorität des Themas in der Bevölkerung insgesamt noch gering ist, sind aufsuchende Formate die erste Wahl bei der Informationsvermittlung und Beteiligung.
2. Die Informationsarbeit sollte darauf ausgerichtet sein, den Bürger*innen die Fakten an die Hand zu geben, mit denen sie die Risiken eines Endlagers fundiert einschätzen können. Die Risikowahrnehmung ist ein zentraler Einflussfaktor darauf, ob Personen das Endlager akzeptieren oder ablehnen. Wie in der ersten Phase von EWident deutlich wurde, sind für die Kommunikation maximale Transparenz und Ehrlichkeit entscheidend.
3. Die Institutionen der Endlagersuche besitzen aktuell ein relativ hohes Vertrauen, auch wenn sie nur Teilen der Bevölkerung bekannt sind – also eine Art Vertrauensvorschuss. Es liegt auf einem Niveau mit dem Vertrauen in themenrelevante Nichtregierungsorganisationen und über dem in andere Bürger*innen. Diese beiden Gruppen sind wahrscheinlich die kritischsten Begleiter*innen des Prozesses. Der Vertrauensvorschuss kann genutzt werden, um in einer potenziellen diskursiven Gemengelage mit mehr oder weniger faktenbasierten Beiträgen mit einer transparenten und faktenbasierten Kommunikation die Diskurshoheit zu behalten.
4. Es gilt weiterhin, was wir nach den ersten beiden Erhebungen empfohlen haben: Die Nichtregierungsorganisationen sind wichtige strategische Partnerinnen, um auch aktuell skeptische Teile der Bevölkerung zu erreichen. Gerade bei Personen, die in einem Endlager ein größeres Risiko sehen, genießen sie mehr Vertrauen als die verantwortlichen Institutionen. Auch wenn die Nichtregierungsorganisationen ihre Rolle als kritische Begleiterinnen definieren, sollte versucht werden, sie in einem konstruktiven Prozess in die Vertrauensbildung bei der Bevölkerung einzubinden.
5. Da die beteiligten Institutionen in der Bevölkerung ein deutlich höheres Vertrauen genießen als politische Akteur*innen, erscheint es sinnvoll, sich in der Außendarstellung deutlich als unabhängig von politischer Einflussnahme darzustellen. Stabilität ist ein wichtiger Faktor für Vertrauen. Die aktuelle politische Landschaft ist allerdings eher von Instabilität geprägt. Die beteiligten Institutionen sollten deutlich machen, dass auf sie auf lange Zeit Verlass ist. Außerdem sollten sie die Garanten dafür sein, dass politische Argumente die Objektivität und Wissenschaftlichkeit des Suchprozesses nicht beeinflussen können. Sie sind die Wächterinnen des Prozesses.

6. Das Nationale Begleitgremium bei der Endlagersuche könnte dabei eine zentrale Rolle spielen. Aktuell ist es jedoch von allen drei Institutionen am wenigsten bekannt und genießt das geringste Vertrauen. Während es im aktuellen Stadium des Prozesses noch keine größere Rolle zu spielen scheint, könnte es mit Näherrücken der Entscheidung über die Standortregionen immer wichtiger werden. Sinnvoll wäre es, bereits jetzt durch verstärkte Kommunikationsarbeit ein gewisses Standing in der Öffentlichkeit zu erreichen. So könnte es auch dafür sorgen, dass das bisher eher geringe Gefühl der Bevölkerung, mit ihren Interessen im Prozess vertreten zu sein, gesteigert werden kann.
7. Wissenschaftler*innen genießen beim Thema Endlagersuche das größte Vertrauen aller abgefragten Akteur*innen. Auch darin drückt sich der Wunsch aus, dass der Suchprozess objektiv, unabhängig und faktenbasiert stattfindet. Für die Außendarstellung erscheint es deshalb sinnvoll, das Expertentum, das ja vor allem in der BGE vorhanden ist, in den Vordergrund zu rücken.
8. Die zeitliche Verzögerung des Suchprozesses scheint in der Bevölkerung keine größere Rolle zu spielen. Zwar gibt ungefähr ein Drittel der Befragten an, dass eine Entscheidung bis 2031 getroffen werden sollte, bei 40 Prozent geht jedoch die Sicherheit des Standortes vor. Möglicherweise spielt dabei auch eine Rolle, dass die Entscheidung und damit das gefühlte Risiko, im zukünftigen Endlagerstandort zu leben, durch die Verzögerung aus dem Ereignishorizont des eigenen Lebens verschwindet. Zwar werden auch die Risiken einer verlängerten Zwischenlagerung gesehen, diese entsprechen aber ungefähr dem gefühlten Risiko eines Endlagers. Insofern erwarten die Befragten durch das Endlager faktisch keine Abnahme des durch die hochradioaktiven Abfälle ausgehenden Risikos. Auch wenn die Verzögerung im Prozess aus Sicht der Bevölkerung derzeit nicht thematisiert werden muss, sollte darüber kommuniziert werden, was die Verzögerung für den Erfolg des Prozesses und für die nun deutlich längere Zwischenlagerung bedeutet.
9. Wenn sie nach den Auswirkungen auf die ausgewählte Standortregion gefragt werden, dann erwarten die Bürger*innen eher negative als positive. Wie ein Endlager eine Region verändert wird, kommt in der bisherigen Kommunikation kaum zur Sprache. Zwar stehen bei den Informationsinteressen Sicherheit und Verfahrenstransparenz klar an erster Stelle. Für eine positive Vision vom Endlager sollte jedoch in die „Erzählungen“ davon auch aufgenommen werden, welche positiven Auswirkungen das Endlager auf die Standortregion haben kann.
10. Eine finanzielle Incentivierung des zukünftigen Endlagerstandortes trifft auf mehrheitliche Zustimmung in der Bevölkerung. Es scheint deshalb sinnvoll, ein entsprechendes Konzept zu entwickeln und immer mitzukommunizieren. Dabei sollte darauf geachtet werden, dass weiterhin die größtmögliche Sicherheit als zentrales Entscheidungskriterium bestehen bleibt und nicht das Gefühl aufkommt, dass wirtschaftlich schlechter gestellte Regionen damit gezielt „gekauft“ werden sollen. Dennoch ist eine solche Incentivierung ein Zeichen der Fairness und kann das Vertrauen in den Prozess stärken. Eine Berücksichtigung des Kompensationsgedankens in den Standortvereinbarungen wäre zum Beispiel eine geeignete Variante.

11

Methodenbericht

Die Durchführung der Erhebung lag in der Verantwortung von approxima Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung Weimar mbH. In enger Abstimmung mit den verantwortlichen Mitarbeiter*innen beim BASE haben wir den Fragebogen erstellt, anschließend eigenverantwortlich Stichprobenziehung, Durchführung der Interviews und Auswertung geleistet. Vor Start der Hauptbefragung wurde der Fragebogen einem Pretest unterzogen, dessen Ergebnisse in einem gesonderten Pretestbericht zur Verfügung stehen.

11.1 Design und Struktur der Stichproben

Repräsentative Bevölkerungsstichprobe

Grundgesamtheit der Studie sind alle Einwohner*innen in Deutschland ab 14 Jahren. Für die Studie wurde eine Mixed-Mode-Befragung (50 % Telefonbefragung / 50 % Onlinebefragung) in dieser Bevölkerungsgruppe angewandt.

Die Ziehung der Telefon-Stichprobe erfolgte mittels des Auswahlrahmens für Telefonbefragungen der Arbeitsgemeinschaft ADM-Stichproben (so genannte „ADM-Stichprobe“, weitere Informationen unter <https://www.adm-ev.de/leistungen/arbeitsgemeinschaft-adm-stichproben/>). Die ADM-Stichprobe ist die derzeit in Deutschland hochwertigste telefonische Zufallsstichprobe und basiert auf den Eckdaten des Nummernraums, den die Bundesnetzagentur den Telefonanbietern zur Verfügung stellt und verwaltet. Über ein spezielles Verfahren werden auf Basis dieses Nummernraums alle prinzipiell in Deutschland nutzbaren Telefonnummern erzeugt. Die Stichprobe ist also unabhängig davon, ob eine Telefonnummer in einem öffentlichen Verzeichnis gelistet ist oder nicht. Um den Rückgang von Festnetzanschlüssen in der Bevölkerung auszugleichen, hat der ADM seinen Telefonauswahlrahmen so erweitert, dass Mobilfunknummern methodisch sauber und effizient integriert werden können. Dieser so genannte „Dual Frame“-Ansatz verwendet für Stichproben eine Nummernmischung von 70 Prozent Festnetz- und 30 Prozent Mobilfunknummern. Durch spezielle Designfragen und Gewichtungsmechanismen wird trotz der Verwendung von zwei unterschiedlichen Nummernframes am Ende eine repräsentative Gesamtstichprobe erzeugt.

Die Festnetznummern sind mit regionalen Zuordnungen versehen, die es erlauben, bis auf Ebene der Gemeindekennziffer - und bei einer Reihe von Großstädten bis auf Stadtteilebene - regional zu schichten. Darüber hinaus sind bei einem Großteil der Nummern Kennzeichnungen für private oder geschäftliche Nutzung verfügbar. Bei den Mobilfunknummern erfolgt die regionale Zuordnung zu einem Bundesland durch Befragung der Probanden.

Die Auswahl der Zielpersonen in den Haushalten erfolgte nach einem Zufallsverfahren („Last Birthday“). Wir haben – bei Festnetzanschlüssen - nur diejenige Person im Haushalt befragt, die zuletzt Geburtstag hatte und mindestens 14 Jahre alt war. Bei Handynummern wurde direkt die ans Telefon gehende Person befragt, wenn diese mindestens 14 Jahre alt war.

Da bei Onlinebefragungen keine reine Zufallsstichprobe generiert werden kann (dazu fehlt ein Verzeichnis aller Internetnutzenden), wurde die Onlinestichprobe mittels geeigneter Quoten nachgebildet. Als Quotenvariablen wurden Alter, Geschlecht, Bildungsgrad, Ortsgröße und Bundesland verwendet. Die Quotenvorgaben für die Stichprobe bildeten die Verteilung dieser Parameter in der Grundgesamtheit ab. Die Teilnehmer*innen für die Befragung wurden aus dem Online-Access-Panel (OAP) der Bilendi & respondi GmbH rekrutiert. Der OAP-Anbieter zog auf Basis des Quotenrasters Panelist*innen als Teilnehmer*innen für die Studie. Dabei wurden außerdem panelinterne Qualitätsparameter, wie z. B. Befragungshäufigkeit und Antwortqualitäten, berücksichtigt. Durch die Rekrutierung aus dem OAP wurden automatisch auch Mehrfachteilnahmen ausgeschlossen, da die Teilnehmer*innen nur per individuellem, einmal gültigem Link auf die Befragung zugreifen konnten. Durch intensive Panelistenbetreuung, mehrere Reminderaktionen und eine faire Incentivierung wurde eine hohe Ausschöpfung erreicht. Diese Maßnahmen sollten dazu beitragen, die Selbstselektion zu einzelnen Studien im Rahmen des Panels zu vermeiden.

Die Telefon- und Online-Stichprobe wurden nach Erhebung und Bereinigung mittels eines Verfahrens namens „Blended Calibration“ miteinander verbunden und gewichtet. Die Auswahl des Verfahrens haben wir im Zwischenbericht zum aktuellen Stand der Forschung beschrieben. Die Vorgehensweise bei Blended Calibration besteht aus drei Schritten:

- 1) Klassische Gewichtung der Telefonstichprobe: In der Telefonstichprobe wurden zunächst die Auswahlwahrscheinlichkeiten gewichtet. Anschließend erfolgte die Strukturgewichtung entlang offizieller Strukturdaten der Grundgesamtheit. Nach diesem Schritt war die Telefonstichprobe also vollständig klassisch gewichtet.
- 2) Matchen und Gewichtung der Gesamtstichprobe: Die Onlinestichprobe wurde an die Telefonstichprobe gematcht. Anschließend wurde die Strukturgewichtung wiederholt, wobei die Gewichtungsfaktoren der Onlinestichprobe zum Start = 1 betrugen.
- 3) Kalibrierung der Stichprobe: Die Gewichtung wurde unter Einbezug der Kalibrierungsvariablen (Nutzungshäufigkeit Internet und Social-Media-Angebote) wiederholt. Dabei diente als Referenz für deren Verteilung die Verteilung in der Telefonstichprobe.

Die Gewichtungsfaktoren haben wir anschließend bei der Obergrenze 5,0 und der Untergrenze 0,2 getrimmt, um einen übermäßigen Einbezug einzelner Fälle in die Berechnungen zu vermeiden. Durch die Gewichtung stimmt die Merkmalsverteilung innerhalb der Stichprobe hinsichtlich der Gewichtungsmerkmale mit der Grundgesamtheit überein. Die Stichprobe ist dann bezüglich dieser Merkmale repräsentativ für diese Grundgesamtheit. Wir gehen davon aus, dass dann auch die in der Stichprobe ermittelten anderen Ergebnisse innerhalb der statistischen Fehlertoleranzgrenzen so in der deutschen Wohnbevölkerung gültig sind.

Insgesamt haben wir in der deutschlandweiten Bevölkerungsstichprobe N=2.500 Personen befragt, davon N=1.260 in Telefoninterviews und N=1.249 Onlineinterviews.

Ergänzende Jugendstichprobe

Je jünger ein Mensch aktuell ist, desto länger wird ihn in der Regel das Thema der Endlagersuche begleiten. Deshalb wurde auch in dieser Erhebungswelle wieder besonderer Wert auf die Antworten Jugendlicher zwischen 14 und 29 Jahren gelegt. Um diese detaillierter analysieren zu können, haben wir eine Zusatzstichprobe von N=506 Personen in diesem Altersbereich erhoben. Das erfolgte rein über den Onlinefragebogen, da die Altersgruppe über diesen Erhebungsmodus am besten erreichbar ist. Unser Online-Access-Panel-Partner wurde dazu gebeten, die Altersgruppe entsprechend stärker einzuladen. Passte ein*e Befragte*r aus dieser Gruppe nicht mehr in die Hauptstichprobe, weil mindestens ein Quotierungsmerkmal dort bereits ausreichend vorhanden war, gelangte er*sie automatisch in die Zusatzstichprobe. Auf diese Weise wurde die Zusatzstichprobe parallel zur Hauptstichprobe gefüllt.

Bildung der Analysestichproben

Aus der repräsentativen Bevölkerungsstichprobe und der ergänzenden Jugendstichprobe haben wir folgende zwei Analysestichproben gebildet:

- ↳ Für die Analysen in der Gesamtbevölkerung ab 18 Jahren haben wir beide Stichproben komplett zusammengeführt. Durch die Strukturgewichtung, die auch nach Alter stattfand, entsprach die Altersverteilung dieser „Hauptstichprobe“ trotz ungewichtet überproportionaler Fallzahl in der Altersgruppe 14-29 gewichtet der Verteilung in der Bevölkerung. Die gewichtete Fallzahl dieser Stichprobe beträgt N=3.015.
- ↳ Für die Analysen in der jungen Bevölkerung zwischen 14 und 29 Jahren haben wir zur Jugendstichprobe die Fälle aus dieser Altersgruppe in der repräsentativen Bevölkerungsstichprobe hinzugefügt. Anschließend haben wir die Stichprobe so strukturgewichtet, dass sie repräsentativ für die deutsche Wohnbevölkerung zwischen 14 und 29 Jahren ist. Die gewichtete Fallzahl dieser Stichprobe beträgt N=819.

Strukturparameter der repräsentativen Bevölkerungsstichprobe

Geschlecht	Grund- gesamtheit	Stichprobe	
		gewichtet	ungewichtet
männlich	48,9	48,9	49,1
weiblich	51,1	51,1	50,9
divers			

Alter	Grund- gesamtheit	Stichprobe	
		gewichtet	ungewichtet
14 - 29 Jahre	19,5	18,7	27,5
30 - 39 Jahre	15,1	14,6	9,5
40 - 49 Jahre	13,9	13,8	10,8
50 - 64 Jahre	26,0	26,6	25,0
65 Jahre und älter	25,5	26,4	27,1

Bildungsstand	Grund- gesamtheit	Stichprobe	
		gewichtet	ungewichtet
noch Schüler*in	3,5	3,5	4,5
ohne Schulabschluss	4,0	3,2	0,9
Volks-/Hauptschule (8./9. Klasse)	28,6	27,0	16,3
Mittlere Reife	30,0	31,6	26,9
(Fach-)Hochschulreife	33,5	34,7	51,5

Bundesland	Grund- gesamtheit	Stichprobe	
		gewichtet	ungewichtet
Baden-Württemberg	13,3	13,4	13,9
Bayern	15,8	15,7	16,2
Berlin	4,4	5,0	5,7
Brandenburg	3,1	3,5	3,7
Bremen	0,8	1,0	1,1
Hamburg	2,2	2,3	2,7
Hessen	7,6	7,2	7,7
Mecklenburg-Vorpommern	2,0	1,8	1,8
Niedersachsen	9,6	9,1	8,0
Nordrhein-Westfalen	21,4	21,5	19,1
Rheinland-Pfalz	4,9	4,9	4,6
Saarland	1,2	1,0	0,9
Sachsen	4,9	5,3	5,0
Sachsen-Anhalt	2,6	2,4	2,5
Schleswig-Holstein	3,5	3,1	3,6
Thüringen	2,7	2,8	3,5

Strukturparameter der Stichprobe der 14- bis 29-Jährigen

Geschlecht	Grund- gesamtheit	Stichprobe	
		gewichtet	ungewichtet
männlich	52,0	52,0	43,1
weiblich	48,0	48,0	56,9
divers			

Alter	Grund- gesamtheit	Stichprobe	
		gewichtet	ungewichtet
14 - 17 Jahre	21,8	23,5	18,6
18 - 24 Jahre	43,0	41,6	57,1
25 - 29 Jahre	35,2	34,9	24,3

Bildungsstand	Grund- gesamtheit	Stichprobe	
		gewichtet	ungewichtet
noch Schüler*in	29,2	27,5	15,7
ohne Schulabschluss	3,3	3,1	1,1
Volks-/Hauptschule (8./9. Klasse)	10,4	10,1	7,5
Mittlere Reife	22,7	22,7	26,3
(Fach-)Hochschulreife	33,9	36,5	49,4

Bundesland	Grund- gesamtheit	Stichprobe	
		gewichtet	ungewichtet
Baden-Württemberg	14,1	14,6	13,9
Bayern	16,3	17,7	18,2
Berlin	4,8	4,8	6,1
Brandenburg	2,3	1,6	2,6
Bremen	0,9	0,7	1,5
Hamburg	2,5	2,5	2,7
Hessen	7,9	8,2	7,1
Mecklenburg-Vorpommern	1,5	1,6	1,7
Niedersachsen	9,8	7,9	5,5
Nordrhein-Westfalen	22,4	19,2	20,2
Rheinland-Pfalz	4,9	4,8	5,1
Saarland	1,1	2,1	1,5
Sachsen	4,1	4,1	4,6
Sachsen-Anhalt	2,0	1,8	1,8
Schleswig-Holstein	3,4	4,9	3,9
Thüringen	2,0	3,3	3,5

11.2 Durchführung der Interviews und Ausschöpfungsstatistik

Zwischen dem 13. Mai 2024 und 23. Juli 2024 haben wir insgesamt 1.260 Interviews telefonisch durchgeführt. Die telefonische Befragung fand montags bis freitags in der Zeit von 10 bis 20:30 Uhr und an Samstagen zwischen 13 und 18 Uhr statt. Die Interviews dauerten im Schnitt 28 Minuten.

Bei der telefonischen Befragung haben wir insgesamt 72 Interviewer*innen eingesetzt. Dabei führte ein*e Interviewer*in minimal ein und maximal 52 Interviews (=4,1 Prozent aller 1.260 Telefoninterviews) durch. Alle Interviewer*innen haben zu Beginn ihrer Tätigkeit bei approxima ein mehrstündigem Bewerbertraining erfolgreich durchlaufen. Im Rahmen einer Projektschulung haben wir die eingesetzten Interviewer*innen auf die Besonderheiten im Umgang mit dem Fragebogen vorbereitet.

Während der Feldphase haben wir die Qualität der Arbeit der Interviewer*innen kontinuierlich überwacht. Diese Aufgabe übernahmen die eigens dafür eingesetzten Chefinterviewer*innen. Diese Routinekontrollen werden proportional zur Häufigkeit des Einsatzes der Interviewer durchgeführt. Neuangeworbene, nachgeschulte und häufig arbeitende Interviewer werden im Rahmen unserer Qualitätsarbeit verstärkt kontrolliert. Insgesamt wurden 10 Prozent aller Interviews evaluiert. Es wurden keine nennenswerten Verstöße festgestellt.

Das Bruttosample der Studie bestand aus 83.400 Telefonnummern. Diese Bruttostichprobe umfasst alle ausgewählten Anschlüsse, also auch solche, unter denen aus verschiedensten Gründen keine Befragung stattfinden kann. Die 83.400 Telefonnummern wurden vor Beginn der Erhebung nach dem oben beschriebenen Verfahren gezogen.

70.931 Nummern stellten stichprobenneutrale Ausfälle dar, also 85 Prozent der Bruttostichprobe. Weitere 11.187 Telefonnummern bilden die systematischen Ausfälle. Letztendlich wurden 10,1 Prozent des bereinigten Bruttosamples in Interviews umgesetzt. Die folgende Tabelle stellt alle Ausfallgründe und Stichprobenanteile detailliert dar.

Telefonstichprobe	Fallzahl	in Prozent
Bruttosample	83.400	100
<u>Qualitätsneutrale Ausfälle</u>		
kein Anschluss unter dieser Nummer	53.002	63,6
Faxanschluss	2.251	2,7
Firmenanschluss	4.085	4,9
Zielperson spricht kein Deutsch	1.044	1,3
Stratifikation erreicht	10.549	12,6
Qualitätsneutrale Ausfälle insgesamt	70.931	85,0
bereinigte Stichprobe	12.469	100,0
<u>systematische Ausfälle</u>		
nicht erreicht (AB, besetzt, keiner da)	5.571	44,7
Teilnahme verweigert	5.421	43,5
Abbruch ohne Rückruf	128	1,0
Abbruch mit Rückruf	6	0,0
Terminvereinbarung	61	0,5
Systematische Ausfälle insgesamt	11.187	89,7
Durchgeführte Interviews	1.282	10,3
davon Pretestinterviews	22	
Durchgeführte Interviews Hauptfeld	1.260	10,1

Die Onlinebefragung für die repräsentative Bevölkerungsstichprobe und die Zusatzstichprobe 14-29-Jähriger fand zwischen den 22. Mai 2024 und 09. Juli 2024 statt. Für die Onlinebefragung wurden uns vom Panelbetreiber die Größe des Bruttosamples, der Quota Fulls (Stratifikation erreicht) sowie der Quality Screenouts (ausgescreent aufgrund mangelnder Befragungsqualität) übermittelt. Als Quality Screenout wurde eine Befragungsperson identifiziert, wenn sie zwei an

verschiedenen Stellen im Fragebogen positionierte Aufmerksamkeitsfragen falsch beantwortete. Zusätzlich haben wir bei der Datenbereinigung einige Fälle aufgrund mangelnder Qualität aus dem Datensatz entfernt. Dies geschah, wenn der überwiegende Teil der Antworten aus Missings (weiß nicht/keine Angabe) bestand, die Ausfülldauer so kurz war, dass kein sorgfältiges Beantworten des Fragebogens unterstellt werden konnte (Speeding) oder auf unplausible Weise über sehr viele Fragen hinweg derselbe Skalenpunkt angeklickt wurde (Straightlining). Aus diesen Zahlen haben wir die in der folgenden Tabelle zu sehende Ausschöpfungsstatistik errechnet. Die Ausschöpfung der Onlinebefragung lag damit bei 5,2 Prozent.

Online-Stichprobe	Fallzahl	in Prozent
Bruttosample	37.300	100
<u>Qualitätsneutrale Ausfälle</u>		
Stratifikation erreicht	3.663	9,8
Qualitätsneutrale Ausfälle insgesamt	3.663	90,2
<hr/>		
bereinigte Stichprobe	33.637	100,0
<u>systematische Ausfälle</u>		
keine Teilnahme	31.293	93,0
Befragung abgebrochen	249	0,8
qualitätsbedingte(s) Screenout/Lösung	340	1,0
Systematische Ausfälle insgesamt	11.187	94,8
<hr/>		
Durchgeführte Interviews Hauptfeld	1.755	5,2

11.3 Studiendokumentation gemäß der ADM-TransparenzStandards



Als ADM-Institut ist es unsere sinnvolle Pflicht, die methodischen Angaben zur Datenerhebung gemäß der ADM-TransparenzStandards auszuweisen. Hiermit bescheinigen wir, dass unsere Studie Angaben zu allen vom Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungs-institute e. V. (ADM) vorgegebenen Transparenzstandards enthält. Nachlesen können Sie diese unter <http://www.transparenzstandards.de>.

METHODE

ERHEBUNGSART Mixed Mode (Telefon- und Onlinebefragung)

STICHPROBE

GRUNDGESAMTHEIT, AUSWAHLGESAMTHEIT UND/ODER ZIELGRUPPE Wohnbevölkerung ab dem 14. Lebensjahr in der Bundesrepublik Deutschland

STICHPROBENGRÖÙE Hauptstichprobe
N=2.500 deutschlandweite Bevölkerungsstichprobe
davon N=1.260 Telefoninterviews und N=1.249
Onlineinterviews

Boost-Stichprobe
N=506 Personen zwischen 14 und 29 Jahren
(nur Online)

AUSWAHLGRUNDLAGE CATI
ADM-Telefonauswahlgrundlage (weitere Infos dazu unter <https://www.adm-ev.de/leistungen/arbeitsgemeinschaft-adm-stichproben/>)

Online
Paneldatenbank der Bilendi & respondi GmbH (Online-Access-Panel-Anbieter, OAP)

AUSSCHLUSSLISTEN CATI
ADM-Sperrdatei (zentral gespeicherte Datenbank von Telefonnummern, deren Besitzer:innen sich generell gegen die Teilnahme an Telefoninterviews ausgesprochen haben)

Online
Blacklist des OAP aufgrund von Qualitätsproblemen

BESCHREIBUNG DES SAMPLING CATI
auf Haushaltsebene: geschichtete systematische
Zufallsstichprobe (Schichtungsdimensionen: Region, BIK)
auf Personenebene: Last-Birthday-Methode

Online

repräsentative Quotierung nach Alter, Geschlecht, Bildungsgrad, Ortsgröße und Bundesland
Zufallsauswahl entlang der vorgegebenen Kriterien

INTERVIEWER:INNEN (CATI)

GRUNDSCHULUNG

1. 6-stündige Grunds Schulung (Inhalte: Interviewtheorie und Methodik, Fragetypen, interaktive Rollenspiele, Stimme und Körperhaltung, rechtliche Aspekte)
2. simulierte Probeinterviews mit Supervisor*in
3. begleitete Probeinterviews

STUDIENBRIEFING

schriftliches Studienbriefing mit folgendem Inhalt: Ziel und Hintergrund der Studie, Auftraggeber, Feldzeit, Fallzahl und Interviewlänge, Herkunft der Telefonnummern, Besonderheiten bei Fragen und anvisierter Durchsatz

INTERVIEWSPRACHEN

Deutsch

MAX. INTERVIEWS/INTERVIEWER:IN

N=52

FRAGEBOGEN

RESPONSIVITÄT (ONLINE)

Fragebogen ist voll responsiv für alle Endgeräte programmiert

PRETEST / SOFT-LAUNCH

konventioneller Pretest mit N=40 Befragten (je 20 telefonisch und Online)

INTERVIEWDAUER Ø

telefonisch: Mittelwert 28 Minuten, Median 27 Minuten
online: Mittelwert 21 Minuten, Median 15 Minuten

BEI OFFENEN FRAGEN: ART UND KONTROLLE DER VERCODUNG

keine offenen Fragen vorhanden

DURCHFÜHRUNG

FELDDAUER

13. Mai bis 23. Juli 2024

ORT DER ERBRINGUNG DER FELDDIENSTLEISTUNG

Telefonbefragung: hauseigenes Telefonstudio von approxima

Die Onlinebefragung wird gehostet bei der ingress GmbH auf einer approxima-eigenen Lizenz auf einem Server in Deutschland.

PANELMANAGEMENTREGELN

Bei der Auswahl des OAP-Anbieters achten wir darauf, dass dieser umfangreiche Panelmanagementregeln besitzt, die vor allem Mehrfachteilnahmen, zu häufige Teilnahmen und unzuverlässige Panelisten ausschließen. Bei konkreteren Informationswünschen reichen wir gern konkrete Listen nach.

GENUTZTE DEVICES

liegt im Ermessen der Befragten (PC, Laptop, Tablet, Handy)

VERWENDETE STANDARDS

STANDARDS

- ✓ ICC/ESOMAR Internationaler Kodex für die Praxis der Markt- und Sozialforschung inkl. deutscher Annahmeerklärung
- ✓ Standards zur Qualitätssicherung in der Markt- und Sozialforschung
- ✓ Richtlinie für Telefonbefragungen und ihre Ergänzungen
- ✓ Richtlinie für Onlinebefragungen

alle nachlesbar unter <https://www.adm-ev.de/standards-richtlinien/>

QUALITÄTSKONTROLLEN

DATENKONTROLLE WÄHREND DER FELDARBEIT

Kontrolle der Daten nach den ersten 50 Fällen auf Auffälligkeiten, Implementierung von Testfragen gegen betrügerische Interviews (Online)

FALLS ZUTREFFEND: KONTROLLEN BEIM FELDDIENSTLEISTER

nicht zutreffend

DATENKONTROLLE IN DER AUSWERTUNGSPHASE

Prüfung des Datensatzes auf:

- ✓ Vollständigkeit der Interviews
- ✓ Korrektheit der Filterungen
- ✓ Plausibilität der Angaben (uni- und bivariate Plausibilitätsprüfungen)
- ✓ artefaktische Antworttendenzen (Straightlining, Muster)
- ✓ Rechtschreibung/Grammatik der offenen Angaben

12

Verzeichnisse und Anhänge

12.1 Abbildungsverzeichnis

	Seite
3.1 Demographische Struktur der Hauptstichprobe	9
3.2 Subjektiver sozialer Status	10
3.3 Haben Sie Kinder?	11
3.4 Migrationshintergrund	11
3.5 Urbanisierungsgrad	12
3.6 Befindet sich der Landkreis zumindest teilweise in einem Teilgebiet?	13
3.7 Werthaltung Umweltschutz	13
3.8 Einstellung Generationengerechtigkeit	14
3.9 Technik-Optimismus	15
3.10 Wissenschafts-Skeptizismus	16
3.11 Politische und umweltpolitische Partizipation	17
3.12 Index politische Partizipation	18
4.1 Einstellung zum Atomausstieg	22
4.2 Einstellung zum Atomausstieg im Zeitverlauf	23
4.3 Befürwortung des Atomausstiegs differenziert	23
4.4 Befürwortung des Atomausstiegs im Zeitvergleich differenziert nach politischer Partizipation	24
4.5 Einstellung zur Endlagersuche	25
4.6 Befürwortung der Endlagersuche differenziert	26
4.7 Risikoeinschätzung in Bezug auf das Endlager	27
4.8 Hohe Risikowahrnehmung in Bezug auf das Endlager differenziert	28
4.9 Auswirkungen eines Endlagers in der Region	29
4.10 Rangfolge aus fünf verschiedenen Ansprüchen, die sich an die Suche nach	31

	einem Endlager für hochradioaktive Abfälle stellen lassen	
4.11	Rangfolge der Ansprüche – Gruppe: geringe politische Partizipation	31
4.12	Rangfolge der Ansprüche differenziert	32
4.13	Finanzielle Belohnung der Region	33
4.14	Zustimmung zu finanzieller Belohnung der Region differenziert	33
4.15	Finanzielle Belohnung der Anwohner*innen	34
4.16	Zustimmung zur finanziellen Belohnung der Anwohner*innen differenziert	34
4.17	Risikoeinschätzung der verlängerten Zwischenlagerung	35
4.18	Hohe Risikoeinschätzung der verlängerten Zwischenlagerung differenziert	36
4.19	Akzeptable Zeitdauer bis zur Auswahl eines Endlagerstandorts	37
4.20	Akzeptable Zeitdauer bis zur Auswahl eines Endlagerstandorts differenziert	38
5.1	Subjektive Informiertheit über die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle	39
5.2	Gute subjektive Informiertheit über die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle differenziert	40
5.3	Gute subjektive Informiertheit über die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle differenziert im Zeitverlauf	40
5.4	Inzidenteller Kontakt mit Informationen zur Endlagersuche	41
5.5	Regelmäßiger inzidenteller Kontakt mit Informationen zur Endlagersuche differenziert	42
5.6	Regelmäßiger inzidenteller Kontakt mit Informationen zur Endlagersuche differenziert im Zeitverlauf	42
5.7	Aktive Informationssuche zur Endlagersuche	43
5.8	Aktive Informationssuche zur Endlagersuche differenziert	43
5.9	Aktive Informationssuche zur Endlagersuche differenziert im Zeitverlauf	44
5.10	Wahrnehmung von Veranstaltungen zum Thema Endlagersuche	45
5.11	Kenntnis von Veranstaltungen	45
5.12	Kenntnis von Veranstaltungen differenziert	46
5.13	Wissen zur Notwendigkeit des Endlagers	47
5.14	Korrekte Wissen zur Notwendigkeit des Endlagers differenziert	48
5.15	Wissen zum Stattfinden der Endlagersuche	49
5.16	Korrekte Wissen zum Stattfinden der Endlagersuche differenziert	49
5.17	Wissen zur Verantwortlichkeit für das Endlager	50

5.18	Korrekte Wissen zur Verantwortlichkeit für das Endlager differenziert	51
5.19	Wissensindex: Anzahl der korrekten Antworten über die drei Wissensfragen	52
5.20	Wissensindex differenziert	53
6.1	Bekanntheit der für die Endlagersuche verantwortlichen Akteurinnen	54
6.2	Bekanntheit des BASE differenziert	55
6.3	Bekanntheit der BGE differenziert im Zeitverlauf	55
6.4	Akteursvertrauen beim Thema Endlagerung hochradioaktiver Abfälle	56
6.5	Vertrauen in die BGE differenziert im Zeitverlauf	58
6.6	Vertrauensindex über alle abgefragten Organisationen/Personengruppen und über alle an der Endlagersuche beteiligten Institutionen	59
6.7	Vertrauensindex über alle an der Endlagersuche beteiligten Institutionen differenziert	60
7.1	Vertretungsgefühl im Prozess der Endlagersuche	61
7.2	Bejahtes Vertretungsgefühl im Prozess der Endlagersuche differenziert	62
7.3	Bejahtes Vertretungsgefühl im Prozess der Endlagersuche differenziert im Zeitverlauf	63
7.4	Vertretungsgefühl im Prozess der Endlagersuche differenziert nach Vertrauen in die an der Standortsuche beteiligten Institutionen	64
7.5	Zustimmung zur Notwendigkeit von Bürgerbeteiligung für das Gelingen der Endlagersuche	64
7.6	Zustimmung zur Notwendigkeit von Bürgerbeteiligung für das Gelingen der Endlagersuche differenziert	66
7.7	Teilhabewunsch am Entscheidungsprozess für ein Endlager	67
7.8	Teilhabewunsch am Entscheidungsprozess für ein Endlager differenziert	67
7.9	Teilhabewunsch am Entscheidungsprozess für ein Endlager differenziert im Zeitverlauf	68
7.10	Gewünschte Beteiligungsformate	69
7.11	Akzeptanzmatrix nach Schweizer-Ries	71
7.12	Anerkennung der eigenen Region als Standortregion	72
7.13	Anerkennung der eigenen Region als Standortregion differenziert	73
7.14	Anerkennung der eigenen Region als Standortregion differenziert nach Vertretungsgefühl	74
7.15	Wahrscheinlichkeit verschiedener Handlungen bei der Auswahl der eigenen Region als Standortregion	75

7.16	Akzeptanzmatrix zur Auswahl der eigenen Region als Standortregion	76
7.17	sehr wahrscheinliche Aktionen in den Sektoren „Unterstützung“ und „Widerstand“	78
8.1	Demographische Struktur der Jugendstichprobe	79
8.2	Einstellung zum Atomausstieg in der Jugendstichprobe	80
8.3	Einstellung zum Atomausstieg in der Jugendstichprobe im Zeitverlauf (dichotomisierte Antwortkategorien)	80
8.4	Einstellung zur Endlagersuche in der Jugendstichprobe	81
8.5	Risikoeinschätzung in Bezug auf das Endlager in der Jugendstichprobe	81
8.6	Rangfolge aus fünf verschiedenen Ansprüchen, die sich an die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle stellen lassen in der Jugendstichprobe	82
8.7	Auswirkungen eines Endlagers in der Region in der Jugendstichprobe	83
8.8	Finanzielle Belohnung der Region in der Jugendstichprobe	83
8.9	Finanzielle Belohnung der Anwohner*innen in der Jugendstichprobe	84
8.10	Risikoeinschätzung der verlängerten Zwischenlagerung in der Jugendstichprobe	84
8.11	Akzeptable Zeitdauer bis zur Auswahl eines Endlagerstandorts in der Jugendstichprobe	85
8.12	Subjektive Informiertheit über die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in der Jugendstichprobe	85
8.13	Inzidenteller Kontakt mit Informationen zum Thema Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in der Jugendstichprobe	86
8.14	Aktive Informationssuche zum Thema Endlagersuche in der Jugendstichprobe	87
8.15	Kenntnis von Veranstaltungen zum Thema Endlagersuche in der Jugendstichprobe	87
8.16	Wissen zur Notwendigkeit des Endlagers in der Jugendstichprobe	88
8.17	Wissen zum Stattfinden der Endlagersuche in der Jugendstichprobe	88
8.18	Wissen zur Verantwortlichkeit für das Endlager in der Jugendstichprobe	89
8.19	Bekanntheit der für die Endlagersuche verantwortlichen Akteurinnen in der Jugendstichprobe	89
8.20	Akteursvertrauen beim Thema Endlagerung in der Jugendstichprobe	90
8.21	Zustimmung zur Notwendigkeit von Bürgerbeteiligung für das Gelingen der Endlagersuche in der Jugendstichprobe	91

8.22	Vertretungsgefühl im Prozess der Endlagersuche in der Jugendstichprobe	92
8.23	Teilhabewunsch am Entscheidungsprozess für ein Endlager in der Jugendstichprobe	93
8.24	Anerkennung der eigenen Region als Standortregion in der Jugendstichprobe	93
8.25	Wahrscheinlichkeit verschiedener Handlungen bei der Auswahl der eigenen Region als Standortregion in der Jugendstichprobe	93
8.26	Akzeptanzmatrix zur Auswahl der eigenen Region als Standortregion in der Jugendstichprobe	94

12.2 Literaturverzeichnis

Götte, Sebastian; Ludewig, Yvonne (2024): Endlagersuche in Deutschland: Wissen, Einstellungen und Bedarfe (EWident II). Zwischenbericht zum aktuellen Forschungsstand und zum methodischen Gesamtkonzept. Hg. v. Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE). Berlin.

Schweizer-Ries, Petra et al. (2011): Aktivität und Teilhabe - Akzeptanz Erneuerbarer Energien durch Beteiligung steigern. Projektabschlussbericht. Forschungsgruppe Umweltpsychologie der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg.

12.3 Fragebogen

Einleitungstext

Guten Tag, mein Name ist XXX von der Gesellschaft approxima. Wir führen derzeit im Auftrag einer öffentlich finanzierten Forschungsstelle eine Befragung zu den Themen Umwelt, Politik, Atomkraft und radioaktiven Abfällen durch.

Ihre Telefonnummer wurde durch ein wissenschaftliches Verfahren zufällig ausgewählt.

Festnetz: Zu diesem wissenschaftlichen Auswahlverfahren gehört auch, die Person aus Ihrem Haushalt auszuwählen, die zuletzt Geburtstag hatte und mindestens 14 Jahre alt ist. Wer ist das denn bei Ihnen?

Ggf. bei Rückfragen zum Auftraggeber: Über den Auftraggeber kann ich Ihnen aus methodischen Gründen erst nach dem Interview Auskunft geben. Ich kann Ihnen allerdings jetzt schon vorab sagen, dass es sich um eine Behörde im Bereich des Bundesumweltministeriums handelt.

Wenn ZP am Telefon:

Wunderbar. Wir würden uns freuen, wenn Sie sich ca. 25 Minuten Zeit nehmen, um unsere Fragen zu beantworten. Die Teilnahme ist natürlich freiwillig, es ist jedoch wichtig, dass möglichst alle zufällig angerufenen Personen auch an der Befragung teilnehmen. Nur so kann sichergestellt werden, dass alle Sichtweisen und Erfahrungen der Bevölkerung in die Studienergebnisse einfließen. Die Auswertung Ihrer Antworten erfolgt anonym, also nicht in Verbindung mit ihrer Telefonnummer. Diese wird nach Abschluss des wissenschaftlichen Projekts vernichtet.

Bevor das Interview startet, habe ich noch ein paar kurze Informationen: Gerne geben wir Ihnen die Kontaktdaten unseres Datenschutzbeauftragten bekannt, den Sie unter <https://datenschutz.approxima.de> finden. Dort finden Sie auch unsere ausführlichen Informationen zum Datenschutz und u. a. Ihre Rechte auf Auskunft, Berichtung, Löschung und Einschränkung sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung und das Recht auf Beschwerde bei der Datenschutzaufsichtsbehörde.

Einstellung zum Atomausstieg [EINO1]

(Quelle: EWident 2022, Frage 1, Frage- und Antwortformulierung verändert)

Im Jahr 2023 wurden die letzten laufenden Atomkraftwerke in Deutschland abgeschaltet. Finden Sie, der Atomausstieg Deutschlands ist eine grundsätzlich richtige oder eine grundsätzlich falsche Entscheidung?

(Einfachnennung)

- (1) Ich finde den Atomausstieg Deutschlands falsch.
- (2) Ich finde den Atomausstieg Deutschlands eher falsch.
- (3) Ich finde den Atomausstieg Deutschlands eher richtig.
- (4) Ich finde den Atomausstieg Deutschlands richtig.
- (97) Angabe verweigert (NICHT VORLESEN)
- (98) weiß nicht (NICHT VORLESEN)

Werthaltung Umweltschutz [EIGO1]

(Quelle: neu)

Was finden Sie, sollte der Schutz der Umwelt und unserer natürlichen Lebensgrundlagen immer den Vorrang haben gegenüber anderen gesellschaftlichen Zielen?

(INTERVIEWER BEI NACHFRAGEN: Beispiele für andere gesellschaftliche Ziele sind u. a. eine starke Wirtschaft, ein gut ausgebauter Sozialstaat oder individuelle Freiheiten in Bezug auf Lebensstil und Konsum.)

(Einfachnennung)

- (1) Ja, der Schutz der Umwelt sollte immer Vorrang vor anderen gesellschaftlichen Zielen haben.
- (2) Eher ja
- (3) Eher nein
- (4) Nein, andere gesellschaftliche Ziele sollten immer Vorrang vorm Umweltschutz haben.
- (97) Angabe verweigert (NICHT VORLESEN)
- (98) weiß nicht (NICHT VORLESEN)

Technikoptimismus, Wissenschaftsskeptizismus, Generationengerechtigkeit [EIGO4]

(Quelle: neu, angelehnt an TechnikRadar (acatech/Körber-Stiftung) und Bogner (Hg.) 2023)

Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder nicht zu? Als Antwortoption können Sie jeweils „stimme überhaupt nicht zu“, „stimme eher nicht zu“, „stimme eher zu“ oder „stimme voll und ganz zu“ nutzen.

(Randomisierung der Items, Skala: 1=stimme überhaupt nicht zu, 2=stimme eher nicht zu, 3=stimme eher zu, 4=stimme voll und ganz zu, 97=Angabe verweigert [NICHT VORLESEN], 98=weiß nicht [NICHT VORLESEN])

- ↳ Technologische Entwicklungen weiter voranzutreiben ist das beste Mittel, um zentrale Probleme der Menschheit zu lösen
- ↳ Die Wissenschaft wird von politischen Interessen beherrscht
- ↳ Bei allem, was wir tun, müssen wir darauf achten, dass wir nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Welt hinterlassen

Bundesland [DEMO1]

Um Ihre weiteren Angaben im Verlauf der Befragung besser einordnen zu können, benötigen wir einige grobe Angaben über die Region, in der sich Ihr Wohnort befindet. In welchem Bundesland befindet sich Ihr Wohnort?

(Einfachnennung)

- (1) Baden-Württemberg
- (2) Bayern
- (3) Berlin
- (4) Brandenburg
- (5) Bremen
- (6) Hamburg
- (7) Hessen

- (8) Mecklenburg-Vorpommern
- (9) Niedersachsen
- (10) Nordrhein-Westfalen
- (11) Rheinland-Pfalz
- (12) Saarland
- (13) Sachsen
- (14) Sachsen-Anhalt
- (15) Schleswig-Holstein
- (16) Thüringen
- (97) Angabe verweigert (NICHT VORLESEN, FALLS AUSGEWÄHLT VON NÄCHSTER FRAGE UND SPÄTEREM EXPERIMENT AUSSCHLIESSEN)
- (98) weiß nicht (NICHT VORLESEN, FALLS AUSGEWÄHLT VON NÄCHSTER FRAGE UND SPÄTEREM EXPERIMENT AUSSCHLIESSEN)

Region [DEMO2]

(Quelle: neu)

Die meisten Bundesländer setzen sich aus mehreren unterschiedlichen Regionen zusammen. In <BUNDESLAND> sind das unter anderen <BUNDESLAND_BEISPIEL1>, <BUNDESLAND_BEISPIEL2>, <BUNDESLAND_BEISPIEL3> und weitere Regionen. Können Sie mir bitte noch etwas genauer sagen, in welcher Region Sie innerhalb Ihres Bundeslands leben?

(INTERVIEWER BEI NACHFRAGEN: Bitte antworten Sie spontan. Das was Ihnen zuerst als Bezeichnung für Ihre Region in den Sinn kommt, ist genau das, was uns interessiert. Die genannten Regionen sind nur Beispiele und es gibt selbstverständlich mehr Regionen im Bundesland, die Sie nennen können. Bitte nennen Sie keine einzelnen Ortschaften. Mit Region meinen wir zusammenhängende Gebiete, die sich aus mehreren Ortschaften zusammensetzen und sich im selben Landschaftsraum befinden. Dabei muss es sich nicht um Verwaltungseinheiten wie Landkreise handeln. Oft erstreckt sich eine Region über mehrere Landkreise.)

(Offene Antwort)

- (1) Region: _____ [HINWEIS AN INTERVIEWER: ORDENTLICH AUF SCHREIBEN, DA TEXT SPÄTER IM INTERVIEW NOCHMAL ANGEZEIGT WIRD; RESPONDENT SOLLTE VORAB NICHT ERFAHREN, DASS ANTWORT FÜR SPÄTEREN TEIL DES INTERVIEWS GGF. VERWENDET WIRD]
- (97) Angabe verweigert (NICHT VORLESEN, FALLS AUSGEWÄHLT VON NÄCHSTER FRAGE UND SPÄTEREM EXPERIMENT AUSSCHLIESSEN)
- (98) Weiß nicht (NICHT VORLESEN, FALLS AUSGEWÄHLT VON NÄCHSTER FRAGE UND SPÄTEREM EXPERIMENT AUSSCHLIESSEN)

Regionale Identität [DEMO3]

(Quelle: neu)

Empfinden Sie sich persönlich eher als ein Einwohner Deutschlands oder eher als ein Einwohner der Region <REGION>?

(Einfachnennung)

- (1) Eher als ein Einwohner Deutschlands als ein Einwohner der Region <REGION>
- (2) Gleichmäßig als Einwohner Deutschlands und der Region <REGION>
- (3) Eher als ein Einwohner der Region <REGION> als ein Einwohner Deutschlands
- (96) Ich fühle mich weder als Einwohner Deutschlands noch als Einwohner der Region <REGION>
- (97) Angabe verweigert (NICHT VORLESEN, FALLS AUSGEWÄHLT VON SPÄTEREM EXPERIMENT AUSSCHLIESSEN)
- (98) weiß nicht (NICHT VORLESEN, FALLS AUSGEWÄHLT VON SPÄTEREM EXPERIMENT AUSSCHLIESSEN)

Wahlbeteiligung 2021 [EIG05A]

(Quelle: neu)

Kommen wir nun zu einigen allgemeinen gesellschaftlichen Fragen. Die letzte Bundestagswahl war im September 2021. Haben Sie an dieser Wahl teilgenommen?

(Einfachnennung)

- (1) Ja, ich habe teilgenommen
- (2) Nein, ich habe nicht teilgenommen (→ EIG05B überspringen)
- (3) Nein, ich war nicht wahlberechtigt (→ EIG05B überspringen)
- (97) Angabe verweigert (NICHT VORLESEN → EIG05B überspringen)
- (98) weiß nicht (NICHT VORLESEN → EIG05B überspringen)

Wahlverhalten 2021 [EIG05B]

(Quelle: neu)

Und welche Partei haben Sie bei der letzten Bundestagswahl im September 2021 gewählt? Gemeint ist die Zweitstimme, also die Stimme, die über die Stärke der Parteien im Parlament entscheidet.

(Int.: Auswahl bitte vollständig vorlesen.)

(Einfachnennung)

- (1) SPD
- (2) CDU
- (3) CSU
- (4) Bündnis 90/Die Grünen
- (5) FDP
- (6) AfD
- (7) Die Linke
- (8) Freie Wähler
- (9) Sonstige Partei und zwar: _____
- (10) Habe meine Stimme ungültig gemacht

- (97) Angabe verweigert (NICHT VORLESEN)
(98) weiß nicht (NICHT VORLESEN)

Politische Partizipation + Umweltbezogene Partizipation [EIG06 + EIG07]

(Quelle: neu, angelehnt an Gopal & Verma 2017)

Welche der folgenden Dinge haben Sie in den letzten 12 Monaten getan und welche nicht?

(Randomisierung, Skala: 0=nein, 1=ja, 97=keine Angabe [NICHT VORLESEN], 98=weiß nicht [NICHT VORLESEN])

- ↳ Bei einer Unterschriftensammlung oder Petition unterschrieben, egal ob online oder auf Papier → FALLS „JA“ Zusätzlich noch fragen: „Und haben Sie das in den letzten 12 Monaten auch in Bezug auf den Schutz von Umwelt, Natur oder Klima getan?“ (Skala wie EIG06)
- ↳ Ehrenamtlich bzw. freiwillig für politische oder gemeinnützige Organisationen engagiert oder an eine solche Organisation gespendet (INTERVIEWERANWEISUNG: Auch Parteien) → FALLS „JA“ Zusätzlich noch fragen: „Und haben Sie das in den letzten 12 Monaten auch in Bezug auf den Schutz von Umwelt, Natur oder Klima getan?“ (Skala wie EIG06)
- ↳ Aus politischen, ethischen oder Umwelt-Gründen absichtlich bestimmte Produkte oder Dienstleistungen gekauft bzw. absichtlich auf den Kauf verzichtet → FALLS „JA“ Zusätzlich noch fragen: „Und haben Sie das in den letzten 12 Monaten konkret in Bezug auf den Schutz von Umwelt, Natur oder Klima getan?“ (Skala wie EIG06)
- ↳ An Demonstrationen, öffentlichen Diskussionsveranstaltungen oder Blockaden teilgenommen → FALLS „JA“ Zusätzlich noch fragen: „Und haben Sie das in den letzten 12 Monaten auch in Bezug auf den Schutz von Umwelt, Natur oder Klima getan?“ (Skala wie EIG06)
- ↳ Mich über politische Themen informiert → FALLS „JA“ Zusätzlich noch fragen: „Und haben Sie das in den letzten 12 Monaten auch in Bezug auf den Schutz von Umwelt, Natur oder Klima getan?“ (Skala wie EIG06)
- ↳ In sozialen Medien, Messenger-Diensten oder Online-Foren Beiträge oder Kommentare zu politischen Themen veröffentlicht oder weiterverbreitet. → FALLS „JA“ Zusätzlich noch fragen: „Und haben Sie das in den letzten 12 Monaten auch in Bezug auf den Schutz von Umwelt, Natur oder Klima getan?“ (Skala wie EIG06)
- ↳ Mich mit Freunden, Bekannten oder Arbeitskollegen zu politischen Themen ausgetauscht → FALLS „JA“ Zusätzlich noch fragen: „Und haben Sie das in den letzten 12 Monaten auch in Bezug auf den Schutz von Umwelt, Natur oder Klima getan?“ (Skala wie EIG06)

Infotext Endlagerung [ENDTXT]

Auch wenn in Deutschland keine Atomkraftwerke mehr zur Stromproduktion genutzt werden, existieren noch hochradioaktive Abfälle im Land. Um den Umgang damit geht es in den nächsten Fragen.

Subjektive Informiertheit Endlagerung [INFO1]

(Quelle: EWident 2022, Frage 20, Frageformulierung leicht verändert)

Wie gut fühlen Sie sich insgesamt über die Endlagerung hoch radioaktiver Abfälle informiert?

(Einfachnennung)

- (1) gar nicht informiert
- (2) eher nicht gut informiert
- (3) eher gut informiert
- (4) sehr gut informiert
- (97) Angabe verweigert (NICHT VORLESEN)
- (98) weiß nicht (NICHT VORLESEN)

Infotext Wissensfragen [WISTXT]

In den nächsten Fragen wollen wir nun noch etwas genauer herausfinden, was Sie konkret zum Thema Endlagerung wissen oder auch nicht wissen. Sollten Sie die richtige Antwort auf die nächsten Fragen nicht kennen, dann raten Sie bitte nicht, sondern sagen Sie einfach, dass Sie die Antwort nicht wissen.

Wissen: Notwendigkeit Endlager [WISO1]

(Quelle: neu)

Bei der Nutzung von Kernenergie fällt hochradioaktiver Abfall an. Bitte geben Sie an, welche der beiden folgenden Aussagen Ihres Wissens nach korrekt ist:

(Einfachnennung)

- (1) Es gibt neue Technologien, mit denen dieser Abfall sich vollständig recyceln lässt, so dass eine Endlagerung dieses Abfalls nicht mehr nötig ist.
- (2) Eine Endlagerung dieses Abfalls ist nötig, da er sich nicht vollständig recyclen lässt.
- (98) weiß nicht (HIER BITTE MIT VORLESEN!)
- (97) Angabe verweigert (NICHT VORLESEN)

Wissen: Stattfinden Endlagersuche [WISO2]

(Quelle: neu)

Was glauben Sie, wird zurzeit nach einem Endlagerstandort für hochradioaktiven Abfall in Deutschland gesucht?

(Einfachnennung)

- (1) Nein, es wird nicht danach gesucht.
- (2) Nein, es gibt bereits einen Endlagerstandort.
- (3) Ja, es wird danach gesucht.
- (98) weiß nicht (HIER BITTE MIT VORLESEN!)
- (97) Angabe verweigert (NICHT VORLESEN)

Einstellung zur Endlagersuche [EINO2]

(Quelle: EWident 2022, Frage 2, Frage- und Antwortformulierungen leicht verändert)

Tatsächlich wird zurzeit nach einem geeigneten Standort für ein Endlager in Deutschland gesucht. In diesem sollen die Kernbrennstoffe der deutschen Atomkraftwerke dauerhaft und sicher tief unter der Erde gelagert werden. Befürworten Sie es, dass in Deutschland nach einem solchen Endlager gesucht wird?

(Einfachnennung)

- (1) Ja, befürworte ich.
- (2) Ja befürworte ich, aber nur dann, wenn es bei einem dauerhaften Atomausstieg Deutschlands bleiben sollte.
- (3) Nein, lehne ich ab
- (97) Angabe verweigert (NICHT VORLESEN)
- (98) weiß nicht (NICHT VORLESEN)

Wissen Zuständigkeit [WIS03]

(Quelle: EWident 2022, Frage 10, Frage- und Antwortformulierungen leicht verändert)

Was glauben Sie, wer ist für die Standortsuche, den Bau und den späteren Betrieb der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle zuständig:

(Randomisierung, Einfachnennung)

- (1) Behörden, staatliche Unternehmen und ein Begleitgremium aus der Zivilgesellschaft
- (2) Ein Expertenstab aus unabhängigen Wissenschaftlern und Ingenieuren
- (3) Die Energieunternehmen, die Kernkraftwerke betrieben haben
- (98) weiß nicht (HIER BITTE MIT VORLESEN!, FIX POSITION)
- (97) Angabe verweigert (NICHT VORLESEN, FIX POSITION)

gestützte Bekanntheit von Institutionen [AKTO1]

(Quelle: EWident 2022, Frage 3, Antwortmöglichkeiten leicht verändert)

Ich nenne Ihnen nun einige Organisationen. Bitte sagen Sie mir, ob Sie von diesen im Zusammenhang mit der Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Abfall schon einmal gehört haben oder nicht.

(Randomisierung, Skala: 0=nein, 1=ja, 97=keine Angabe [NICHT VORLESEN], 98=weiß nicht [NICHT VORLESEN])

- ↳ Bundesumweltministerium (BMU)
- ↳ Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE)
- ↳ Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE)
- ↳ Das Nationale Begleitgremium bei der Endlagersuche (NBG)

Vertrauen in Institutionen [AKTO2]

(Quelle: Ewident 2022, Neubildung aus Fragen 13 und 23)

Bitte geben Sie für die folgenden Organisationen und Personengruppen an, wie sehr Sie diesen vertrauen, wenn es um das Thema derendlagerung hochradioaktiver Abfälle geht. Sollten Sie die Organisation nicht kennen, dann geben Sie bitte ihr Bauchgefühl an. Als Antwortoption können Sie jeweils „sehr schwaches Vertrauen“, „eher schwaches Vertrauen“, „eher starkes Vertrauen“ oder „sehr starkes Vertrauen“ nutzen.

(Randomisierung aber Items 1-4 stets zusammenhalten in der gezeigten Reihenfolge, Skala:
1=sehr schwach, 2=eher schwach, 3=eher stark, 4=sehr stark, 97=keine Angabe [NICHT VORLESEN], 98=weiß nicht [NICHT VORLESEN])

- ↳ Der Bundesgesellschaft für Endlagersuche, die für die Suche nach dem Endlager und dessen Betrieb verantwortlich ist (kurz BGE)
- ↳ Dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung, das die Endlagersuche beaufsichtigt und die Beteiligung der Öffentlichkeit organisiert (kurz BASE)
- ↳ Dem Bundesumweltministerium als dem übergeordneten Ministerium in dessen Verantwortungsbereich die Endlagersuche fällt (kurz BMU)
- ↳ Dem Nationale Begleitgremium aus ausgewählten Bürgern und anerkannten Persönlichkeiten, das die Standortsuche vermittelnd und unabhängig begleitet (kurz NBG)
- ↳ Der Bundesregierung
- ↳ Dem Bundestag
- ↳ Politikern
- ↳ Regionalen und lokalen Behörden
- ↳ Wissenschaftlern
- ↳ Journalisten
- ↳ Nicht-Regierungsorganisationen, die sich um Umweltthemen kümmern
- ↳ Wirtschaftsverbänden
- ↳ Freunden und Familienangehörigen
- ↳ Einzelnen Bürgern, die sich mit dem Thema Endlagersuche beschäftigen und ihre Einschätzungen dazu kundtun
- ↳ Energieunternehmen
- ↳ [Attention Check 1, nur bei CAWI] Bitte hier „eher schwach“ anklicken.

Risiken eines Endlagers [EINO3]

(Quelle: Ewident 2022, Frage 24, Frageformulierung leicht verändert)

Wie hoch schätzen Sie das Risiko einer Gefährdung von Mensch und Umwelt durch ein nahegelegenes Endlager für hochradioaktive Abfälle ein? Ist das aus Ihrer Sicht gar kein Risiko, ein geringes Risiko, ein ziemlich hohes Risiko oder ein sehr hohes Risiko?

(Einfachnennung)

- (1) gar kein Risiko
- (2) geringes Risiko
- (3) ziemlich hohes Risiko
- (4) sehr hohes Risiko
- (97) Angabe verweigert (NICHT VORLESEN)
- (98) weiß nicht (NICHT VORLESEN)

Präferenzen bei der Standortsuche [EINO4]

(Quelle: neu)

Als nächstes sollen Sie eine Rangfolge aus fünf verschiedenen Ansprüchen bilden, die sich an die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle stellen lassen. Ich nenne Ihnen zunächst diese fünf Ansprüche und Sie sagen mir dann bitte, welchen Aspekt Sie davon am wichtigsten finden und welchen Sie dabei am zweitwichtigsten finden. Die fünf Aspekte lauten [ZUFÄLLIGE REIHENOLGE DER 5 PUNKTE INNERHALB DES FRAGETEXTES]: 1. Die Sicherheit eines Endlagers, 2. Die Zeitdauer bis zu der ein Endlager verfügbar sein sollte, 3. die Verhinderung ausufernder Kosten für das Endlager, 4. Die Beteiligung der Bürger und der Öffentlichkeit am Entscheidungsprozess für einen Endlagerstandort, 5. Die Transparenz über Entscheidungen bezüglich Technik und Standort des Endlagers. Welchen Punkt finden Sie davon am wichtigsten und welchen am zweitwichtigsten?

(Randomisierung, Ranking der Top 2 inkl. Möglichkeit zu „Angabe verweigert“ und „weiß nicht“, Es wird abgespeichert, was auf Rang 1 gewählt wurde und was auf Rang 2.)

- ↳ Sicherheit
- ↳ Zeitdauer
- ↳ Kosten
- ↳ Beteiligung
- ↳ Transparenz

Belohnung betroffene Region [EINO5]

(Quelle: neu)

Bitte geben Sie an, wie sehr Sie den folgenden Aussagen zustimmen. Als Antwortoption können Sie jeweils „stimme überhaupt nicht zu“, „stimme eher nicht zu“, „stimme eher zu“ oder „stimme voll und ganz zu“ nutzen.

(Skala: 1=stimme überhaupt nicht zu, 2=stimme eher nicht zu, 3=stimme eher zu, 4=stimme voll und ganz zu, 97=Angabe verweigert [NICHT VORLESEN], 98=weiß nicht [NICHT VORLESEN])

- ↳ Die Region, in der ein Endlager für hochradioaktive Abfälle in Deutschland gebaut wird, sollte dafür in besonderer Weise finanziell belohnt werden.
- ↳ Die Anwohner dieser Region sollten in besonderer Weise finanziell belohnt werden.

Auswirkungen Endlager auf Region [EIN06]

(Quelle: neu)

Es werden verschiedene Auswirkungen diskutiert, die ein Endlager für hochradioaktive Abfälle auf die Region haben könnte, in der das Endlager gebaut wird. Bitte sagen Sie mir jeweils für wie wahrscheinlich Sie es halten, dass die genannte Auswirkung für die betroffene Region tatsächlich auftritt durch den Bau eines Endlagers. Nutzen Sie für Ihre Antwort bitte jeweils die Abstufungen „sehr unwahrscheinlich“, „eher unwahrscheinlich“, „eher wahrscheinlich“ oder „sehr wahrscheinlich“.

(Randomisierung, Skala: 1=sehr unwahrscheinlich, 2=eher unwahrscheinlich, 3=eher wahrscheinlich, 4=sehr wahrscheinlich, 97=Angabe verweigert [NICHT VORLESEN], 98=weiß nicht [NICHT VORLESEN])

- ↳ Schaffung zusätzlicher dauerhafter Arbeitsplätze
- ↳ Verbesserung der Infrastruktur des Gebiets
- ↳ Impulse für die regionale Wirtschaft
- ↳ Unruhen und Proteste in der Region
- ↳ Wertminderung von Grundstücken und Gebäuden
- ↳ Attraktivitätsverlust im Bereich Freizeit, Erholung und Tourismus
- ↳ Verkaufsprobleme für landwirtschaftliche Produkte aus der Region
- ↳ Gesundheitliche Risiken für Mensch und Umwelt

Einstellung Ausweitung Zwischenlagerung

(Quelle: neu)

Das Standortauswahlgesetz hat als Zeitpunkt das Jahr 2031 genannt, bis zu dem ein Standort für die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle möglichst gefunden sein soll. Dies könnte sich jedoch um mehrere Jahrzehnte verzögern. Eine Folge dieser Verzögerung ist, dass die hochradioaktiven Abfälle länger in Zwischenlagern aufbewahrt werden müssen als zunächst geplant.

[NUR GRUPPE 2] Bei diesen Zwischenlagern handelt es sich um Lagerhallen aus Stahlbeton, in denen die hochradioaktiven Abfälle in speziellen Castor-Behältern aufbewahrt werden. Die Genehmigung für den Betrieb von Zwischenlagern ist für gewöhnlich auf 40 Jahre beschränkt, kann aber nach Ablauf dieses Zeitraums erneut erteilt werden.

[WIEDER ALLE] Wie hoch schätzen Sie das Risiko einer Gefährdung von Mensch und Umwelt durch eine solche zeitlich ausgedehnte Zwischenlagerung hochradioaktiver Abfälle ein?

(Int.: Der Fragetext ändert sich je Befragten. Bitte unbedingt Wort für Wort genau so vorlesen, wie er hier angezeigt ist.)

(Einfachnennung, zufällige Bildung von zwei Gruppen, nur Gruppe 2 erhält den erweiterten Fragetext)

- (1) gar kein Risiko
- (2) geringes Risiko
- (3) ziemlich hohes Risiko
- (4) sehr hohes Risiko
- (97) Angabe verweigert (NICHT VORLESEN)
- (98) weiß nicht (NICHT VORLESEN)

Einstellung Zeitverzögerung [EIN08]

(Quelle: neu)

Welche Zeitdauer bis zur Auswahl eines Standorts für ein Endlager finden Sie persönlich akzeptabel?

(Einfachnennung)

- (1) Abschluss der Suche bis 2031 wie vorgesehen
- (2) bis 2040
- (3) bis 2050
- (4) bis 2060
- (96) Für mich zählt nur, dass die bestmögliche Sicherheit des Standorts gewährleistet wird, egal wie lange die Standortsuche dann dauert.
- (97) Angabe verweigert (NICHT VORLESEN)
- (98) weiß nicht (NICHT VORLESEN)

Relevanzeinschätzung Beteiligungsmöglichkeiten [BETO1]

(Quelle: EWident 2022, Frage 14, Item 1, Formulierung leicht verändert)

Bitte geben Sie an, wie sehr Sie der folgenden Aussage zustimmen: „Die Endlagersuche kann meiner Meinung nach nur gelingen, wenn die Bevölkerung an diesem Prozess intensiv beteiligt wird.“

(Einfachnennung)

- (1) Stimme überhaupt nicht zu
- (2) Stimme eher nicht zu
- (3) Stimme eher zu
- (4) Stimme voll und ganz zu
- (97) Angabe verweigert (NICHT VORLESEN)
- (98) weiß nicht (NICHT VORLESEN)

Vertretungsgefühl [BETO2]

(Quelle: EWident 2022, Frage 15)

Fühlen Sie sich und Ihre Interessen im momentanen Prozess der Standortsuche für ein Endlager ausreichend berücksichtigt?

(Einfachnennung)

- (1) nein, auf keinen Fall
- (2) eher nein
- (3) eher ja
- (4) ja, auf jeden Fall
- (97) Angabe verweigert (NICHT VORLESEN)
- (98) weiß nicht (NICHT VORLESEN)

Teilhabewunsch [BETO3]

(Quelle: EWident 2022, Frage 17, Frageformulierung leicht verändert)

Haben Sie selbst Interesse daran, sich am Entscheidungsprozess für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle in irgendeiner Form zu beteiligen?

(Einfachnennung)

- (1) ja
- (2) ja, aber nur, wenn meine Region ein potenzieller Standort ist
- (3) nein → BETO4 überspringen
- (97) Angabe verweigert (NICHT VORLESEN) → BETO4 überspringen
- (98) Weiß nicht (NICHT VORLESEN) → BETO4 überspringen

Gewünschte Teilhabeformate [BETO4]

(Quelle: EWident 2022, Frage 18, Antwortmöglichkeiten leicht verändert)

Welche der folgenden Möglichkeiten der Beteiligung bzw. Information würden Sie in diesem Zusammenhang wahrscheinlich nutzen, welche eher nicht?

(Int. bei Nachfragen: Diese Möglichkeiten können sowohl durch staatliche als auch nicht-staatliche Akteure angeboten werden. Es geht hier vor allem darum, Ihr generelles Interesse an verschiedenen Formaten zu erfassen, unabhängig davon, wer diese Formate durchführt.)

(Randomisierung, Skala: 0=nein, würde ich wahrscheinlich nicht nutzen, 1=ja würde ich wahrscheinlich nutzen, 97=keine Angabe [NICHT VORLESEN], 98=weiß nicht [NICHT VORLESEN])

- ↳ Informationen in gedruckter Form (z. B. Broschüren)
- ↳ Informationen über digitale Medien (z. B. Newsletter, Webseiten)
- ↳ Konferenzen auf regionaler Ebene (sog. Regionalkonferenzen)
- ↳ Telefon-Hotline oder Chat
- ↳ Informationsveranstaltung oder Ausstellung vor Ort
- ↳ Online-Forum
- ↳ Online-Abstimmung
- ↳ Bürgerversammlung vor Ort
- ↳ Mitgliedschaft in einem Bürgerrat
- ↳ Social-Media-Kanäle
- ↳ Weitere Beteiligungsmöglichkeiten gewünscht und zwar: _____
(FIX POSITION)

Einstellung eigener Wohnort als Standortregion [AKZ01]

(Quelle: neu)

Zurzeit kommen noch große Teile Deutschlands als potentieller Endlagerstandort in Frage. Der nächste Schritt des Auswahlprozesses ist, dass auf Basis wissenschaftlicher Kriterien ca. 6 bis 8 Regionen als sogenannte Standortregionen ausgewählt werden sollen. Diese sollen genauer analysiert werden, um die Standortauswahl noch weiter eingrenzen zu können. Wie würden Sie es finden, wenn Ihr Wohnort in einer dieser Standortregionen liegen würde?

(Int: Falls Befragte:r sicher ist, dass der eigene Wohnort keine Standortregion werden kann, da der eigene Wohnort bereits kein Teilgebiet mehr ist, soll er/sie sich vorstellen der eigene Wohnort wäre doch betroffen.)

- (1) Ich würde diese Entscheidung überhaupt nicht anerkennen
- (2) Ich würde diese Entscheidung eher nicht anerkennen
- (3) Ich würde diese Entscheidung eher anerkennen
- (4) Ich würde die Entscheidung vollständig anerkennen
- (96) Mir wäre die Entscheidung egal
- (97) Angabe verweigert (NICHT VORLESEN)
- (98) weiß nicht (NICHT VORLESEN)

Akzeptanz/Widerstand Standortregion [AKZ02]

(Quelle: neu)

FILTER: NUR BEFRAGTE, DIE BEI FRAGE „Einstellung eigener Wohnort als Standortregion“ NICHT „Mir wäre die Entscheidung egal“ oder „Keine Angabe“ ANGEgeben HABEN

Jetzt soll es um einige Handlungen gehen, die als Reaktion auf die Auswahl der eigenen Region als eine der ca. 6 bis 8 Standortregionen für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle denkbar wären. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Handlungen, wie wahrscheinlich sie diese ausüben würden, um Ihre Meinung über die Entscheidung zu äußern. Als Antwort stehen Ihnen jeweils die folgenden Optionen zur Verfügung: „sehr unwahrscheinlich, dass Sie diese Handlung ausüben würden“, „eher unwahrscheinlich“, „eher wahrscheinlich“ und „sehr wahrscheinlich, dass Sie diese Handlung ausüben würden“.

(Int.: bei Nachfragen: Falls Befragte:r sicher ist, dass der eigene Wohnort keine Standortregion werden kann, da der eigene Wohnort bereits kein Teilgebiet mehr ist, soll er/sie sich vorstellen der eigene Wohnort wäre doch betroffen + Die Befragte sollen bitte beachten, dass die unten genannten Aktivitäten theoretisch auch dann ausgeübt werden könnten, wenn man die Entscheidung unterstützt, z.B. durch eine Unterschriftensammlung pro Auswahl als Standortregion; Randomisierung; Skala 1=sehr unwahrscheinlich, 2=eher unwahrscheinlich, 3=eher wahrscheinlich, 4=sehr wahrscheinlich, 97=keine Angabe [NICHT VORLESEN], 98=weiß nicht [NICHT VORLESEN])

- ↳ Ich würde dies in meine nächste Wahlentscheidung einfließen lassen.
- ↳ Ich würde mich an Unterschriftensammlungen beteiligen.
- ↳ Ich würde an eine zivilgesellschaftliche Organisation vor Ort spenden.
- ↳ Ich würde in einer zivilgesellschaftlichen Organisation vor Ort aktiv mitarbeiten.
- ↳ Ich würde an einer Demonstration teilnehmen.
- ↳ Ich würde Kontakt zu Politikern oder Parteien aufnehmen.
- ↳ Ich würde versuchen, Freunde, Bekannte oder Arbeitskollegen von meinem Standpunkt zu überzeugen.
- ↳ Ich würde versuchen, andere Menschen über soziale Medien, Messenger-Dienste oder Online-Foren von meinem Standpunkt zu überzeugen.
- ↳ Ich würde mich in offiziellen Gremien engagieren, die den weiteren Prozess begleiten.

Stimulus Experiment [EXPTXT]

(Quelle: neu)

[HINWEIS INTERVIEWER: DER FRAGETEXT ÄNDERT SICH JE BEFRAGTEN; FRAGETEXT UNBEDINGT WORT FÜR WORT GENAUSO VORLESEN WIE HIER ANGEZEIGT]

Stellen Sie sich nun bitte vor, dass aus den wenigen Standortregionen genau ein Standort ausgewählt wurde, an dem das Endlager für hochradioaktive Abfälle gebaut werden soll. Dieser Standort liegt [5 km / 30 km / 50 km / 100 km / 200 km] entfernt von Ihrem Wohnort [...] und befindet sich in Ihrer Region <REGION> / und befindet sich außerhalb Ihrer Region <REGION>].

(Zufällige Zuweisung der Befragten zu einer der Varianten des Stimulus. Achtung:
Experimentaldesign bewusst nicht ausbalanciert (100 km und 200 km nicht mit Hinweis auf Regionszugehörigkeit). Genaueres zum Experiment in einem gesonderten Dokument.)

AV1 Experiment: Gefühlte Betroffenheit [EXPO1]

(Quelle: neu)

Hätten Sie das Gefühl, diese Auswahlentscheidung würde Sie persönlich betreffen?

(Einfachnennung)

- (1) Nein, würde mich gar nicht betreffen
- (2) Nein, würde mich eher nicht betreffen
- (3) Ja, würde mich eher betreffen
- (4) Ja, würde mich stark betreffen
- (97) Angabe verweigert (NICHT VORLESEN)
- (98) weiß nicht (NICHT VORLESEN)

AV2 Experiment: Akzeptanz Endlagerstandort [EXPO2]

(Quelle: neu)

Wie sehr wären Sie mit der Entscheidung für diesen einen Endlagerstandort einverstanden?

(Einfachnennung)

- (1) Überhaupt nicht einverstanden
- (2) Eher nicht einverstanden
- (3) Eher einverstanden
- (4) Voll und ganz einverstanden
- (97) Angabe verweigert (NICHT VORLESEN)
- (98) weiß nicht (NICHT VORLESEN)

AV3 Experiment: Beteiligungswahrscheinlichkeit [EXPO3]

(Quelle: neu)

Wie wahrscheinlich wäre es, dass Sie Ihre persönliche Meinung zur Entscheidung für diesen einen Endlagerstandort öffentlich äußern würden, egal ob direkt vor Ort oder über das Internet?

(Einfachnennung)

- (1) Sehr unwahrscheinlich
- (2) Eher unwahrscheinlich
- (3) Eher wahrscheinlich
- (4) Sehr wahrscheinlich
- (97) Angabe verweigert (NICHT VORLESEN)
- (98) weiß nicht (NICHT VORLESEN)

Inzidenteller Kontakt [INFO2]

(Quelle: EWident 2022, Frage 21, Frageformulierung leicht verändert)

Wie häufig haben Sie in den letzten zwölf Monaten etwas über das Thema Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in den Medien, im Internet oder über soziale Netzwerke gehört ohne aktiv danach gesucht zu haben?

(Einfachnennung)

- (1) nie
- (2) sehr selten
- (3) hin und wieder
- (4) häufig
- (97) Angabe verweigert (NICHT VORLESEN)
- (98) weiß nicht (NICHT VORLESEN)

Aktive Informationssuche 1 [INFO3]

(Quelle: EWident 2022, Frage 22, Frageformulierung leicht verändert)

Einmal abgesehen von dem, was man zufällig über das Thema mitbekommt: Haben Sie sich schon einmal selbst aktiv über das Thema informiert oder ist das bisher noch nicht vorgekommen?

(Einfachnennung)

- (0) nein, noch nicht gezielt nach Informationen gesucht → INFO4 überspringen
- (1) ja, gezielt nach Informationen gesucht
- (97) Angabe verweigert (NICHT VORLESEN) → INFO4 überspringen
- (98) weiß nicht (NICHT VORLESEN) → INFO4 überspringen

Allgemeine Kenntnis Veranstaltungen [INFO5]

(Quelle: EWident 2022, Frage 36, Frageformulierung leicht verändert)

Haben Sie schon einmal von Veranstaltungen zum Thema Endlagersuche gehört?

(Int: Auch Online-Veranstaltungen zählen als Veranstaltungen; Einfachnennung)

- (1) nein, noch nie davon gehört → INFO6 und INFO7 überspringen
- (2) ja, davon gehört
- (3) ja, davon gehört und daran teilgenommen
- (97) Angabe verweigert (NICHT VORLESEN) → INFO6 und INFO7 überspringen
- (98) weiß nicht (NICHT VORLESEN) → INFO6 und INFO7 überspringen

Kenntnis Fachkonferenz Teilgebiete und Forum Endlagersuche [INFO7]

(Quelle: neu, angelehnt an EWident 2022, Frage 34)

Ich nenne Ihnen nun Veranstaltungsformate, die im Rahmen der Endlagersuche in den letzten Jahren stattgefunden haben, um das Thema öffentlich zu diskutieren. Sagen Sie mir bitte zu jedem Veranstaltungsformat, ob sie schon einmal von diesem gehört haben und wenn ja, ob sie daran teilgenommen haben.

(Skala je Item: 1=noch nie gehört, 2=davon gehört aber nicht teilgenommen, 3=davon gehört und daran teilgenommen, 97=Angabe verweigert [NICHT VORLESEN], 98=weiß nicht [NICHT VORLESEN])

- ↳ Fachkonferenz Teilgebiete
- ↳ Forum Endlagersuche
- ↳ Andere Angebote vor Ort (z.B. Themenabend, Info-Mobil, Ausstellung)
- ↳ Andere rein digitale Veranstaltungen

Zum Abschluss möchten wir Ihnen nun noch einige allgemeine Fragen zu Ihrer Person stellen. Diese verwenden wir zur Bildung von Auswertungsgruppen. Natürlich bleiben Ihre Angaben weiterhin anonym.

Geschlecht [DEM04]

Sind Sie ...

(Einfachnennung)

- (1) männlich
- (2) weiblich
- (3) divers
- (97) Angabe verweigert (NICHT VORLESEN)

Alter [DEMO5]

Wie alt sind Sie?

(Einfachnennung)

- (1) Alter (in Jahren): _____
(97) Angabe verweigert (NICHT VORLESEN)

Haushaltsgröße [DEMO6]

Wie viele Personen leben ständig in Ihrem Haushalt, Sie selbst mit eingeschlossen?

(Einfachnennung)

- (1) Anzahl: _____
(97) Angabe verweigert (NICHT VORLESEN)

Haushaltsgröße ab 14 Jahren [DEMO7]

Wie viele der Personen sind 14 Jahre und älter, Sie selbst mit eingeschlossen?

(Einfachnennung)

- (1) Anzahl: _____
(97) Angabe verweigert (NICHT VORLESEN)

Kinder [DEMO8]

Haben Sie Kinder?

(INT: Egal ob zu Hause wohnend oder nicht; es zählen auch Adoptivkinder, Stiefkinder etc.)

(Einfachnennung)

- (0) nein
(1) ja
(97) Angabe verweigert (NICHT VORLESEN)

Schulabschluss [DEMO9]

Was ist Ihr höchster allgemeinbildender Schulabschluss?

(Einfachnennung)

- (1) Ohne Schulabschluss
(2) Volks-/Hauptschulabschluss, Polytechnische Oberschule (POS) mit Abschluss 8. Klasse
(3) Mittlere Reife / Realschulabschluss, Fachschulreife, Polytechnische Oberschule (POS) mit Abschluss 10. Klasse
(4) Fachhochschulreife, Abschluss einer Fachoberschule oder Berufsausbildung mit Abitur
(5) Abitur / Hochschulreife/ Erweiterte Oberschule mit Abschluss 12. Klasse (EOS)
(6) einen anderen Schulabschluss, und zwar: _____
(7) noch Schüler
(97) keine Angabe (NICHT VORLESEN)

Subjektiver Sozialer Status [DEM10]

(Quelle: Hoebel et al. 2015)

Stellen Sie sich bitte eine Leiter mit 10 Sprossen vor, die zeigen soll, wo die Menschen in Deutschland stehen. Ganz oben – auf Sprosse 10 – stehen die Menschen mit dem meisten Geld, der höchsten Bildung und den besten Jobs. Ganz unten – auf Sprosse 1 – stehen diejenigen mit dem wenigsten Geld, der niedrigsten Bildung und den schlechtesten Jobs oder ohne Job. Je höher man auf der Leiter steht, desto näher ist man den Personen ganz oben, je niedriger, desto näher den Personen ganz unten. Wo würden Sie sich auf der Leiter platzieren? Bitte sagen Sie mir, auf welcher Sprosse – von 1 bis 10 – Sie Ihrer Meinung nach in Ihrer aktuellen Lebensphase im Verhältnis zu anderen Menschen in Deutschland stehen.

(Einfachnennung)

- (1) 10 Ganz oben
- (2) 9
- (3) 8
- (4) 7
- (5) 6
- (6) 5
- (7) 4
- (8) 3
- (9) 2
- (10) 1 Ganz unten
- (97) Angabe verweigert (NICHT VORLESEN)
- (98) weiß nicht (NICHT VORLESEN)

PLZ [DEM11]

Welche Postleitzahl hat Ihr Wohnort, an dem wir Sie jetzt anrufen?

(Einfachnennung)

- (1) PLZ: _____
- (97) Angabe verweigert (NICHT VORLESEN)

Geburtsland [DEM12]

Sind Sie in Deutschland geboren?

(Einfachnennung)

- (0) nein
- (1) ja
- (97) Angabe verweigert (NICHT VORLESEN)

Geburtsland Eltern [DEM13]

Sind Ihre beiden Elternteile in Deutschland geboren?

(Einfachnennung)

- (0) Nein, mindestens ein Elternteil nicht in Deutschland geboren
- (1) Ja, beide Elternteile in Deutschland geboren
- (97) Angabe verweigert (NICHT VORLESEN)

Dual Frame: Handynutzung [GEW01]

Nutzen Sie das Handy, auf dem ich Sie gerade angerufen habe, ausschließlich alleine, teilen Sie es auch mit anderen oder nutzen Sie es gerade nur zufällig?

(Einfachnennung; nur falls Anruf über eine Mobilfunknummer)

- (1) nutze Handy alleine → weiter mit GEW03
- (2) nutze es gerade nur zufällig → weiter mit GEW03
- (3) teile es mit anderen
- (97) Angabe verweigert (NICHT VORLESEN) → weiter mit GEW03

Dual Frame: Handynutzung_2 [GEW02]

Mit wie vielen Personen ab 14 Jahren teilen Sie das Handy?

(Einfachnennung)

- (1) Anzahl Personen: _____
- (97) Angabe verweigert (NICHT VORLESEN)

Dual Frame: Vorhandensein Festnetzanschluss [GEW03]

Haben Sie bei sich zu Hause auch ein Telefon mit Festnetzanschluss? Das heißt ein Telefon, über das Sie unter Ihrer Ortsvorwahl erreichbar sind?

(Einfachnennung)

- (0) nein
- (1) ja
- (97) Angabe verweigert (NICHT VORLESEN)

Dual Frame: Anzahl Festnetz-Rufnummern [GEW04]

Über wie viele unterschiedliche Festnetz-Rufnummern mit Ihrer Ortsvorwahl sind Sie selbst zu Hause erreichbar? Ich meine damit keine Rufnummern, die ausschließlich zu einem Faxgerät oder Computer gehören.

(Einfachnennung; nur wenn Anruf über Festnetz oder GEW03=1)

- (1) Anzahl Rufnummern: _____
- (97) Angabe verweigert (NICHT VORLESEN)

Dual Frame: Vorhandensein von Handys [GEW05]

Werden in Ihrem Haushalt Handys benutzt? Also Mobiltelefone, deren Nummern mit 015.., 016.. oder 017.. beginnen?

(Einfachnennung; nur falls Anruf über Festnetz)

- (0) nein
(1) ja
(97) Angabe verweigert (NICHT VORLESEN)

Dual Frame: Anzahl Handys im Haushalt [GEW06]

Wie viele Handys sind in Ihrem Haushalt im Moment von Personen im Alter ab 14 Jahren in Benutzung?

(Einfachnennung; nur wenn Anruf über Mobilfunknummer oder GEW05=1)

- (1) Anzahl Handys: _____
(97) Angabe verweigert (NICHT VORLESEN)

Dual Frame: Erreichbarkeit Handynummern [GEW07]

Über wie viele Handynummern sind Sie persönlich derzeit telefonisch erreichbar, also nutzen Sie zum Telefonieren, egal ob beruflich oder privat?

(Einfachnennung; nur wenn Anruf über Mobilfunknummer oder GEW05=1)

- (1) Anzahl Handynummern: _____
(97) Angabe verweigert (NICHT VORLESEN)

Blended Calibration [GEW08]

Wie häufig nutzen Sie die folgenden Angebote?

(Skala: 1=mehrmals täglich, 2=täglich, 3=mehrmals pro Woche, 4=mehrmals im Monat, 5=seltener, 6=nie, 97=Angabe verweigert [NICHT VORLESEN], 98=weiß nicht [NICHT VORLESEN]; Items 2-6 randomisieren)

- ↳ das Internet im Allgemeinen
- ↳ Facebook
- ↳ Instagram
- ↳ X (früher Twitter)
- ↳ TikTok
- ↳ [Attention Check 2, nur bei CAWI] Bitte klicken Sie hier „seltener“ an.

Sie haben uns ja eben Ihre Postleitzahl genannt. Mit Hilfe Ihrer Postleitzahl ist es uns theoretisch möglich, öffentlich zugängliche Informationen über Ihren Wohnort zu Ihren Angaben aus der Befragung hinzuzufügen. Dies sind zum Beispiel die Bevölkerungsdichte, die durchschnittlichen Mietpreise oder der Anteil der Siedlungsfläche an der Gesamtfläche Ihrer Gemeinde. Wichtig für Sie zu wissen ist, dass Ihre Angaben weiterhin anonym bleiben. Die hinzugefügten öffentlichen Daten werden lediglich dafür genutzt, Auswertungsgruppen zu bilden. Der Auftraggeber der Untersuchung erhält Ihre Postleitzahl nicht. So ist sichergestellt, dass Sie unter keinen Umständen als Einzelperson identifizierbar werden.

Sind Sie damit einverstanden, dass wir Ihren Angaben weitere öffentlich verfügbare Daten auf Postleitzahlen-Ebene hinzufügen?

(Einfachnennung)

- (0) nein
- (1) ja

